



**Inklusive Sonderteil
 GZ-Energiefachforum**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke in Augsburg:

Fokus auf Kinder- und Jugendpsychiatrie

Mit dem Thema „Kinder- und Jugendpsychiatrie – Vorsorge, Akutbehandlung und Nachsorge“ griff die Jahrsversammlung des Verbandes der bayerischen Bezirke in Augsburg ein drängendes gesellschaftspolitisches Anliegen auf. Wie Verbandspräsident Manfred Hölzlein erläuterte, seien immer mehr Kinder und Jugendliche den enormen Leistungsanforderungen in Schule, Elternhaus und am Arbeitsplatz nicht mehr hinreichend gewachsen, so dass sie psychologische oder sogar psychiatrische Hilfen in Anspruch nehmen müssten.

Renommierte Fachleute aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie vom Landesjugendamt und weiteren jugendspezifischen Einrichtungen – unter ihnen Professor Dr. Renate Schepker, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendpsychiatrie aus Ravensburg sowie Professor Dr. Andreas Warnke, Wissenschaftlicher Leiter der medizinischen Abteilung der Arbeitsstelle Frühförderung – nahmen an der Tagung teil. Den Festvortrag hielt Monsignore Bernhard Piendl, Bayerischer Landescaritasdirektor.

Moderne Medienwelt

„Kinderzeit ist heutzutage Medienzeit“, betonte der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Marcel Huber, bei seinem Grußwort. Genau diese Prägung des täglichen Lebens junger Menschen durch Internet, Handys und andere elektronische Kommunikationssysteme führe bei einer zunehmenden Zahl von Heranwachsenden zu teilweise schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden. Die medizinisch-psychischen Folgen seien nicht selten Gewalt, Schlafstörungen, Konzentrationsprobleme, Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Suchtgefahren, so der Minister. „Die fiktive Medienwelt ist eben nicht die echte Welt“, machte er deutlich.

Nach Erkenntnissen des Robert-Koch-Institutes zeigten schon heute 20 Prozent der Heranwach-

senden psychische Störungen. Bis zum Jahre 2020 werde diese Zahl um 50 Prozent steigen. Daher gelte es, verstärkt entsprechende psychiatrische Versorgungsangebote zu schaffen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Huber hob hier besonders den Einsatz der bayerischen Bezirke hervor, wohnortnahe und dezentrale Strukturen vorzuziehen, die in Therapie- und me-

Dichtes Versorgungsnetz

Huber zufolge unterstützt die Bayerische Staatsregierung nach Kräften die Bezirke in ihren Bemühungen, gerade auch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ein dichtes Versorgungsnetz zu schaffen. Dabei gehe es immer auch um eine möglichst frühzeitige Prävention. Hier nannte der Minister den

vor einiger Zeit eingerichteten „Expertenkreis Psychiatrie“, in dem sich Fachleute aus unterschiedlichen Blickwinkeln politisch, gesellschaftlich und medizinisch den Fragen der Kinder- und Jugendpsychiatrie annehmen. „Es ist das Verdienst der Bezirke, auch hier die Dinge nicht nur zu verwalten, sondern vorausschauend weiterzudenken. „Die heutige Verbandsversammlung untermauert diesen Anspruch nachdrücklich. Und deshalb ist und bleibt die drit-



Manfred Hölzlein.

te kommunale Ebene auch weiterhin die tragende Säule in der gesamtpsychiatrischen Versorgung in Bayern“, bilanzierte Huber. (Fortsetzung auf Seite 4)

Doppelhaushalt 2013/2014:

Stabilität und Dynamik

Bayern wird auch für 2013/2014 nunmehr im achten und neunten Jahr in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Das vereinbarte das Bayerische Kabinett bei seiner Klausurtagung in St. Quirin, an der auch die Vorsitzenden der Regierungsfractionen des Bayerischen Landtags und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags sowie der Haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion teilgenommen haben.

Seehofer, Zeil und Söder erklärten gemeinsam: „Bayern ist die Oase der Stabilität schlechthin in einem Europa am Scheideweg. Während die ausufernde Staatsverschuldung einige Mitgliedsstaaten der EU an den Rande des Ruins bringt und die Zukunft unserer Währung massiv gefährdet, wird Bayern nach einer Milliarde Euro 2012 auch in den nächsten beiden Jahren über eine Milliarde Euro Schulden tilgen. Mit dem Nachtragshaushalt 2012 und dem neuem Doppelhaushalt werden wir bereits fast zehn Prozent aller Schulden im allgemeinen Haushalt getilgt haben. Mit unserem Ziel schuldenfreies Bayern 2030 sind wir also voll im Plan.“

mit gezielten Investitionsschwerpunkten fortsetzen. Wir werden massiv in die Stärke des Wirtschaftslands Bayern, in das Bildungs- und Kulturland Bayern und in das Familienland Bayern investieren. Wir gestalten damit Zukunft für die Menschen in unserem Land, statt wie andere Schulden zu verwalten. Alle Kerndaten unseres Haushaltsentwurfs zeigen, dass Bayern dank solider Finanzen in der Gestaltungskraft allen anderen Ländern in Deutschland meilenweit voraus-eilt. Das bewahrt den Wohlstand trotz Eurokrise und schafft eine sichere Zukunft für die Menschen in ganz Bayern.“

Infrastruktur

Außerdem unterstreicht die Staatsregierung mit dem kom-

Meldegesetz und Landesentwicklungsprogramm:

Nachbesserungen nötig

Für notwendige Nachbesserungen beim neuen Meldegesetz und der darin vorgesehenen Widerspruchs-lösung bei der Herausgabe von Bürgerdaten aus Melde-registern sowie beim Entwurf des neuen Landesent-wicklungsprogramms haben sich Bayerischer Städte-tag bzw. Bayerischer Gemeindetag ausgesprochen.

Laut Städtetagsvorsitzendem Dr. Ulrich Maly „sind Daten von Bürgern keine Handelsware“. Rathäuser dürften nicht dazu gezwungen werden, Daten aus dem Melderegister an Unternehmen zu kommerziellen Zwecken weiterzugeben. „Die Städte wenden sich gegen eine Verwertung von Meldedaten für Werbung oder Adressenhandel.“

Nur bei einer ausdrücklichen Zustimmung des einzelnen Bürgers oder wenn ein gesetzlicher Auskunftsanspruch bestehe, dürfe eine Weitergabe in Betracht kommen. „Der unglückliche Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundes-tags erweckt den falschen Eindruck, dass die Städte und Gemeinden mit den Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger ein Geschäft

machen wollen. Nun ist der Bundesrat am Zug, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Städte sind keine Datenhändler, sie wollen nicht zu Handlangern der Werbewirtschaft degradiert werden. Die Städte wollen die Daten der Bürgerinnen und Bürger weiterhin schützen“, erklärte Nürnbergs OB.

Wie der Städtetagschef hervorhob, „ist es falsch verstandene Wirtschaftsförderung, wenn Datenhändler nun Zugriff auf sensible Meldedaten bekommen sollen“. Die Daten der Bürgerinnen und Bürger seien zu sensibel, als (Fortsetzung auf Seite 4)

Zum achten und neunten Mal erfülle Bayern das Credo moderner Finanzpolitik, das sich in ganz Europa durchsetzen muss: „Wir dürfen nur so viel ausgeben, wie wir einnehmen. Und überall in Europa müssen die Zinslasten sinken, denn überall werden die Gesellschaften älter und kleiner. Generationengerechtigkeit geht nicht mit Eurobonds, sondern nur durch eigene Anstrengung.“

Zukunftsinvestitionen

Seehofer, Zeil und Söder verwiesen darauf, dass der Freistaat auf dem Fundament solider Finanzpolitik auch in den nächsten beiden Jahren kraftvoll in die Zukunft investieren kann: „Der Doppelhaushalt 2013/2014 ist ein weiterer Baustein unserer Zukunftsstrategie Aufbruch Bayern. Mit einem Gesamthaushaltsvolumen von 46,5 Milliarden Euro 2013 und 48 Milliarden 2014 und einer dauerhaft hohen Investitionsquote schafft Bayern die Grundlage, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Wir werden im neuen Doppelhaushalt unsere Zukunftsstrategie Aufbruch Bayern



Wieder einmal wird über die niedrige Geburtenrate diskutiert, und der Bürgermeister ärgert sich, dass sofort alle bisherigen Maßnahmen zur Familienförderung in Frage gestellt werden. Anstatt dass man erst einmal abwartet, was sich mit Hilfe der bisher beschlossenen Instrumente in nächster Zeit entwickelt. Seite 11



Bürgermeister und Sparkassenvertreter aus dem Landkreis Freyung-Grafenau nahmen das GZ-Fachforum „Power für Bayerns Kommunen“ zum Anlass, gemeinsam nach Garching zu reisen. Wie Bürgermeister Heinz Wolf (Neuschönau) betonte, „wird das Thema Energie unsere Kommunen noch sehr viel Kraft und Aufmerksamkeit kosten“. Daher sei es gut und wichtig, sich mindestens einmal jährlich in komprimierter Form über diesen Bereich zu informieren. Bei dieser Gelegenheit habe man gute Kontakte und Ansprechpartner für die Bereiche staatliche Fördermöglichkeiten, Projektanten etc. gewinnen können. Unser Bild zeigt (v. l.): Sparkassen-Vorstand Stefan Proßer; GL Stefan Pradl, Stadtbaumeister Franz Schwarz (beide Stadt Grafenau), Günter Klampfl (KKB), Rainer Kellhammer (FKB) (beide Spk. FRG), Markus Linkenheil (Klimaschutzbeauftragter Stadt Freyung); Martin Pichler (Kämmerer Markt Schönberg); Christine Karg (Liegenschaften, Gem. Jandelsbrunn); GL Richard Schreiner (Gem. Neuschönau); Peter Sammer (KKB Spk. FRG) Bürgermeister Alfred Schraml (Gemeinde Philippsreut) GL Gernold Wagner (Gem. Neureichenau); Bürgermeister Heinz Wolf (Gem. Neuschönau); Klaus Pleintiger (KKB u. Organisator Spk. FRG). Auf dem Bild fehlt Bürgermeister Walter Bermann (Gemeinde Neureichenau). DK

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Kommunaler Finanzausgleich in neuer Rekordhöhe ...	3
Geriatrietag: Herausforderung Demenz annehmen	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfahrzeuge	5-6
Garten- und Landschaftsbau	7
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	8
Aus den bayerischen Kommunen	9-13
Aktuelle Rechtsfragen	14
Bundeshaushalt 2012 - Entwicklung der Risiken	15-16
GZ-Dokumentation:	
5. Energiefachforum Garching 2011	..II/1-II/16

Auch Bayern klärt Nazimorde auf

Untersuchungsausschuss des Landtags

Die Morde der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) speziell aus bayerischer Sicht aufklären, will der vor der parlamentarischen Sommerpause vom Landtag einstimmig eingesetzte Untersuchungsausschuss. Fünf der zehn in Frage kommenden Verbrechen wurden hierzulande verübt. „Wir wollen wissen, was bayerische Behörden gewusst haben oder hätten wissen können“, erklärte Ausschussvorsitzender Franz Schindler (SPD) nach der konstituierenden Sitzung des auf Antrag seiner Fraktion berufenen Gremiums.

Sein Stellvertreter Otmar Bernhard (CSU) betonte die volle Unterstützung der Aufklärungsarbeit, mit der im Bundestag sowie in Sachsen und Thüringen bereits entsprechende Ausschüsse und Kommissionen befasst sind. Es dürfe deswegen nicht einfach sein, die notwendigen Akten und Unterlagen zu bekommen. Zum Teil seien sie von der Bundesan-

walterschaft mit Beschlag belegt. Präsident Burkhard Körner vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz hat bereits Unterstützung zugesagt. Andreas Fischer (FDP) verwies darauf, der Untersuchungsausschuss des Bundestags habe nicht alle Möglichkeiten die bayerischen Aspekte des NSU zu erforschen und aufzudecken.

113. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften:

„Ein Gewinn für Bayern“

Warnung vor europäischer Haftungsgemeinschaft und Enteignung deutscher Sparer

Vor einer europäischen Haftungsgemeinschaft warnte der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Otmar Issing, auf dem 113. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften. Weder die Zentralbank noch andere Mitgliedsstaaten dürften für die Schulden einzelner EU-Mitglieder in Regress genommen werden. In diesem Sinn kritisierte er die aktuell diskutierten Instrumente zur Lösung der Eurokrise.

Denn Eurobonds, Schuldentilgungsfonds sowie eine Fiskal- und Bankenunion ohne das Rahmenwerk einer Politischen Union hätten eines gemein: Sie bedeuteten die Übernahme der Haftung für Schulden und fehlerhafte politische Entscheidungen von Krisenstaaten durch diejenigen Staaten, die solide gewirtschaftet haben. Für Deutschland würde das unweigerlich den Verlust seines Triple-A-Ratings und höhere Zinszahlungen bedeuten. Zudem erteilte Issing einer Europäisierung der Einlagensicherung eine klare Absage. Denn dies entspräche der Enteignung deutscher Sparer.

Auch Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, kritisierte in seiner Grundsatzrede das politische Handeln auf europäischer Ebene: „Die Lösungsvorschläge für eine stabilere Währungsunion stehen den Prinzipien entgegen, auf denen die Europäische Union gegründet wurde.“ An die Politik gerichtet forderte er deshalb bei der Gestaltung der Regeln des Euroraums eine Rückbesinnung auf die gemeinsamen Werte: „Vor allem

Subsidiarität, Solidarität, Demokratie und nicht zuletzt Freiheit müssen als Maßstab angelegt werden, um die gegenwärtige Krise zu meistern.“ So gebiete das Prinzip der Subsidiarität den Mitgliedsstaaten, zuerst eigene politische Anstrengungen zu strukturellen Reformen zu unternehmen und erst dann die Solidarität anderer Staaten einzufordern. Zugleich biete Subsidiarität einen wichtigen Schutz gegen Uniformität. Götzl: „Bei allem, was jetzt politisch getan wird, geht es auch darum, die Vielfältigkeit Europas zu erhalten. Die Stärke Europas steckt in der Vielfalt seiner Ideen.“ Wer in Europa alles über einen Kamm schere, der mache den europäischen Gedanken kaputt und ignoriere die Werte, auf denen der europäische Gedanke fußt.

Dass sich die Fortschreibung und Einhaltung eines Wertegerüsts auszahle, verdeutlichte der GVB-Verbandspräsident am Beispiel genossenschaftlicher Leitbilder: „Bei uns stehen die marktwirtschaftlichen Prinzipien Selbstverwaltung, Selbstverantwortung und Selbsthilfe im Mittelpunkt.“ Auf dieser Basis wirt-

Susanna Tausendfreund (Grüne) kritisierte, die Möglichkeiten eines rechtsextremistischen Hintergrundes der Morde seien bei den Ermittlungen der verschiedenen Behörden und Verfassungsschutzämtern offensichtlich nicht ernsthaft geprüft worden. Michael Piazzolo (FW) ergänzte, ein Ziel sei, das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zurück zu gewinnen. Zuversichtlich beurteilen alle die Zusammenarbeit mit den drei anderen Untersuchungsgremien.

Erste Zeugen im Herbst

Vor den neun Ausschussmitgliedern liegt eine Menge Arbeit. In der konstituierenden Sitzung wurde nach Wahl der beiden Vorsitzenden ein Zeitplan aufgestellt. In der Sommerpause will man die erreichbaren Akten durcharbeiten und im Herbst die ersten Zeugen laden. Der Schlussbericht ist für Sommer oder Herbst nächsten Jahres eingeplant. **rm**

Mittelschulen ohne Kostenbelastung

Gesetzesänderung bestätigt den Kommunen das Konnexitätsprinzip

Die Zusicherung, dass den Gemeinden durch die Einführung der Mittelschule keine zusätzlichen Kosten entstehen, hat nun auch ihre gesetzliche Grundlage. Mit den Stimmen von CSU und FDP verabschiedete der Landtag den Regierungsentwurf zur Änderung von Erziehungs- und Schulfinanzierungsgesetz.

Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) und die Experten beider Koalitionsfraktionen knüpften an die kontroverse Diskussion mit der Opposition über die bildungs- und schulpolitischen Aspekte zur Regierungserklärung an und kamen zu dem Ergebnis, nicht nur fachlich werde die Grundstufe der Bildungspolitik auf den Weg zur Optimierung des Systems gebracht. Für die Kommunen sei es ein wichtiger Schritt zur Kooperation ohne zusätzliche Kosten.

Weiterentwicklung

Der Minister bezog sich auf die Gesetzestexte. Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittel-

schule als eigenständige Schulart statt Grund- und Hauptschule schreite voran. Die schulpolitischen Sprecher Walter Taubeneder (CSU) und Renate Will (FDP) wiederholten vor allem die fachlichen Aspekte für die Neugliederung als Sprungbrett zur weiterführenden Schul- und Berufsausbildung. Das ganze System werde optimiert.

Förderschulunterstützung

Karin Pranghofer (SPD) befand die Reform als technokratische Lösung. Die Hauptschule werde durch die Umbenennung nicht attraktiver. Eva Gottstein (FW) war gleicher Meinung. Zu-

dem würden die Kosten unkalkulierbar, die Schülerbeförderung werde teurer, wie vom Gemeindetag befürchtet. Thomas Gehring (Grüne) pflichtete bei: Es gebe lediglich eine Namensänderung ohne pädagogischen Mehrwert. Wichtig sei, Ganztags- und Förderschulen zu unterstützen.

Flexibilisierung

Zum Stichwort „Flexibilisierung der kommunalen Zusammenarbeit“ heißt es im Gesetz, diese beschränke sich auf die gemeinsam für die Schulaufwandsträgerschaft zuständigen Körperschaften. Insbesondere bei der Schülerbeförderung ergeben sich neue Regelungen für Städte und Landkreise. Im Sinn einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung werde die Gründung von Zweckverbänden ermöglicht. Das verfassungsmäßige Konnexitätsprinzip (wer anschaft, zahlt) werde durch die verschiedenen schulischen Neuerungen nicht berührt. Den Kommunen als Sachaufwandsträger entstünden keine Mehrkosten, ausgenommen Ganztagsangebote. Die Entscheidung dafür bleibe beim kommunalen Schulaufwandsträger. **rm**

Mehr Service im Angebot

Jahrestagung der Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs und der bayerischen Verwaltungsgerichte in Iphofen

Das unterfränkische Iphofen war Schauplatz der Jahrestagung der Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (BayVGH) und der bayerischen Verwaltungsgerichte. Wichtige Themen der Besprechung waren die Sicherheit in den Gerichtsgebäuden, das Internetangebot der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit, innerdienstliche Angelegenheiten wie etwa die Personal- und Geschäftsentwicklung sowie die praktische Erfahrung mit dem Gesetz über den Rechtsschutz gegen überlange Verfahrensdauer, das Ende 2011 in Kraft getreten ist.

Entscheidungen der bayerischen Verwaltungsgerichte über Themen wie Straßenbau, Feuerwehrabgabe oder ein Demonstrationsverbot greifen stärker ins Leben vieler Bürger ein als Urteile der Strafjustiz. Deshalb bieten die Verwaltungsrichter dem Bürger künftig einen neuen Service: Den Zugriff auf Urteile des Verwaltungsgerichtshofs und der ihm unterstellten sechs Verwaltungsgerichte in Bayern.

Wie Stephan Kersten, Präsident des Münchner Verwaltungsgerichtshofs (VGH), mitteilte, werde das Internetangebot der Behörde gerade modernisiert. Die Verlinkung mit einer kostenfreien Urteilsdatenbank für die Bürger stehe unmittelbar bevor. Dort ließen sich Urteile bis zu vier Jahre zurückverfolgen. Das Angebot sei nicht für gewerbliche Zwecke zugelassen, so Kersten.

Informationsoffensive

Das Internetangebot ist Teil einer Informationsoffensive der Staatsregierung für mehr Transparenz. Staatskanzleichef Thomas Kreuzer hatte kürzlich den Startschuss für eine bayerische Rechtsprechungsdatenbank gegeben. Nun können Bürger im Internet unter www.bayern-recht.de alle wesentlichen Entscheidungen

bayerischer Gerichte kostenlos einsehen und recherchieren.

Was das Thema mehr Sicherheit in Gerichtsgebäuden angeht, soll es künftig – wie in der Strafjustiz – Eingangskontrollen durch private Wachdienste geben. Beraten wurde auch über erste praktische Erfahrungen mit dem Gesetz über den Rechtsschutz gegen überlange Verfahrensdauer, das Ende des vergangenen Jahres in Kraft trat. Bayern liegt bei der Schnelligkeit der Verfahren nach Rheinland-Pfalz auf Platz zwei.

Im Rahmen eines Pressegesprächs informierte Präsident Kersten im Rückblick über wichtige Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs seit Mitte 2011. Zudem gab er eine Vorschau auf einige demnächst zur Entscheidung anstehende Verfahren. Dabei ging es etwa um die automatisierte Kennzeichenerfassung durch die Polizei und um die Höhe der Studiengebühren von Gaststudenten an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Als wichtige Entscheidung bezeichnete Kersten beispielsweise die sog. „Bettensteuer“ in der Landeshauptstadt München. Nach Ansicht des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs ist die Übernachtungssteuersatzung der Landeshauptstadt München rechts-

widrig. Die Satzung sah eine Abgabe in Höhe von 2,50 Euro je entgeltlicher Übernachtung in einem Beherbergungsbetrieb vor, trat jedoch nicht in Kraft, weil die Regierung von Oberbayern sie für nicht rechtmäßig hielt und daher nicht genehmigte.

Der BayVGH hat nun im Berufungsverfahren entschieden, dass die Versagung der Genehmigung rechtmäßig war. Die Regelung sei mit bayerischem Landesrecht nicht zu vereinbaren. Das bayerische Kommunalabgabengesetz sieht vor, dass die Genehmigung einer Satzung versagt werden kann, wenn die Satzung öffentliche Belange, insbesondere volkswirtschaftliche oder steuerliche Interessen des Staates beeinträchtigt. Eine derartige Beeinträchtigung sei anzunehmen, da der Bundesgesetzgeber erst im Jahr 2010 den Umsatzsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 % auf 7 % reduziert habe. Damit laufe die kommunale Übernachtungssteuer dieser bundesrechtlichen Steuererleichterung für Hotelbetriebe zuwider.

Neue Anordnungen teilweise rechtswidrig

Mit Beschluss vom 2. Juli 2012 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof nach Kerstens Ausführungen wiederum über Beschränkungen der fortgesetzten Würzburger Versammlung zum Thema „Asylrecht“ entschieden. Teilweise hält der BayVGH die neuen Anordnungen für rechtswidrig: So dürften Personen mit zugehörten Mündern als Ausdruck ihres verschärften Hungerstreiks durchaus an der Versammlung teilnehmen. Versammlungsteilnehmer, die gegen ihre asylrechtliche Residenzpflicht verstoßen, würden von der Stadt Würzburg hingegen zu Recht ausgeschlossen.

Beim Thema Heimaufsicht schließlich entschied der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in einem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes, dass das bayerische Pflege- und Wohnqualitätsgesetz zwar eine Verpflichtung des Trägers der jeweiligen Einrichtung begründet, Prüfberichte zu veröffentlichen, die im Rahmen der Qualitätssicherung erstellt wurden. Eine Befugnis der für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Kreisverwaltungsbehörden, solche Prüfberichte selbst zu veröffentlichen, folge daraus aber nicht. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Uhl
86663 Asbach-Bäumenheim
am 4.8.

Bürgermeister Werner Weyerer
83229 Aschau im Chiemgau
am 6.8.

Bürgermeister Josef Stöcker
94127 Neuburg am Inn
am 6.8.

Bürgermeister Josef Schäfer
97256 Geroldshausen
am 26.7.

Bürgermeisterin Karin Berger
97845 Neustadt am Main
am 27.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Konrad Merkl
92690 Pressath
am 4.8.

Bürgermeister Jürgen Fundke
94086 Bad Griesbach i. Rottal
am 27.7.

Bürgermeister Hubert Zwack
92723 Gleiritsch
am 27.7.

Bürgermeister Alfred Meier
92331 Lupburg
am 28.7.

Bürgermeister Wolfgang Mann
97286 Winterhausen
am 29.7.

Bürgermeister Eberhard Götz
97265 Hettstadt
am 29.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Ulrich Reuter
63739 Aschaffenburg
am 27.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Blascheck
84085 Langquaid
am 1.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Alexander Legler
63755 Alzenau
am 30.7.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerischer Geriatrietag in München:

Herausforderung Demenz annehmen

Dass sich in den vergangenen Jahren die medizinischen Fachrichtungen in der Altersheilkunde näher gekommen sind, verdeutlichte der Themenschwerpunkt des 8. Bayerischen Geriatrietages in München.

Wie Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V. betonte, „wäre es vor zwei Jahrzehnten undenkbar gewesen, dass sich Geriater und Gerontopsychiater zum Thema Demenz treffen und sich austauschen“. Aufgrund des neuen Akut-Geriatrie-Programms der Bayerischen Staatsregierung seien nun auch formell die Geriater und die Gerontopsychiater verpflichtet worden, enger in der Region zu kooperieren. „Für die Versorgungssituation alterskranker Patienten im Lande ist es nur zu begrüßen und weiter zu forcieren“, meinte Bartsch.

Nach Auffassung des AG-Vorsitzenden besteht das größte Problem der geriatrischen Rehabilitation weiterhin in der „notorischen Unterfinanzierung durch die Krankenkassen“. Damit seien viele Einrichtungen in ihrem Bestand gefährdet. Spätestens nach den nächsten Wahlen werde es auch in Bayern zu solchen Klinikschließungen kommen. „Dies ist sehr bedauerlich, denn durch die Vermeidung von Pflegefällen spart das Gesundheitssystem der Pflegeversicherung und der überörtlichen Sozialhilfe viel Geld. Die verantwortlichen politischen Kräfte in Berlin müssen hier der geriatrischen Rehabilitation eine größere Wertschätzung entgegen bringen und gesetzlich verordnen, dass für die Rehabilitation alterskranker Patienten ausreichende Entgelte bezahlt werden. Als Zwischenschritt hoffen viele Einrichtungen auf die Unterstützung der neuen Schiedsstellen“, stellte Bartsch fest.

Kreative Ansätze

Seiner Ansicht nach muss im Deutschen Bundestag in der nächsten Wahlperiode die Gesundheitspolitik mit kreativen Ansätzen auf den demografischen Wandel reagieren. Allein mit minimalen Beitragserhöhungen und Leistungsausweitungen seien die strukturellen Probleme nicht zu lösen. Die Vermeidung und Linderung von Pflegebedürftigkeit müsse im Mittelpunkt stehen und nicht die bessere Honorierung der Pflege, „sonst sind die sozialen Sicherungssysteme bis hin zu den Kommunalfinanzen über die überörtliche Sozialhilfe kaum mehr finanzierbar“.

Die Altersmedizin benötige über die in diesem Bereich tätigen Personen und Institutionen hinaus neue Bündnispartner, damit die Geriatrie verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Betrachtungen kommt. Hier seien alle Betei-

ligten aufgerufen, vor Ort die Entscheidungsträger in die Einrichtungen einzuladen und sie von der langfristigen Bedeutung der Altersmedizin zu überzeugen. Vereine und Verbände seien als Bündnispartner zu suchen. Dafür biete sich auch das Wahljahr 2013 gut an. Hier sollten alle Kandidaten für Bundestag, Landtag und Bezirkstag in die geriatrischen Einrichtungen eingeladen werden, damit sie den aktuellen Sachstand vermittelt und die Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft, die öfter medizinische Leistungen braucht, verdeutlicht bekommen.

Präventionsprojekte

Wie Bayerns Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber hervorhob, fördert das Gesundheitsministerium über 100 Präventionsprojekte zur Vorsorge sowie Information über eine gesunde Lebensweise mit insgesamt 3,3 Millionen Euro pro Jahr. Der Freistaat bereite sein Gesundheitswesen damit zielgerichtet auf die Herausforderungen des demographischen Wandels vor. „Eine der großen Herausforderungen für das Gesundheitswesen ist die Alterserkrankung Demenz“, sagte Huber. „Betroffene brauchen bestmögliche medizinische Behandlung, fürsorgliche Pflege, menschliches Miteinander und praktische Unterstützung. Deshalb haben wir die Versorgung Demenzkranker zum Thema des diesjährigen Geriatrietages gemacht.“

Eckpunkte seien dabei neben der Prävention die Themen Aus-, Fort- und Weiterbildung der Gesundheitsberufe sowie die zukünftige mobile und stationäre Versorgung. Huber: „Um eine hochwertige Versorgung Demenzkranker auch in Zukunft sicherzustellen, setzen wir klare Schwerpunkte. Im Sinne einer menschlichen Medizin ist es wichtig, dass Hilfsangebote von den Betroffenen mit möglichst geringem Aufwand wahrgenommen werden können.“ Deshalb müssten vor allem ambulante Versorgungsformen für Demenzpatienten voran gebracht werden.

Laut Minister „wollen wir den Aufbau mobiler Reha-Teams beschleunigen, die zu den Betroffenen nach Hause kommen. Denn eine mobile Rehabilitation greift die individuelle Lebenslage jedes Patienten und seiner Familie auf.“ Daher unterstützt das Gesundheitsministerium diese ab sofort mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von bis zu 25.000 Euro pro Team. Außerdem sollen alle medizinischen und sozialpflegeri-

schen Berufsgruppen für das Thema sensibilisiert und qualifiziert werden, insbesondere auch die Hausärzte, die rund 90 Prozent der Demenzkranken behandeln und eine wesentliche Rolle bei der Früherkennung spielen.

Um Krankenhausaufenthalte für Demenzkranke, Angehörige und Krankenhauspersonal möglichst verträglich zu gestalten, hat das Gesundheitsministerium eine Broschüre mit 20 Empfehlungen für Krankenhausträger zur Verbesserung der Versorgung Demenzkranker erarbeitet und an alle Allgemeinkrankenhäuser versandt. Der Inhalt reicht von Empfehlungen zur Schulung des Krankenhauspersonals bis hin zu baulichen Veränderungen. Das Gesundheitsministerium begleitet die Umsetzung der Empfehlungen und fördert einzelne Projekte.

Im Vorfeld des Bayerischen Geriatrietages hatte der Bayerische Hausärzterverband (BHÄV) auf die Bedeutung von Hausarztverträgen für ältere Menschen und hier insbesondere für Patienten mit Demenzerkrankungen wie Alzheimer aufmerksam gemacht. „Mit zunehmendem Alter steigt die Prävalenz für chronische Erkrankungen an, gerade für Demenzerkrankungen“, erklärte Dr. Dieter Geis, Vorsitzender des BHÄV. „Dann ist eine intensivere medizinische Betreuung erforderlich. Die hausarztzentrierte Versorgung (HzV) gewährleistet diese, wie die kürzlich veröffentlichte wissenschaftliche Evaluation des Hausarztvertrages der AOK Baden-Württemberg eindrucksvoll belegt“, so Geis.

Demnach haben HzV-Patienten öfter Kontakt zu ihrem Hausarzt, erhalten eine gezieltere Medikation und werden konsequenter nach erprobten medizinischen Leitlinien behandelt. Die Versorgung in der HzV werde auch von den Patienten als besser empfunden.

Engmaschige Betreuung

Ein Grund dafür sei die Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis (VERAH), die vermehrt in HzV-Praxen beschäftigt wird. Denn Hausarztverträge förderten den Einsatz dieser speziell geschulten medizinischen Fachgestellten (Arztshelferin) in Form einer gesonderten Vergütung. Die VERAH kann bei Patienten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in die Praxen kommen können und zu Hause betreut werden müssen, zwischen den Besuchsintervallen des Hausarztes nach den Patienten sehen und so für eine engmaschigere Betreuung sorgen. „Zudem ist die Honorierung in der HzV mehr am Versorgungsaufwand orientiert, so dass der Arzt sich mehr Zeit

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

ich hatte in meiner letzten Kolumne versprochen, Sie auf dem Laufenden zu halten. Hier nun die Fortsetzung zum Thema Kommunalen Finanzausgleich, und ich kann Ihnen wirklich gute Nachrichten übermitteln:

Die Kommunen im Freistaat Bayern werden im Jahr 2013 von einem Kommunalen Finanzausgleich in neuer Rekordhöhe profitieren. Rund 7,7 Milliarden Euro werden Bayerns Kommunen 2013 erhalten. Die Eckpunkte des höchsten Kommunalen Finanzausgleichs, den es in Bayern je gegeben hat, sind:

Kommunaler Finanzausgleich in neuer Rekordhöhe

1. Klare Signale für Investitionen und strukturschwache Gemeinden und
2. Fairer Ausgleich der verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungen der Kommunen.

Dazu ein paar Zahlen und Fakten:

- Der Anteil der Kommunen am Allgemeinen Steuerverbund wird von 12,50 % auf 12,75 % erhöht und die Schlüsselzuweisungen steigen um 109 Millionen Euro.
- Der Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen für besonders finanzschwache Kommunen wird um knapp 75 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro aufgestockt.
- Die Zuweisungen an die Bezirke steigen auf 644 Millionen Euro an.
- Die Zuweisungen für Schulen und Kindertagesstätten steigen um 30 Millionen Euro auf 376 Millionen Euro an, so dass die 2/3-Förderbeschränkung bei Kindertagesstätten künftig entfällt.
- Die Mittel für Straßenbau und Unterhalt werden um 32 Millionen Euro auf 276 Millionen Euro erhöht.



- Die Investitionspauschale steigt um 60 Millionen Euro auf 315 Millionen Euro an.
- Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden von 430 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro angehoben.
- Der Eingangssatz der Einwohnergewichtung bei den Schlüsselzuweisungen wird für kleine Gemeinden bis 5.000 Einwohner von 108 Prozent auf 112 Prozent angehoben; gleichzeitig entfällt der Großstadtszuschlag ab 500.000 Einwohner. Diese Kürzung betrifft nur die Stadt München, die künftig weniger Schlüsselzuweisungen erhält.

Bei den Bund-Länder-Verhandlungen zum Fiskalpakt hat Bayern weitere Zusagen für Milliarden-Entlastungen für die Kommunen erzielt:

- Eingliederungshilfe für Schwerbehinderte: Künftig werden sich Bund und Kommunen die Lasten teilen.

- Kita-Ausbau: Die Kommunen erhalten zusätzliche Mittel für den schnelleren Ausbau.
- Soziale Grundsicherung: Die Grundsicherung wird noch schneller als geplant von den Gemeinden auf den Bund übergehen.

- Verkehr: Die Kommunen erhalten zusätzliche Mittel im öffentlichen Personennahverkehr. Ich begrüße ausdrücklich die positiven Ergebnisse der Verhandlungen für die kommunale Familie. Die Kernforderungen der Kommunalpolitischen Vereinigung - mehr Geld für die Kommunen und eine noch gerechtere Verteilung der Mittel - sind erfüllt worden.

Das ist für mich ein Anlass, der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere dem Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer und dem Bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder ein großes Lob auszusprechen und ihnen im Namen der Kommunalpolitiker zu danken. Die Bayerische Staatsregierung bleibt auch beim diesjährigen Finanzausgleich ein zuverlässiger Partner der Kommunen.

Mich freut es sehr, Ihnen diese guten Nachrichten übermitteln zu können. Bis zum nächsten Mal!

Ihr Stefan Rößle

Stromversorgung in Deutschland:

Zahlen und Fakten

Neue Publikation des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik des Wirtschaftsbeirates Bayern

Es gibt nur wenige Gebiete der Politik, über die derart intensiv und oft auch emotional diskutiert wird wie über die Energiepolitik. Ölpreiskrise, Kernenergie, Klimaschutz sind nur wenige Schlagworte. Diese Diskussion hat sich mit der sogenannten Energiewende weiter intensiviert. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie kann die Stromversorgung nach Abschalten der Kernkraftwerke in Deutschland weiter umweltfreundlich, wettbewerbsfähig und wirtschaftlich, vor allem aber auch sicher gestaltet werden? Zu dieser Frage gibt es mittlerweile eine Unzahl von Gutachten und Meinungen.

Mit der Publikation „Zahlen und Fakten zur Stromversorgung in Deutschland“ will der Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik des Wirtschaftsbeirates Bayern einen sachlichen und möglichst objektiven Beitrag zu dieser Diskussion liefern. Wie die Autoren Maximilian Fallthäuser und Armin Geiß betonen, „haben wir deshalb bewusst auf Kommentare und Schlussfolgerungen verzichtet im Sinne von: ‚Lasst Zahlen sprechen‘.“

Die Gliederung dieser Broschüre orientiert sich an dem energiepolitischen Dreieck Versorgungssicherheit (internationaler Vergleich Stromausfallminuten, Anzahl der Eingriffe eines Stromnetzbetreibers pro Jahr, Entwicklung der deutschen Strom-Export- und Importbilanz), Wirtschaftlichkeit (Strompreisentwicklung, EEG-Umlage nach Erzeugungsarten, staatliche Belastungen auf den Strompreis, internationaler Preis (Fortsetzung auf Seite 9)

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

//REGENERATIV
//MODERN
//DYNAMISCH

www.rmd.de

RMD

Rhein-Main-Donau AG

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberpfalz:

Licht und Schatten

Die Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2013 und der Ausbau von Kinderkrippenplätzen standen auf der Tagesordnung der jüngsten Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetags in Amberg. Dabei bewerteten Städte und Gemeinden das Verhandlungsergebnis des FAG als „sehr gut“.

Bei dem Treffen, an dem auch Regierungspräsidentin Brigitta Brunner teilnahm, erläuterte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, die Einzelheiten des kommunalen Finanzausgleichs und zog das Fazit: „Die neuerliche Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund ist ein großer Erfolg für die kommunale Familie. Damit steigt das Volumen des Finanzausgleichs auf einen Rekordstand von insgesamt 7,7 Milliarden Euro. Die dieses und nächstes Jahr erfolgende Erhöhung bedeutet eine dauerhafte Einnahme von 152 Millionen Euro jährlich, über die nicht mehr verhandelt werden muss.“

Der Großteil dieser Mittel stärkt über die Schlüsselzuweisungen die Verwaltungshaushalte der Kommunen. Wie der Vorsitzende der Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer, hervorhob, habe dieser Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen für die Städte hohe Priorität, „zumal wir die Bedrohungen im Blick behalten müssen, die den Kommunen durch Fiskalpakt und Schuldenbremse bevorstehen können“.

Strukturhilfeprogramm

Als besonders wichtig bezeichnete Toni Dutz, Bürgermeister von Wiesau und Bezirksvorsitzender für die kreisangehörigen Mitglieder des Bezirks Oberpfalz, ein Strukturhilfeprogramm für ärmere Gemeinden, wofür 100 Millionen Euro bereitgestellt werden. OB Dandorfer zufolge „kommt es nun darauf an, wie diese Mittel verteilt werden“.

Außerdem werden wichtige Investitionsbereiche, wie etwa der Krankenhausbau, der Bau von Schulen und Kindergärten sowie der Straßenbau, noch stärker gefördert.

Laut Buckenhofer trägt der Städtetag Veränderungen der Einwohnergewichtung zugunsten kleinerer Gemeinden solidarisch mit, obwohl dies möglicherweise Umverteilungseffekte zu Lasten der großen Städte mit sich bringt. Positiv werteten die Mitglieder der Bezirksversammlung, dass der Freistaat Bayern sich im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt für eine nachhaltige und dauerhafte Entlastung der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe einsetzt. Dandorfer: „Im Erfolgsfall könnten auf lange Sicht diese Mittel ungekürzt in den kommunalen Finanzausgleich einfließen.“

Nach Auffassung des Städtetagsvorstands hilft das Neujustieren bei einzelnen Bereichen des komplexen Systems des FAG, die Aufgabenentwicklung der Städte und Gemeinden besser abzubilden. Buckenhofer: „Durch Korrekturen der Einwohnergewichtung bei kleinen Gemeinden und Großstädten konnte ein stärkerer

Ausgleich zwischen kleinen und großen Kommunen geschaffen werden.“ Freilich dürfe man nicht von der falschen Annahme ausgehen, dass der kommunale Finanzausgleich die Probleme von strukturschwachen Kommunen lösen kann; dies bleibe Aufgabe einer gezielten Regionalpolitik des Freistaats.

Buckenhofer zufolge „sollten wir auch eine plumpe Vereinfachung der Debatte vermeiden, wonach klein gleich arm ist und groß gleich reich“. Schließlich seien kleine Gemeinden nicht automatisch arm. Neben Großstädten mit auskömmlicher Finanzierung gebe es auch finanzschwache Großstädte, ebenso wie es kleinere Städte und Gemeinden gebe, die finanziell gut ausgestattet sind.

Beim Thema Ausbau von Kinderkrippen machte die Bezirksversammlung kein Hehl daraus, dass gerade größere Gemeinden und Städte Gefahr laufen, dass sich der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Betreuungsplatz bis zum 1. August 2013 nicht erfüllen lässt. Dandorfer: „Gerade in größeren Städten ist der Bedarf hoch, hier fehlt qualifiziertes Personal. Beim Bau neuer Kinderkrippen stellen hohe Standards etwa für Brandschutz hohe finanzielle Hürden auf.“

Buckenhofer verwies auf den Ursprung des Problems, das im Jahr 2007 liegt: „Ohne Beteiligung der Kommunen haben Bund und Länder beim Krippenpfeil des Bundes hehre Ziele samt Rechtsanspruch formuliert. Allerdings sind vor fünf Jahren die Ausbauposten viel zu niedrig angesetzt worden und der tatsächliche Ausbaubedarf wurde drastisch unterschätzt.“ Nun bestehe die Gefahr, dass Städte und Gemeinden ab August 2013 von Eltern mit Klagen und Forderungen zum Schadenersatz überzogen werden, ohne dass sie überhaupt eine reelle Möglichkeit gehabt hätten, mehr Betreuungsplätze einzurichten.

Die als durchschnittliche Zielmarke angenommene Bundesquote von 35 Prozent zur Versorgung von Kindern unter drei Jahren bis zum 1. August 2013 werde erheblich überschritten, sowohl im Landesdurchschnitt als auch in besonders betroffenen Städten. Buckenhofer: „Vor dem Hintergrund der rasant steigenden Bedarfszahlen stellt sich die Frage, ob der Rechtsanspruch bei der vom Bund unterstellten Quote von 35 Prozent tatsächlich erfüllt ist. Selbst bei einer Quote von 50 Prozent könnte die Nachfrage als nicht befriedigt gelten. Die bayerischen Kommunen werden ihren Verpflichtungen zu einer flächendeckenden Krippenbetreuung auch über eine Quote von 35 Prozent hinaus nachkommen – dafür brauchen sie allerdings ein Moratorium für den Rechtsanspruch.“

Die Kommunen haben inner-

halb von fünf Jahren das Angebot für Kinder unter drei Jahren kräftig erweitert. Damit ist Bayern aus der Schlusslichtposition deutlich nach vorne gerückt. Der Freistaat hat nicht zuletzt durch die Vorleistung der bayerischen Städte und Gemeinden aufgeholt. Im Jahr 2006 betrug der Versorgungsgrad landesweit 7 Prozent, im Jahr 2011 sind es 24 Prozent. Aktuell gibt es in Bayern rund 76.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ab 2013 rund 110.000 Plätze notwendig sein werden; das wäre eine durchschnittliche Versorgungsquote von 36 Prozent. Allerdings schwankt der Bedarf in den kreis-

Fokus auf Kinder ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Innenminister Joachim Herrmann unterstrich einmal mehr, dass sich der Bund wesentlich stärker an der Finanzierung der Bezirksaufgaben beteiligen muss: „Wir brauchen ein Bundesleistungsgesetz, das eine angemessene Beteiligung des Bundes an den explodierenden Kosten der Bezirksaufgaben sicherstellt. Der Bund muss vor allem künftig die Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte übernehmen.“

So stieg die Zahl der behinderten Menschen mit Bezug von Leistungen der Eingliederungshilfe von 414.000 im Jahr 2000 auf 630.000 im Jahr 2010. Das bedeutet einen Anstieg des Ausgabevolumens um etwa 50 Prozent, nämlich von 8,3 Milliarden Euro auf fast 12,5 Milliarden Euro. „Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland ist hier Entlastung kaum in Sicht. Deswegen hat Bayern im Bundesrat eine Initiative für ein Bundesleistungsgesetz gestartet. Wir wollen, dass der Bund die Kosten der Eingliederungshilfe vollständig übernimmt. Sonst droht eine Kostenlawine, die unsere Bezirke erdrückt.“

Verlässlicher Partner

Wie Herrmann darlegte, ist die Bayerische Staatsregierung „ein verlässlicher Partner aller Kommunen“. Jüngstes Beispiel sei der kommunale Finanzausgleich in 2013, bei dem die Ausgleichsleistungen auf die neue Rekordsumme von mehr als 7,7 Milliarden Euro stiegen. Daneben erführen die Kommunen eine spürbare Entlastung durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund. Der Bund übernehme hier bereits in diesem Jahr 45 Prozent, im kommenden Jahr dann 75 Prozent und ab 2014 die vollen Kosten.

„Wir haben uns bei den Verhandlungen in der Gemeindefinanzkommission nachdrücklich für diese Entlastung der Kommunen eingesetzt. Die Kostenübernahme durch den Bund führt allein bei uns im Freistaat zu einer dauerhaften Reduzierung der kommunalen Sozialhilfeausgaben in einer Größenordnung von circa 500 Millionen Euro pro Jahr“, machte der Innenminister deutlich. „Eine größtmögliche finanzielle Entlastung unserer Kommunen, auch unserer Bezirke, bleibt auch weiter unser Ziel.“

Wie Monsignore Bernhard Piendl in seinem Festvortrag ausführte, könne kein Zweifel daran bestehen, „dass die Frage der Verortung und Positionierung des Sozialen noch einmal grundlegender und umfänglicher angegangen werden muss“. Das Gedankengut der katholischen Soziallehre könne den Blick schärfen und die Engführung aufbrechen, die die sozialen Leistungen in Abhängigkeit von der Wirtschaft definiert, die Aufwendungen dafür an einer untersten Mindestabsicherung ansiedelt und den ge-

freien Städten Bayerns zwischen unter 30 bis zu 60 Prozent. Buckenhofer: „Die Kommunen tragen einen Großteil der Kosten. Bei den Investitionskosten für den Bau neuer Krippen haben Bund und Freistaat die Kommunen bislang gut unterstützt. Beim Großteil der Betriebskosten haben uns Bund und Freistaat bislang im Regen stehen lassen. Investitionskosten fallen einmalig an, Betriebskosten schlagen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. Bei den Investitionskosten brauchen wir eine Fortsetzung der bisherigen Förderung. Der Freistaat muss das bis Ende 2013 laufende Bund-Land-Förderprogramm weiter führen.“ **DK**

regelten Wettbewerb zum exklusiven Instrument erklärt.

Es gelte, demgegenüber die Eigenständigkeit der sozialen Gestaltung der Gesellschaft, ihren Wert und ihre Bedeutung zu erkennen. „Und wir sollten vor allem eines nicht tun, nämlich den Sozialstaat schlecht reden. Er hat die Wirtschaft- und Finanzkrise nahezu unbeschadet bestanden und gerade hier seine Stärke und Eigenständigkeit bewiesen“, so Piendl.

Jeder soziale Beitrag, also auch der finanzielle, sei eine gute Investition zur Schaffung einer stabilen Gesellschaft: „Unsere sozialen Leistungen stärken die einzelne Person. Sie fördern die solidarische Gemeinschaft. Sie schaffen Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich.“ Deshalb gebe es keinen Grund, „uns ständig für soziale Leistungen rechtfertigen zu müssen“. Im Gegenteil: „Für mich ist es längst an der Zeit, einen Perspektivwechsel einzufordern und die im besten Sinn des Wortes „wert-schöpfende“ Bedeutung sozialer Leistungen neu in den Fokus zu rücken.“

Monsignore Piendl: „In der Finanzierung sozialer Leistungen ringen wir alle heute um die besten Lösungen. Ich weiß sehr wohl um das Ringen der verschiedenen kommunalen Ebenen untereinander bis hin zum gemeinsamen Ringen mit dem Staat um einen höheren Finanzausgleich. Ganz zu schweigen von dem Ringen zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern. Über all diesem Ringen dürfen wir aber niemals den Menschen vergessen, um den es letztlich geht. Wir finanzieren ja nicht seine faule Haut oder seine soziale Hängematte. Unsere sozialen Leistungen sind mehr als eine Reparaturwerkstatt.“ Stets habe man es mit dem Einzelnen zu tun, mit dem Menschen in seiner Würde. „Und dieser werden wir mehr gerecht, wenn wir ihn zur Teilhabe befähigen – und dabei die notwendige Verteilungsgerechtigkeit nicht außer Acht lassen –, indem wir seine Stärken fördern, ihm Bildung ermöglichen.“

Aktivierende Hilfe

„Unsere Sozialleistungen leisten etwas: Sie fördern durch Sicherung in Notlagen, Ermutigung und Hilfe, Integration und Beteiligung die Fähigkeit und Bereitschaft zu eigener Leistung und Übernahme von Verantwortung. Sie zielen auf aktivierende Hilfe für Marginalisierte“, betonte Piendl und ergänzte: „So müssen unsere Sozialleistungen ausgerichtet sein. Und daran müssen wir sie auch messen. In diesem Sinn stehen unsere sozialen Leistungen im Dienst einer humanen Gesellschaft. Und dieser Dienst ist von höchstem Wert.“

Verbandspräsident Hölzlein fasste in seinem Tätigkeitsbericht die wesentlichen Höhepunkte des vergangenen Jahres zusammen. Neben der erfolgreichen Offenen Behindertenarbeit, dem Einsatz der Bezirke innerhalb der Hei-

matkultur sowie dem großartigen Engagement bei der Hilfe zur Pflege sowie der Eingliederungshilfe ging er besonders auf die aktuelle Frage des Aufbaus eines inklusiven Schulsystems ein. Hölzlein betonte, dass sich die Zahl der Schulbegleiter in den vergangenen vier Jahren nahezu verfünffacht habe. Waren es im Jahre 2008 erst 400 Schulbegleiter, so liegt die Zahl heute bei 1420.

Bewährte Förderschulen

Der Präsident erinnerte daran, dass die Bezirke im März dieses Jahres eine Resolution an den Freistaat Bayern gerichtet haben. Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, die Regelschulen beim Ausbau des inklusiven Schulsystems personell und finanziell so auszustatten, dass die Beschulung von jungen Menschen mit Behinderung künftig ohne Leistungen der Eingliederungshilfe möglich ist. Nur dann könnten auch die Bezirke den Vorgaben der UN-Konvention in diesem Zusammenhang Rechnung tragen.

Gleichzeitig plädierte Hölzlein noch einmal deutlich für die Beibehaltung der bewährten Förderschulen. Diese seien in Bayern eine Erfolgsgeschichte, die vielen Kindern und Jugendlichen die Basis für einen guten Start in ein selbst bestimmtes Leben biete.

Mit Blick auf die aktuelle Situation im Maßregelvollzug (Forensik) bekräftigte Hölzlein die Sorge, Straftäter könnten gemäß einem Gesetzentwurf der Bundesregierung aus der Haft in den Maßregelvollzug überwiesen werden, wenn dies zur Durchführung einer Heilbehandlung oder Entziehungskur angezeigt sei. Die bislang bewährte Trennung bei der Unterbringung würde aufgehoben. Auf Drängen der Bezirke setzte

sich Bayern im Bundesrat für einen entsprechenden Änderungsantrag ein. Nun gelte es abzuwarten, welche Fassung der Bundesgesetzgeber letztlich verabschieden werde.

„Alles in allem leisten die Bezirke einen wichtigen Beitrag als Anwalt der Schwächsten in unserer Gesellschaft, den wir mit Erfahrung, Kompetenz und großem Einsatz weiterführen werden“, lautete Hölzleins Fazit. „Bayern braucht die Bezirke und deren Arbeit für das Gemeinwesen heute und auch in Zukunft.“

Die Tagung habe zum Ausdruck gebracht, „dass sich die Bezirke, Verbände und Facheinrichtungen mit großem Engagement und Nachhaltigkeit dem aktuellen Thema der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Bayern stellen“, so der Vizepräsident des Verbandes der bayerischen Bezirke Dr. Günther Denzler, bei seinem Schlusswort. In den Fachreferaten und Diskussionsbeiträgen sei deutlich geworden, dass sich die Gesellschaft einer dramatischen Verschiebung stellen muss: von somatischen Störungen hin zu psychischen Fehlentwicklungen unter den Heranwachsenden.

Umso beeindruckender sei in diesem Kontext das breite Versorgungsangebot, das die psychiatrischen Bezirkskliniken hier vorhalten. Inzwischen gebe es in jedem Regierungsbezirk mindestens eine vollstationäre Einrichtung mit teilstationären Plätzen sowie einer räumlich getrennten Tagesklinik. Denzler: „Diese Tatsache macht deutlich, welch hohen Stellenwert die Kinder- und Jugendpsychiatrie bei den Bezirken hat.“ Es müsse alles dafür getan werden, „dass jedes Kind mit seinen Neigungen und Fähigkeiten einen angemessenen Platz in dieser Gesellschaft finden kann“. **DK**

Nachbesserung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dass man damit Geschäfte machen könnte. Liberalisierung müsse vor dem grundrechtlich geschützten Recht auf informationelle Selbstbestimmung Halt machen. Die öffentliche Verwaltung sei auf bestimmte Daten angewiesen; die Verwaltung garantiere den Bürgern den behutsamen Umgang mit sensiblen Daten. Das Vertrauen der Bürger in die Meldebehörden dürfe nicht durch die vom Bundestag unüberlegt beschlossenen Regelungen gefährdet werden – die Bürger müssten sich sicher sein können, dass mit ihren Daten keine Geschäfte betrieben werden.

Vertrauensverhältnis

Auch der Bayerische Gemeindetag hält das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Meldebehörden für schutzwürdig. „Es darf noch nicht einmal der Anschein entstehen, dass Daten aus rein kommerziellen Gründen ohne Einwilligung des Betroffenen weitergegeben werden könnten“, stellte Verbandspräsident Dr. Uwe Brandt fest. „Deswegen sollte die Weitergabe – wie im ursprünglichen Gesetzentwurf auch vorgesehen – an die Einwilligung der Betroffenen geknüpft werden. Eine bloße Widerspruchslösung reicht nicht. Völlig unverständlich ist, dass in dem neuen Gesetz vorgesehen ist, dass ein solcher Widerspruch nicht möglich ist, wenn die Firmen bereits die Daten haben und sie lediglich überprüfen lassen wollen.“ Der Bayerische Gemeindetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, über den Bundesrat die notwendigen Nachbesserungen vorzunehmen.

Gleiches gilt aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags für den Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms. Das Ergebnis der groß angekündigten „Entschlackung“ des Programms sei „enttäuschend“. „Unter Ent-

bürokratisierung, Deregulierung und Kommunalisierung wird der Landesplanung stellen wir Gemeinden und Städte uns etwas anderes vor. Der vorgelegte Entwurf des neuen LEP muss aus unserer Sicht erheblich nachgebessert werden“, meinte Brandl.

Rein quantitativ scheine das Ziel der Staatsregierung erreicht zu sein: Drei Viertel der Ziele und zwei Drittel der Grundsätze sollen entfallen. Betrachte man aber die verbliebenen Inhalte, so zeige sich schnell, dass eine echte Reform im Sinne von mehr Möglichkeiten für die Gemeinden in weiten Bereichen nicht stattgefunden hat. Das Zentrale-Orte-Prinzip werde beibehalten, die Vorgaben zur Siedlungsstruktur – vor allem das in der Praxis zu vielen Schwierigkeiten führende Anbindegebot – schränken auch weiterhin die kommunale Planungshoheit spürbar ein. Die Forderung nach städtebaulicher Integration eines Standorts, die viele Gemeinden des ländlichen Raums nicht erfüllen können, sei weiter praktisch uneingeschränkt enthalten. Und bei der Frage der Verkaufsflächenbegrenzung bleibe es bei der Philosophie der Kaufkraftabschöpfung.

Echte Deregulierung

Brandl: „Hier ist viel Kosmetik geleistet worden, aber keine echte Deregulierung erfolgt. Das ist sehr ärgerlich. Dabei hatten wir schon vor Jahren der Staatsregierung empfohlen, all die pseudogenauen Verkaufsflächen- und Kaufkraftberechnungen durch ein politisches System von Schwellenwerten zu ersetzen. Jede Gemeinde hätte dann durch einen einfachen Blick in das LEP erkennen können, welche Verkaufsflächen bei welchem Sortiment aus landesplanerischer Sicht unbedenklich sind. Die Frage nach dem ‚richtigen Einzelhandel‘ wäre dann von der Gemeinde selbst beantwortet worden. Das wäre eine echte Kommunalisierung.“ **DK**

Stabilität und ...

(Fortsetzung von Seite 1)

munalen Finanzausgleich 2013 auf Rekordhöhe die Kommunalfreundlichkeit des bayerischen Staatshaushalts. „Denn jeder Euro für die Kommunen kommt unseren Bürgerinnen und Bürgern direkt zugute, weil unsere Städte und Gemeinden damit besser in kommunale Einrichtungen und die Infrastruktur investieren können.“

Seehofer, Zeil und Söder wiesen darauf hin, dass sich das Kabinett bewusst dafür entschieden

habe, bei allen berechtigten Wünschen aus den Fachressorts nach zusätzlichen neuen Stellen im Stellenplan größte Zurückhaltung zu üben: „Im Doppelhaushalt 2013/2014 wird es im Saldo lediglich 801 neue Stellen geben und zwar ausschließlich in den Bereichen, in denen Stellenmehrungen wie zum Beispiel in der Justiz unabweisbar waren und dort, wo wir haushaltspolitische Schwerpunkte gesetzt haben, wie in der Bildung und in der Wissenschaft.“ **□**



Brandschutz im Tessin: Gleich 15 Mercedes-Benz Unimog U 20 mit Tanklöschaufbau stehen bereit. □

Unimog U 20 bei der Schweizer Feuerwehr

15 Tanklöschfahrzeuge in den Kanton Tessin ausgeliefert

Wörth/Schlieren - Stetig wachsende Beachtung bei den Feuerwehren findet der Unimog U 20, der Kompakteste aus dem insgesamt drei Baureihen umfassenden Programm der legendären Unimog von Mercedes-Benz. Jetzt wurde die ungewöhnlich hohe Anzahl von 15 Unimog U 20 an die Feuerwehren im Schweizer Kanton Tessin übergeben. Sie sind versehen mit einem nach Schweizer Normen entwickelten Tanklöschaufbau der Firma Rosenbauer.

Ein Wendekreis wie beim Pkw (12,6 m), geringe Bauhöhe (2,7 m) und Breite (2,2 m) sowie das niedrige Gesamtgewicht prädestinieren den Unimog U 20 für den Einsatz auf engen und steilen Straßen und Wegen. Permanenter Allradantrieb, Singlebereifung, zuschaltbare Differenzialsperren und die hohe Bodenfreiheit garantierenden Portalachsen sind Kennzeichen der enormen Geländegängigkeit des Unimog.

Leistungsfähiges Einsatzfahrzeug

Reichlich Leistungsreserven, Zapfwellen, Nebenaggregate und eine leistungsstarke Hydraulik, komplettiert um den topaktuellen Stand der Lkw-Technik bei Sicherheit, Bedienung und Umweltverträglichkeit - das alles zusammen macht den Unimog U 20 zum leistungs- und strapazierfähigen Einsatzfahrzeug ganz im Stil der beiden größeren Baureihen. Dies sind die Geräteträger U 300, U 400 und U 500 sowie die hochgeländegängigen U 4000 und U 5000.

Reihenmotor mit vier Zylindern

Der Vierzylinder-Reihenmotor

des Unimog U 20 leistet 130 kW (177 PS), das Getriebe hat acht Vorwärts- und sechs Rückwärtsgänge und erlaubt eine Höchstgeschwindigkeit von 90 km/h. Das moderne Fahrerhaus erleichtert der dreiköpfigen Feuerwehrbesatzung durch komfortable Ausstattung und ausgefeilte Ergonomie die Arbeit nachhaltig.

Feuerlöschkreiselpumpe als Herzstück

Als Swiss Line High End TLF 1600 bringt der Unimog mit dem Aufbau von Rosenbauer 1.600 Liter Löschwasser an den Einsatzort, der Tank ist aus Glasfibrer-Kunststoff gefertigt. Das Herz der Löscheinheit bildet die Feuerlöschkreiselpumpe mit einer Leistung von 2.000 l/min bei 10 bar. Sie kann auch als Saugpumpe verwendet werden, um Wasser durch eine zehn Meter lange Saugleitung aus naheliegenden Gewässern zu gewinnen. Die Abgabe des Löschmittels erfolgt über zwei Niederdruckhaspeln mit einer Reichweite von 60 m.

Ausziehbare Pressluftatmer

Der kompakte Hilfsrahmen er-

möglicht eine günstige Belade- und Entnahmhöhe für Geräte und Aggregate, zum Beispiel der ausziehbaren Pressluftatmer.

Unimog: Feuerwehrtradition seit 1951

Der Einsatz von Unimog bei der Feuerwehr hat eine lange Tradition und begann schon in der Anfangszeit, auch bei der Waldbrandbekämpfung und dem Brandschutz im Tagebau und in Industriebetrieben sowie auf Flughäfen. □

Neue Technologie in der Schweiz:

Erste Brennstoffzellen-Busse mit Hybridtechnik auf Linie

Fünfter Mercedes-Benz Citaro FuelCELL-Hybrid für PostAuto

Stuttgart/Brugg – die PostAuto Schweiz AG setzte als erstes Unternehmen in der Schweiz die Brennstoffzellentechnologie im öffentlichen Straßenverkehr ein. Seit Ende 2011 fahren auf PostAuto-Linien in und um Brugg (Kanton Aargau) fünf Brennstoffzellenpostautos des Typs Mercedes-Benz Citaro FuelCELL-Hybrid. In den nächsten fünf Jahren testet PostAuto den Brennstoffzellenantrieb und nutzt sauberen Wasserstoff als Treibstoff.

Das dichte PostAuto-Liniennetz rund um Brugg eignet sich bezüglich Topographie und Linienführung - Stadtverkehr, Landstraßen, Dorfpässen - gut für den Test. Betrieben werden die Linien vom PostAuto-Unternehmen Voegtlin-Meyer AG. An dessen Standort werden die fünf Brennstoffzellenpostautos gewartet und getankt. Der Kanton Aargau unterstützt als Partner das Projekt Brennstoffzellenbusse mit insgesamt 1,5 Millionen Franken aus dem Swisslos Fond. PostAuto rechnet während der fünfjährigen Versuchsphase damit, 2.000 Tonnen CO₂ einzusparen.

Umweltfreundlichkeit

Hartmut Schick, Leiter Daimler Buses, zeigt sich vom zukunfts-trächtigen Einsatz der umweltfreundlichen Brennstoffzellenbusse begeistert: „Vor Kurzem hatte ich die Gelegenheit den Betrieb vor Ort zu sehen. Ich bin beeindruckt davon, wie die PostAuto Schweiz das Konzept umsetzt.“

Gegenüber den Brennstoffzellen-Omnibussen, die ab dem Jahr 2003 im Rahmen des CUTE und HyFLEET:CUTE Projektes in der

Erprobung waren, hat der neue Citaro FuelCELL-Hybrid wesentliche Neuerungen aufzubieten: Hybridisierung mit Energierückgewinnung und Speicherung in Lithium-Ionen-Batterien, leistungsstarke Elektromotoren mit 120 kW Dauerleistung in den Radnaben, elektrifizierte Nebenaggregate und weiterentwickelte Brennstoffzellen. Diese werden eine vergrößerte Dauerhaltbarkeit von mindestens fünf Jahren oder 12.000 Betriebsstunden erreichen. Die Brennstoffzellenstacks des neuen Citaro FuelCELL-Hybrid sind identisch mit denen der Mercedes-Benz B-Klasse FCELL mit Brennstoffzellenantrieb. Die beiden Stacks sind wie bei den früheren Brennstoffzellenbussen schon auf dem Fahrzeugdach angeordnet. Neu hinzugekommen sind dort die Lithium-Ionen-Batterien, die z.B. beim Bremsen zurückgewonnene Energie speichern. Mit dem Strom dieser Energiespeicher kann der neue Citaro FuelCELL-Hybrid mehrere Kilometer allein batteriebetrieben fahren.

Grundsätzlich betrachtet entspricht das Konzept des neuen FuelCELL-Busses weitgehend den Mercedes-Benz BlueTec Hybrid-

Bussen. Diesen liefert noch ein Dieselgenerator die elektrische Energie. Bei den neuen FuelCELL-Bussen erzeugen dagegen schon völlig emissionsfrei die Brennstoffzellen den Strom für die Antriebsmotoren.

Dank der verbesserten Brennstoffzellenkomponenten und der Hybridisierung mit Lithium-Ionen-Batterien spart der neue Citaro FuelCELL-Hybrid im Vergleich zur Vorgängergeneration 50 Prozent Wasserstoff. Deshalb konnte die Anzahl der Tanks gegenüber den früher erprobten Brennstoffzellenbussen von neun auf sieben Behälter auf zusammen 35 kg Wasserstoff reduziert werden. Die Reichweite des Brennstoffzellenbusses beträgt über 250 Kilometer. Mit diesen vielfältigen technischen Fortschritten kommen rein elektrische Omnibusse mit Brennstoffzellen als Energieerzeuger der Serienreife einen deutlichen Schritt näher. □

Das CHIC-Projekt

Sauberer Wasserstoff für europäische Städte

Das von der EU geförderte CHIC-Projekt wird in fünf europäischen Städten die Integration von 26 Brennstoffzellenbussen in den täglichen Linienverkehr ermöglichen.

Das Projekt basiert auf einer schrittweisen Einführung von Brennstoffzellenbussen mit Wasserstoffantrieb und zielt auf den Aufbau von Busflotten mit Brennstoffzellenfahrzeugen und der erforderlichen Infrastruktur ab. Mit dem CHIC-Projekt knüpft Daimler Buses an die erfolgreichen Vorgänger-Projekte CUTE und HyFLEET:CUTE der Europäischen Union an, die von 2003 bis 2009 beteiligt waren. Insgesamt haben sich dabei 36 Mercedes-Benz Citaro mit Brennstoffzellenantrieb der zweiten Generation in zwölf Verkehrsbetrieben auf drei Kontinenten bestens bewährt. Mit mehr als 140.000 Betriebsstunden und über 2,2 Millionen Kilometern Laufleistung haben Mercedes-Benz Busse die Praxistauglichkeit des umweltverträglichen Brennstoffzellenantriebs nachgewiesen. □



Roman Biondi (rechts), Markensprecher Mercedes-Benz Omnibusse EvoBus GmbH, übergab den fünften Citaro FuelCELL-Hybrid an Daniel Landolf, Leiter PostAuto und Mitglied der Konzernleitung der Schweizerischen Post. □



Und was macht Ihr Winterdienstfahrzeug im Sommer?

Wirtschaftlicher Sommerdienst mit dem Mercedes-Benz Unimog.

Der professionelle Geräteträger Unimog U 300/U 400/U 500 ist mit seinen bis zu vier An- und Aufbauarmen auch im Sommer jeder Herausforderung gewachsen. Per Trio-Mähkombination schafft er sogar drei Arbeitsschritte in einer Überfahrt. Seine durchdachte Sonderausstattung wie beispielsweise der zuschaltbare stufenlose Fahrtrieb, die VarioPilot®-Wechsellenkung, der luftgefederte Drehsitz oder die Mähtür macht den Unimog zum vielseitigen und sicheren Profi für Ihre Arbeitseinsätze. Erfahren Sie mehr bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de

Mit Sicherheit. Der Unimog.
Weitere Informationen und den Sicherheitsratgeber unter: www.mercedes-benz.com/unimog-sicherheit



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29 - 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Fahrzeugsegnung beim ABC-Zug München-Land

Bei hochsommerlichen Temperaturen und strahlendem Sonnenschein lud die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel, Vertreter aus Politik und der öffentlichen Gefahrenabwehr (Feuerwehren, Polizei, THW) ins Katastrophenschutzzentrum nach Haar. Anlass für die Feierlichkeiten war die Fertigstellung des Anbaus der Fahrzeughalle und die Beschaffung von zwei neuen Fahrzeugen für den ABC-Zug München-Land.

Bei den neu beschafften Fahrzeugen handelt es sich zum einen um ein Mehrzweckfahrzeug mit dem Funkrufnamen „Kater München-Land 11/1“. Dieses Fahrzeug sorgt vor allem für den zügigen Transport der Mannschaft an die Einsatzstelle und bietet Platz für insgesamt acht Helferinnen und Helfer.

Strahlenschutzsätze

Zum anderen wurde im Rahmen einer Ersatzbeschaffung der Gerätewagen Atemschutz/Strahlenschutz an den ABC-Zug übergeben. Mit dem Funkrufnamen „Kater München-Land 53/1“ ist dieses Fahrzeug speziell für Atemschutz- und Strahlenschutzsätze konzipiert. Es bietet Platz für insgesamt sechs Personen. Durch die umfangreiche Ausstattung mit Pressluftatmern, Masken und Kombinations- und Partikelfiltern sowie Mess- und Nachweisgeräten für radioaktive Stoffe ist dieses Fahrzeug multifunktional einsetzbar.

Erweiterung des Gerätehauses

Durch die Erweiterung des Gerätehauses konnte dringend benötigter Stellplatz für zwei Fahrzeuge geschaffen werden. Zusätzlich wurde dabei auch der darüber liegende Lagerraum deutlich erweitert, der im Lau-

fe der Jahre zu klein geworden war.

Würdigung des Ehrenamts

Die Landrätin betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung des ABC-Zugs München-Land und seine wichtige Rolle im Rahmen der Gefahrenabwehr und des Katastrophenschutzes im Landkreis. Ihr besonderer Dank galt dabei der Bauabteilung des Landratsamtes für ihren Beitrag bei der Realisierung des Anbaus sowie der Gemeinde Haar.

Ganz besonders stellte Johanna Rumschöttel darüber hinaus die ehrenamtliche Arbeit und das hohe Engagement der Kameradinnen und Kameraden heraus.



Landrätin Johanna Rumschöttel bei ihrem Grußwort.

Eine zusätzliche Würdigung wird dieser Einsatz ab 2013 erfahren, wenn im Landkreis München die Ehrenamtskarte eingeführt wird. Sie stellt ein sichtbares Zeichen für die Anerkennung des Ehrenamts dar. Inhaber der Karte erhalten bei zahlreichen Partnern wie Geschäften und Freizeiteinrichtungen Vergünstigungen. Landrätin Rumschöttel hatte sich für die Einführung der Karte aktiv eingesetzt.

Fahrzeugsegnung

In weiteren Grußworten würdigten die 2. Bürgermeisterin der Gemeinde Haar, Gabriele Müller, sowie die Landtagsabgeordneten Tobias Thalhammer und Natascha Kohlen die Arbeit und das Engagement des ABC-Zugs.

Die Segnung der Fahrzeuge und des Anbaus nahmen Pfarlerin Petra Meyer und Pastoralreferentin Margarita Nietbauer (Isar-Amper-Klinikum) vor.

Mercedes-Benz Unimog auf Forstmesse:

Zehn Unimog und ein Zetros auf KWF-Tagung

Wörth am Rhein / Bopfinger – Rekordbeteiligung bei der Forst-Demo-Messe im Rahmen der KWF-Tagung (Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik e.V.) in Bopfinger (Baden-Württemberg): Noch nie hatten sich zu der alle vier Jahre durchgeführten „Messe im Wald“ so viele Aussteller (538 aus 26 Ländern) eingefunden und noch nie war eine so große Fläche (75.500 Quadratmeter) belegt worden. Mehr als 40.000 Besucher aus der ganzen Bundesrepublik und den angrenzenden EU-Staaten informierten sich über die neuesten Entwicklungen in Forsttechnik und Holztransport, Informations- und Kommunikationstechnologie, Bioenergietechnik und im Arbeitsschutz. Hauptattraktion bildete die 10.000 Quadratmeter große Demonstrationsfläche für Fahrzeuge und Maschinen.

Hier sowie auf dem 1.000 Quadratmeter großen Messestand von Mercedes-Benz beeindruckten nicht weniger als zehn Unimog und der Haubenlastwagen Zetros das Fachpublikum. Die Fahrzeuge waren kombiniert mit Anbauten, Aufbauten und Anhängern für die verschiedensten forstwirtschaftlichen Arbeiten.

Effektive Kombination

Zum Beispiel der Unimog U 500 mit Holz- und Recyclingkran sowie angehängtem Großhacker als effektive Kombination für die Energieholzgewinnung – dank guter Geländegängigkeit und Schnellaufhängen auf der Straße. Oder ein Unimog U 500 für leichte Rückearbeiten im Wald mit Rückeschild und Rückezange.

Schnittstelle Wald/Straße

Wie geschaffen für die Schnittstelle Wald/Straße innerhalb der Forstlogistik sind außerdem der Unimog U 500 und der Haubenlastwagen Mercedes Zetros Secutor mit speziellen Transportanhängern. Geringes Eigengewicht

bedingt hohe Nutzlastreserven und Transportvolumina, wodurch die Zugfahrzeuge insbesondere im Bereich des Energieholztransportes betriebswirtschaftlich sehr attraktiv arbeiten.

Zuverlässigkeit

Leistungsstark und robust, zuverlässig und langlebig und zu-



Leistungsstark und robust, zuverlässig und langlebig und zudem exakt zugeschnitten auf die Arbeit mit Anbaugeräten aller Art: So hat sich der Unimog vom ersten Tag an bewährt, auch in der kommunalen Forstwirtschaft. Der Unimog hat seinen festen Platz in der kommunalen Gehölz- und Baumpflege.

dem exakt zugeschnitten auf die Arbeit mit Anbaugeräten aller Art, so hat sich der Unimog vom ersten Tag an bewährt, auch in der Land- und Forstwirtschaft. Sein branchenübergreifendes Markenzeichen: Der wechselnde Geräteeinsatz garantiert eine Nutzung über das ganze Jahr hinweg. Der Unimog hat seinen festen Platz in Gehölz- und Baumpflege sowie in der Forstlogistik. Diese gewinnt im Zuge der wachsenden Energieholzgewinnung beispielsweise bei der Produktion und dem Transport von Hackschnitzeln immer mehr an Bedeutung. In der Tradition dieses geländegängigen Einsatz- und Transportfahrzeugs steht auch der Zetros, ein Haubenlastwagen mit imposantem Auftritt und einem speziellen Off-Road-Fahrwerk.



Die Kehrmaschinen von Holder mit der Kehrsaugkombination EasyClean der Firma Kugelmann wurden mit dem Feinstaubemissions-PM10-Zertifikat ausgezeichnet.

Holder mit PM10-Zertifikat ausgezeichnet

Holder erhielt von EUnited für seine Kehrmaschinen das PM10-Zertifikat. Es gilt als Qualitätsmaßstab für die Feinstaubemission der Fahrzeuge und als Voraussetzung für viele kommunale Ausschreibungen.

Die Vergabestelle für dieses Zertifikat, EUnited Municipal Equipment, ist ein Verband des VDMA und repräsentiert 95 Prozent des Kehrmaschinen- und Winterdienstmarktes. Er vertritt die Interessen der Industrie und treibt sinnvolle Gesetzesvorlagen

europaweit voran, wie zum Beispiel Geräuschvorschriften, Messverfahren zur Feinstaubermittlung sowie Feinstaubrichtlinien. In diesem Kreis wurde der Feinstaub-Test PM10 entwickelt. PM10 beschreibt Feinstaubpartikel von einer Größe kleiner als

zehn Mikrometer - sie sind lungengängig und stehen unter Verdacht krebserregend zu sein. Jede Großstadt unternimmt größte Anstrengungen, die Feinstaubkonzentration so gering wie möglich zu halten. Dementsprechend sind vor allem Kehrmaschinen im besonderen Fokus, da sie - richtig eingesetzt - dazu beitragen können, den Feinstaub von der Straße zu holen, der dann nicht durch fahrende Autos aufgewirbelt wird. Somit ist bereits jetzt das PM10 Zertifikat fester Bestandteil der meisten Ausschreibungen im Bereich Kehrmaschinen.

Optimale Abstimmung der Kehrsaugkombination

Die von Holder vertriebenen Kehrmaschinen setzen sich aus einem Holder Geräteträger und der Kehrsaugkombination EasyClean der Firma Kugelmann zusammen, die optimal aufeinander abgestimmt sind. Holder hat beim offiziellen Testverfahren die Grenzwerte um ein Vielfaches unterschritten und erhält somit die derzeit maximal mögliche Auszeichnung von 3 Sternen für seine Kehrmaschinen.

Aufnahme als Mitglied

Durch die Zertifizierung wurde die Max Holder GmbH darüber hinaus bei EUnited als Mitglied aufgenommen.

Wacker Neuson und Kramer Allrad auf der GaLaBau 2012:

Maßgeschneidertes Produktangebot

Der Wacker Neuson Konzern präsentiert auf der diesjährigen GaLaBau in Nürnberg sein umfangreiches Angebot von Baugeräten und Kompaktbaumaschinen ganz unter dem Motto „Gemeinsam erfolgreich. Wacker Neuson, Ihr kompetenter Partner für den GaLaBau“. Die Marken Wacker Neuson und Kramer Allrad stellen dort ihre Produkte vor, die für die „grüne Branche“ wie gemacht sind.

Garten- und Landschaftsbau wird ganzjährig in den verschiedensten Einsatzsituationen betrieben. Dafür benötigt man Maschinen, auf die man sich verlassen kann, die Leistung bringen, flexibel einsetzbar und wirtschaftlich sind. Diese Faktoren liegen auch dem Wacker Neuson Konzern besonders am Herzen. Schon bei der Entwicklung der Produkte fließen diese Anforderungen mit ein.

„Unsere Produktpalette ermöglicht es, sämtliche Prozesse eines klassischen GaLaBauers abzudecken. Vom Minibagger über Radlader, Dumper, Verdichtungsgeräte, die Geräte der Aufbruchtechnik, Heizer, Generatoren oder Licht: wir bieten genau die Produkte an, die in der grünen Branche gebraucht werden. Unsere Produkt- und Servicequalität macht uns dabei zu einem interessanten Partner für den Garten- und Landschaftsbau“, so Werner Schwind, Vertriebsvorstand der Wacker Neuson SE.

Für jeden Einsatz das richtige Baugerät

Bei Wacker Neuson findet sich für jede Anwendung eine optimal auf den Bedarf zugeschnittene Vibrationsplatte. Das Produktportfolio deckt lückenlos alle Gewichtsklassen ab – von 50 bis 1.170 kg – und verfügt über Produktausstattungen, die hohen Komfort und erstklassige Arbeitsergebnisse garantieren: von Optionen wie beispielsweise Plattengleitvorrichtungen, Top-Speed-Versionen, Berieselungssystemen bis hin zu den robusten, teils integrierten Radsätzen für alle Vibrationsplatten bis 240 kg, den leistungsstarken Motoren und der gleichmäßigen Vor- und Rücklaufgeschwindigkeit. Auch mit Stampfern, Glatbandagenwalzen und Grabenwalzen ist Wacker Neuson auf nahezu allen Baustellen präsent. Ein Beispiel für die

Entwicklungscompetenz des Konzerns ist die DPU 130, eine ferngesteuerte Verdichtungsplatte mit 130 kN und der Kraft einer 7-Tonnen-Walze. Diese wurde vor kurzem mit dem Innovationspreis der deutschen Wirtschaft ausgezeichnet. Weitere wertvolle Helfer auf jeder GaLaBau-Baustelle sind die Schneidgeräte, die Aufbruchhämmer, Pumpen, Generatoren und Produkte aus der Bonteknik. Ganz neu im Sortiment ist das Wacker Neuson Diamantscheibenprogramm, das für jeden Einsatz die optimale Lösung bietet.

Neue Kompaktbaggerserie im Fokus

Im Fokus der Wacker Neuson Neuheiten steht auf der diesjährigen GaLaBau die neue Kompaktbaggerserie ET mit 3 Modellen zwischen 1,7 bis 2,4 Tonnen Einsatzgewicht. Die neuen Modelle lassen in puncto Produktivität und Funktionalität keine Wünsche offen. Anforderungen, wie einfache Transportmöglichkeit oder den Betrieb hydraulischer Anbaugeräte meistern sie kinderleicht. Selbstverständlich sind auch die neuen Baggermodelle optional mit VDS, dem vertical digging system, erhältlich. VDS ermöglicht durch das Aufkippen des Oberwagens auch in Hanglage ein exakt vertikales Graben. Das spart Zeit und Geld und erhöht den Bedienkomfort erheblich.

Ein weiteres Fokusprodukt für den GaLaBau sind die kürzlich eingeführten Kettendumper. Speziell für den herausfordernden Einsatz auf schwierigem Terrain wurden diese fünf Modelle mit einer Nutzlast von 0,5 bis 2,5 Tonnen neu entwickelt, die auch Steigungen mühelos bewältigen. Neben den Kettendumpfern bietet Wacker Neuson auch 10 Rad-dumper-Modelle an. Diese sind die geländegängige Alternative zu kleinen LKWs und können ihre

Ladung sowohl auf der Baustelle als auch auf der öffentlichen Straße transportieren. Immer mehr GaLaBauer setzen auf diese Alternative.

Die Radlader von Wacker Neuson eignen sich aufgrund ihrer kompakten Bauart und Wendigkeit besonders für Einsätze unter räumlich beengten Verhältnissen, wie man sie gerade im Garten- und Landschaftsbau häufig vorfindet. Vor allem die Modelle WL 18, WL 25 und WL 30 sind mit ihren schmalen Abmessungen und einem kleinen Wendekreis besonders für Einsätze unter beengten Verhältnissen prädestiniert. Dazu trägt das Knickpendelgelenk mit einem Knickwinkel von 45° bei. Der Pendelwinkel von 12° sorgt außerdem für eine gute Geländegängigkeit der Lader. Darüber hinaus bieten die Lader hohen Arbeitskomfort und sehr gute Sicherheitsstandards. Trotz ihrer kompakten Bauweise verfügen sie über eine hohe Standsicherheit und große Überladehöhen. Wacker Neuson Radlader sind durchdacht konstruiert und robust gebaut. Lange Betriebszeiten und ein wirtschaftlicher Einsatz sind im Garten- und Landschaftsbau gefragt. Mit dem seitlich klappbaren Fahrerstand können die Wartungs- und regelmäßig durchzuführenden Intervallarbeiten an der Maschine durch die leichte Zugänglichkeit von Motor, Hydrauliksystemen und Elektrik schnell und bequem durchgeführt werden – auch direkt vor Ort. Die Ausfallzeiten werden auf ein Minimum reduziert und die Radlader sind in kurzer Zeit wieder voll einsatzbereit.

Die Vorteile der Kramer Radlader und Kompaktteleskopen kommen gerade auf den oft sehr engen GaLaBau-Baustellen besonders gut zur Geltung. Der ungeteilte Rahmen und die Allradlenkung machen die Maschinen besonders wendig und standsticher. Sie haben einen Lenkschlag von 2x40° und kommen somit um jede Kurve.

Auf der GaLaBau präsentiert Kramer ausserdem die neuen Allroundtalente 550 und 650, die gezielt auf den GaLaBau-Betrieb ausgerichtet sind.

Fachmesse GaLaBau weiter auf Wachstumskurs

Neues Fachprogramm für Landschaftsarchitekten, Spielplatzplaner und Campingplatzbetreiber

Noch größer, noch attraktiver: So präsentiert sich die GaLaBau, die europäische Leitmesse für den Garten-, Landschafts-, Sport- und Spielplatzbau, zu ihrem Jubiläum. Vom 12. bis 15. September 2012 findet die GaLaBau bereits zum 20. Mal statt. Auch ihre beiden Messtöchter, die Fachteile PLAYGROUND und Deutsche Golfplatztage haben sich aufgewertet und warten mit neuen Programmpunkten auf. Über 1.100 Aussteller sowie 60.000 Fachbesucher werden zum Messtrio GaLaBau, PLAYGROUND und Deutsche Golfplatztage erwartet. Ideeller Träger und Gründungsvater der GalaBau ist der Bundesverband für Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (BGL).

„Die Messevorbereitungen laufen bestens. Wir werden wohl einen neuen Ausstellerrekord im September vermelden können. Der Trend geht eindeutig hin zu größeren Messeständen. Vor allem im Bereich Bau- und Pflegemaschinen, aber auch bei den Baustoffen haben wir Flächenzuwächse. Um diese Wünsche der Aussteller zu berücksichtigen, werden wir zusätzlich die Halle 3 belegen“, erklärt Stefan Dittrich, Projektleiter der GaLaBau bei der NürnbergMesse. „Besonders freut uns auch, dass immer mehr Aussteller aus dem Ausland nach Nürnberg kommen und die Messe dadurch noch internationaler wird“, so Dittrich weiter.

In zwölf Messehallen wird das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen von Gärten, Parks und Grünanlagen gezeigt. Rund 50 Prozent der Aussteller präsentieren Bau- und Pflegemaschinen. Etwa 30 Prozent bieten Baustoffe an. 20 Prozent decken Spezialangebote wie Spielplatzgeräte, Stadtmöblierung oder das Segment Golfplatzbau und -pflege ab.

Kommunalbesucher

Die Fachbesucher sind überwiegend Landschaftsgärtner (rund 50 Prozent), Auftraggeber aus Städten und Gemeinden (rund 20 Prozent), Landschaftsarchitekten (rund 10 Prozent) sowie Vertreter aus der Wohnungswirtschaft, Schulen, Greenkeeper, Manager und Betreiber von Golfanlagen, Betreiber von Campingplätzen und sonstige bauausführende Betriebe.

Die Aktionsflächen Erdbau und Flächenpflege, auf denen Bau- und Pflegemaschinen live im Freien vorgeführt werden können, sind in diesem Jahr zusammengelegt. Dadurch stehen insgesamt noch großzügigere Areale für die Live-Demonstrationen mit Baggern, Mähern und Co. zur Verfügung. Für die Besucher hat die Zusammenlegung der Aktionsflächen den Vorteil, dass sie nur noch einen Weg haben, um zwei Aktionsflächen zu besichtigen. Diese befinden sich am Silbersee im Volkspark Dutzendteich, der direkt an das Messegelände anschließt. Mit dem ständig fahrenden Shuttle-Bus oder in wenigen Minuten zu Fuß sind sie von den Messehallen bestens erreichbar.

bdla-Baubesprechung

Für Landschaftsarchitekten wird die GaLaBau durch die erstmals stattfindende bdla-Baubesprechung noch interessanter. Der Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) lädt Landschaftsarchitekten sowie Diplom-Ingenieure aus freien Planungsbüros und öffentlichen Verwaltungen zu diesem Tagesseminar ein. Erfahrene Fachleute aus der Praxis berichten über aktuelle Fragen des Baurechts, der Bautechnik und des Baumanagements in der Freiraumplanung.

2010 feierte sie Premiere auf der GaLaBau und war auf Anhieb ein Besuchermagnet: Die Sonderschau „Baumpflege und Baumklettern“. In diesem Jahr findet

sie wieder statt und zwar mit Unterstützung weiterer Partner. Neben dem Münchener Baumkletterausrüster Freeworker und der NürnbergMesse sind die Baumzeitung mit ihrem Klettermagazin aus dem renommierten Verlagshaus Haymarket sowie die deutsche Sektion des internationalen Baumpflegeverbandes ISA (International Society of Arboriculture) Kooperationspartner der Sonderschau. Täglich halten Experten Fachvorträge rund um die Themen „Baumklettern und Baumpflege“ auf der Sonderschau. Darüber hinaus finden Kletterführungen an einem Rigg in der Messehalle statt.

Wippen und Hängebrücken

Zur GaLaBau verwandelt sich die Halle 1 des Messezentrums in einen riesengroßen Spielplatz.

Wippen, Klettergerüste, Schaukeln, Hängebrücken – das und noch viel mehr ist dann dort zu sehen. Rund 100 Hersteller von Spielplatzgeräten und Freizeitanlagen zeigen ihre Produkte und Neuheiten, für die sich insbesondere Planer und Auftraggeber in Städten und Gemeinden interessieren.

Um das Thema „Sicherheit auf Spielplätzen“ geht es schwerpunktmäßig auf dem neu ins Leben gerufenen Forum PLAYGROUND, das der Bundesverband für Spielplatzgeräte und Freizeitanlagen Hersteller in Kooperation mit der Fachzeitschrift Playground@Landscape organisiert. Der Verband und seine Mitglieder machen sich dafür stark, dass die jährliche Hauptinspektion sowie die Inspektion neu installierter Geräte auf Spielplätzen von sachkundigen Personen durchgeführt werden. In dem Fachbericht DIN SPEC 79161 hat der Verband Kriterien für die Ausbildung zum qualifizierten Spielplatzprüfer festgelegt. Neben den Vorträgen zur Spielplatzsicherheit werden auch andere interessante Themen rund um die Planung und den Bau von Spielplätzen angeboten.

Zum ersten Mal kooperiert der

Landesverband der Campingwirtschaft in Bayern (LCB) in diesem Jahr mit der GaLaBau. Auf der Messe finden Campingunternehmer interessante Informationen zu Produkten und Dienstleistungen für den Ausbau und Unterhalt von Camping- und Wohnmobilstellplätzen. Darüber hinaus organisiert der LCB zwei Fachvorträge zu den Themen „Umweltbildung und Naturerfahrung“ sowie „Tourismus und Biodiversität“. Die Vorträge finden auf dem Forum PLAYGROUND in Halle 1 statt.

Deutsche Golfplatztage

Bereits zum dritten Mal findet der Fachteil Deutsche Golfplatztage während der GaLaBau statt. Rund 120 Aussteller zeigen an ihren Messeständen ein umfassendes Angebot für Bau, Pflege und Management von Golfanlagen. Die Besucher der Deutschen Golfplatztage sind überwiegend Greenkeeper, Manager und Betreiber von Golfanlagen. Zentrale Anlaufstelle ist der „Meeting Point“ in Halle 4A, an dem sich alle beteiligten Golfverbände präsentieren. Mit dabei sind: Deutscher Golfverband (DGV), Bundesverband Golfanlagen (BVGA), Golf Management Verband Deutschland (GMVD), Greenkeeper Verband Deutschland (GVD). Auch der Köllen + Druck Verlag stellt dort aus.

Neben dem umfassenden Produktangebot der Aussteller in den Messehallen bietet die GaLaBau ein umfangreiches und attraktives Rahmenprogramm für Land-

schaftsgärtner, das federführend vom BGL organisiert wird.

Fachtagungen

Die Titel der BGL-Fachtagungen lauten in diesem Jahr:
 ▶ „Vom Gebäude zur Freifläche - Praxiswissen: Fachgerechter Fassadenanschluss“
 ▶ „Living Walls: Vertikale Gärten – die grüne Zukunft“
 ▶ „Gesunde Stadtentwicklung braucht echtes Grün“
 ▶ „Den Wandel nutzen: Prakti-

sche Schritte zu mehr Erfolg.“

Im Rahmen der GaLaBau-Eröffnung wird auch in diesem Jahr wieder der ELCA-Trendpreis „Bauen mit Grün“ verliehen. Gemeinsam wollen die ELCA (European Landscape Contractors Association) und der BGL mit der Verleihung dieses Preises die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Bauherren, Landschaftsarchitekten und Landschaftsgärtnern fördern.

Weitere Informationen unter: www.galabau.info-web.de □

Bayerisches Gartennetzwerk mit neuer Publikation:

Eine botanische Zeitreise

Mit einer informativen Broschüre, die auf eine botanische Zeitreise führt, präsentiert sich das 2011 ins Leben gerufene Bayerische Gartennetzwerk. Der Einladung, die vielfältigen Gärten und Parkanlagen Bayerns zu entdecken, sind im vergangenen Jahr so viele Besucher gefolgt, dass die Initiative auf 20 Mitglieder gewachsen ist und ihr Angebot weiter ausbaut.

In den Gärten und Parks zeigt sich eine außergewöhnlichere Vielfalt an Pflanzenarten, sie erzählen aber auch jahrhundertalte Geschichten und regen dazu an, den grünen Oasen im grauen Alltag mehr Raum zu geben und deren Erholungswert optimal zu nutzen. „Mit dem Bayerischen Gartennetzwerk möchten wir deshalb nicht nur die Bekanntheit dieser Refugien und Kleinode weiter erhöhen, sondern auch das Bewusstsein für ihre Schönheit

und ihren Wert bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken“, erklärt Katja Hessel, Staatssekretärin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie.

Arzneipflanzengarten in Ingolstadt

Das Angebot der Gärten wurde im zweiten Jahr der Initiative erweitert und die Informationen noch detaillierter aufbereitet. Vom Arzneipflanzengarten in Ingolstadt, der etwas außerhalb von Bayreuth gelegenen Eremitage, dem Bürgerlichen Landschaftsgarten in Wunsiedel, dem Kurpark des Staatsbades Bad Steben und dem Kräuter-Erlebnis-Park Bad Heilbrunn mit seinem vielfältigen Pflanzenreichtum und seinen Erlebniszonen über den königlichen Kurgarten Bad Reichenhall, den Kurpark Bad Wörishofen und den Schlosspark König Ludwig I. in Bad Brückenau bis hin zu einem Meisterwerk asiatischer Landschaftsgärtnerei auf über 5.000 Quadratmetern erhalten die Leser Angaben über Öffnungszeiten, Besonderheiten, Einkaufsmöglichkeiten und gastronomische Einrichtungen. Einige der Gärten bieten zudem nicht nur die verschiedensten Pflanzenarten, sondern auch die Gelegenheit, seltene Vogelarten in ihrem Element zu erleben.

Die komplette Broschüre mit allen teilnehmenden Anlagen steht auf <http://www.bayerischesgartennetzwerk.by.com> zum Download bereit. **DK**

neralkonservator des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Dr. Egon Johannes Greipl, im Beisein zahlreicher Ehrengäste den Startschuss für die Hofgarten-Jubiläumswochen. Landschaftsplanerin Uschi Engels-Pöllinger hielt den Festvortrag und nahm die Gäste mit auf eine spannende Zeitreise durch die Vergangenheit des Hofgartens.

„Wohnzimmer der Stadt“

Fünf Gärtner sind im Auftrag der Stadt damit beschäftigt, den Park zu pflegen und die Infrastruktur zu erhalten. Allein elf Eingangstore gibt es auf dem Gelände, die kostenlosen Zugang zu diesem paradiesischen Naturreich ohne lärmigen Kaffeehausbetrieb bieten. Schließlich sagte schon das Logo der Festwochen mit dem grünen Barocksofa und dem prächtigen Pfau symbolisch: „Komm und verweile“. Der Garten gleichsam als Wohnzimmer der Stadt. **DK**

Vom höfischen Nutzgarten zum Bürgerpark:

175 Jahre Landshuter Hofgarten

Jubiläumswochen mit buntem Veranstaltungsprogramm

Bis vor wenigen Tagen feierte Landshut ein „grünes Jubiläum“. Denn vor 175 Jahren, am 1. Juni 1837, wurde der Landshuter Hofgarten bei der Burg Trausnitz für alle Bürger geöffnet. Zu danken hat die Landshuter Bevölkerung dies dem damaligen Stadtmagistrat, der 1836 das jahrhundertlang den Wittelsbachern gehörende Areal für 12.732 Gulden und 7 Kreuzer gekauft hatte. Damit verhinderte er eine Parzellierung und Bebauung des Geländes, das seit dem Mittelalter eine vielseitige Nutzung erfahren hatte. Ein Jahr später, also vor 175 Jahren, wurde das Areal für die Einwohner Landshuts zugänglich gemacht.

Das heute als Gartendenkmal eingestufte Grünareal, das aus verschiedenen historisch gewachsenen Kulturlandschaften mit Architekturelementen, wie dem weißen Herzogsschlösschen samt Freundschaftstempel von Johann Georg von Dillis sowie Denkmälern aber auch zeitgenössischer Kunst besteht, erstreckt sich auf eine Größe von rund 33 Hektar und bietet dem Spaziergänger ein befestigtes Wegenetz von etwa 8 Kilometern. Die Kulturbauaufträge der Stadt Landshut, Uta Spies, die für das aktuelle Jubiläumprogramm, das sowohl im städtischen Tourismusbüro wie im Internet abgerufen werden kann, verantwortlich zeichnet, bringt es auf den Punkt: Die Öffnung des Hofgartens 1837 für alle Bürger „war gesellschaftspolitisch ebenso weitsichtig wie vorbildlich. Unser Ziel sollte es auch in Zukunft sein, öffentliche Räume zu schützen, aufzuwerten und damit die Besonderheit der Stadt zu betonen.“

Nicht zuletzt geht es dabei um Lebensqualität, das Bewusstsein für Geschichte und den sorgfältigen Umgang mit kostbarem Kulturgut und Natur. Es ist mir wichtig, „die Bürger auf dieses Schatzkästlein aufmerksam zu machen und zu zeigen, wie geschichtsträchtig dieses Terrain ist“, so die Kunsthistorikerin. Immerhin wurde der Herzoggarten als prominentes Herzstück des Hofgartens bereits 1784 von Friedrich Ludwig von Skell als englischer Landschaftsgarten gestaltet. Dieses landschaftsplanerische Frühwerk liegt zeitlich also noch vor

Bürgern und Gästen. Geboten waren rund 40 Veranstaltungen für Groß und Klein. Dazu zählten ein Familienfest, ein abendliches Picknick mit alter Musik, ein Picknick mit der Band „Klezmeron“, ein Orientierungslauf mit internationaler Besetzung, Angebote für Kinder und Schulklassen, Konzerte, Lesungen, ein Seniorenangebot und viele verschiedene Führungen. Angestoßen und koordiniert wurde das Programm zum Hofgartenjubiläum von der Stadt Landshut.

Im Rahmen einer Feierstunde erteilte Oberbürgermeister Hans Rampf gemeinsam mit dem Ge-

Hier finden Sie alle Aussteller und Produkte:
ask-GaLaBau.de

Nürnberg, Germany
 12. – 15. 9. 2012

GaLaBau 2012

20. Internationale Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume
 Planen - Bauen - Pflegen

+ PLAYGROUND
 + Deutsche Golfplatztage

www.galabau.info-web.de

Faszination und Inspiration auf der europäischen Leitmesse

Wir informieren Sie gerne
 NürnbergMesse GmbH
 Tel. +49 (0) 911 86 06-4990
besucherservice@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE

Mainfrankenbahn kommt bei Fahrgästen gut an

Ergebnisse der vergleichenden Fahrgastbefragung der BEG zur Einführung des neuen Konzeptes

Mit der Inbetriebnahme der Mainfrankenbahn und der damit verbundenen Umsetzung des neuen Konzeptes der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regionalverkehr in Bayern plant, kontrolliert und finanziert, ist die Zufriedenheit der Fahrgäste im Regionalbahnverkehr Würzburg in fast allen Bereichen gestiegen. Dies zeigen die 2009 und 2011 durchgeführten Fahrgastbefragungen im Vergleich. Fritz Czeschka, Geschäftsführer der BEG: „Da der Betreiber nach wie vor DB Regio ist, belegen die Ergebnisse umso deutlicher, dass sich der Wettbewerb im Regionalverkehr für die Fahrgäste direkt auszahlt.“

Die BEG hatte die Verkehrsleistungen im elektrischen Netz Würzburg 2006 ausgeschrieben. 2007 erhielt DB Regio den Zuschlag, im Dezember 2009 nahm die Mainfrankenbahn den Betrieb auf. Vor und nach der Inbetriebnahme wurden jeweils 500 Fahrgäste von der BEG zu ihrer Zufriedenheit u. a. mit dem Fahrplanangebot, der Fahrgastinformation, der Sauberkeit, den Zugbegleitern oder der Pünktlichkeit befragt. Sie bewerteten 19 Einzelkriterien auf einer Skala von eins (sehr zufrieden) bis fünf (gar nicht zufrieden). „Mit diesen Befragungen stellen wir die Zufriedenheit mit dem Angebot vor und nach der Inbetriebnahme eines neuen Konzeptes fest und können die Ergebnisse direkt miteinander vergleichen“, erklärt Czeschka.

Gesamtzufriedenheit gestiegen

Von insgesamt 19 abgefragten Qualitätskriterien wurden im letzten Jahr 17 besser bewertet als 2009, ein Wert (persönliche Sicherheit) blieb unverändert und nur einer (Fahrgastinformation bei Unregelmäßigkeiten) sank. Während bei den Fahrgästen die Gesamtzufriedenheit mit dem Regionalbahnverkehr Würzburg 2009 den Wert 2,53 ergab, erzielte die Mainfrankenbahn 2011 den Wert 2,28. In 2009 vergaben die Fahrgäste bei sechs Kriterien einen schlechteren Wert als 2,70. Der schlechteste Wert für die Mainfrankenbahn in 2011 ist eine 2,67 (Preis-Leistungs-Verhältnis). Zwar sank der Anteil der „vollkommen zufriedenen“ Fahrgäste leicht von 4,1 Prozent (2009) auf 3,9 Prozent (2011), doch der Anteil der zufriedenen Fahrgäste stieg von 49,5 Prozent (2009) auf 66,9 Prozent (2011). Dementsprechend sank der Anteil der „teils, teils zufriedenen“ Fahrgäste von 37,5 Prozent (2009) auf 26,3 Prozent (2011); der der unzufriedenen Fahrgäste von 8,5 Prozent (2009) auf 2,6 Prozent (2011). „Die Ergebnisse belegen, dass unsere Ausschreibungen, die klare Vorgaben an Qualität, Fahrplan, Service und Fahrzeuge enthalten, den Regionalverkehr für die Fahrgäste merklich verbessern“, so Czeschka. Das Wettbewerbsprinzip zahlte sich aus.

Sauberkeit verbessert

Besonders gravierend sind die Unterschiede hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Sauberkeit. In 2011 zeigten sich 82,9 Prozent der befragten Fahrgäste zufrieden mit der Sauberkeit des Zuges von außen (58,3 Prozent in 2009), 78,8 Prozent mit der Sauberkeit innen (46,9 Prozent in 2009) und 35,3 Prozent mit der Sauberkeit der Sanitäreinrichtungen (10,0 Prozent in 2009).

Zufriedenheit mit Fahrgastinformation

Auch die Zufriedenheit mit der Fahrgastinformation ist 2011 im Vergleich zu 2009 gestiegen. 93,3 Prozent der Befragten waren mit der Information bei der Mainfrankenbahn zufrieden (2009: 79,7

Prozent). Bei Unregelmäßigkeiten bzw. im Störfall äußerten sich allerdings nur noch 54,9 Prozent zufrieden – 2009 waren dies noch 64,9 Prozent gewesen. Die Zufriedenheit mit der Anschlusssicherung bei Unregelmäßigkeiten stieg leicht an: von 27,5 Prozent in 2009 auf 31,2 Prozent in 2011.

Top-Noten für die Zugbegleiter

Die Zugbegleiter der Mainfrankenbahn kommen bei den Fahrgästen sehr gut an. Sowohl deren Präsenz, ihr Erscheinungs-

Bahnverbindung zwischen Bayern und Tschechien:

Neuordnung der alex-Verbindungen

Mehr alex-Züge zwischen München und Prag

München. Im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe haben sich die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die Länderbahn und die beteiligten tschechischen Stellen für den Jahresfahrplan 2013 auf eine Neuordnung des alex-Zugverkehrs zwischen Bayern und Tschechien verständigt.

Entsprechend der starken Nachfrage zwischen München und Prag sollen ab 9. Dezember 2012 vier statt bislang zwei durchgehende Zugpaare umsteigefrei zwischen der bayerischen und der tschechischen Hauptstadt verkehren. Die Verkehrsleistungen über Regensburg – Furth im Wald – Pilsen werden weiterhin in Kooperation von Länderbahn und dem tschechischen Verkehrsunter-

nehmen České Dráhy AG erbracht. Die beiden durchgehenden alex-Verbindungen von Nürnberg über Amberg nach Prag werden aufgrund der schwachen Nachfrage durch Umsteigeverbindungen ersetzt. Ergänzend bestellt die BEG auf der Strecke Schwandorf-Amberg-Nürnberg in der Hauptverkehrszeit zusätzliche Nahverkehrsverbindungen, um den Ausfall der internationalen Züge bedarfsgerecht zu kompensieren.

Neufahrzeuge kommen gut an

Die BEG hatte in der Ausschreibung den Einsatz von Neufahrzeugen gefordert, um den Fahrgästen mehr Fahrkomfort zu ermöglichen. Die neuen Fahr-

zeuge, die DB Regio nach Auslieferungsverzögerungen seit Dezember 2010 im Gesamtnetz der Mainfrankenbahn einsetzt, kommen gut bei den Fahrgästen an. Die Qualität der Fahrzeuge wird von 62,6 Prozent der Befragten als verbessert wahrgenommen. Der Komfort und das Sitzplatzangebot im Zug wurden ebenfalls 2011 geringfügig besser bewertet.

Pünktlichkeit

Auch bei der Pünktlichkeit punktet die Mainfrankenbahn: 58,2 Prozent der Befragten zeigten sich 2011 damit zufrieden. 2009 lag dieser Wert bei 39,9 Prozent. Unzufrieden mit der Pünktlichkeit waren 2011 nur 4,5 Prozent. 2009 waren es noch 23,8 Prozent gewesen. Verbesserungen bestätigten die Fahrgäste auch beim Fahrplanangebot. 2011 zeigten sich 83,9 Prozent mit der Taktung und Schnelligkeit der Züge zufrieden (2009: 67,5 Prozent). Mit dem Preis-Leistungs-Verhältnis waren 2011 rund 37,5 Prozent der Befragten zufrieden, was etwa dem Wert von 2009 entspricht. Die Verfügbarkeit und Verständlichkeit von Tarifinformationen wurde von den Befragten als verbessert wahrgenommen. □



PV-Anlage entlang der Bahnstrecke

Als einzigartiger Lärmschutzwall entsteht gerade direkt neben der ICE-Bahnstrecke Nürnberg-Regensburg in Neumarkt-Bühl in der Oberpfalz eine 1,2 Megawatt große Photovoltaik-Anlage (PVA). Investor in dem Ortsteil ist die Kreisstadt selbst. Vor den bereits existierenden Erdwall im Norden der Gleise werden Gestelle gebaut, um den Wall zu erhöhen. Blendarme Solarmodule sollen die Bahn-Lokführer nicht irritieren. Die 744 Meter lange PVA kostet 4,1 Mio. Euro. WRA

starteten intensiven Busverkehrs zwischen Nürnberg und Prag über die inzwischen gut ausgebauten Autobahn. Ohne den vom Bund immer wieder vertagten Streckenausbau Richtung Tschechien ist die Bahn aufgrund der niedrigen Durchschnittsgeschwindigkeit nicht konkurrenzfähig zur Straße.“

Umsteigeverbindungen

Die jetzigen Verbindungen von Nürnberg nach Prag bestehen im Grundsatz weiterhin, jedoch mit Umsteigen in Schwandorf in die alex-Züge aus München nach Prag. Diese Fahrmöglichkeit besteht in Zukunft viermal am Tag. Gegenüber den beiden bisherigen Direktverbindungen kommt es dabei nur zu geringfügigen Reisezeitverlängerungen von in der Regel rund zehn Minuten. In den Zwischenstunden erreichen Reisende ab Nürnberg ebenfalls viermal am Tag in Eger einen weiteren Anschluss nach Prag via Marienbad.

Neues Konzept

Mit dem neuen Konzept werden die bisherigen Nürnberger alex-Leistungen in den schon bislang umfangreichen alex-Fahrplan München-Regensburg-

Schwandorf integriert. Im Vierstundentakt können Fahrgäste dann umsteigefrei zwischen Isar und Moldau reisen. Einzelheiten werden durch DB Netz derzeit erarbeitet und von der BEG im Sommer bei Regional-Konferenzen vorgestellt. Die Fahrzeiten von knapp sechs Stunden sollen in den nächsten Jahren sukzessive verkürzt werden, wenn die derzeit insbesondere zwischen Pilsen und Prag laufenden Streckenausbauten auch in Tschechien höhere Geschwindigkeiten zulassen.

Verbesserungen

Die im Bereich Amberg/Sulzbach-Rosenberg freiwerdenden Fahrplatrassen nutzt die BEG für die Bestellung eines verbesserten Nahverkehrsangebots: So werden nicht nur die nationalen alex-Leistungen zwischen Schwandorf und Nürnberg durch Regionalexpress-Verbindungen ersetzt. Neue Regionalexpress-Züge, beispielsweise ab Schwandorf um 06:44 Uhr nach Amberg und weiter nach Nürnberg sowie um 07:28 Uhr von Amberg über Schwandorf durchgehend nach Regensburg, sollen den Stundentakt des Regionalverkehrs verdichten und so für den wachsenden Pendlerverkehr attraktiver machen. □

Freistaat schreibt Regionalverkehr aus

Besseres Angebot für Nürnberg–Ingolstadt–München und Nürnberg–Augsburg

Der Freistaat Bayern schreibt den Nahverkehr zwischen München und Nürnberg über Ingolstadt sowie zwischen Nürnberg und Augsburg neu aus. Dabei wird der Regionalverkehr zwischen Nürnberg und Ingolstadt sowohl auf der Altstrecke über Treuchtlingen, als auch auf der 2006 in Betrieb genommenen Neubaustrecke (NBS) laufen. „Mit der Neuausschreibung wollen wir das Angebot vom Umfang her und in der Qualität verbessern. Mit neuen Fahrzeugen möchten wir einen zeitgemäßen und modernen Komfort bieten. Zudem wollen wir die Fahrzeiten von Nürnberg durch das Altmühltal verkürzen“, betonte Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil.

Die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regionalverkehr im Auftrag des Bayerischen Verkehrsministeriums plant, finanziert und kontrolliert, hat die Ausschreibung am 5. Juli 2012 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Angebote können bis 4. Februar 2013 abgegeben werden. Der Zuschlag erfolgt voraussichtlich im April 2013. Der neue Vertrag beginnt im Dezember 2016 und endet nach einer Laufzeit von zwölf Jahren. Ausgeschrieben werden ein Grundangebot, das sich weitgehend am Status quo orientiert, und zwei Alternativen. Der bisherige Allersberg-Express ist nicht Bestandteil der Ausschreibung und soll künftig in die S-Bahn Nürnberg integriert werden.

Grundangebot

Bei der Ausschreibung des Ringzugs West und der NBS gibt

chen müssen die Verkehrsunternehmen im Grundangebot in jedem Fall anbieten.

Längere Route

Die etwas längere Route führt von Nürnberg über Treuchtlingen durch das Altmühltal nach Ingolstadt und München sowie über Donauwörth nach Augsburg. Hier wird es ein stündliches Angebot geben. Dabei müssen Fahrgäste jede zweite Stunde in Treuchtlingen umsteigen. Ergänzend fahren stündlich Expresszüge von Nürnberg nach Treuchtlingen (Montag bis Freitag) und von Ingolstadt nach München (täglich), so dass die Fahrgäste an den größeren Stationen jede halbe Stunde Fahrtmöglichkeiten haben.

Eventualposition und Alternativangebot

Die sogenannte Eventualposition und das Alternativangebot sehen ein nochmals erweitertes Betriebsprogramm vor. Die Eventualposition würde den Stundentakt auf der NBS beinhalten, das Alternativangebot eine deutliche Beschleunigung auf der Strecke Nürnberg-Altalmühltal-Ingolstadt-München gegenüber heute um etwa 30 Minuten. Das halbstündliche Angebot zwischen Nürnberg

und Treuchtlingen sowie die Fahrten alle zwei Stunden zwischen Nürnberg und Augsburg werden dabei auch am Wochenende angeboten. „Ob wir diese Zusatzoptionen beauftragen, hängt vom Angebotspreis und von unseren Finanzmitteln ab. Vor allem auf der Neubaustrecke zahlen wir horrenden Trassenpreise. DB Netz kommt uns hier bis heute nicht entgegen“, unterstrich der Minister.

Neue Fahrzeuge

Die BEG fordert neue Fahrzeuge mit hohen Kapazitäten. Sie macht Mindestvorgaben, wie viele Sitzplätze es bei stark frequentierten Zügen im Berufs- und Freizeitverkehr geben muss. „In den Hauptverkehrszeiten wird es deutlich mehr Sitzplätze geben“, erläutert Zeil. Um Fahrgästen in Rollstühlen eine möglichst reibungslose Fahrt zu gewährleisten, muss jeder Zugteil mit mindestens einem Rollstuhlplatz und einer klappbaren Überfahrrampe ausgestattet sein. Nicht zuletzt müssen Mehrzweckbereiche die Möglichkeit schaffen, Fahrräder, Kinderwagen und sperriges Gepäck problemlos zu transportieren.

Vertrieb und Tarif

Neben der Anerkennung der bisher gültigen Nahverkehrstarife erwartet die BEG, dass der künftige Betreiber Sonderangebote im Freizeitverkehr einführt: Gefordert ist zum Beispiel eine übertragbare Monatskarte (Freizeitkarte), die von Montag bis Freitag ab 9 Uhr,

am Wochenende und an Feiertagen ganztags gültig ist. Bei Fahrten innerhalb von Verbünden gelten die Bestimmungen der jeweiligen Verkehrsverbünde (AVV, MVV, VGN). Fahrkarten müssen am Schalter in Nürnberg Hbf, Schwabach, Roth, Weißenburg (Bay), Treuchtlingen, Donauwörth, Augsburg Hbf, Ingolstadt Hbf, Rohrbach (Ilm), Pfaffenhofen (Ilm), Reichertshausen, Dachau Bahnhof und München Hbf erhältlich sein. Die Öffnungszeiten werden zum Teil auf mindestens 70 Stunden pro Woche verlängert. Die Ausgestaltung der weiteren Vertriebswege – entweder an Stationen oder im Zug über Automaten oder Personal – ist grundsätzlich dem Betreiber überlassen.

Weitere Anforderungen

Um den Fahrgästen einen umfangreichen Service zu garantieren, verlangt die BEG in jedem Zug mindestens einen Zugbegleiter, bei über 500 Sitzplätzen und am Wochenende sogar zwei. Außerdem verpflichtet sich der künftige Betreiber, am Qualitätssystem der BEG teilzunehmen. Damit prüft die Bayerische Eisenbahngesellschaft die Sauberkeit, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Fahrgastinformation im Zug, die Servicequalität und die Kundenfreundlichkeit. Zudem gelten hohe Anforderungen hinsichtlich Pünktlichkeit und Anschlusssicherung. Bei Nichteinhaltung der Vorgaben werden Vertragsstrafen, sogenannte Pönalen, fällig. □

Bundesweiter Rekord:

Landrat Christmann feiert 35-jähriges Dienstjubiläum

Dachau: Festakt mit Kommunalminister Joachim Herrmann

Bereits seit 35 Jahren ist Dachaus Landrat Hansjörg Christmann im Amt. Das ist einmalig im Freistaat und auch deutschlandweit. Dazu gratulierte ihm bei einem Festakt in Anwesenheit Dutzender aktueller und ehemaliger Amts-, Mandats- und Würdenträger Bayerns Innenminister Joachim Herrmann mit herzlichen Worten.

In einer Powerpoint-Präsentation ließ die Stellvertreterin des Landkreischefs, Eva Rehm, wichtige Stationen Christmanns Revue passieren. Er, der 1977 das Amt als 29-Jähriger und damit jüngster Landrat Bayerns aufnahm, habe den Landkreis den Anforderungen der Zeit entsprechend nach vorne geführt. Zudem habe er sich um die Förderung caritativer Einrichtungen gekümmert, aber auch auf die Kultur und den Sport habe er stets sein Augenmerk gelegt.

Der Ehrengast, Kommunalminister Joachim Herrmann, konstatierte in seiner Festrede, unter der bewährten Leitung von Landrat Christmann habe sich der Landkreis überaus positiv entwickelt: „Er ist ein echter Glücksfall für den Landkreis.“ Die Landkreiszurückführer hätten Christmann sechsmal zum Landrat gewählt, was von großem Vertrauen zeuge. „Eine größere Anerkennung für einen Kommunalpolitiker gibt es nicht.“

Wohl bestelltes Haus

„Du hast mit und für den Landkreis Geschichte geschrieben und lässt zum Ende Deiner Amtszeit auch nicht nach. Für dich heißt Politik machen die Zukunft gestalten! Du gehst in Deiner Verantwortung für das Amt des Landrates nach der Maxime vor: ‚Lieber der erste in der Provinz, als in Rom irgendeiner.‘ Du kannst am Ende deiner Amtszeit 2014 – so viel kann man guten Gewissens heute bereits sagen – ein wohl bestelltes Haus an deinen Nachfolger übergeben“, betonte Herrmann.

In der politischen Auseinandersetzung begegne Hansjörg Christmann dem Mitbewerber mit Respekt und schlage bei Angriffen auf ihn, die unter der Gürtellinie sind, nicht mit gleichen Mitteln zurück. „Dein bewährtes Mittel ist das der rechtzeitigen Kommunikation auf vielen Ebenen, des Gespräches, das Ringen um die besten Argumente.“

„Du meisterst die Verantwortung eines bayerischen Landrates in Bayern, die ja etwas Janusköpfiges hat, mit großem Gespür für das Wesentliche und Du schaffst



Hansjörg Christmann. □

den Spagat zwischen der Durchsetzung der übertragenen staatlichen Aufgaben, die oft unliebsam sind und dem politischen Mandat“, hob der Minister hervor und ergänzte: „Als ausgebildeter Jurist wirst Du nicht rechtswidrig handeln, aber Du machst dir auch nicht unbedingt die herrschende juristische Meinung zu Eigen. Du lotest die Sachlage aus, den für Dich ist zum Beispiel im Bau-recht der Bürger mit seinem Anliegen im Mittelpunkt.“

Größte Verdienste

Zu Christmanns größten Verdiensten zählte der Innenminister die Unterstützung der Wirtschaft im Landkreis. Er habe es verstanden, die Region hier optimal auszubauen, heute sei der Landkreis Dachau ein äußerst attraktiver Wirtschaftsstandort.

Ein weiteres wichtiges Anliegen sei Christmann der Bildungsbereich gewesen. Hierbei habe er auf den Ausbau der weiterführenden Schulen großes Gewicht gelegt. „Unter seiner Leitung ist Dachau zu einem Bildungslandkreis geworden“, lobte Herrmann. „Deine Vernetzungen, die weit

über den Landkreis hinausreichen und auch Dein Instinkt, rechtzeitig Notwendigkeiten für Veränderungen zu erkennen und finanziellen Schaden vom Kreishaushalt abzuwenden, führten zur Umstrukturierung in der Krankenhausorganisation in eine GmbH, dann zu einer AG und schließlich zur Kooperation mit der Rhönklinik AG, die eine Steigerung des medizinischen Niveaus brachte“, führte Herrmann weiter aus.

Gespür für das Wesentliche

Mit seinem „Gespür für das Wesentliche und für nachhaltige tragfähige Entscheidungen“ sei Christmann oft weit vor der allgemein politischen Diskussion auf dem Weg. In diesem Zusammenhang erwähnte Herrmann das Tagesmütterprojekt Sonnenwinkel, das lange bevor der Krippenbau auf der Agenda war, ins Leben gerufen wurde, oder aber den Bau von Wohnanlagen für Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Zudem sorgte Christmann für den Bau von Apartments für das Klinikpersonal und ebnete außerdem den Weg für eine Wohnungsbaugesellschaft für den Landkreis zusammen mit der

Sparkasse und den Landkreismunicipalitäten. Auch habe der Landrat Beratungsdienste auf den Weg gebracht wie Seniorenbeirat, Familien und Frauenberatung, Schuldnerberatung oder sozialpädagogische Familienhilfe.

Auch beim öffentlichen Personennahverkehr und dem Umwelt- und Naturschutz habe Christmann wesentliche Akzente gesetzt und Impulse gegeben. Der Innenminister dankte darüber hinaus für die 16-jährige Tätigkeit als Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes. Christmanns Wirken sei dadurch und auch als Vorsitzender des Erholungsgebietvereins und beim Bayerischen Landkreistag weit über den Landkreis hinaus von Bedeutung gewesen.

Persönlich wie im Namen der gesamten Staatsregierung dankte Minister Herrmann Landrat Christmann für seine unermüdete Arbeit. „Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass ihm seine Arbeit große Freude gemacht hat. Mit Leidenschaft hat er sich für das Wohl seines Landkreises und seiner Bevölkerung eingesetzt“, erklärte Herrmann. „Das Amt des Landrates ist ihm zur Lebensaufgabe geworden, sein Wort hat Gewicht.“

Uhu-Skulptur

Als Erinnerung an diesen Festtag und Landrat Christmanns zurückliegende Amtszeit wurde ihm eine Uhu-Skulptur überreicht. Die Tiere gelten als besonders weise und klug und ziehen die Menschen in ihren Bann. DK



40 Jahre Landkreis Lichtenfels

Am 1. Juli 2012 feierten zahlreiche Landkreise ihr 40-jähriges Jubiläum. Innenminister Joachim Herrmann nahm dieses Datum zum Anlass, dem Landkreis Lichtenfels seine Aufwartung zu machen. Landrat Christian Meißner (links) hieß ihn und Regierungspräsident Wilhelm Wenning im Rahmen einer Festsprache des Kreistages herzlich willkommen. In seiner Festansprache würdigte Herrmann die Entwicklung des oberfränkischen Korbflechter-Landkreises als „Erfolgsgeschichte“ und prognostizierte der Region eine gute Zukunft. □

„Fränkischer Sommer – Musica Franconia 2012“:

Kulturprogramm besonderer Prägung

Auf eine Zeitreise der besonderen Art dürfen sich auch heuer wieder die Musikliebhaber freuen. 1.200 Jahre Musikgeschichte im Originalklang verspricht das Musikfestival „Fränkischer Sommer – Musica Franconia 2012“ vom 13. Juli bis zum 2. September 2012. Es lädt dazu ein, in ganz Mittelfranken „Alte Musik“ in kulturhistorisch bedeutsamen Räumen zu erleben.

Seit 12 Jahren veranstaltet der Bezirk Mittelfranken mit dem Intendanten Wolfgang Riedelbauch das Festival unter der Schirmherrschaft von Innenminister Dr. Joachim Herrmann, MdL. Seitdem hat sich diese Musikreihe zu einer festen Institution im kulturellen Sommer Mittelfrankens entwickelt – zu einer Vorzeigeveranstaltung der Metropolregion, die auch international beachtet wird. Auch heuer verwandelt sich nach den Worten von Bezirkstagspräsident Richard Bartsch ganz Mittelfranken wieder zu einer hochkarätig und international besetzten Konzertbühne.

Einmaliges Zusammenspiel

Mit Spannung darf das Publikum an den unterschiedlichsten Spielstätten in Mittelfranken 28 Konzerte sowie drei in angrenzenden Regierungsbezirken erwarten. Darüber hinaus sind Musikdarbietungen zu genießen, die durch ihr einmaliges Zusammenspiel von Baugeschichte und Musikepoche einen unverwechselbaren Charakter besitzen.

Bartsch zufolge „korrespondiert der Abwechslungsreichtum des Programms mit der Vielfalt der fränkischen kulturellen Landschaft. Es ist dem Bezirk Mittelfranken ein Anliegen, diese Vielfalt zu erhalten und die kulturelle Infrastruktur der Region zu verbessern. Der ‚Fränkische Sommer – Musica Franconia‘ unterstützt dieses Bemühen und erfüllt damit eine wichtige kulturpolitische Aufgabe.“

Wie Minister Herrmann in einem Grußwort betont, „setzt die Konzertreihe ‚Fränkischer Sommer – Musica Franconia‘ in diesem Jahr ihre Erfolgsgeschichte fort“. Das Festival bedeute Musik im Originalklang von renommierten Solisten und Ensembles, gepaart mit historischen Instrumenten an malerischen Orten in Nürnberg und der ganzen Region. „Dieses Potpourri ist das Erfolgsrezept des Festivals, das Sommer für Sommer Freunde der alten

Musik aus nah und fern zusammenbringt.“

Musikalische Jubiläen

Heuer steht das Programm ganz im Zeichen großer musikalischer Jubiläen, darunter der 400. Todestag von Hans Leo Hassler, der 300. Geburtstag des Ansbachers John Christopher Smith und der 300. Geburtstag des Preußenkönigs und Flötenspielers Friedrich der Große. Aber auch das Festival selbst feiert ein Jubiläum: Das Nürnberger Wochenende „Musica Franconia“ findet 2012 zum 25. Mal statt. Die Konzertreihe hat sich zu internationalen Festtagen für Alte Musik entwickelt. In diesem Vierteljahrhundert sind bei 750 Konzerten 590 hochkarätige Ensembles und rund 1000 renommierte Künstler an 273 Spielstätten aufgetreten.

Der Bezirk Mittelfranken leistet sich auch in Zeiten knapper kommunaler Kassen das Kulturprogramm besonderer Prägung, weil ihm die Erfolgsgeschichte Recht gibt. Allerdings könnte er den hohen künstlerischen Ansprüchen längst nicht mehr gerecht werden, wenn ihm nicht von Anfang an Sponsoren unter die Arme gegriffen hätten.

Sponsor N-ERGIE

Bereits seit der Gründung des Festivals „Musica Franconia“ ist beispielsweise der Nürnberger Energieversorger N-ERGIE als Sponsor dabei und unterstützt seit dem Zusammenschluss mit dem Festival „Fränkischer Sommer“ die Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“. Getreu dem N-ERGIE-Motto ist das Unternehmen damit Jahr für Jahr „spürbar näher“ an seinen Kunden in Nürnberg und besonders in der Region. Mit seinem Sponsoring-Engagement trägt N-ERGIE dazu bei, dass die Menschen vor Ort ein breites kulturelles, sportliches und soziales Angebot nutzen können. DK

Zahlen und Fakten...

(Fortsetzung von Seite 3) (Vergleich) und Umweltschutz (Stromanteil am CO₂-Ausstoß, Entwicklung CO₂-Ausstoß weltweit).

Ziel einer jeden Diskussion sollte nach Ansicht der Autoren ein Gesamtoptimum aller Aspekte der Stromversorgung sein. Diesem Gesamtoptimum könne man nur dadurch näher kommen, wenn man sich bei einer energiepolitischen Entscheidung innerhalb einer Dimension der wechselseitigen Auswirkungen und Konsequenzen auf die jeweils anderen Dimensionen bewusst ist.

Energie-Mix

Nur über die umweltverträgliche Zusammensetzung des Energie-Mixes zu diskutieren, greife beispielsweise zu kurz. „Die Versorgungssicherheit, die nicht beeinträchtigt werden darf, und den Strompreis, der nicht weiter steigen darf, in einem Nebensatz zu erwähnen, genügt nicht.“ Denn grundsätzlich wäre jeder Energie-Mix in Deutschland möglich, wenn man Strompreis und Versorgungssicherheit ausblenden würde. „Jedoch liegt die Lösung der Jahrhundertaufgabe zur nachhalti-

gen Stromversorgung Deutschlands genau darin, alle Faktoren gleichermaßen zu berücksichtigen“, so Faltlhauser und Geiß.

Die jüngere Geschichte der Stromversorgung in Deutschland beginnt im Jahr 1998 mit dem Inkraft-Treten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes. In ihm wurden die neue, nun liberalisierte Marktstruktur der Energiewirtschaft in Deutschland geregelt und alte Monopolstrukturen aufgebrochen.

Liberalisierung

Die Stromversorgung besteht aus drei Teilen: Den beiden prinzipiell marktwirtschaftlich organisierten Bereichen der Stromerzeugung und des Stromvertriebes sowie den sich zwischen diesen beiden Wertschöpfungsstufen befindenden regulierten Stromnetzen. Erst seitdem die Bundesnetzagentur als zuständige Regulierungsbehörde im Jahr 2006 ihre Arbeit auch im Bereich der Stromversorgung aufgenommen hat, wird von einem liberalisierten Strommarkt in Deutschland gesprochen.

Weitere Informationen unter: www.wbu-bayern.de/pdf/positionen/Strom-WBU.pdf Ki

Yankee Stadion, New York?

Baseball-Arena, Regensburg!

* Neu gesehen:
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.



V. l.: Maximilian Graf Pückler-Märker, Georg Schmid, MdL, Staatsminister Joachim Herrmann, Winfried Mack, MdL und Landrat Gerhard Wagemann.

Länderübergreifender Regionaltag:

CDU und CSU mit „Lust auf Zukunft“

Infrastrukturen nicht an Landesgrenzen orientieren

Harburg. Jubiläum beim „länderübergreifenden Regionaltag“ der CSU Nordschwaben mit dem CSU-Bezirksverband Mittelfranken und der CDU aus dem baden-württembergischen Ostalbkreis: Bereits seit zehn Jahren gibt es diese jährliche Zusammenkunft, heuer traf man sich in der Stadt Harburg im Tal der Wörnitz im Landkreis Donau-Ries. CSU-Kreisvorsitzender Georg Schmid, diesjähriger Gastgeber, meinte dabei: „Infrastrukturmaßnahmen dürfen sich nicht an Landesgrenzen orientieren“. Der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende Joachim Herrmann und Winfried Mack, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg, stimmten ihm zu.

Vor den Gesprächen stand die Besichtigung der eindrucksvollen Harburg auf dem Programm, wo 900 Jahre Geschichte lebendig wurden. Historisches einerseits und Zukunftspläne andererseits erfuhr man bei der Führung durch das Harburger Werk der Märker-Gruppe, einem mittelständischen Familienunternehmen zur Gewinnung und Veredlung von Zement-, Kies- und Kalkprodukten, moderiert von Maximilian Graf Pückler-Märker und Dr. Klaus Bock. Für die Unionspolitiker stehe das Unternehmen beispielhaft für erfolgreichen Mittelstand und stelle einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor in der Region dar.

Ein wesentliches Thema der Tagung war der weitere zügige Ausbau der Bundesstraßen 2 und 25 als wesentliche Verkehrsachsen mit hoher Bedeutung für die ländlichen Räume. Für richtig wurde dabei die Ausweitung der LKW-Maut auf 4-streifige Bundesstraßen empfunden, allerdings sollten die Mehreinnahmen auch in den Bundesfernstraßenbau fließen.

Gesprächsbedarf

Dass in letzter Zeit wichtige Pflöcke für den ländlichen Raum gesetzt wurden, war unumstritten. Gesprächs- und Handlungsbedarf bestehe noch bei der ärztlichen Versorgung auf dem Lande insgesamt, nachdem die Frage des Standorts eines Rettungshubschraubers durch die Testphase mit der Verlagerung eines Hubschraubers nach Roth vorübergehend auf Eis gelegt sei. Joachim Herrmann: „Wenn das nicht funktioniert, werden wir mit den Kassen als Kostenträger neu verhandeln“. Entgegen dem bundesweiten Trend werde auch der ländliche Raum mit mehr Planstellen der Polizei versorgt. „Bayern ist das sicherste Bundesland, und darauf dürfen wir auch ein wenig stolz sein“.

Profitieren würden die bayerischen Kommunen von einem kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe, so Georg Schmid, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion. Verbesserungen für die Städte und Gemeinden sah er auch bei der deutlich aufgestockten Förderung des Freistaates für die Breitbandversorgung, also die schnellen Internetverbindungen: „50 Millionen Bares und die gleiche Summe an Verpflichtungsermächtigungen werden heuer zur Verfügung gestellt, und in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 50 und 150 Millionen“. Dies sei ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung diesbezüglicher kommunaler Initiativen.

Gleichwohl gebe es in Bayern seit vielen Jahren wieder einen Doppelhaushalt ohne Neuverschuldung. Nach Ansicht von Joachim Herrmann sprechen die Fakten eine eindeutige Sprache: „Die Länder mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit haben auch die geringste Verschuldung“, so der Bayerische Innenminister, der damit zusätzlichen kreditfinanzierten Konjunkturprogrammen eine klare Absage erteilte. „Es ist ein Markenzeichen von CDU und CSU, dass wir einerseits die Verbindlichkeiten der Öffentlichen Haushalte zurückführen, gleichzeitig aber auch in die Zukunft investieren. Das schafft Chancen und Perspektiven für die junge Generation“.

Bekanntes Solidität

Eine finanzielle Solidität wie im Freistaat gebe es in ganz Europa nicht ein zweites Mal, „während Rote und Grüne weiter munter in die Verschuldung marschieren“. Hannelore Kraft le-

ge in Nordrhein-Westfalen nochmal 4,6 Milliarden Euro neue Schulden auf den 130-Milliarden-Schuldenberg oben drauf „und Grün-Rot in Baden-Württemberg verabschiedet sich vom ausgeglichenen Haushalt, macht drei Milliarden neue Schulden, streicht dazu noch Lehrstellen und baut keine neuen Straßen mehr“.

Blockadehaltung

Ein gutes Stichwort für Winfried Mack: „Typisch für linke Politik macht die neue grüne/rote Regierung in Baden-Württemberg wieder neue Schulden, nachdem die Union auf dem Weg zum Abbau der Verbindlichkeiten war.“ Und während Bayern zum Beispiel allein in diesem Jahr 215 Millionen in den Staatsstraßenbau investiere, seien dies in Baden-Württemberg nur 38. „Die Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau sind auf null gestellt und die Grünen blockieren sogar Maßnahmen für die Schiene“. Unter dieser Politik leide das ganze Land, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

Winfried Mack, Georg Schmid und Joachim Herrmann waren sich einig: „Wir haben die Ideen und die Kraft zur Gestaltung, vermittelt gemeinsam „Lust auf Zukunft“ und sehen den Wahljahren 2013 und 2014 ausgesprochen zuversichtlich entgegen.“ pm

Messe München International:

Geschäftsjahr 2011 erneut hoch profitabel

Die Messe München International kann auf ein sehr positives Geschäftsjahr 2011 zurückblicken, in dem die Profitabilität des Unternehmens erneut erheblich gesteigert wurde. Im Jahr 2011 hat die Messe München International einen Konzernumsatz von 222,5 Millionen Euro erzielt. Der Umsatz der Messe München GmbH (MMG) lag im vergangenen Jahr bei 189,3 Millionen Euro, rund 20 Mio. höher als geplant. Der EBITDA betrug 52 Millionen Euro und übertraf das geplante Ergebnis sogar um 30 Millionen Euro. Erstmals seit der Inbetriebnahme des neuen Messegeländes konnte die Messe München GmbH in einem Jahr ohne bauma einen Gewinn erwirtschaften und dadurch in Höhe von 2,3 Millionen EUR die Darlehen der Hauptgesellschaft für den Neubau des Messegeländes verzinsen.

Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung: „Die Umgestaltung des Unternehmens kommt voran. Unsere Ertragskraft nimmt weiter zu und unser Marktanteil steigt. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden wir unsere Spitzenposition als eine der ertragreichsten und profitabelsten Messegesellschaften weiter ausbauen.“

Turnusbedingt war 2011 ein schwächeres Veranstaltungsjahr für die Messe München. Durch den Wechsel der IFAT vom Dreijahres-Turnus fanden im vergangenen Jahr nur fünf der großen und umsatzstarken Leitmesse in München statt. Dabei konnte die Messe München allerdings ihren Marktanteil erhöhen und eindrucksvolle Aussteller- und Besucherrekorde erzielen. Die Aussteller- und Besucherzahlen sind 2011 bei der Messe Mün-

chen (+5 % bzw. +9 %) deutlich über dem Durchschnitt am Messeplatz Deutschland (+3 % bzw. +4 %) gestiegen. Highlight der Auslandsaktivitäten der Messe München war im vergangenen Jahr die erfolgreiche Premiere der Baumaschinenmesse bC India in Mumbai. Aufgrund der großen Nachfrage bei der Erstveranstaltung im Februar 2011 wird die Gesamtausstellungsfläche im kommenden Jahr von 88.000 auf 130.000 Quadratmeter erweitert.

Ausblick 2012

Für das laufende Veranstaltungsjahr 2012 zeichnet sich weiterhin ein positiver Verlauf ab. Die ISPO Munich und die IFAT ENTSORGA belegten alle 16 Messehallen. Bei der Reise- und Freizeitmesse f.r.e konnte die Besucherzahl um

Thierhaupten:

10.000 Euro für die Energiewende

Bayerischer Sparkassenverband fördert die Schule für Dorf- und Landentwicklung mit einer großzügigen Spende

Die Energiewende findet auf dem Land statt, darin sind sich die Experten einig: Biomasse, Photovoltaik oder Windkraft – regenerative Energien werden auf dem Land produziert. „Der Bayerische Sparkassenverband spendete 10.000 Euro, damit die Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten (SDL) dieses für den ländlichen Raum so zentrale Thema weiterhin konsequent verfolgen und ihr Seminarangebot erweitern kann“, so ihr Präsident Theo Zellner. Bei seinem Besuch in Thierhaupten übergab er den Spendenscheck an den Vorstandsvorsitzenden Jürgen Reichert und an Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.

Regenerative Energien bergen enorme Entwicklungspotenziale für einen positiven Strukturwandel. Der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Helmut Brunner sieht in Bayern gar die Chance auf ein kraftvolles Konjunkturpaket für den ländlichen Raum. Energiekonzepte werden in 100 ländlichen Gemeinden mit 75 Prozent bezuschusst. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung ist in Sachen Energiewende ein kompetenter Ansprechpartner und Ratgeber für die ländlichen Gemeinden und kommunalen Allianzen, erklärte Präsident Johann Huber, vom Amt für ländliche Entwicklung Schwaben.

Die praktischen Herausforderungen jedoch sind vielfältig. Die Projekte der Kommunen für die

Energiewende müssen in die Konzepte zur Struktur- und Landentwicklung eingebettet werden; eine vorzeitige Einbindung der Bevölkerung ist dabei eine Selbstverständlichkeit. Die Schule fördert und begleitet seit 20 Jahren mit speziellen Seminarangeboten und einem effektiven Netzwerk Kommunalpolitiker und engagierte Bürger auf dem Weg in eine verantwortungsbewusste Zukunft.

Die Energiewende steht schon seit längerem im Fokus der SDL. Allein in diesem Jahr fanden acht Veranstaltungen mit über 250 Teilnehmern zu diesem Thema statt. Die Gemeinde Wildpoldsried im Allgäu z.B., die für ihr energieautarkes Konzept weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt ist, war mehrmals das Ziel von Fachexkursionen. „An-

hand praktischer Beispiele können Teilnehmer besser eigene Lösungsstrategien entwickeln“, weiß Gerlinde Augustin.

Die Spende des Sparkassenverbandes wird die engagierte Geschäftsführerin in weitere Seminare rund um die Energiewende investieren. Noch im Juli findet eine Veranstaltung zum Thema „Regionale Wertschöpfung durch die Energiewende“ statt, in deren Rahmen auch Finanzierungsmodelle vorgestellt werden. Im Herbst wird das Fachseminar „Kommunen gestalten die Energiewende“ mit dem Schwerpunkt Windenergie an den Start gehen. Darüber hinaus informiert die SDL über Fördermöglichkeiten und bietet individuelle Workshops für Kommunen an.

Gewinn für alle Beteiligten

„Wir sehen uns als Partner der Gemeinden im ländlichen Raum und wollen die Menschen dazu befähigen, die Energiewende verantwortungsbewusst und entschlossen mitzugestalten. Ich freue mich sehr über die Spende des Bayerischen Sparkassenverbandes. Damit können wir unsere Angebote weiterentwickeln, damit die Energiewende auf dem Land ein Gewinn für alle Beteiligten wird“, sagte die Geschäftsführerin. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Tarife und Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2012

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



V.l.: Präsident Johann Huber, 2. Stellvertreter ALE Schwaben, Gerlinde Augustin, SDL-Geschäftsführerin, Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident und Vorstandsvorsitzender der SDL, Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes und Richard Fank, Schatzmeister und Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg.

Ein Tag für die Seele

Ein echter Besuchermagnet war der Tag der offenen Tür des Bezirks Oberbayern: Fast 1.100 Interessierte fanden den Weg in die Bezirksverwaltung in der Münchner Prinzregentenstraße, um sich rund um das Thema „Seelische Gesundheit“ zu informieren.

Besonders gefragt waren die Informationsstände von „kbo – Kliniken des Bezirks Oberbayern“, die sich um die psychiatrische Versorgung der oberbayerischen Bevölkerung kümmern. Viele Besucher informierten sich dort über Therapieformen und Therapiemöglichkeiten. Aber auch die Podiumsdiskussion mit dem Titel „Was die Seele stark macht“, moderiert von BR-Journalist Werner Buchberger, fand großes Interesse. Fachleute aus Medizin, Bezirk und Betroffene gaben Ratschläge, wie seelische Krankheiten vermieden werden können und wer im Fall einer Erkrankung helfen kann.

Große Besucherresonanz

Bezirkstagspräsident Josef Mederer zeigte sich erfreut über die große Besucherresonanz. „Hier hat man wieder einmal gesehen, wie dankbar Informationsangebote zum Thema seelische Gesundheit angenommen werden. Psychische Krankheiten sind hierzulande ein großes Thema, aber das wird leider oft verkannt.“ □

Auslandsmessengeschäft

Das Auslandsmessengeschäft wird im Jahr 2012 turnusgemäß durch die bauma China geprägt, die Ende November in Shanghai beginnt. Neue Rekordzahlen konnte bereits im Februar die ISPO BEIJING verbuchen. Mit einem Besucherplus von 38 % baute die Messe ihre Position als führende Sports Business Plattform im asiatisch-pazifischen Raum weiter aus. □

Metropolkonferenz der EMM in Bad Tölz:

Gesundheitswirtschaft im Fokus

Rund 250 Akteure aus öffentlichen Institutionen, Unternehmen, Wissenschaft und Gesellschaft trafen sich zur jährlichen Metropolkonferenz der Europäischen Metropolregion München (EMM e.V.) in Bad Tölz. Beleuchtet wurde mit der Gesundheitswirtschaft eine wichtige Branche der Region, die auf Grund ihres hohen Wachstumspotentials einen bedeutenden Zukunftssektor darstellt.

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, Vorstandsvorsitzender des Vereins EMM, machte die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für die Region deutlich: „Die Europäische Metropolregion München ist die wachstumsstärkste Metropolregion Deutschlands. Unter den Aspekten Beschäftigung, Wertschöpfung, Forschung und Entwicklung ist die Gesundheitsbranche

gebracht, die hier etwas für ihre Gesundheit tun wollen.

Corinna Langwieser, Trend- und Zukunftsforscherin aus Hamburg mit dem Schwerpunktthema Gesundheit und Gastreferentin der Metropolkonferenz, zeigte in ihrem Vortrag die aktuelle Veränderung gesellschaftlicher Idealvorstellungen auf. Gesundheit sei neben Familie und Gemeinschaft einer der Werte,

heitsmarkt erfolgreich sein will, tut gut daran sich Verbündete zu suchen“, riet die Zukunftsforscherin. „Kooperationen und gemeinsam vermittelte Werte haben in unserer künftigen Netzwerkökonomie die größte Schlagkraft. Die Europäische Metropolregion München kann eine solche Gemeinschaft darstellen.“

Begleitet wurde das Vortragsprogramm von einer Ausstellung zum Konferenzthema. Ebenso gab es Einblicke in die weiteren Themen und Projekte, an denen die Akteure des Vereins EMM derzeit arbeiten. In den Arbeitsgruppen des Netzwerkes widmen diese sich aktuellen Fragen aus den Bereichen Wissen, Wirtschaft, Umwelt, Mobilität, Kultur und Sport sowie ländlicher Raum.

Grundsatzpapier

Im Rahmen der Metropolkonferenz des Netzwerkes Europäische Metropolregion München unterzeichneten dessen Mitglieder die Resolution „Für Toleranz, Demokratie und Menschenrechte – gegen Rassismus“. Das Grundsatzpapier dient als Basis für zukünftige Aktivitäten der EMM-Mitglieder im Kampf gegen extremistische Strömungen.

„Die Mitglieder der Europäischen Metropolregion München e.V. wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen politische Parteien, Organisationen und Gruppierungen, die mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare Grundsätze propagieren“. Dieser Satz leitet die vom Vorstand der EMM verabschiedete und von den Mitgliedern des Vereins getragene Resolution ein.

Konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden auf die Verabschiedung der Resolution folgen: In Zusammenarbeit mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung soll in verschiedenen Landkreisen die Ausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern: Demokratie stärken – Rechtsradikalismus bekämpfen“ gezeigt werden. Zudem sollen Gastwirte unterstützt werden, die sich insbesondere in ländlichen Regionen Mietanfragen rechtsextrimer Veranstalter gegenüber sehen. **DK**

„Altersbeben“

„Das Altersbeben in unserer Gesellschaft gehört zu den größten Treibern des Megamarktes Gesundheit. Wenn alle alt sind, wollen alle jung sein. Damit sind die demographischen Verschiebungen mit dafür verantwortlich, dass die Grenzen zwischen dem ersten und dem zweiten Gesundheitsmarkt durchlässiger werden“, erklärte Langwieser. In der Medizintechnik lasse sich derzeit gut nachzeichnen, dass sich mit innovativen Produkten und Services auch über den Verschreibungsmarkt hinaus neue Umsätze generieren lassen.

„Wer als Anbieter am Gesund-

dafür von ganz erheblicher Bedeutung.“

Bereits heute sind in der Metropolregion fast 300.000 Menschen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt, Tendenz klar steigend. Dass dies so ist, liegt nicht allein an hervorragend aufgestellten Kliniken, Medizintechnik- und Pharmaunternehmen oder international renommierten Ausbildungseinrichtungen. Auch die landschaftlichen Reize tragen neben der hohen Qualität der Angebote zur Stärke der Gesundheitswirtschaft in der Region bei: Kur- und Rehabilitationsangebote ziehen Gäste an und für viele Touristen spielen Gesundheitsaspekte bei der Wahl des Urlaubsortes eine immer wichtigere Rolle. Der dem Verein zugrunde liegende Gedanke des Zusammenspiels von Städten und ländlichem Raum funktioniert offenbar auch im Bereich medizinischer Angebote außerordentlich gut.

Sowohl OB Ude als auch der Landrat des gastgebenden Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermeier, hoben den Mangel an Fachkräften als herausragende Aufgabe hervor. Dieser sei auch in der Gesundheitswirtschaft in der Region deutlich spürbar und werde sich zuspitzen, wenn man dem nicht entgegenwirke. Ude: „Gerade wegen der Hochkonjunktur in der Region ist bei uns der Fachkräftemangel größer als anderswo.“

Wachstumspotential

Landkreischef Niedermaier verwies auf das hohe Wachstumspotential, das der Gesundheitswirtschaft in Prognosen attestiert werde. Denn in einem Aspekt habe sich die Gesundheitswirtschaft in der Region stark verändert: Früher seien die Menschen „verschickt“ worden, niemand habe sich wirklich aussuchen können, wo er einen Krankenhaus- oder Kuraufenthalt verbringe. Heute suchten die Menschen sich zunehmend selbst aus, wohin sie fahren, um sich ihrer Gesundheit zu widmen. Dies habe seinem Landkreis und der Region auf Grund seiner guten Angebote und traumhaften Landschaften einen enormen Zuwachs an Besuchern

Signal für die Energiezukunft und den Klimaschutz:

Biowärme für Kelheim

Im niederbayerischen Kelheim wurde im Oktober 2011 mit dem neuen Biomasseheizkraftwerk der Stadtwerke Kelheim GmbH & Co KG ein Meilenstein für die lokale Energiewende und –zukunft erreicht. Die wärmegeführte Anlage erzeugt auf Basis heimischer Holzhackschnitzel Biowärme. Im Verfahren der unbeltenschonenden Kraft-Wärme-Kopplung wird Ökostrom in das öffentliche Netz eingespeist. Von der nahezu vollständigen CO₂-Neutralität bis hin zur höheren Wertschöpfung für die Region – die Liste der Vorteile des neuen Biomasseheizkraftwerkes (BMHKW) ist lang, so Christian Kutschker, Geschäftsführer der Stadtwerke Kelheim (SWK).

Im Zuge einer nachhaltigen Zukunftsstrategie für die Neuordnung der bestehenden Wärmeversorgung des Standortes Kelheim sowie im Hinblick auf die Klimaproblematik hat die SWK bereits im Jahr 2008, also weit vor dem Beschluss der Bundesregierung zur Energiewende begonnen, nach Möglichkeiten zu suchen, um vermehrt regenerative Energien zu nutzen und einzusetzen.

Kraftakt

Mit dem neuen Biomasseheizkraftwerk hat der Aufsichtsrat im Februar 2010 eine Lösung beschlossen, die sowohl wirtschaftliche als auch ökologische Vorteile für den Standort und die Region mit sich bringt. Die Investi-

tionen in Höhe von rund 8,5 Millionen € stellen nach den Worten von Bürgermeister Fritz Mathes, Vorsitzender des Aufsichtsrates der SWK, einen Kraftakt dar. Für einen Einstieg in neue, teilweise auch kapitalintensive Geschäftsfelder sind Investitionen und eine Aufgeschlossenheit zu neuen Technologien aber unerlässlich, so seine Bewertung.

Die Grundsteinlegung für den Bau des BMHKW einschließlich der Lagerhalle erfolgte im März 2011. Nach etwas mehr als sechs Monaten konnten sämtliche Bauarbeiten sowie die Installation der komplexen Systemkomponenten im Oktober 2011 abgeschlossen werden und das BMHKW seiner Bestimmung übergeben werden.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Oh wie mir der hektische Aktionismus auf die Nerven geht – kaum veröffentlicht das Statistische Bundesamt die neuesten Geburtenzahlen, werden schon wieder alle familienpolitischen Maßnahmen in Frage gestellt und heftig diskutiert. Als ob sich die Leute sofort ans Werk machten, bloß weil wieder einmal ein Gesetz verabschiedet wurde!“ Mein Chef, der Bürgermeister, war arg verärgert über die neue Diskussion über das Erziehungsgeld und den Kita-Ausbau.

Man kann sagen, was man will: Recht hat er. Es ist eine gute Sache, dass in den letzten Jahren viele Dinge auf den Weg gebracht wurden, die Familien mit Kindern fördern und ihnen das Leben leichter machen sollen: Das Recht auf einen Kindergartenplatz für die über Dreijährigen, flankiert seit kurzem von einem Ausbauprogramm für Betreuungseinrichtungen von un-



weniger Leute setzen halt weniger Kinder in die Welt. Vor allem aber: Familienplanung kennt keine so atemlose Hast wie die politische Debatte.

Ist doch wahr – manche Dinge brauchen halt Zeit, um sich zu entwickeln. Wir bekommen zum Beispiel zu jedem Frühstück einen neuen Vorschlag zur Schulpolitik durch die Zeitungen serviert, ohne dass wir genau wissen, wie sich die bisherigen Reformen ausgewirkt haben. Ein Kind, das im PISA-Schockjahr 2001 eingeschult wurde, hat jetzt nämlich gerade mal seine Pflichtschulzeit abgerissen. Aber in der Zeit sicher ein gutes Dutzend Schulreformen erlebt.

So ist es auch mit der Familienpolitik: Die Familien müssen sich mit den neuen Rahmenbedingungen erst vertraut machen, es muss eine gewisse Sicherheit und Verlässlichkeit eingekoren, vor allem, was die tatsächliche Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen angeht, wie sich die Arbeitgeber mit den neuen Rahmenbedingungen arrangieren, und das Umfeld muss insgesamt familienfreundlich sein. Es gibt beispielsweise in großstädtischen In-Vierteln eine vergleichsweise hohe Geburtenrate, weil dort viele Gleichgesinnte wohnen, man sich aufeinander verlassen kann, viel Improvisation in der Kinderbetreuung möglich ist und man sich leicht zu Initiativen zusammenschließen kann, wenn doch ein Kita-Engpass herrschen sollte.

Kraftwagen versus Kinderwagen

ter Dreijährigen, in einigen Schritten gestiegenes Kindergeld, das neue Erziehungsgeld des Bundes, das Landeserziehungsgeld in Bayern, bald der Landeszuschuss für das letzte Kindergartenjahr und wenn es nicht endgültig zerquatscht wird, das Betreuungsgeld. Jede einzelne der Maßnahmen ist schon für sich genommen wichtig und sinnvoll, um Menschen das Leben mit Kindern und für Kinder (ja, als Eltern lebt man mindestens 18 Jahre, meist länger, für die Kinder – das macht es so anstrengend, aber auch so befriedigend, Nachwuchs zu bekommen) zu erleichtern.

Dennoch, so der Vorwurf der Kritiker, steigen die Geburten in Deutschland nicht, im Gegenteil. Niemals wurden bei uns so wenige Babys geboren wie 2011. Heißt das jetzt schon, dass alle familienpolitischen Maßnahmen versagt haben? Ich denke nicht. Meiner Überzeugung nach werden einfach ein paar Faktoren in der Diskussion nicht berücksichtigt. So etwa, dass die Generation der Babyboomer aufgrund ihres Alters für die Rolle der bevölkerungspolitischen Schrittmacher nicht mehr sehr geeignet ist. Jetzt sind die Jahrgänge des „Pillenknicks“ und der bisherigen Geburtennegativrekorde mit der Reproduktion dran – und

Mein Chef, der Bürgermeister, ist überzeugt, dass die meisten jungen Menschen Kinder wollen und auch welche kriegen, wenn das Umfeld passt. Wirtschaftliche Sicherheit gehört dazu, Betreuungsmöglichkeiten, aber auch eine Vereinbarkeit von Familie und Job, die es Frau und Mann ermöglicht, ihr Berufsleben vielleicht für die Kinder hintanzustellen, aber nicht aufzugeben. Was wir als Kommune für die Unterstützung von privaten Initiativen beitragen können, werden wir leisten. Schließlich hat schon in einer Zeit, als es den Begriff „Familienplanung“ noch nicht gab, der Kölner Kardinal Frings etwas angemerkt, was ich dem Chef aufs Handy schicke: „Die Zukunft eines Volkes hängt nicht von der Zahl der Kraftwagen ab, sondern von der Zahl der Kinderwagen.“

The Sabrina



Heißer Sommernachtsball der CSU Nürnberger Land

Röthenbach a. d. Peg. – Heiß im wahrsten Sinne des Wortes ging es zu beim Sommernachtsball der CSU. Trotz tropischer Temperaturen genossen alle das rauschende Fest. Die Einladung der CSU Nürnberger Land zeigte trotz großer Konkurrenz, wie dem Erlanger Schlossgartenfest, große Wirkung. Nahezu alle Karten wurden in kürzester Zeit verkauft. Herzlich begrüßte das Organisationskomitee Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder. Für alle Gäste gab es ein professionelles Erinnerungsfoto vor dem CSU-Logo. Beschwingt betreten die Gäste die Karl-Diehl-Halle. Eröffnet und moderiert wurde der CSU-Sommernachtsball von den „4 Ball-arinas“: Neben der Kreisvorsitzenden der Frauenunion, Petra Lorenz, engagierten sich mit viel Herzblut, Kreativität und Fantasie Cornelia Trinkl, Kreisvorsitzende der KPV, Petra Oberhäuber, Schatzmeisterin der CSU Nürnberger Land und Bettina Rulffs, Mitglied des CSU-Kreisvorstands. **□**

„Wenn ich mir das Zeitfenster der Realisierung anschau, kann ich mit Fug und Recht behaupten, dass in einem sehr, sehr kurzen Zeitrahmen eine Menge geleistet worden ist. Dazu haben viele Beteiligte beigetragen. Das verdient Anerkennung und Respekt“, so Christian Kutschker.

Nur durch das gemeinsame Miteinander konnte die SWK die selbst gesteckten Ziele hin zu regionaler und regenerativer Energieerzeugung in einem engen Zeitfenster erreichen. In diesem Kontext ergänzt Christian Kutschker,

dass die Aufträge – entsprechend der Unternehmensphilosophie und soweit möglich – an die regionalen Unternehmen erteilt wurden.

Positive Effekte

Die positiven Effekte des neuen Biomasseheizkraftwerkes liegen sowohl im ökonomischen als auch ökologischen Bereich. Als Beitrag zum Klimaschutz wird die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen genutzt. Diese Energie kann CO₂-neutral verwertet werden, was in Kelheim einer

jährlichen Einsparung von rund 5.500 Tonnen CO₂ entspricht. Der eingesetzte Brennstoff wird sich aus naturbelassenem Waldhackgut und Holz aus Landschaftspflege in Form von Holzhackschnitzeln zusammensetzen.

Die Holzhackschnitzel stammen ausschließlich aus heimischer, nachhaltiger Forstwirtschaft aus dem näheren Umkreis. Damit verbleibt der Erlös für den Brennstoff fast vollständig in der Region, was wiederum die Wirtschaftskraft im Einzugsgebiet von Kelheim stärkt. **□**



Franz Obermaier (Kreissparkasse), Iris Gügel (BayernLB), Gerhard Falkenstein (DKB) und Ulrich Rozehnal (Kreissparkasse) zeigten Optionen zur kommunalen Windkraftfinanzierung auf.

Windkraft:

Motor der Energiewende

Kreissparkasse informiert Kommunalvertreter rund um mögliche Finanzierungsmodelle

„Die Kommunen in unserem Geschäftsgebiet haben ein starkes Interesse an der Energiewende“, stellte Walter Fichtel, Vorstand der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg fest. Das Institut hatte Bürgermeister und kommunale Vertreter aus den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg eingeladen, sich einen Vormittag lang zu „Windkraft als Motor der Energiewende“ und der Rolle der Kommunen zu informieren.

„Mit die größten Ausbaupotenziale bei den erneuerbaren Energien liegen momentan in der Windkraft“, so Fichtel. Sie sei – anders als die Geothermie – in den regionalen Kommunen jedoch noch ein relativ neues Thema. Die Windkraft werde auch politisch vorangetrieben: Laut dem bayerischen Umweltminister Marcel Huber sollten in den nächsten zehn Jahren im Freistaat 1000 bis 1500 neue Windräder errichtet werden, bislang existierten, so Fichtel, weniger als 200. Jedoch gelte es auch, die Problematiken abzuwägen: Insbesondere Standortfragen beschäftigten die Kommunen.

Neue Anforderungen

„Die Energiewende stellt neue Anforderungen an Städte, Gemeinden und Kreise, die diese zusätzlich zu den ohnehin wachsenden Aufgaben der kommunalen Verwaltungen bewältigen müssen“, bekannte Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. Gleichzeitig erläuterte er, warum der geplante Ausstieg aus der Kernenergie den Ausbau der Windkraft in Bayern unerlässlich mache. Kritik übte er an der für die Gemeinden verbindlichen Regionalplanung, die lokale Gegebenheiten wie Landschaftsschutzgebiete oder die sinnvolle Anbindung ans Energienetz nicht ausreichend berücksichtige. Dennoch appellierte er an die anwesenden Gemeindevertreter, die Ansi-

lungsmöglichkeiten von Windkraftanlagen unter Berücksichtigung der Vorgaben frühzeitig und sorgfältig zu beplanen, um einem lokalen „Wildwuchs“ mit weitreichenden Folgen entgegenzuwirken.

Sind Standortfrage und Größe eines neuen Windkraftvorhabens entschieden, so steht den Kommunen die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg als Finanzierungspartner zur Seite. Ulrich Rozehnal, Ansprechpartner für Kommunalkunden bei der Kreissparkasse, erläuterte den anwesenden Kommunalvertretern sinnvolle Finanzierungsmodelle von der kommunalen Gesellschaft bis zur Bürgerbeteiligung.

In diesem Bereich arbeitet die Kreissparkasse auch mit der Deutschen Kreditbank (DKB) zusammen, die langjähriges Know-How bei Windenergie-Finanzierungen besitzt. Gerhard Falkenstein, Leiter des Firmenkundenbereichs bei der DKB, erklärte, welche Aspekte im Vorfeld der Finanzierung von Windprojekten geprüft werden müssten – vom individuellen Windgutachten und der langfristigen Sicherung des Standorts bis zu den beteiligten Parteien wie Herstellern oder Netzbetreibern. Spezielle Förderprogramme für erneuerbare Energien, die insbesondere für Kommunen interessant sind, bieten außerdem Förderbanken wie die KfW. Ausgewählte Programme stellte zum Abschluss des Vormittags Iris Gügel aus der Abteilung Fördergeschäft bei der BayernLB vor.

25 Jahre Partnerschaft für Entwicklung und Klimaschutz

Altstadt erhält Anerkennung

„Wie in einer guten Ehe gibt es Zeiten, da hält man inne, blickt zurück auf gemeinsam Geleistetes und bedankt sich beim Partner“, sagte Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, als er den Bonus-Scheck über 1.000 Euro an Wolfgang Höb, 1. Bürgermeister Markt Altstadt an der Iller, überreichte. „Wir feiern heute Silberhochzeit. 25 Jahre gemeinsame Arbeit für wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz, dafür bedanken wir uns bei Ihnen“, so Kaumeier weiter.

Wolfgang Höb kann die Partnerschaft bestätigen: „Erdgas ist als umweltschonender Energieträger nach wie vor gefragt. Gerade bei Bauherren und Gewerbe.“ Die Statistik bestätigt, gerade in der Energiewende ist Erdgas die Wunschenergie Nr. 1. „Hier bleiben alle Zukunftsoptionen offen“, erläutert Kaumeier. „Heute Erdgas, morgen Bio-Erdgas oder übermorgen Wasserstoff aus Schwaben – alles ist möglich.“

„Altstadt ist für junge Familien besonders interessant. Wir bieten ihnen ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot“, sagt Höb, schmunzelt und fährt fort: „Und bezahlbaren Baugrund.“

1987 entschloss sich Altstadt die Vorteile von Erdgas für sich zu nutzen und sich an die Versorgungsleitung Illertal von Illertissen nach Kellmünz anschließen zu lassen. Heute sind Kindergarten, Feuerwehr und kom-

Energienutzungsplan für den Markt Welden

Ohne einen Energienutzungsplan ist die Energiewende auf kommunaler Ebene nicht möglich, ist sich Bürgermeister Peter Bergmeir sicher. Aus diesem Grund erstellte der Markt Welden in den vergangenen Monaten einen Energienutzungsplan (ENP). Dieser wurde mit einer Zuwendung von 50 % durch das bayerische Wirtschaftsministerium gefördert.

Der Markt Welden wird durch den ENP in die Lage versetzt, die Umsetzung von darauf aufbauenden Teilkonzepten und Maßnahmen gezielt zu koordinieren und Fachplaner mit der Detail- bzw. Ausführungsplanung zu beauftragen. Auch können Einzelvorhaben von Investoren sinnvoll in das angestrebte energetische Gesamtkonzept eingebaut werden. „Letztlich kann der Umstieg auf erneuerbare Energien koordiniert und somit auch schneller erfolgen. Ein Wildwuchs an unkoordinierten Einzelmaßnahmen soll nach Möglichkeit verhindert werden.“, so Dipl.-Ing. Stefan Steinbacher vom gleichnamigen Büro aus Neusäß, welches die Untersuchungen und Ausarbeitungen durchgeführt hat. Ebenfalls soll eine positive Wirkung auf die Bürger entstehen und somit das Bewusstsein für den Einsatz erneuerbarer Energien auch im privaten Umfeld gestärkt werden.

Peter Bergmeir zeigt sich begeistert vom Energienutzungsplan, der vermutlich erstmals in Bayern in einem solch hohen Detaillierungsgrad erstellt wurde. „Die Besonderheit unseres Energienutzungsplans ist die Tatsache, dass er auf Basis eines Geografischen Informationssystems (GIS) erstellt wurde“. Durch die Verarbeitung der erhobenen Daten im GIS ist eine Verschneidung aller Informationen und somit eine ganzheitliche zur Verfügungsstellung gegeben. Ebenfalls können die erhobenen Daten während aber auch nach der Projektbearbeitung wesentlich einfacher aktualisiert werden. Über das GIS wird auch auf die sogenannten WMS (Web Map Service) Dienste zugegriffen. Diese WMS Dienste stellen übergeordnete Geodaten wie z. B. den Windatlas Bayern zur Verfügung. Diese werden mit den individuellen Daten der Gemeinde verschnitten, wodurch die Aussagen und Konzepte an Schärfe gewinnen.

Datenerfassung

Die Basis des ENP Welden bildete die Aufnahme des Istzustands. So wurden gebäudespezifische Informationen zum Wärmebedarf, zur technischen Ausstattung sowie zum Gebäude an sich erhoben. Auch wurden alle Anlagen die Energie erzeugen aufgenommen. Die Datenerfassung sowie deren Darstellung erfolgt gebäudebezogen innerhalb des Energieatlas. Aus Gründen

des Datenschutzes werden die Informationen bei einer Veröffentlichung anonymisiert. Gebäudebezogen liegen die Daten nur im GIS und der hinterlegten Datenbank in der Gemeindeverwaltung vor. Der Vorteil eines GIS gestützten ENPs ist, dass die Daten relativ einfach berechnet und entsprechend visualisiert werden können.

Des Weiteren wurden die im Markt Welden bestehenden Potenzial der erneuerbaren Energien ermittelt. So bestehen insbesondere enorme Potenziale an Photovoltaik/Solarthermie sowie aufgrund des Waldreichtums und großer Holzverarbeitender Betriebe große Potenziale an (Rest)Holz, Biogas, Wind und Wasserkraft spielen hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Derzeit dominiert im Wärmebereich Heizöl mit einem Anteil von rund 50 %, unter den erneuerbaren Energien nimmt Holz mit gut 15 % die Spitzenposition ein.

Insgesamt kann rund die Hälfte des derzeitigen Wärmebedarfs bzw. gut zwei Drittel des derzeitigen Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Ebenso wurden für jedes Wohngebäude die Energieeins-

Tiefe Geothermie in Bayern:

Erfolgsregion mit besten Wachstumsaussichten

Eine Erhebung des GtV-Bundesverbandes Geothermie hat aktuelle Zahlen zur Nutzung der Tiefen Geothermie im bayerischen Molassebecken erbracht. Für die „Erfolgsregion der Tiefen Geothermie in Mitteleuropa“ geben sie sowohl eine Zwischenbilanz als auch einen Ausblick auf ihre weitere Entwicklung. So ist die Geothermie nicht nur zu einem wichtigen Bestandteil der bayerischen Energiepolitik geworden, sondern auch zu einem Wirtschaftsfaktor des Bundeslandes herangewachsen.

Aktuell sind in Bayern zwölf Anlagen zur Nutzung der Tiefen Geothermie für die Fernwärmebereitstellung beziehungsweise zur Erzeugung von Strom in Betrieb. Kumuliert verfügen sie bereits über 76 Betriebsjahre, die ältesten Geothermieheizwerke Erding und Straubing laufen seit 1998 beziehungsweise 1999. In Summe verfügt Bayern damit über eine installierte geothermische Wärmeleistung von ca. 130 MW und eine elektrische Leistung von ca. 3 MW. Im Jahr 2011 haben die Anlagen rund 350 GWh Wärme bereitgestellt – eine Menge, die 25.000 Dreipersonenhaushalte mit Heizenergie versorgen kann. „Das entspricht fast einer 75.000-Einwohner-Stadt. Zudem hat die geothermisch erzeugte Wärme in Bayern im Vergleich zu konventionellen Erdgasheizungen ca. 90.000 Tonnen CO₂ eingespart“, zieht Dr. Christian Pletl, Mitglied der „Fachsektion Tiefe Geothermie“ des GtV-Bundesverbandes Geothermie, Bilanz.

Die große Zahl tiefer Geothermie-Projekte im bayerischen Molassebecken ist auf die dort günstigen geologischen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die Kalksteinschicht des Malm führt Thermalwasser, das im Bereich von München in mehr als 2.000 m Tiefe Temperaturen von bis zu 100 °C erreicht und mit hohen Fließraten an die Oberfläche gefördert werden kann. Daher gilt das Molassebecken als bedeutendstes Reservoir geothermischer Energie in Mitteleuropa. Das Gesamtpotenzial der geothermischen Nutzung aus dem Malm wird im bayerischen Energiekonzept »Bayern Innovativ« mit 1.800 MW für die Wärme

fiziert, welche sich besonders für ein Nahwärmenetz eignen. Im Anschluss wurden die entwickelten Konzepte und Nahwärmenetze hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit, ihrer Umweltauswirkungen und einer möglichen Energieautarkie bewertet. Es stellte sich z.B. heraus, dass alle vier Nahwärmenetze selbst bei einem relativ geringen Anschlussgrad deutlich wirtschaftlicher sind, als die bestehenden Heizungsanlagen. Zuletzt wurde in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde ein konkreter Maßnahmenkatalog erarbeitet. So soll u.a. ein Energieausschuss gegründet, ein Solardachkataster erstellt und eine stillgelegte Wasserkraftanlage wieder in Betrieb genommen werden. Zudem soll die Gemeinde mit möglichen Wärmelieferanten und -abnehmern Kontakt aufnehmen und die vorgeschlagenen Wärmenetze zur Umsetzung bringen.

Arbeitsmedium

Der ENP auf GIS-Basis stellt letztlich eine Informationsplattform sowie ein Arbeitsmedium dar, welches das Treffen von Entscheidungen bezüglich der zukünftigen Energieversorgung im Gemeindegebiet stets auf der aktuellsten Datengrundlage erlaubt. Um stets auf einen aktuellen Bestand zurückgreifen zu können, werden alle Informationen kontinuierlich gepflegt und fortgeschrieben. Die Datenpflege der gebäudespezifischen Informationen wird deshalb ähnlich wie bei einem Kanal- oder Straßenkataster fortlaufend erfolgen.

nen Umsatz von über 30 Mio. Euro pro Jahr“, erklärt Pletl, „hinzu kommt, dass durch den Einsatz der Geothermie der bayerische Gasbezug aus dem Ausland rechnerisch um ca. 9 Mio. € pro Jahr reduziert wird.“

In den nächsten Jahren werden die bayerischen Projekte der Tiefen Geothermie durch Maßnahmen des Netzausbaus, Erweiterungen sowie Anlagen- und Betriebsoptimierungen ihren Absatz und die Wärmeleistung signifikant (>20%) erhöhen. Darüber hinaus werden zahlreiche weitere Anlagen realisiert. Bei fünf Projekten sind die Bohrungen bereits fertiggestellt und die Anlagen werden spätestens 2013 in Betrieb gehen. Fünf weitere Projekte führen derzeit die Bohrungen durch beziehungsweise die Bohrplätze oder Heizwerke werden gebaut. Durch diese zehn neuen Anlagen wird sich die installierte Wärmeleistung Bayerns erneut verdoppeln und die Stromproduktion sogar mehr als verzehnfachen. Die Erzeugung elektrischer Energie wird dann in der CO₂-Einsparung einen ebenso großen Beitrag leisten wie die Wärmeleistung. □



Regionales Bio-Erdgas für Kemptener Kaffeerösterei

Erdgas Kempten-Oberallgäu verlieh gemeinsam mit erdgas schwaben der neuen Weber Manufaktur & Rösterei in Kempten die Auszeichnung für nachhaltigen Klimaschutz. Sylvia Weinberger, Energieberaterin Erdgas Kempten-Oberallgäu (EKO) und erdgas schwaben, überreichte Jürgen Weber und Karl Strobl (v.l.) die Auszeichnung für nachhaltigen Klimaschutz, verliehen von EKO. Foto: erdgas schwaben gmbh



LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning und Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung bei LEW (jeweils l. und r.) präsentierten neue Wegenutzungsverträge zwischen der Lechwerke AG und der Gemeinde Kissing, vertreten durch Bürgermeister Manfred Wolf (l. Mitte) sowie mit der Gemeinde Baar, vertreten durch Bürgermeister Leonhard Kandler (r. Mitte). Bild: LEW/Bleier

Neue Wegenutzungsverträge

Langjährige Strompartnerschaften zwischen den Gemeinden Kissing und Baar und den Lechwerken werden fortgeführt

Die Gemeinderäte von Kissing und Baar haben neuen langjährigen Wegenutzungsverträgen mit der Lechwerke AG (LEW) zugestimmt. Diese Verträge regeln die Rechte und Pflichten zwischen Kommune und Energieversorger bei der Stromverteilung. Er garantiert für die Netzkunden im Netzgebiet der Lechwerke auch für die Zukunft eine sichere Stromversorgung.

Bei der Vertragsunterzeichnung in der Hauptverwaltung der Lechwerke in Augsburg hoben die Bürgermeister Manfred Wolf (Kissing) und Leonhard Kandler (Baar), LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning und Peter Kraus, Leiter Kommunalbetreuung bei LEW, die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit hervor. Bereits seit Anfang des letzten Jahrhunderts besteht die Netzpartner-

schaft der Lechwerke mit den Gemeinden.

Planungssicherheit

Der Wegenutzungsvertrag erlaubt den Lechwerken, öffentliche Wege, Straßen und Plätze für die Verlegung von Stromleitungen zu nutzen. Außerdem gibt er dem Energieversorger die Planungssicherheit, um in den weite-

ren Ausbau des Netzes und die Verbesserung der Stromversorgung zu investieren.

Die LEW-Gruppe ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. LEW beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen in den Bereichen Netz- und Anlagenbau, Energieerzeugung und Telekommunikation an. Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. □



Deutsch lernen im Markus Wasmeier Freilichtmuseum

Jüngst lud das Museumspädagogische Zentrum (MPZ) 136 Schülerinnen und Schüler zwischen 11 und 15 Jahren mit Migrationshintergrund und mangelnden deutschen Sprachkenntnissen zu einer außergewöhnlichen eintägigen Exkursion in das Markus Wasmeier Freilichtmuseum ein.

Die Jugendlichen beschäftigten sich dort mit der bayerischen Alltagskultur und dem Heimatgedanken und lernten die hiesigen einfachen Verhältnisse auf dem Land in früheren Zeiten kennen. Sie versuchen sich beispielsweise im Buttern, Brotbacken oder Filzen und konnten Vergleiche mit dem Leben heute und dem in ihren Heimatländern ziehen. Die Veranstaltung wurde vor allem ermöglicht durch die Partner: E.ON Bayern übernahm alle anfallenden Kosten für Organisation und Durchführung, und die Bayerische Oberlandbahn brachte die Jugendlichen mit einem Sonderzug kostenlos an den Schliersee und zurück.

Der Bedarf an speziellen integrativen Angeboten für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und mangelnden Sprachkenntnissen ist hoch: Allein in München gibt es an Grund- und Hauptschulen knapp 60 sogenannte Ü-Klassen (Übergangsklassen), in denen diese Kinder und Jugendlichen altersgemischt und aus allen sozialen Schichten auf das reguläre Schulsystem vorbereitet werden. Das MPZ verzeichnete im Schuljahr 2011/12 über 100 Buchungen der kostenfreien Ü-Klassen-Angebote in Münchner Museen durch Schulen aus Bayern. Das MPZ-Programm „Komm, wir lernen Deutsch im Museum! Museumspädagogische Programme für Übergangsklassen“ startete im September 2011. Die kostenfreien Programme erschließen Münchner Museen als außergewöhnliche Lernorte für Sprache und Kultur. □

Geld für gesunde Bücherranzen

Alleinerziehenden-Fonds unterstützt seit 25 Jahren Würzburger Einelternfamilien

Würzburg. Seit 25 Jahren erhalten Einelternfamilien mit wenig Einkommen Unterstützung aus dem Würzburger Fonds für allein Erziehende. „Seitdem halfen wir vorwiegend allein erziehenden Frauen mit insgesamt fast 115.000 Euro“, sagt Petra Müller-März von der städtischen Erziehungsberatungsstelle, die den Fonds mit ins Leben rief und seither betreut. Der Fonds leistet dann, wenn es kein Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, dem Würzburger Nothilfefonds für Familien oder anderen öffentlichen Quellen gibt.

Säuglinge zu füttern, sie zu wickeln und zu kleiden, gestaltet sich selbst für Frauen mit schmalen Geldbeutel in finanzieller Hinsicht noch vergleichsweise unproblematisch. Richtig teuer werden Kinder, wenn sie in die Schule kommen. Rückengerechte Bücherranzen, Mäppchen, Sportbeutel, Hefte, Füller und Atlanten sind sehr teuer. Die meisten Anträge auf Unterstützung betreffen denn auch diesen Bereich. „Im vergangenen Jahr haben wir in 15 Fällen allein Erziehende beim Kauf von Schulmaterial unterstützt“, so Müller-März. 53 Anträge auf Hilfe durch den Fonds gingen 2011 bei ihr ein. In 39 Fällen half der Fonds, in 14 Fällen wurden andere Unterstützungsmöglichkeiten gefunden.

Kein Familiennetzwerk

Die meisten Frauen, die Geld aus dem Fonds beantragen, haben keine Großeltern und keine Eltern, die sie finanziell unterstützen. Und oft zahlt auch der Vater des Kindes nicht. So wie bei Maya Falk (Name geändert). „Frau Falk ist mutterseelenallein“, sagt Maria Fröhling von der Verwaltung des Alleinerziehenden-Fonds. Seit ihre Tochter 18 ist, weigert sich der Vater, Unterhalt zu zahlen. Doch die junge Frau ist in Ausbildung und dringend auf elterliche Unterstützung angewiesen. Maya Falk tut, was sie kann, um ihre Tochter zu fördern: „Als diese noch in der Schule war, hat sie das Geld für einen PC zusammengekratzt.“ Für jeden Euro aus dem Fonds war Maya Falk äußerst dankbar.

Landkreis Miltenberg:

Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften ausloten

Zusammen mit der Städteregion Aachen ist der Landkreis Miltenberg vom Bundesfinanzministerium als Teilnehmer eines Pilotprojekts ausgewählt worden. Dabei soll erkundet werden, ob es möglich und sinnvoll ist, dass Kommunen zusammenarbeiten und mit privatwirtschaftlichen Unternehmen kooperieren. Zahlreiche Bürgermeister und Verwaltungsfachleute aus den Landkreiskommunen haben im Landratsamt Miltenberg an einem Workshop teilgenommen, in dem das Projekt erstmals vorgestellt wurde.

Dieses steht unter Federführung des unabhängigen Beratungsunternehmens Partnerschaften Deutschland, welches im Jahr 2008 vom Bundesministerium für Finanzen und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegründet wurde. Diese Firma, die ausschließlich öffentliche Auftraggeber berät, wurde vom Bundesfinanzministerium damit beauftragt, Dienstleistungszentren in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP) zu untersuchen, insbesondere im interkommunalen Bereich.

Handlungsleitfaden

Wie Moderatorin Silvia Naumann deutlich machte, soll beim Projekt ein praxisnaher Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger herauskommen. Gemeinsam wolle man Ideen entwickeln, in welchen Fällen die Kooperation von Landkreis oder Kommunen mit der Privatwirtschaft sinnvoll sei.

Denn den Kommunalverwaltungen drohe durch den demografischen Wandel ein Fachkräftemangel sowie ein zunehmendes Überaltern der Personalkörper. Interkommunale Dienstleistungszentren könnten eine Antwort auf diese Herausforderung sein. Deshalb soll ein Eckpunktepapier entwickelt werden, in dem der Nutzen kommunaler und privatwirtschaftlicher Partnerschaften herausgearbeitet wird. Dies solle an einem konkreten Beispiel aus der Praxis deutlich gemacht werden, so Naumann. Anschließend sei vorgesehen, Checklisten und Mustervorlagen für andere Kommunen zu erstellen. „Es kann sein, dass dabei nicht der große Wurf herauskommt“, schränkte Landrat Roland Schwing zu Beginn des Workshops ein. Schwing, der die Verwaltungsmodernisierung sowohl im Deutschen als auch im Bayerischen Innovationsring vorantreibt, plädierte aber eindringlich dafür, dieses Projekt aktiv zu begleiten. Es sei auf jeden Fall eine riesige Chance, gemeinsame Vorstellungen vorzubringen und umzusetzen.

Schwing stieß dabei ins gleiche Horn wie Franz-Reinhard Habel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Das ÖPP-Projekt sei eine einmalige Chance, der Bundesregierung klarzumachen, wie Verwaltung aussehen sollte, meinte der

Fachmann und wies darauf hin, dass die Verwaltung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen steht. Habel wies exemplarisch auf neue Trends wie das sogenannte Cloud-Computing und Applikationen, kurz Apps, hin. Schon jetzt übernehmen Bürger Aufgaben der Verwaltung, sagte er und verwies auf eine App in Berlin, in die schon über 300.000 Bürger Einträge über behindertenfreundliche Einrichtungen hinterlassen hätten. „Keine Verwaltung hätte das geschafft“, so Habel. Solche Trends seien aber keine Bedrohung, sondern eine Chance. Für den Fachmann steht fest: Die Verwaltung der Zukunft wird mobiler werden, sie wird viel effektiver werden müssen und sie wird transparenter sein. Angesichts dieser Herausforderungen sei es wichtig, rechtzeitig Strategien zu entwickeln.

Fachkräftemangel

Doch wo würde sich die interkommunale Zusammenarbeit im Zusammenwirken mit einem privatwirtschaftlichen Partner wirklich lohnen? Die Teilnehmer des Workshops legten an einer Tafel fest, in welchem kommunalen Aufgabenspektrum ihnen Ressourcen und Fachkräfte fehlen, und wo sie sich interkommunale Lösungsansätze vorstellen könnten. Gemeinsam mit Partnerschaften Deutschland wollen die Kommunen des Landkreises Miltenberg in den nächsten zehn Monaten an neuen Lösungsansätzen arbeiten. Die Kosten des Projektes werden vom Bund getragen. □

Zukunftstechnologien entdecken im neuen Experimentarium

Neuer außerschulischer Lernort in Würzburg eröffnet

Kinder und Jugendliche, die sich mit technischen Basteleien und anspruchsvollen Versuchen aus dem Themenfeld der Zukunftstechnologien beschäftigen wollen, sind im IJF Experimentarium genau richtig. Jüngst wurde dieser neuartige außerschulische Lernort der Initiative Junge Forscherinnen und Forscher e.V. (IJF) auf dem Campus Hubland Nord in Würzburg eröffnet.

Gefördert wird das Experimentarium (Schülerlabor) durch die Bayerische Sparkassenstiftung und die Sparkassenstiftung für die Stadt Würzburg mit insgesamt 55.000 Euro. Seit mehreren Jahren hat sich die Bayerische Sparkassenstiftung mit unterschiedlichen Projekten die Heranführung von Jugendlichen und Kindern an MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zum Ziel gesetzt und fördert so den High-Tech-Standort Bayern.

Rasterkraftmikroskop und Partikelmessgerät

Im Experimentarium stehen Kindern und Jugendlichen eine Technikwerkstatt zur Verfügung, ein Experimentierraum mit hochwertigen Forschungsgeräten wie Rasterkraftmikroskop oder Partikelmessgerät sowie ein Computerraum. Räume und Geräte können die Nachwuchsforscher unter Anleitung für eigene Projekte nutzen, ob im Freizeitbereich, für schulergänzende oder für schulbegleitende Arbeiten.

Technik-Tandem

Die Jüngeren dürfen beispielsweise im Technik-Tandem mit Oma oder Opa alte und neue

Technik erforschen: Wie sieht das Innenleben eines Schnurtelefons aus, was unterscheidet es von einem Handy? Wie funktioniert eine Glühlampe, wie eine LED?

Raum für eigene Projekte

Jugendliche, die eigene Projekte verwirklichen wollen (Schülerwettbewerbe, Kursarbeiten, eigene Forschungsarbeiten) und dafür einen Raumsuchen, können das Experimentarium nach Anmeldung selbstständig nutzen und werden dabei betreut. Für Schülergruppen und AGs bietet die IJF in Abstimmung mit den Lehrkräften unterrichtsergänzende Programme an.

Bildungschancen

Mit dem Experimentarium und dem Zukunftsprojekt Faszination Technologien will die IJF Kinder und Jugendliche für Zukunftstechnologien begeistern, ihnen neue Bildungschancen aufzeigen und ihr Interesse für naturwissenschaftlich-technologische Berufe fördern. Das Experimentarium (Schülerlabor) wird unterstützt durch die Bayerische Sparkassenstiftung und die Sparkasse Mainfranken-Würzburg. □

Anspruch auf Kindergeld

FG Münster: Kommunen dürfen nicht auf Kindergeld für behinderte Kinder zugreifen, wenn Eltern mindestens gleich hohe Aufwendungen haben

Das Finanzgericht Münster hat in einem Urteil vom 25.03.2011 erste Grundsätze für die Abzweigung von Kindergeld bei behinderten Kindern aufgestellt, die im Haushalt ihrer Eltern leben. Eine Kommune, die Grundsicherungsleistungen für ein volljähriges schwerbehindertes Kind erbringt, wollte auf das an die Mutter gezahlte Kindergeld zugreifen. Das FG bestätigte die ablehnende Entscheidung der Familienkasse, weil die elterlichen Unterhaltsaufwendungen der Höhe nach mindestens dem Kindergeld entsprochen haben (Az.: 12 K 1891/10 Kg).

Kommune als Grundsicherungsträgerin will Kindergeld für schwerbehindertes volljähriges Kind abzweigen

Eine Mutter bezieht für ihren im elterlichen Haushalt lebenden volljährigen, schwerbehinderten Sohn Kindergeld. An den Werktagen ist der Sohn in einer Behindertenwerkstatt im Arbeitsbereich tätig. Daraus erzielt er ein geringes Werkstattentkommen. Seine Eltern erhalten Pflegegeld der Pflegestufe III. Die Stadt zahlt an das Kind Grundsicherungsleistungen bei Erwerbsminderung. Die Kommune vertrat deshalb die Ansicht, dass die Familienkasse das Kindergeld an sie und nicht an die kindergeldberechtigte Mutter auszahlen müsse. Dies gelte unabhängig davon, ob und in welcher Höhe die Eltern Aufwendungen für das Kind getragen haben.

Mutter macht das Kindergeld übersteigende Unterhaltsaufwendungen geltend

Die Familienkasse lehnte den Abzweigungsantrag der Stadt ab. Dagegen klagte die Stadt vor dem FG. Die Mutter, die in dem Verfahren als Beigeladene beteiligt war, verwies auf die von ihr getragenen Aufwendungen (zum Beispiel für Arzneimittel, Kleidung, Urlaub) und die von ihr erbrachten Pflegeleistungen. Eine Abzweigung des Kindergeldes an die Stadt komme nicht in Betracht, weil ihre eigenen Aufwendungen deutlich über dem Kindergeld lägen. **FG: Keine Abzweigung des**

Kindergeldes bei mindestens gleich hohen Aufwendungen der Eltern

Das FG hat die Klage abgewiesen. Die Familienkasse habe den Abzweigungsantrag der Kommune zu Recht abgelehnt. Eine Abzweigung an die Kommune gemäß § 74 Abs. 1 EStG komme nicht in Betracht, wenn kindergeldberechtigte Eltern Aufwendungen für ihr Kind tragen, die mindestens so hoch sind wie das Kindergeld. Entgegen der Ansicht der Klägerin seien dabei nicht nur solche Aufwendungen zu berücksichtigen, die den behinderungsbedingten Mehrbedarf oder das (sozialhilferechtliche) Existenzminimum deckten. Denn für das Abzweigungsverfahren seien die zivilrechtlichen Maßstäbe des Unterhaltsrechts anzulegen. **Wirtschaftliche Aufwendungsbelastung der Eltern nur bei Feststellung einer Deckungslücke**

Hinsichtlich der Feststellung der von den Eltern getragenen Aufwendungen ist es bei im Haushalt der Eltern lebenden, behinderten Kindern erforderlich, den gesamten Lebensbedarf des Kindes zu ermitteln und diesen den eigenen Einkünften und Bezügen des Kindes gegenüber zu stellen. Nur wenn sich hier eine Deckungslücke ergebe, sei hinreichend nachvollziehbar, dass der insoweit bestehende Lebensbedarf des Kindes aus dem Einkommen der Kindeseltern gedeckt wurde, das in den »gemeinsamen

Wirtschaftstopf» geflossen sei. **Aufwendungen müssen glaubhaft gemacht werden**

Das Gericht stellte zudem klar, dass die Berücksichtigung fiktiver Kinderbetreuungskosten ausgeschlossen sei. Aufwendungen zum Beispiel für Ernährung, Körper- und Gesundheitspflege, Bekleidung, Hausrat, Freizeit oder Urlaub seien von den Eltern zu beziffern und auch glaubhaft zu machen. Dabei gelte grundsätzlich das Monatsprinzip. Abweichend komme allerdings auch eine gleichmäßige Verteilung von Aufwendungen auf das Jahr oder gar auf mehrere Jahre in Betracht, wenn es regelmäßig wiederkehrende Aufwendungen gehe.

Sonderurlaub für Beamten im Gemeinderat

Ein Beamter kann für seine Tätigkeit als Mitglied des Rates regelmäßig keinen Sonderurlaub beanspruchen; dies gilt insbesondere dann, wenn der Beamte an einer Reise zu einer Partnerstadt im Ausland teilnehmen will. (Nichtamtli. Leitsatz)

Grundsätzlich ist Beamten für die Tätigkeit als Mitglied eines Rates der erforderliche Urlaub unter Fortzahlung der Besoldung zu gewähren. Erforderlich in diesem Sinne ist Urlaub aber nur insoweit, als diese zeitlich festgelegte Dienstleistungspflicht des Beamten mit einer zeitlichen festgelegten Ratstätigkeit durch die Teilnahme an einer Sitzung zeitlich zusammenfällt, so dass hierdurch der Beamte ohne den Urlaub an der Ratstätigkeit unmittelbar gehindert wäre. Es ist nicht Ziel der Vorschrift, bei Beamten den Zeit- und Arbeitsaufwand für die Tätigkeit im Rat auszugleichen.

Diese Urlaubsregelung ist als Ausnahme von dem verfassungsrechtlich verankerten, hergebrachten Grundsatz der vollen Dienstleistungspflicht des Beamten konzipiert und daher eng auszulegen. Sie lässt sich unter diesem Gesichtspunkt nur insoweit rechtfertigen, als der Gesetzgeber davon ausgegangen ist, dass die ehrenamtliche Tätigkeit als Ratsmitglied zumindest in erster Linie in der Freizeit stattfindet, so dass der allenfalls erforderliche Urlaub im Rahmen der zulässigen kurzfristigen Dienstleistung bleibt.

Ein Beamter kann Urlaub unter Fortzahlung seiner Dienstbezüge nur dann beanspruchen,

Verwendung des Pflegegeldes für häusliche Pflege wird vermutet - Höherer Pflegeaufwand muss dargelegt werden

In Bezug auf den Betreuungs- und Pflegeaufwand von kindergeldberechtigten Eltern spricht nach Auffassung des FG grundsätzlich eine tatsächliche Vermutung dafür, dass das Pflegegeld insgesamt für die Sicherstellung der häuslichen Pflege verwendet wird. Das Pflegegeld stehe demnach nicht für die Bestreitung des Grundbedarfs oder eines anderweitigen behinderungsbedingten Bedarfs des Kindes zur Verfügung. Allerdings müssten kindergeldberechtigten Eltern, die einen das Pflegegeld übersteigenden Betreuungsaufwand und Pflegeaufwand geltend machten, diesen konkret darlegen.

zu FG Münster, Urteil vom 25.03.2011 - 12 K 1891/10 Kg, beck-aktuell-Redaktion, Verlag C.H. Beck.

wenn es sich bei dem Anlaß des beantragten Sonderurlaubs um eine Tätigkeit handelt, die in einem zulässigen wie unmittelbarem Zusammenhang mit dem kommunalpolitischen Mandat steht und die über eine nur kurzfristige Dienstbefreiung nicht hinausgeht. Sonderurlaub kann also nicht schon für jede im Zusammenhang mit dem Ratsmandat stehende Tätigkeit beansprucht werden, sondern nur für diejenige, nicht längerfristige Tätigkeit, ohne die eine sachgerechte Wahrnehmung des kommunalpolitischen Mandats des Beamten wesentlich erschwert oder behindert würde.

Mehrtägige Auslandsaufenthalte in kommunalen Partnerstädten zum Zwecke der Pflege der Städtepartnerschaft sind daher grundsätzlich nicht sonderurlaubsfähig, weil sie weder kurzfristig sind, noch unmittelbar im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Ratsmitglieds stehen. Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt vertreten. In dem konkreten Fall hatte das Ratsmitglied für die Teilnahme an der Besuchsreise zum Festakt anlässlich des Maifestes einer Partnerstadt beantragt. **(OVG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 20.12.2011 - 1 L 164/11)**

F. O.

Keine Bettensteuer für Dienstreisende

Wer beruflich unterwegs ist, braucht künftig keine Bettensteuer zu entrichten. Touristen zahlen weiterhin. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat entschieden, dass die Bettensteuer nicht pauschal erhoben werden darf. Kommunen müssen künftig zwischen geschäftlichen und privaten von geschäftlichen Übernachtungen differenzieren.

In etwa 20 deutschen Städten wird eine sog. Bettensteuer erhoben, die Hoteliers ihren Gästen berechnen müssen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat nun entschieden, dass die Abgabe nur bei privat veranlassenen Übernachtungen eingefordert werden darf. Für Hotelübernachtungen, die beruflich zwingend erforderlich sind, dürfen die Kommunen keine Steuern verlangen. Damit waren Hotelbetreiber aus Trier und Bingen mit ihren Revisionen gegen zwei Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Koblenz erfolgreich. Sie hatten gegen die Erhebung einer Kultur- und Tourismusförderabgabe geklagt, wie die Bettensteuer in den Satzungen der beiden Städte bezeichnet wird. Touristen müssen diese weiterhin bezahlen.

Der Vorsitzende Richter des neunten Senats, Wolfgang Bier, ordnete die Bettensteuer als eine örtliche Aufwandsteuer ein. Aufwandsteuern dürfen erhoben werden, wenn Einkommen für den persönlichen Lebensbedarf ausgegeben werden. Diese Voraussetzung liege bei entgeltlichen Übernachtungen aus privaten und vor allem aus touristischen Gründen vor. Deshalb sei es rechtmäßig, darauf eine solche Steuer zu erheben.

Bei Übernachtungen, die beruflich zwingend erforderlich sind, sei diese Voraussetzung jedoch nicht gegeben, fügte der Richter hinzu. Solche Übernachtungen dienen nicht der Verwendung, sondern der Erzielung von Einkommen und unterliegen deshalb nicht der Aufwandbesteuerung. **□**

Fahrzeugschaden durch Baumrest auf dem Parkplatz

Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 31.1.2012 - I p U 143/11 - besteht ein Schadensersatzanspruch, wenn ein Fahrzeug dadurch beschädigt worden ist, dass es auf einem Parkplatz abgestellt werden sollte, wo noch ein Baumstumpf stand.

Der Verkehrssicherungspflichtige hat die öffentlichen Verkehrswege möglichst gefahrlos zu gestalten, um sie in diesem Zustand vorzuhalten sowie im Rahmen des Zumutbaren alles zu tun, um Gefahren zu vermeiden, die den Verkehrsteilnehmern aus einem nicht ordnungsgemäßen Zustand der Verkehrsfläche drohen. Daher müssen Straßen, Wege und Plätze nicht frei von allen möglichen Gefahren gehalten werden, da sich ein solcher Zustand mit wirtschaftlich zumutbaren Mitteln nicht erreichen lässt.

Die am Schadensort bestehende Situation stellt aber eine gefährliche und deshalb abhilfebe-

dürftige Gefahrenquelle dar, auch wenn der Baumstumpf bei normalen Sichtverhältnissen für eine einparkende Autofahrer nicht zu übersehen war. Es war eine geschlossene Schneedecke vorhanden, die bei Dunkelheit die Wahrnehmbarkeit des Baumstumpfes erschwerte. Es bestand die Gefahr, dass ein ortsunkundiger Autofahrer die vermeintliche Parklücke ansteuerte und dabei den Baumstumpf übersah.

Durch das Belassen des Baumstumpfes war eine Gefahrenquelle geschaffen, die durch Versperrung der Einfahrt hätte entschärft werden können.

RA Dr. Otto

Mitwirkungsverbot für Ratsmitglied wegen Befangenheit

Das Gemeinderecht verbietet es allgemein, den Ratsmitgliedern an Entscheidungen mitzuwirken, wenn diese einem oder einer Angehörigen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen können.

Die Möglichkeit eines unmittelbaren Vorteils oder Nachteils ist zu bejahen, wenn ein Ratsmitglied ein Sonderinteresse hat, das durch die Beratung oder Beschlussfassung direkt berührt wird und wenn dies zu einer Interessenkollision führen kann, die die Besorgnis rechtfertigt, das Ratsmitglied werde seine Entscheidung nicht am Wohl der Allgemeinheit orientieren. Es geht darum, bereits den bösen Schein zu vermeiden. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, lässt sich nur aufgrund einer wertenden Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls beurteilen. Dabei ist zu beachten, dass das Verfahren zur Aufstellung

von Bebauungsplänen und damit im Ergebnis die Wahrnehmung der kommunalen Planungshoheit das Mitwirkungsverbot begründen.

Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Saarland vom 29.3.2012 - 2 C 252/10 - ist der Nachteil für ein Ratsmitglied auch dann unmittelbar, wenn er Eigentümer eines Grundstücks ist, das nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt und damit nicht von dessen Festsetzungen erfasst wird. Das Grundstück des Ratsmitgliedes war nur durch eine Wegefläche vom Bebauungsplangebiet getrennt.

RA Dr. Otto

Kein Anspruch auf Teilnahme am Neujahrsempfang

Als ein Neujahrsempfang bevorstand, war ein Kreistagsmitglied der Auffassung, es hätte einen Anspruch auf Einladung zu dieser Veranstaltung durch den Landrat, der dazu aber nicht bereit war. Deshalb beantragte das Kreistagsmitglied beim Verwaltungsgericht den Landrat anzuweisen, ihn einzuladen.

Artikel 21 Grundgesetz und § 5 Parteiengesetz kamen als Anspruchsgrundlage nicht in Frage, weil beide Vorschriften nur politische Parteien erwähnen. Insbesondere zielt § 5 Parteiengesetz nur auf eine Gleichbehandlung bei der Gewährung von öffentlichen Leistungen hin, wozu insbesondere das Zurverfügungstellen von öffentlichen Einrichtungen gehört. Hierum ging es in dem konkreten Fall jedoch nicht, weil ein Teilnahmeanspruch an einem Neujahrsempfang geltend gemacht wurde.

Das Recht, den Zutritt zum Neujahrsempfang zu verlangen, folgte auch nicht aus der Rechtsstellung des Antragstellers als Kreistagsabgeordneter. Sein Kreistagsmandat umfasste das Recht an Sitzungen des Kreistages sowie seiner Ausschüsse teilzunehmen und hierzu Zutritt zu erhalten. Der Neujahrsempfang war jedoch keine Sitzung und auch keine sonstige Veranstaltung, die im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Arbeit des Kreistages stand.

Hierbei war insbesondere auch zu berücksichtigen, dass der Landrat neben dem Kreistag selbständiges Organ des Landkreises und somit nicht auf seine Funktion als Vorsitzender des Kreistages zu redu-

zieren war. Als selbständiges, mit eigenen Rechten ausgestattetes Organ des Landkreises stand dem Landrat ein eigener Gestaltungsspielraum zur Verfügung, in dessen Rahmen er grundsätzlich auch über Form, Umfang und Ablauf repräsentativer Veranstaltungen entscheiden konnte.

Der Kreistagsabgeordnete konnte auch nicht direkt aus Artikel 3 Grundgesetz einen Anspruch auf Teilnahme an der Veranstaltung ableiten. Es fehlte an einem Zugangsanspruch zu dieser gesellschaftlichen Veranstaltung. Der Landrat wurde weder hoheitlich tätig noch konnte man diese Veranstaltung dem sogenannten Verwaltungsprivatrecht zuordnen, denn es wird weder eine hoheitliche Aufgabe in Privatrechtsform vorgenommen, noch fand eine wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand statt.

Hier war die Situation vielmehr nichts anderes als bei einer sonstigen privaten Veranstaltung. Dort kann über den Gleichbehandlungsgrundsatz gleichfalls kein Anspruch auf Teilhabe abgeleitet werden.

Diese Auffassung hat das Verwaltungsgericht Weimar im Beschluß vom 13.1.2012 - 3 E 27/12 - vertreten.

RA Dr. Otto

Anspruch auf Ergänzung der Tagesordnung des Rates

Die Mitglieder des Gemeinderats gehören überwiegend den verschiedenen Parteien an, die meistens eine Fraktion gebildet haben. Dafür legt die Gemeindeordnung eine Mindestzahl fest, die aber nicht immer erreicht wird. Insbesondere können einzelne Personen, die keiner politischen Partei angehören, keine Fraktion bilden.

Den Fraktionen wird von den Gemeindeordnungen eine bestimmte Funktion für die Ratsarbeit eingeräumt; sie können zur Tagesordnung einer vorgesehenen Ratssitzung Anträge stellen. Da die Funktionsfähigkeit des Rates gesichert werden soll, räumt die Gemeindeordnung einzelnen Ratsmitgliedern meistens nicht die Möglichkeit ein, zur Tagesordnung der nächsten Ratssitzung einen Antrag zu stellen. Maßgeblich dafür ist, dass die Mitglieder des Rates lediglich Inhaber eines durch die Gemeindeordnung begründeten mitgliedschaftsrechtlichen Status haben.

Nach dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 18.8.2011 - 15 A 1574/11 - ist es nicht wegen der grundgesetzlichen Regelungen geboten, einem einzelnen Ratsmitglied ein organschaftliches Recht einzuräumen. Der Grundsatz der Chancengleichheit wird dadurch nicht berührt.

Der dem einzelnen Ratsmitglied gewährte Mandatsstatus beinhaltet nicht, dass er sich im Rat völlig unkoordiniert und ungebunden entfalten und entsprechend handeln kann. Der Mandatsstatus des einzelnen Ratsmitglieds wird vielmehr durch die Statusrechte der anderen Ratsmitglieder sowie durch die Rechte der Gesamtheit der Ratsmitglieder begrenzt. Denn die

Ratsmitglieder verfügen über eine formal gleiche Rechtsstellung. Deren Entfaltung ist letztlich aber nur im Rahmen der Einbindung der Ratsmitglieder in die Institutionen des Gemeinderats möglich. Diese wiederum setzen unter Berücksichtigung der Vielfältigkeit der wahrzunehmenden Aufgaben und der gebotenen Effektivität der Aufgabenwahrnehmung eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Ratsmitgliedern zwingend voraus.

Dies haben ihrerseits die ausdrücklichen gemeinderatsorganisatorischen Vorgaben der Gemeindeordnung, aber auch diverse Regelungen in den Geschäftsordnungen der Gemeinden im Blick, in denen die einzelnen Ratsmitglieder in die Pflicht genommen werden, bestimmte Mandatsrechte nicht allein, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Ratsmitgliedern auszuüben. Hierher gehört auch das Initiativrecht der Ratsmitglieder betreffend der Aufnahme von Vorschlägen in die Tagesordnung von Ratssitzungen. Grundsätzlich steht das Antragsrecht dem einzelnen Ratsmitglied als wesentliches Mitwirkungsrecht allein zu. Dies verbietet es aber nicht, in der Gemeindeordnung eine Mindestzahl für bestimmte Mitwirkungsrechte vorzuschreiben.

RA Dr. Otto

Öffentliche Haushalte in der Finanzkrise:

Der Bundeshaushalt 2012 und die Entwicklung seiner Risiken

Von Sebastian Niedermeier

Die Bayerische Gemeindezeitung hat erstmals am 09.06.2010 meine Untersuchungen zum Bundeshaushalt 2010, dem Bayerischen Staatshaushalt 2010, dem Bezirkshaushalt Oberbayern 2010 und den Kreishaushalt Fürstentfeldbruck 2010 veröffentlicht. Gegenstand der Untersuchung waren die Hauptrisikofaktoren dieser Haushalte. In der Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung vom 07.07.2011 folgte die Darstellung des Bundeshaushaltes 2011. Nunmehr wird der Bundeshaushalt 2012 behandelt. Auch hier geht es um die weitere Entwicklung der entscheidenden Risikofaktoren, die diesen Haushalt kennzeichnen. Zunächst aber gehe ich auf die Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen des Bundes nach Art. 115 GG ein. Dann behandle ich das Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2011, um danach die wesentlichen Eckdaten des Bundeshaushaltes 2012 darzustellen. Einen wichtigen Teil dieser Arbeit nimmt die Finanzplanung des Bundes 2012 bis 2015 ein. Dies deshalb, weil es durchaus interessant ist, welche finanzpolitischen Perspektiven sich der Bund selbst gibt.

1. Art. 115 GG: Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen des Bundes

Eine Darstellung der Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen des Bundes nach Art. 115 GG ist leider nicht mehr exakt möglich. Innerhalb von 12 Monaten hat sich die Entwicklung dramatisch verändert und verschlechtert. Das Ausmaß der Verpflichtungen des Bundes, der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds hat Formen und Dimensionen angenommen, die nicht mehr durchschaubar, aber mit Sicherheit in höchstem Maße riskant sind. Die finanzwirtschaftliche Situation Europas, aber auch die der gesamten Weltwirtschaft (insbesondere der USA und Japans) ist in hohem Maß prekär. Auch wenn man in der veröffentlichten Meinung die Auffassung vertritt, Griechenland sei durch das jüngste Rettungspaket auf einem guten Weg, so muss dem doch widersprochen werden. Das Ausmaß der finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fehlentwicklungen ist so immens, dass der Fall Griechenland keinesfalls gelöst ist. Das gleiche muss leider auch für Portugal, Spanien, Italien und Irland gelten. Die überragende Anzahl der Staaten, die der EU und der Euro-Zone angehören, verschuldet sich weiter ganz erheblich. Innerhalb relativ kurzer Zeit ist diese Gesamtverschuldung im EU-Raum auf über 10 Billionen Euro gestiegen. Die deutsche Öffentlichkeit erfährt nicht wirklich die ganze Wahrheit über die angespannte Lage. Das ist nicht gut für Bürgerinnen und Bürger, die klug und intelligent genug sind, mit solchen Wahrheiten umzugehen. Noch haben diese Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen den Bundeshaushalt nicht in gefährdender Weise belastet, doch das kann sich schnell ändern.

2. EFSF: Europäischer Finanzstabilisierungsfazilität und ESM: Europäischer Stabilisierungsmechanismus

Der EFSF hat ein Gesamtvolumen von 440 Mrd. Euro; 200 Mrd. Euro sind aus diesem Fond bereits für Griechenland, Irland und Portugal verplant. Es stehen noch 240 Mrd. Euro zur Verfügung, solange bis der ESM nicht voll mit Kapital gefüllt ist. Das Stammkapital des ESM beträgt 700 Mrd. Euro daraus ergibt sich ein Ausleihvolumen von 500 Mrd. Euro. Insgesamt addieren sich die beiden Programme auf 940 Mrd. Euro. Das Risiko für Deutschland steigt weiter an. Für den EFSF bürgt Deutschland mit 211 Mrd. Euro; für den ESM mit 168 Mrd. Euro plus 22 Mrd. Euro Barkapital. Insgesamt betragen die Bürgschaften 401 Mrd. Euro. Ein Großteil der Bürgschaften wird aber fällig, wenn auch Spanien und Italien die Rettungsschirme in Anspruch nehmen, was derzeit zu erwarten ist. Der ESM darf aber nicht nur Kredite an angeschlagene Staaten ausleihen, er kann prekäre Anleihen von Staaten aufkaufen, er darf auch Banken notleidender Staaten mit Kapital versorgen.

3. Rechnungsergebnis des Bundeshaushaltes 2011

Im Haushaltsplan 2011 war eine Netto-Neuverschuldung von 48,4 Mrd. Euro vorgesehen. Die tatsächliche Netto-Neuverschuldung betrug aber 17,3 Mrd. Euro. Die Soll-Ausgaben wurden 2011 mit 305,8 Mrd. Euro veranschlagt, ausgegeben wurden 296,2 Mrd. Euro. Die Steuereinnahmen waren um 18,9 Mrd. Euro höher als die veranschlagte Summe von 229,8 Mrd. Euro (248,7 Mrd.).

Die Steigerung der Einnahmen und die Reduzierung der Ausgaben waren ausschließlich durch konjunkturabhängige Komponenten bestimmt. Die starke Wirtschaftskraft, insbesondere die hohen Exportanteile führten zu erheblichen Steuermehreinnahmen. Minderausgaben ergaben sich aufgrund eines sehr stabilen Arbeitsmarktes und weniger Ausgaben bei den Zinsen und den Gewährleistungen.

Das Jahresergebnis 2011 ist aber entgegen der veröffentlichten Meinung keineswegs erfreulich. Vielmehr zeigt die Entwicklung, dass der Finanzbedarf des Bundes, trotz hervorragender Steuereinnahmen, nur durch die Aufnahme erheblicher weiterer Kreditsummen gedeckt werden konnte. Dies ist ein bedenklicher Vorgang. Das Jahr 2011 gehört zu den Jahren in der Finanzgeschichte des Bundes, in dem eigentlich ein Überschuss und Rücklagen hätten erwirtschaftet werden müssen, um für konjunkturschwächere Jahre Reserven aufzubauen; dennoch erfolgte eine erheblich Nettoneuverschuldung.

Auch im Jahre 2011 war der Bundeshaushalt trotz sehr guter Konjunktur weit unterfinanziert.

4. Der Bundeshaushalt 2012 im Vergleich zum Bundeshaushalt 2011

Einnahmen: 305,8 Mrd. Euro 2011 / 306,2 Mrd. Euro 2012
Ausgaben: 305,8 Mrd. Euro 2011 / 306,2 Mrd. Euro 2012
Steigerung der Einnahmen und Ausgaben von 2011 auf 2012 um 0,1 Prozent
Schulden: 1,282 Billionen Euro zum 31.12.2011
Nettoneuverschuldung: 34,8 Mrd. Euro (incl. Nachtragshaushalt ESM)
Investitionsvolumen: 26,86 Mrd. Euro 2012
Steuereinnahmen: 249,19 Mrd. Euro 2012

5. Einzelpläne des Bundeshaushaltes

Der Bundeshaushalt besteht aus 24 Einzelplänen. Jedes Bundesministerium wird in einem Einzelplan dargestellt. Aber auch der Bundestag, der Bundesrat, das Bundesverfassungsgericht und der Bundesrechnungshof werden in Einzelplänen aufgeführt, dies gilt auch für die Bundesschulden und die Allgemeine Finanzverwaltung.

Die Finanzausstattung dieser Einzelpläne ist sehr unterschiedlich. Nachfolgend werden die 3 größten Einzelpläne dargestellt.

Die größten 3 Einzelpläne in Einnahmen 2011 zu 2012

Einzelplan 60: Allgemeine Finanzverwaltung: 239,9 Mrd. Euro 2011 / 263,0 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 32: Bundesschuld 49,7 Mrd. Euro 2011 / 27,5 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 11: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 6,3 Mrd. Euro

Die größten 3 Einzelpläne in Ausgaben 2011 zu 2012

Einzelplan 11: Arbeit und Soziales 131,2 Mrd. Euro 2011 / 126,4 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 32: Bundesschuld 49,7 Mrd. Euro 2011 / 38,2 Mrd. Euro 2012
Einzelplan 14: Ministerium für Verteidigung 31,5 Mrd. Euro 2011 / 31,8 Mrd. Euro 2012

6. Ausgabenstruktur des Bundeshaushaltes 2011 zu 2012

Sozialausgaben: 49,0 Prozent 2011 / 50,6 Prozent 2012 (155 Mrd. Euro)
Zinsen: 12,0 Prozent 2011 / 12,6 Prozent 2012
Personalausgaben: 9,1 Prozent 2011 / 8,9 Prozent 2012
Schuldenstand Maastricht: 83,2 Prozent BIP 2012
Defizitquote Maastricht: 1,5 Prozent BIP 2012
Konsumtive Ausgaben: 91,3 Prozent (279,4 Mrd. Euro) 2012
Investive Ausgaben: 8,7 Prozent (26,86 Mrd. Euro) 2012

7. Sparsamkeit und Konsolidierung Wirkung der Schuldenbremse

Wie bereits dargestellt, war das Rechnungsergebnis 2011 durch den Konjunkturaufschwung erheblich günstiger als erwartet. Die in den Art. 109 und 115 GG festgelegte Schuldenbremse hat deutliche Wirkung gezeigt. Momentan kann man davon ausgehen, dass sowohl die Bundes-Exekutive als auch die Bundes-Legislative die im Grundgesetz festgelegte Schuldenbremse respektiert. Dies ist keinesfalls selbstverständlich, denn nach Meinung von Verfassungsrechtskommentatoren wurde bisher kein anderer Teil des Grundgesetzes so konsequent und nachhaltig mißachtet, wie derjenige der die Finanzen regelt.

Ein deutlicher Hinweis für die Beachtung der Schuldenbremse ist der geringe Anstieg der Ausgaben von 2011 auf 2012 um nur 1 %. Die Ausgaben für den Einzelplan 11 Soziales und Arbeit wurden erneut erheblich um 4,8 Mrd. Euro gekürzt. Auch der Einzelplan 15 Gesundheit erfuhr eine deutliche Minderung um 1,2 Mrd. Euro. Die überragende Anzahl der 20 Facheinzelpläne des Bundeshaushaltes haben nur eine geringfügige Ausgabesteigerung im Vergleich zu 2011 erfahren.

8. Top-Down Budgetierung des Bundeshaushaltes

Der Haushalt des Bundes wurde 2012 erneut nach dem Top-Down Verfahren erstellt. Der ökonomische Sinn dieses Verfahrens liegt in der primären Orientierung an übergeordneten, politischen Zielsetzungen und einer einvernehmlichen Prioritätensetzung. Dabei spielt natürlich die Schuldenbremse eine bedeutende Rolle. Ausgangspunkt sind nicht mehr die Haushaltsanmeldungen der Ministerien usw., sondern das Bundesfinanzministerium macht Budgetvorschläge für die einzelnen Ressorts. Sowohl die Bundesexekutive wie die Bundeslegislative haben noch kein ausgeprägtes System erarbeitet, wie dabei mit den Effizienzgewinnen – oder Verlusten umzugehen ist. Die Top-Down Budgetierung muss ergänzt werden durch ein systematisches Effizienz- und Effektivitätsmonitoring.

9. Die Schulden des Bundes

Die Schulden des Bundes sind trotz der hervorragenden Konjunktur und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen und Minderausgaben durch den positiven Arbeitsmarkt weiter angestiegen. Innerhalb weniger Wochen nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes musste aufgrund der zwingend notwendig gewordenen Eurostabilisierung bereits ein Nachtragshaushalt erstellt werden, dabei wurde die Nettoverschuldung von 26,1 Mrd. Euro auf 34,8 Mrd. Euro angehoben. Dieser Vorgang kann sich schlagartig wiederholen und verschärfen, wenn Spanien und Italien den Eurorettungsschirm in Anspruch nehmen müssen.

Die Gesamtschulden des Bundes betragen zum 31.12.2011 1,282 Billionen, davon sind 1,020 Billionen Wertpapierschulden.

10. Der Schuldendienst des Bundeshaushaltes und die Inflationseindämmung der EZB

Aufgrund der hohen und nach wie vor steigenden Verschuldung steigen die Zinsausgaben weiter an. Sie betragen 2012 38,5 Mrd. Euro und werden nach der Finanzplanung in 2015 bereits 49,0 Mrd. Euro betragen. Zuständig für die Beschaffung günstiger Kredite ist die professionell organisierte Finanzagentur des Bundes.

Sowohl die EZB als auch die Bundesbank werden inflationären Tendenzen schon im Ansatz begegnen und gegebenenfalls die Leitzinsen erhöhen. Dies kann für den Bundeshaushalt erhebliche zusätzliche Zinsbelastungen zur Folge haben.

11. Welche Folgen haben zu hohe Schulden

Wie bereits in den vorausgehenden Veröffentlichungen zum Thema Schulden dargestellt, gren-

zen zunehmende Schulden den Handlungsspielraum der Bundesregierung und der Ministerien immer mehr ein. Betrachtet man die bundesdeutsche Schuldenentwicklung so haben sich die Schulden seit 1950 kontinuierlich erhöht. Es gab nur wenige Jahre in denen im Bundeshaushalt keine Nettoneuverschuldung zu verzeichnen war. Seit der Einführung des Euros hat sich dieser Prozess aber nachhaltig verschärft, auch wenn man gewisse Sondereffekte wie Finanz- und Wirtschaftskrise oder die Finanzierung der Wiedervereinigung außer Betracht lässt.

Es ist nicht exakt bestimmbar, ab welcher Höhe ein Staatsdefizit außer Kontrolle gerät. Langjährige Beobachtungen stabiler und instabiler Volkswirtschaften zeigen aber, dass mit zunehmender Verschuldung diese Gefahr zunimmt.

Jede Bundesregierung muss davon ausgehen, dass immer wieder unvorhersehbare Krisen und Notfälle auftreten, deren Lösung und Beherrschung nur durch die Bereitstellung von Finanzmitteln möglich ist. Es ist deshalb zwingend geboten die Verschuldung einzudämmen und den

Unser Autor



Sebastian Niedermeier, geboren 1944, Diplom-Verwaltungswirt (FH); von 1980 bis 1998 war er Erster Bürgermeister in der Gemeinde Eichenau im Landkreis Fürstentfeldbruck. Nach dem freiwilligen Verzicht des äußerst beliebten Rathausschefs auf eine erneute Kandidatur kehrte dieser als Leiter eines Finanzsachgebiets an seine alte Arbeitsstelle im Münchner Rathaus zurück. Im Oktober 2009 ging er in Pension, wirkt aber nach wie vor als Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht. □

Handlungsspielraum für die Bundesregierung und die Bundesministerien zu erhalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Kapitalmarkt europaweit extrem angespannt ist. Diese Situation wird durch die ansteigenden Schulden aller EU Länder (Schuldenstand derzeit 10 Billionen Euro) erheblich verschärft. Auch Deutschland hat den Maastricht-Referenzwert von 60 % mit 83 % deutlich überschritten.

Besonders kritisch sind zwei Entwicklungen zu sehen, es werden laufende Ausgaben des Bundeshaushaltes weiterhin mit Krediten finanziert und im Bereich der Bürgschaften werden Schulden mit Schulden getilgt.

Auch die Verschuldung Deutschlands ist insgesamt viel zu hoch.

12. Die Sozialausgaben des Bundes

Die Sozialausgaben des Bundes betragen in 2012 155 Mrd. Euro, das sind 50,6 % des Bundeshaushaltes. Davon entfallen allein für die Rentenversicherung 81,7 Mrd. Euro, für den Arbeitsmarkt 40,3 Mrd. Euro, 14,0 Mrd. Euro gehen an den Gesundheitsfond, für die landwirtschaftliche Sozialpolitik werden 3,6 Mrd. Euro ausgegeben.

13. Personalausgaben

Erfasst sind hier die Bezüge und Beihilfen der aktiven Beamten und Angestellten sowohl der gesamten Zivilverwaltung wie auch der Soldaten und der Versorgungsempfänger.

Die Personalausgaben des Bundes sind seit vielen Jahren rückläufig. Im Haushalt 2012 sind es noch 8,9 % des Gesamthaushaltes. Festzustellen ist ein kontinuierlicher Stellenabbau im Verlauf der letzten 10 Jahre.

14. Mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2015

Der Bundestag nahm die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis zum Jahr 2015 zur Kenntnis, dennoch werden hier wichtige Eckdaten dargestellt. Sie zeigen nicht nur die künftige finanzpolitische Selbsteinschätzung der Regierung, sondern auch die Entwicklung der Ausgabenschwerpunkte.

Einnahmen 2012: 306 Mrd. Euro
Einnahmen 2015: 315 Mrd. Euro
Davon Steuereinnahmen 2012: 249,1 Mrd. Euro;
2015: 275,0 Mrd. Euro.

Das bedeutet, dass man von einer beachtlichen jährlichen Steigerung der Steuereinnahmen ausgeht.

Nettokreditaufnahme: 2012: 34,8 Mrd. Euro;
2015: 14,7 Mrd. Euro.

Man geht also auch in den nächsten Jahren von einer weiteren Zunahme der Gesamtverschuldung des Bundes aus.

Ausgaben 2012: 306,2 Mrd. Euro
Ausgaben 2015: 315,0 Mrd. Euro

Rentenversicherungsleistungen:

2012: 81,7 Mrd. Euro;
2015: 85, 4 Mrd. Euro.
Entsprechend der demographischen Entwicklung werden die Leistungen an die Rentenversicherung erheblich steigen.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik:

2012: 3,6 Mrd. Euro;
2015: 3,6 Mrd. Euro.

Arbeitsmarkt:

2012: 40,3 Mrd. Euro;
2015: 34,1 Mrd. Euro.
Man geht von einem weiterem Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus.
Die Ausgaben für den Arbeitsmarkt gehen beträchtlich zurück.

Verteidigung:

2012: 31,8 Mrd. Euro;
2015: 30,4 Mrd. Euro.
Angesichts der Tatsache, dass die Wehrpflicht abgeschafft wurde, verringern sich die Militärausgaben nur sehr geringfügig.

Wohnungs- und Städtebau:

2012: 2,1 Mrd. Euro,
2015: 1,3 Mrd. Euro.
Die Förderung des Wohnungs- und Städtebaus wird um 800 Millionen Euro gekürzt.

Wissenschaft und Forschung:

2012: 8,5 Mrd. Euro;
2015: 9,2 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen werden erhöht. Die Ausgaben für die Hochschulen bleiben konstant. Das gilt auch für die Förderung der beruflichen Bildung.

Innere Sicherheit:

2012: 4,1 Mrd. Euro;
2015: 3,9 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für die Innere Sicherheit nehmen um 200 Millionen Euro ab.

Zinsausgaben:

2012: 38,4 Mrd. Euro;
2015: 49,0 Mrd. Euro.
Die Zinsausgaben betragen 2010 33,1 Mrd. € und steigen bis 2015 um ca. 16 Mrd. Euro. Das ist eine enorme dauerhafte Belastung.

Kulturelle Angelegenheiten:

2012: 1,7 Mrd. Euro;
2015: 1,6 Mrd. Euro.
Die Ausgaben für die kulturellen Angelegenheiten nehmen um 100 Millionen Euro ab.

Maximale zulässige Nettokreditaufnahme:

2012: 37,8 Mrd. Euro,
2013: 34,8 Mrd. Euro;
2014: 31,6 Mrd. Euro;
2015: 23,4 Mrd. Euro.

Geplante Nettokreditaufnahme:

2012: 27,2 Mrd. Euro (ist bereits überschritten),
2013: 24,9 Mrd. Euro,
2014: 18,7 Mrd. Euro,
2015: 14,7 Mrd. Euro.

15. Welche Lasten dürfen eine Bundesregierung und ein Bundestag in ihrer Amtsperiode der nachfolgenden Bundesregierung und dem nachfolgenden Bundestag auferlegen und weitergeben?

Verfassungsrechtler, die sich insbesondere mit den Art. 109 und 115 GG befassen stellen sich zu Recht diese Frage. Die Auffassung, wonach die jeweils amtierende Bundesregierung und der jeweilige Bundestag an die nachfolgende Bundesregierung und dem nachfolgenden Bundestag überhaupt keine Belastungen weitergeben darf, ist nicht realistisch. Unzulässig ist es aber auch, wenn der nachfolgenden Bundesregierung oder dem nachfolgenden Bundestag Lasten übergeben werden, die dessen Handlungsfähigkeit nachhaltig eingrenzen und beschränken.

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands haben die jeweiligen Regierungen und Bundestage ihren Nachfolgern immer höhere Folgekosten, zunächst insbesondere von immer höheren Schulden, hinterlassen. Die kritische Situation, mit der wir es heute zu tun haben, hat sich langsam aber systematisch aufgebaut. Die vertretbaren Grenzen der Nachfolgekostenbelastung sind deutlich überschritten. Die derzeitige Bundesregierung und der derzeitige Bundestag werden außerordentlich schwerwiegende Folgekosten nicht nur in Form von extrem hohen Schulden, sondern insbesondere auch in Form von hohen Bürgschaften, an ihre Nachfolger übergeben und deren Handlungsfähigkeit voraussichtlich deutlich eingrenzen, wenn nicht sogar gefährden. Aus grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Sicht ist dieses Verhalten sehr bedenklich.

16. Abschließende Bemerkungen zur Finanzsituation und Entwicklung des Bundeshaushaltes – Risikofaktoren

Grundsätzlich sind widersprüchliche Tendenzen auffällig.

Das Wirtschaftswunderland Deutschland mit weiterhin prognostiziertem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, sinkender Arbeitslosenzahlen, geringen Inflationsraten und einem sinkendem staatlichen Defizit kann trotzdem die Nettoneuverschuldung nicht stoppen.

Die Mehreinnahmen des Bundes sind im Finanzplanungszeitraum beachtlich, werden aber durch die steigenden Sozialausgaben (Renten) und Mehrausgaben für Zinsen aufgrund der hohen und weiterhin zunehmenden Verschuldung wieder aufgebraucht. Laufende Ausgaben des Bundeshaushaltes müssen weiterhin mit Krediten finanziert werden.

Zu hohes Haftungspotenzial

Das Haftungspotenzial für Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen ist drastisch gestiegen.

Die hierfür zu leistenden Inanspruchnahmen können wiederum nur mit zusätzlichen Krediten finanziert werden. Das System Schulden mit Schulden zu tilgen verstärkt sich immer mehr und ist höchst bedenklich.

Trotz zahlreicher positiver Wirtschafts- und Konjunkturdaten und trotz der Schuldenbremse ist der Bundeshaushalt erheblich unterfinanziert. Die Risiken des Bundeshaushaltes 2012 haben sich keinesfalls verringert, sondern sind insbesondere im Bereich der Bürgschaften deutlich angestiegen.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegen die Dokumentationen zur Finanzierung der bayerischen Energiewende und zur Unternehmerkonferenz 2012 der Bayerischen Sparkassen sowie unserer kommunalen Fachveranstaltung „Power für Bayerns Kommunen“ als Eigenbeilagen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Apps für Bayern

Perspektiven für eine bessere Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern auf allen Kanälen

Start des Vodafone-Wettbewerbs „Apps für Bayern“: „Der Megatrend zum vernetzten Arbeiten in allen Lebensbereichen sowie die rasante Verbreitung mobiler Endgeräte erfordern auch ein verstärktes Engagement im Bereich eGovernment und Verwaltungsmodernisierung“, stellte der IT-Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, vor Experten aus Verwaltung und der IKT-Branche in der Münchner Residenz fest.

„Dem Einfallsreichtum für zukunftsweisende Entwicklungstrends und greifbare Mehrwerte sollen keine Grenzen gesetzt sein“, sagte Pschierer zum Start des eGovernment-Wettbewerbs „Apps für Bayern“.

Querschnittsthemen und Handlungsfelder für alle Lebenslagen

In seinem Grußwort zur Eröffnung des Wettbewerbs hob Pschierer vor allem die Bedeutung von IKT-Netzinfrastrukturen für eine moderne und kundenorientierte Verwaltung hervor: „In unserer Studie ‚Zukunftspfade Digitales Bayern 2020‘ haben wir Querschnittsthemen und Handlungsfelder ermittelt, um den Bürger in typischen Lebenslagen im Alltag auf digitale Wege noch effektiver zu unterstützen. Grundvoraussetzung hierfür sind sowohl leistungsfähige und sichere Verwaltungskommunikationsnetze (BayKom) als auch eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitband-Internetzügen für Bürger und Wirtschaft!“

Den Rahmen für den Start des Wettbewerbs bildete das sog. „Kommunikationsforum Süd“, welches in diesem Jahr unter dem Titel „BayKom heute und morgen“ stand. Das Forum richtet sich an alle staatlichen, kommunalen und non-profit Organisationen im Freistaat Bayern. Veranstalter ist die Vodafone D2 GmbH. Schirmherr für die Veranstaltung war der IT-Beauftragte der Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Pschierer.

Vorschau auf GZ 15/16
In unserer Ausgabe Nr. 15/16, die am 2. August 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasser · Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Kommunale Museen

L I E F E R A N T E N - G Z N A C H W E I S

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Parkbänke

Zinder

PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 08265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.de
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL **BENZ** SPORT

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Urkunden, Diplome, Zertifikate

Urkunden Atelier.eu
Wertschätzung & Anerkennung

Urkunden für jeden Anlass
und Urkundenzubehör
www.urkunden-atelier.at

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@lr-service.de
Internet: www.lr-service.de

DALW
DEUTSCHE ANLAGEN WARTUNG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

gerasmühle str. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **schlichte stadt**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



BAYERISCHE GemeindeZeitung

GZ-DOKUMENTATION

Info-Tag für kommunale Entscheidungsträger:

„Power für Bayerns Kommunen!“

5. GZ-Fachforum in Garching mit kompetenten Energie-Fachleuten
Kooperationspartner Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag
und Bayerischer Landkreistag

Bereits zum fünften Mal trafen im Garchinger Bürgerhaus die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Die Bayerische GemeindeZeitung hatte in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag und dem Bayerischen Landkreistag erneut zum Energie-Forum eingeladen. Als Medienpartner fungierte heuer abermals TV Bayern live.

Knapp 400 Teilnehmer aus ganz Bayern und dem benachbarten Ausland nutzten die Gelegenheit, sich anhand von knapp 30 Fachvorträgen über neue Produkte, Dienstleistungen und Lösungsansätze, die wegweisend für energiesparende Ausstattungsmöglichkeiten sind, zu informieren. Zudem wurden bei informativen Gesprächen und interessanten Diskussionen an den zahlreichen Ausstellerständen die vielfältigen Möglichkeiten der Energiegewinnung und -versorgung aufgezeigt.

Präsentationen auf der Freifläche

Gerne und gut angenommen wurden auf der Freifläche vor der Halle auch die Präsentationen eines erdgasbetriebenen Passat, den erdgas schwaben zur Verfügung stellte, sowie eines Pick-Up-Oldtimer, ausgestattet mit einem primus Mini-BHKW der Aschheimer Firma Mehringer & Saur.

Wie GZ-Verlegerin Anne-Ma-

rie von Hassel bei ihrer Begrüßung deutlich machte, will die Bayerische GemeindeZeitung die Verantwortlichen in den Kommunen dabei unterstützen, die richtigen Entscheidungen zu treffen, wenn es darum geht, für die je-

Hinweis:

Die Vorträge und Präsentationen unserer Referenten stehen im Internet unter www.gemeindezeitung.de zum Download bereit. □

Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor, verwies darauf, dass sich Garching als Vorreiter-Kommune in punkto Energie positioniert habe. Grundlage sei das vom Stadtrat beschlossene Klimaschutzkonzept. Aufgrund dieses Konzepts sei Garching mittlerweile auch auf internationaler Ebene als vorbildliche Klimaschutzkommune angepriesen worden.

Maßnahmen und Projekte

Inzwischen sei eine Reihe von klimaschutzrelevanten Maßnahmen und Projekten durchgeführt, führte Bürgermeisterin Gabor aus. Die Stadt Garching und die E.ON Bayern AG stünden beispielsweise für die nachhaltige und regenerative Fernwärmeversorgung aus Geothermie für Garching. Beide sind mit 50 Prozent an der EWG beteiligt. Mit der neuen Projekt-konzeption sei die EWG wieder auf Erfolgskurs gebracht.

Auch die Nutzung der Windenergie sei in Garching längst kein Tabuthema mehr, so die Rathauschefin. Im vergangenen Jahr wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der Realisierungsmöglichkeit eines Windkraftprojekts in Garching befasst. Allerdings sei aufgrund der Aussagen im Bayerischen Windatlas die Nutzung der Windenergie in Garching als grenzwertig anzusehen.

Gabor zufolge „können genauere Aufschlüsse nur standortspezifische Untersuchungen der Windverhältnisse klären. Diese Untersuchungen möchte ich noch heuer in Auftrag geben.“

Klimaschutzkonzept

„Mit dem Klimaschutzkonzept legen wir den Weg fest, der vor uns liegt. Mit dem Klimaschutzplan definieren wir die Schritte, die wir zu gehen haben. Damit wir unterwegs nicht die Orientierung verlieren, werden wir Zwischenziele definieren, die alle paar Jahre überprüft werden“, betonte das Stadtoberhaupt. Mit dem Klimaschutzkonzept habe sich Garching zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2021 seine Strom- und Wärmeversorgung zu 100 Prozent aus heimischen regenerativen Energiequellen zu speisen. Dieses Ziel zu erreichen, wird nach Gabors Einschätzung auf dem Stromsektor „in Anbetracht des hohen Stromverbrauchs der Forschungseinrichtungen in Garching eher schwierig zu realisieren sein“.

Da aber bayern- und bundesweit der Weg zu den regenerativen Energien eingeschlagen wird, sei es aber 2021 „zumindest denkbar, dass innerhalb Deutschlands der Energiebedarf aus heimischen regenerativen Energiequellen gedeckt werden kann“.

DK



Fast 400 Gäste aus Bayern und dem benachbarten Ausland - ein Rekordergebnis - wohnten dem 5. GZ-Energie-Fachforum in Garching bei. □



Stadt Garching verlängert erfolgreiche Zusammenarbeit:

Gasnetzbetrieb weiterhin durch SWM Infrastruktur Region

Im Rahmen des 5. GZ-Energie-Fachforums „Power für Bayerns Kommunen“ unterzeichneten Erste Bürgermeisterin Hannelore Gabor und Helge-Uve Braun, Geschäftsführer der SWM Infrastruktur Region GmbH, den Neuabschluss der Gas-Konzession. Vorausgegangen war ein Beschluss des Garchinger Stadtrats. Damit verantwortet die SWM Infrastruktur Region, eine Tochter der Stadtwerke München (SWM) auch die kommenden 20 Jahre die sichere und zuverlässige Versorgung Garchings mit umweltschonendem Erdgas. Vor mehr als 40 Jahren wurde Garching an das Erdgasnetz der SWM angeschlossen. Die SWM haben es seitdem konsequent ausgebaut. Unser Bild zeigt Bürgermeisterin Gabor mit SWM-Geschäftsführer Helge-Uve Braun (links) und Michael Rademacher, SWM Infrastruktur Region GmbH, bei der Vertragsunterzeichnung im Bürgerhaus Garching. Weitere Info: www.garching.de und www.swm-infrastruktur-region.de. □



Dezentrale, erneuerbare Energien für Kommunen und Industrie

Windenergie, Bioenergie, Geothermie,
Fernwärme, KWK

STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101-105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
Telefax +49 681 9494065-9111
info-newenergies@steag.com

www.steag-newenergies.com

steag

erdgas schwaben:

Neue Maßstäbe mit dem Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS

GZ-Interview mit gibgas-Geschäftsführer Thomas Wöber

Bereits heute betreibt erdgas schwaben Tankstellen mit umwelt-schonendem Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS. Thomas Wöber (für erdgas schwaben gmbh), Mitbegründer und Geschäftsführer der gibgas consulting+medien, sprach im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung über den innovativen Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS (CNG).

GZ: Ihr Vortrag beim 5. Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung in Garching lautete: „Der Kraftstoff CNG. Aus BIOGAS, ERDGAS und ERDGAS aus ÖKOSTROM. Energiewende in der Mobilität. Vorteile für die Kommune und deren Bürger“. Was war die Überlegung zu Ihrem Vortrag?

Wöber: Mobilität ist in der westlichen Welt zu einem Grundbedürfnis der Bürger geworden. Mobilität, egal ob mit Bus, Bahn, Flugzeug oder Automobil erzeugen allerdings eine Vielzahl von Schadstoffen. Hier setzt die Verantwortung eines jeden Bürgers an, möglichst umweltverträglich von „A“ nach „B“ zu kommen. Im Bereich der Automobilität besteht vor Ort eine Möglichkeit mit dem Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS nachhaltig, sehr umweltschonend und sehr günstig unterwegs zu sein.

GZ: Was genau bedeutet CNG?

Wöber: Die Abkürzung CNG (Compressed Natural Gas) steht für ERDGAS in komprimierter Form. ERDGAS besteht zum überwiegenden Teil aus METHAN, also chemisch gesehen CH₄. Zusätzlich kann man dem ERDGAS in beliebiger Form auch BIOGAS aus biogenen Abfall- und Reststoffen beimischen, sofern es vorher gereinigt und auf ERDGAS-Qualität gebracht wurde. Solch eine Anlage steht in Albstadt/Schongau, wo die erdgas schwaben von der Firma Emter das Roh-Biogas übernimmt, es reinigt und ins eigene Netz aufnimmt.

GZ: Das klingt interessant. Aber was hat es mit dem ERDGAS aus ÖKOSTROM auf sich?

Wöber: Windräder und auch Photovoltaikanlagen produzieren in Hochzeiten viel Energie, die zeitgleich nicht verbraucht werden kann und ein geeignetes Speichermedium fehlt. Nun ist es möglich, die regenerative Energie in ERDGAS umzuwandeln und somit im vorhandenen ERDGAS-Netz, speicher- und transportierbar zu machen. Dazu wird Wasser (H₂O) mittels regenerativer Energie in

Sauerstoff (O₂) und Wasserstoff (H₂) gespalten. Durch eine weitere chemische Reaktion mit Kohlenstoffdioxid (CO₂) entsteht unter Freisetzung von Sauerstoff Methan, also speicherbares ERDGAS. Das ERDGAS-Netz kann im Gegensatz zum Stromnetz die Energie in großen Mengen aufnehmen und einem späteren Zeitpunkt bzw. an anderen Ort, z.B. an ERDGAS-Fahrzeugen oder Blockheizkraftwerken (BHKW) weitergeben. Damit werden wir wieder ein Stück unabhängiger vom Rohstoff Öl. Die Wertschöpfung und das Geld für die Energie bleiben in Deutschland und wird dort wieder investiert.

GZ: Gibt es solche Anlagen schon?

Wöber: Ja. Eine Demonstrationsanlage steht beim deutschen Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschungszentrum (ZSW) in Stuttgart-Vaihingen und hat den Praxistext bewiesen. Die erste großindustrielle Anlage entsteht gerade in Werlte (Niedersachsen) von der Firma AUDI AG. Zusätzlich produziert AUDI ab Ende 2013 auch das erste Serienfahrzeug vom Typ Audi A3 T-CNG. Weitere Modelle werden sicherlich folgen.

GZ: Zurück zu den Kommunen. Was kann eine Kommune nach Ihrer Meinung tun?

Wöber: Eine Kommune sollte eine Vorbildfunktion beim Einsatz von nachhaltiger Mobilität sein. Viele Kommunen und deren Bürgermeister sind hier schon in Vorleistung gegangen. Die Bürgermeister von Königsbrunn und Illertissen etwa fahren bereits mit dem Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS und zeigen uns jeden Tag, dass eine zukünftige Mobilität mit „Zero-Emission“ (Null-Emissionen) möglich ist!

Mit einem echten Nutzen zur Luftreinhaltung und weniger Lärmbelastung für die Tourismusregionen und -städte in Bayern. Eine Kommune kann auch allerdings Förderer bzw. ein Impulsgeber von Infrastruktur sein. Hierzu gehört der Bau von ERDGAS-Tankstellen, um den Bürgern und Gewerbetrei-

benden eine Tankmöglichkeit darzustellen.

GZ: Ganz konkret?



Thomas Wöber (rechts) am Stand von gibgas.

Festakt zum Jubiläum von erdgas schwaben:

100 Jahre Innovation

„Erdgas ist unsere Zukunftenergie. 100 Jahre Energieversorgung in der Region sind der Auftrag für eine sichere und nachhaltige Energieversorgung in Schwaben zu sorgen. Diese Verantwortung übernehmen wir“, machte der Geschäftsführer von erdgas schwaben Klaus-Peter Dietmayer beim Festakt zum 100-jährigen Jubiläum des Energieversorgers im Kurhaus Augsburg deutlich.

Die Wurzeln des Energieversorgers erdgas schwaben liegen im Jahre 1912: Damals nahm das neu gebaute Gaswerk der selbständigen Stadt Göggingen im Süden Augsburgs, heute ihr Stadtteil, seinen Betrieb auf. Es lieferte die Energie für Straßenbeleuchtung und Industriebetriebe. In Koch- und Backvorführungen wurde damals für den innovativen ruffreien Einsatz in der Küche geworben.

Vorgeschichte

Die Vorgeschichte war lang und zäh. Das Bezirksamt Augsburg hatte die Genehmigung bis zum 4. August 1911 verzögert, weil die Eingemeindung Göggingens zur Diskussion stand. Damit wäre auch damals schon die Gasversorgung von Augsburg aus eine Option gewesen. Für den Bau hatte der Frankfurter Ingenieur Friedrich Wilhelm Heil im Auftrag der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG in Berlin (BAMAG) den Zuschlag erhalten.

Wöber: 1. Möglichkeit: Die Aufnahme von ERDGAS-Tankstellen im Bereich der Mobilität z.B. von bürgernahen Energie-Genossenschafts-Zielen.

2. Möglichkeit: Das gemeinsame Aufsetzen eines Tankstellen-Projekts von Kommune, Energieversorger, Tankstellen-Betreiber und der örtlichen Autohändler in Form einer gemeinsamen Gesellschaft (GmbH & Co. KG), um das Investment auf mehrere Schultern zu verteilen

und auch Erlöse zu erwirtschaften.

GZ: Welche Vorteile hat der Kraftstoff BIOGAS/ERDGAS?

Wöber: Fahrzeuge, die mit BIOGAS/ERDGAS ab Werk ausgestattet sind, fahren gegenüber Benzin rund 50 % günstiger, gegenüber einem vergleichbaren Diesel rund ein Drittel günstiger. Darüber hinaus sind ERDGAS-Fahrzeuge trendige und schicke „Umweltlastungs-Fahrzeuge“. Der Volkswagen Passat EcoFuel mit einem kombinierten BIOGAS/ERDGAS- und Benzintank ausgestattet, ist jüngst vom ADAC als das „Auto der Zukunft“ ausgezeichnet worden. Noch vor den strombetriebenen Fahrzeugen.

GZ: Viele Automobilhersteller bieten inzwischen ERDGAS-Fahrzeuge an. Wie viele

wurde sogar ein Neubau diskutiert. All diese Gaswerke waren veraltet und wurden als unwirtschaftlich eingestuft.

Bei der Verschmelzung der „alten Erdgas Schwaben“ 1981 in die „neue“ erdgas schwaben gmbh brachte die Thüringer Gas Aktiengesellschaft, in die die LUK inzwischen aufgegangen war, ihre Gaswerke ein. Doch ein gutes Stück älter noch als die 100-jährige Gasversorgung Göggingen sind Kaufbeuren, Donauwörth und Nördlingen mit dem Baujahr 1863 und Kempten sogar mit 1857.

Vor 160 geladenen Gästen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Medien verwies Dietmayer darauf, dass in oft schwierigen Zeiten für erdgas schwaben die Kunden und die Versorgungssicherheit stets oberste Priorität gehabt hätten. Heute sind 185 Städte und Gemeinden an das Erdgasnetz angeschlossen. Erdgas sei inzwischen Wunschenergie Nummer 1. Jüngster Höhepunkt sei vor fünf Jahren die Entscheidung gewesen, mit dem Bau von der ersten Bio-Erdgasanlage auf regional erzeugte regenerative Energien zu setzen. Dietmayer: „Mit so einer Anlage veredeln wir das von Partnern zugelieferte Bio-Rohgas. Anfangs ein Wagnis, heute erfolgreich.“

„Power to Gas“

In einer ganzen Reihe von Studien sei erdgas schwaben seit gut zwei Jahren auf dem Weg, neue Anwendungsmöglichkeiten für Erdgas als den idealen Partner der Erneuerbaren Energien zu erforschen und zu entwickeln, fuhr Dietmayer fort. Das Projekt „Power to Gas“ stehe beispielhaft dafür. Noch 2010 als „nicht förderfähig“ von der Bayerischen Staatsregierung eingestuft, „sind wir in diesem Punkt heute Ansprechpartner Nummer 1 für das Wirtschaftsministerium“, weiß sich Dietmayer bestätigt.

„Power to Gas“ soll das Speicher-Problem von regenerativem Überschuss-Strom aus Sonne und Wind technisch sinnvoll und elegant machbar lösen – durch Umwandlung von Strom zu Gas, das in den „Langzeitspeicher Erdgasnetz“ eingespeist wird. Obwohl der Wirkungsgrad dieses Systems derzeit erst bei 60 Prozent liegt, erweist er sich Dietmayer zufolge im Vergleich mit allen anderen Speichermöglichkeiten als hochinteressante realistische Alternative.

Im Zuge eines weiteren Projekts sucht erdgas schwaben zahlreiche kleine einzelne Blockheizkraftwerke in einem „virtuellen Kraftwerk“ zur Stromerzeugung miteinander zu vernetzen. Mit im Boot ist dabei die Münchner Thüga-Gruppe, deren Mitgesellschafter neben erdgas schwaben selbst und der Stadt Augsburg zahlreiche weitere kommunale Energieversorger sind.

Dietmayer betrachtet erdgas schwaben heute als „Energie-Vollsortimenter“: „Wir bieten neben Erdgas auch Bio-Erdgas an, neben Strom auch Bio-Strom und Contracting für Gewerbe und Industrie.“ Bei den erdgas schwaben Tankstellenpartnern könne 100 % Bio-Erdgas für nahezu CO₂-neu-

trales Autofahren getankt werden. Auf diesem Gebiet ist der schwäbische Energieversorger Pionier in Deutschland, überhaupt zählt er zu den führenden Bio-Erdgas-Produzenten Deutschlands.

Mit Blick in die Zukunft meinte Dietmayer: „Die Ingenieurleistungen und der Erfindungsreichtum werden weiter herausgefordert. Sie werden es auch sein, die uns einen möglichen Vorsprung in der technologischen Zukunft schaffen.“

Notwendigkeiten des Marktes

Für die Thüga AG wies ihr stellvertretender Vorstandsvorsitzender Bernd Rudolph anlässlich des Jubiläums darauf hin, dass erdgas schwaben immer davon profitiert habe, sich rechtzeitig auf Notwendigkeiten und Änderungen des Marktes, der Gesellschaft und der Politik einzustellen. So auch in den 1970er Jahren, „als erdgas schwaben, gefördert und unterstützt von der struktur- und energieorientierten Wirtschaftspolitik der Bayerischen Staatsregierung, sich der flächendeckenden Erschließung des Unternehmens verschrieben hat“. Und so sei der Energieversorger „sicherlich auch heute gut beraten, die neuen Herausforderungen im Energiebereich, die sich bereits vor Fukushima, aber mit Wucht nachher ergeben haben, anzunehmen“. „Sie tun das bereits mit unternehmerischem und kaufmännischem Blick“, konstatierte Rudolph.

Die Stadt Augsburg, so Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, sehe im Unternehmen erdgas schwaben mit seiner Zukunftsorientierung im Klimaschutz einen wichtigen Partner für Nachhaltigkeit. So könne beispielsweise die Biomasse-Anlage in Graben südlich von Augsburg bereits über 20.000 Haushalte mit regenerativem Bio-Erdgas versorgen. Jährlich investiert erdgas schwaben über 10 Millionen Euro zur Erneuerung der Energiewende in erneuerbare Energien aus der Region.

Beleg für hohe Qualität

Innovationskraft und Dynamik sind laut Gribl die Grundlage für den Erfolg des Energieversorgers im vergangenen Jahrhundert und sollen es auch in Zukunft sein. 100 Jahre stellten einen eindrucksvollen Beleg für hohe Qualität und zufriedene Kunden dar. Heute präferiere sich erdgas schwaben als gesundes Unternehmen, das Veränderungen immer offensiv begleitet habe.

Ex-Bundesminister Joschka Fischer forderte in seinem abschließenden Festvortrag einen Rahmenplan zur Energiewende: „Ich sehe in den Erneuerbaren Energien eine Riesenchance, aber der ganze Prozess muss gesteuert werden.“ Der Bundesrepublik weist er beim Umbau des Energiesystems eine Leitfunktion zu. „Wir werden es schaffen“, zeigte sich der Berater für die „Nabucco-Pipeline“, über die Gas vom Kaspischen Meer (Aserbeidschan) über die Türkei nach Westeuropa dereinst fließen soll, überzeugt. **DK**

An die Spitze mit Bio-Erdgas

Bio-Erdgas, CO₂-neutral und aus der Heimat

Klima schonen, Heimat stärken – unser Bio-Erdgas macht's möglich

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Andreas Eggensberger,
Bio-Hotelier in Hopfen am See



Förderstandort der RAG im bayerischen Assing. □

Der Energiemix der Zukunft und der Beitrag der RAG

Die Energiewende ist beschlossene Sache, jedoch gestaltet sich ihre Umsetzung im Hinblick auf eine nachhaltige Sicherung der Energieversorgung eher schleppend. Die Erneuerbaren Energien allein reichen nicht aus, um den Ausstieg aus der Kernenergie zu kompensieren. Wichtige Energiequellen zur Ergänzung der Erneuerbaren Energien sind Erdgas und Erdöl. Diese helfen entscheidend, die durch den Atomausstieg entstandene Versorgungslücke zu schließen. Länder und Kommunen sind generell von zentraler Bedeutung, da auf dieser Ebene die richtungweisenden Entscheidungen für den Energiemix der Zukunft getroffen und umgesetzt werden. Die österreichische Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) fördert für den Freistaat Bayern Erdgas und leistet so einen Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung und dem Energiemix der Zukunft. Über die Anforderungen an die heimische Gasförderung und ihre Bedeutung für den Energiemix spricht Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik.

GZ: Herr Sonnleitner, welche Rolle spielt Erdgasförderung in Bayern?

Sonnleitner: Über viele Jahrzehnte wurde in Bayern Erdgas gefördert. Heute ist heimisches

gewinnbringende Umsetzung der Energiewende ist Erdgas von besonderer Bedeutung: als CO₂-armer fossiler Energieträger, zur dezentralen Energieversorgung der Bürger sowie als

Sonnleitner: Erdgas ist nicht nur ein wichtiger Baustein im Energiemix, sondern auch wesentlich für die künftige Energieinfrastruktur. In absehbarer Zeit wird überschüssiger Wind- und Sonnenenergiestrom in Gas umgewandelt. Damit kann die bestehende Speicher- und Transportinfrastruktur auch für Erneuerbare Energien genutzt werden („power to gas“). Eine bessere Gas-Infrastruktur kommt somit direkt dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zugute.

GZ: Welche konkreten Aufgaben ergeben sich dabei für die RAG?

Sonnleitner: Generell gilt: Die Bodenschätze gehören dem Staat, in dem sie gefördert werden, also allen Bürgern. Die RAG sucht und fördert im Auftrag des Freistaates Bayern zur Sicherung der Energieversorgung seiner Bürger. Wir stehen in intensivem Dialog mit der Bevölkerung, deren Informationsbedürfnis wir ernst nehmen. Wir liefern Informationen, beantworten alle Fragen und bemühen uns, die Bedeutung der heimischen Erdgasförderung hervorzuheben. Hier sehe ich eine unserer zentralen Aufgaben und Herausforderungen, denen wir uns stellen.

GZ: Wie steht es um den Schutz der Umwelt bei der Erdgasförderung durch die RAG?

Sonnleitner: Sicherheit und Umweltschutz haben für die RAG oberste Priorität. Wir fördern das Erdgas mit modernster Technik, unter Einhaltung aller Umweltauflagen und erfüllen die höchsten Sicherheitsstandards. Das Erdgas ist in winzigen Porenräumen der Sandsteinschicht eingelagert. Wir bohren bis zu dieser Schicht. Das Gas strömt selbst und ohne Einsatz weiterer Technologien zum Bohrloch. Die RAG betreibt in Bayern ausschließlich konventionelle Gasförderung. □



Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik. □

Erdgas ein wesentlicher Baustein einer dezentralen und sicheren Energieversorgung. Mit modernen Technologien können auch heute noch wesentliche Vorkommen in Bayern erschlossen und der dezentralen Energieversorgung zugeführt werden. Es geht jedoch nicht ausschließlich um eine Unabhängigkeit von Importen: Gleichzeitig profitieren die Bürger auch direkt, beispielsweise aufgrund von Gewerbesteuerentnahmen sowie durch Schaffung neuer Arbeitsplätze.

GZ: Welchen Platz nehmen fossile Energieträger im Energiemix der Zukunft ein?

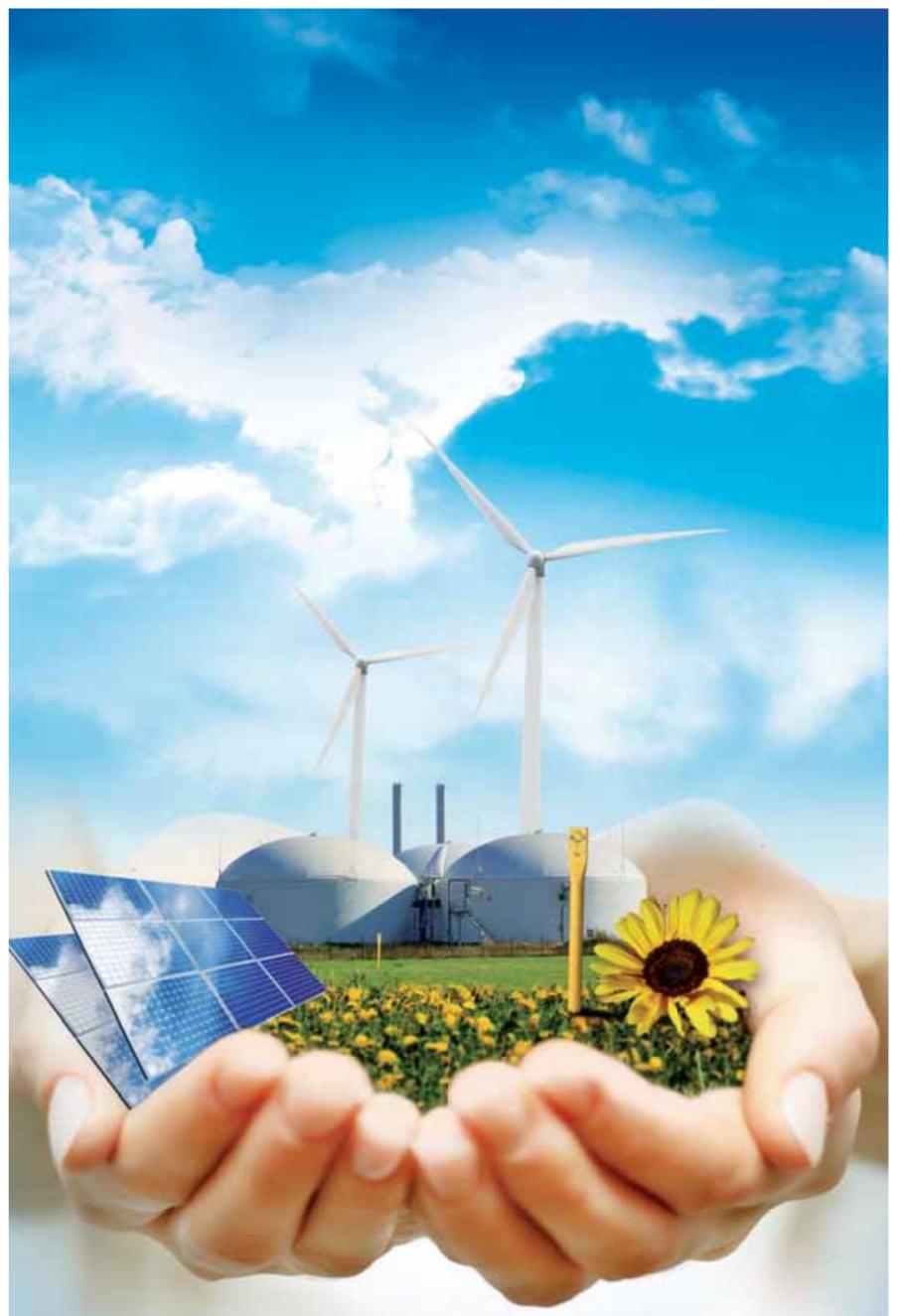
Sonnleitner: Erdöl ist immer noch ein wichtiger Rohstoff für viele Güter des täglichen Bedarfs und als Grundstoff für Verkehr und Transport unverzichtbar. Erdgas leistet einen sehr wichtigen Beitrag, um die Lücke zu schließen, die die Kernenergie hinterlässt. Für die

notwendige Energiequelle zur Ergänzung der Erneuerbaren Energien. Darüber herrscht auch in Politik und Umweltverbänden Konsens.

GZ: Welche Bedeutung hat Erdgas generell für die künftige Energie-Infrastruktur?

Heimische Gasförderung in Bayern

- ▶ Erdgas trägt als wichtige Energiequelle zur Ergänzung Erneuerbarer Energien und für den Energiemix der Zukunft zum Gelingen der Energiewende bei.
- ▶ Die RAG fördert Erdgas mit modernster Technik und erfüllt dabei die höchsten Sicherheitsstandards. Die Sicherheitseinrichtungen werden laufend durch unabhängige Dritte überprüft und zertifiziert.
- ▶ Die RAG handelt nach dem Grundsatz „Verantwortung aus Tradition“. Das Unternehmen fördert seit 1935 Öl und Gas in Mitteleuropa und unterstützt eine regionale Energieversorgung für die Bürger. □



Die Energiewende ist bei uns in guten Händen.

Als Partner der erneuerbaren Energien ist Erdgas fester Bestandteil der Energiewende 2.0. Um die Voraussetzungen für eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieversorgung der Zukunft zu schaffen, übernimmt die Bayerngas heute schon Verantwortung für ihre Kunden und Gesellschafter auf allen Stufen der Wertschöpfung.



bayerngas

www.bayerngas.de

Hans-Joachim Weiersbach/STEAG New Energies GmbH:

Erneuerbare Energien für Kommunen und Stadtwerke

Als bundesweiter Partner der Kommunen ist die STEAG New Energies GmbH, eine Tochtergesellschaft der STEAG GmbH, darauf spezialisiert, dezentrale maßgeschneiderte Energielösungen auf Basis effizienter und nachhaltiger Konzepte zu entwickeln. Neben konventionell erzeugter Energie reicht das Energieangebot von der Wind-, Biomasse-, Biogas- und Grubengas- bis hin zur Geothermierung.

Seit 1961 ist das Unternehmen nach den Worten von Hans-Joachim Weiersbach (Bereichsleiter Akquisition) einer der Marktführer für Planung, Bau und Betrieb von kundenspezifischen Energieanlagen. An ca. 100 Standorten in ganz Deutschland wurden umfangreiche Erfahrungen im Aufbau und Betrieb von Fernwärmesystemen in Zusammenarbeit mit Kommunen gesammelt.

Biomasse

Beispiel Biomasse: STEAG New Energies gehört in Deutschland zu den drei großen Akteuren bei der energetischen Nutzung von Biomasse auf Holzbasis. Bundesweit können in derzeit elf Anlagen ca. 550.000 Tonnen Biomasse in Energie umgewandelt werden. Die erste Anlage der STEAG New Energies GmbH ging im Jahr 2002 in Großaitingen im Kreis Augsburg in Betrieb. Neun der Kraftwerke arbeiten in Kraft-Wärme-Kopplung. Die dabei erzeugte Wärme wird in Fernwärmenetze eingespeist (z. B. in Werl, Neufahrn, Ilmenau) oder aber als Prozessdampf an die Industrie geliefert (z. B. Neuwied). Der Strom wird auf EEG-Basis ins öffentliche Netz eingespeist. Durch die CO₂-neutrale Verbrennung der

Biomasse vermeiden die STEAG-Anlagen im Jahr ca. 360.000 Tonnen Kohlendioxid.

ORC-Technik

Die Anlage auf dem Gelände des ehemaligen Bergwerks Warndt ist das erste Biomasse-Heizkraftwerk im Saarland auf Basis von naturbelassenem Holz. Auch die Kraftwerkstechnik, der „Organic Rankine Cycle (ORC)“, wurde erstmals im Saarland realisiert. Bei der ORC-Technik wird die Dampfturbine mit einem anderen Arbeitsmittel als Wasserdampf, hier Silikonöl, betrieben. Das „Futur“ für die Biomasse-Anlage, 40.000 Tonnen waldfrisches Holz pro Jahr, liefert der Landesbetrieb Saarforst, der in unmittelbarer Nachbarschaft eine Scheidholzaufbereitung betreibt.

Das Biomasse-Heizkraftwerk hat eine elektrische Leistung von 1,8 MW und eine thermische Leistung von 8 MW. Der erzeugte Strom wird nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ins Netz eingespeist. Die Wärme dient u. a. der Fernwärmeversorgung der Gemeinde Großrosseln.

Während die erste Biogasanlage der STEAG New Energies GmbH im Jahr 2007 in Karstädt in Betrieb ging - aktuell sind deutsch-

landweit drei in Betrieb - erfolgte der Markteintritt im Bereich Geothermie 1994 durch das Projekt Erding.

Geothermie

In der oberbayerischen Herzogstadt baut STEAG im Auftrag des Zweckverbandes für Geowärme Erding die größte Fernwärmeversorgung in Deutschland auf geothermischer Basis auf. Im Endausbau werden die beiden Geothermieheizwerke, die gemeinsam eine Quelle nutzen, pro Jahr über 100.000 Megawattstunden Wär-

me erzeugen - genug Energie, um 6000 Einfamilienhäuser zu beheizen.

Fernwärme als nachhaltiger Königsweg

„Fernwärme ist der nachhaltige Königsweg der Energieversorgung“, urteilte Weiersbach. Bereits seit den 1970er Jahren versorgt die Stadt Rochlitz ihre Bürger mit Fernwärme. Als der Stadtrat sich dafür entschied, die Fernwärmeversorgung auszudehnen, fand die Stadt in der STEAG New Energies GmbH ihren Partner. 1992 stieg das Unternehmen in die neu gegründete Fernwärmegesellschaft ein. Seitdem erfolgte in einer ersten Modernisierungsphase die Umstellung von Braunkohle auf Erdgas und in einer zweiten Stufe die Modernisierung des Fernwärmenetzes (Umstellung von Dampf- auf Warmwasserversorgung). **DK**

Peter Keller, Nina Hehn/Green City Energy AG, KlimaKom:

Energienutzungsplan oder Klimaschutzkonzept?

Klimaschutz bedeutet Wachstum, Arbeitsplätze und Zukunftsfähigkeit - einen Gewinn für Kommunen und Regionen. Erfolgreicher Klimaschutz ist jedoch kein Selbstläufer. Trotz vieler kommunaler Initiativen fehlt es vielerorts an umfassenden Konzepten zur Umsetzung der politischen Vorgaben. Erst durch die Bündelung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen eines strukturierten Vorgehens können Klimaschutzziele erreicht und Energievisionen zur Realität werden.

Green City Energy und KlimaKom sind eine erfahrene Kooperation aus einem alternativen Energiedienstleister und einem etablierten Kommunalberatungsbüro, wie Peter Keller und Nina Hehn darlegten. Beide bündeln das gesamte Angebotsspektrum für Beratungs- und Managementdienstleistungen im Klimaschutz für

Kommunen und Landkreise. Zusammen mit den Akteuren vor Ort wird ein konkreter Klimaschutzfahrplan zur Umstellung auf Erneuerbare Energien und CO₂-Minderung mit folgenden Inhalten erarbeitet:

- Erstellen eines Energieatlas (Wärme, Strom) für die Kommune
- Ermittlung der Potentiale für den Umstieg auf Erneuerbare Energien
- Darstellung der lokalen Wertschöpfungspotentiale und Hilfe bei der Erschließung
- Der gemeinsam entwickelte Maßnahmenkatalog hilft dabei, erforderliche Investitionen und die CO₂-Minderung gezielt anzugehen.

Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und beim begleitenden Management unterstützen die Kooperationspartner wie folgt:

- Erschließung von Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten
- Aufbau des kommunalen Klimaschutzmanagements und Unterstützung durch Moderation und Fachberatung
- Hilfe beim Ausbau der Erneuerbaren Energien von der Projektierung bis zur Finanzierung
- Erstellung von Machbarkeitsstudien für die Energieunabhängigkeit der Kommune
- Sichtbarmachen der Erfolge und Begleitung bei der Nutzung von CO₂-Bilanzierungssystemen und der Durchführung von Erfolgs-Konferenzen.

Umsetzungsphase

In der Umsetzungsphase befinden sich derzeit die Städte Ansbach, Garching, Kelheim, Penzberg, Vilsbiburg, die Klimaregion Fünf-Seenland, Horb am Neckar sowie der Wirtschaftsraum Augsburg und der Landkreis Miesbach.

Wie Keller und Hehn erklärten, erzeugen Green City Energy und KlimaKom Aufbruchstimmung und binden alle Akteure mit ein. Außerdem deckten sie regionale, erneuerbare Energiepotentiale auf, setzten gemeinsam mit den Kommunen Projekte um und brachten diese auf den Weg in die Energieunabhängigkeit. „Wir setzen auf Beteiligung der Bürger - auch bei den Gewinnen. Kommunen, Landkreise und Regionen profitieren von unserer Erfahrung und Expertise aus knapp 20 Jahren Projektarbeit in über 100 Kommunen.“ **DK**



Beratungsgespräch am Stand von STEAG New Energies. 

N-ERGIE Netz GmbH:

Die Energiewende regional ganzheitlich organisieren

Die Energiewende wird vielfach mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, dem Ausbau Erneuerbarer Energien und dem Anpassungsbedarf bei Stromnetzen gleichgesetzt. Tatsächlich ist gerade bei den Erneuerbaren Energien und im Netzbereich seit Jahren eine hohe Dynamik festzustellen. Die Energiewende umfasst aber darüber hinaus als wesentliche Bausteine auch Energieeffizienzsteigerung, Wärmebedarfsreduzierung oder Stromspeicherung. Erst die Summe aller Einzelziele und -maßnahmen wird die Energiewende gelingen lassen. Hierzu bedarf es eines koordinierten Vorgehens aller Beteiligten und der Akzeptanz breiter Teile der Bevölkerung.

Der „Masterplan“ für die Energiewende fehlt heute. Im bestehenden ordnungspolitischen Rahmen steuern sich alle Akteure eigennutzoptimiert. Im Glauben an eine „unsichtbare Hand des Marktes“ führt dies zu unnötigen volkswirtschaftlichen Mehrkosten, vermeidbaren technischen Instabilitäten und zunehmenden Widerständen der Bürger. Das Gesamtoptimum wird sich nicht aus der Summe der Individualoptima ergeben.

Dies wird besonders deutlich daran, dass sich die Betreiber von EEG-Anlagen heute dort ansiedeln können, wo ihre individuelle Erlös-Kosten-Situation ein Maximum ergibt. Die resultierenden volkswirtschaftlichen Kosten für Netzausbau oder -verstärkung blieben ebenso unberücksichtigt wie etwaige andere EEG-Ansiedlungen in unmittelbarer Nähe, die zu optimierten Netzkosten führen könnten.

Verknüpfte Interessen

Für die N-ERGIE Netz als großer regionaler Strom- und Gasnetzbetreiber stellt sich in dieser Situation die Frage, wie trotz eines suboptimalen Ordnungsrahmens auf einer vernünftigen regionalen Ebene und freiwilliger Basis der Beteiligten volkswirtschaftlich Sinnvolles gestaltet und die Interessen der Einzelnen so miteinander verknüpft werden können, dass das Ganze Sinn macht und trotzdem kein Einzelner seine Interessenslage zu sehr einschränken muss.

Kostengünstige Verknüpfung

Ein positives Beispiel ist die Koordination von Anlagenbetreibern bei der Netzeinbindung ihrer großen EEG Anlagen in die 110 kV Netze. Die N-ERGIE Netz

versucht in diesen Fällen lokal die Anfragen zum EEG-Anschluss und planen mit den Anlagenbetreibern gemeinsam den optimalen Netzanschluss - ggf. auch durch den Bau eines kundeneigenen Umspannwerks. Hier werden mehrere einzelne Anschlüsse ans Netz kostengünstig verknüpft.

Aspekte werden gebündelt

In einer anderen Situation bündeln wir durch Schaffung einer Koordinierungsinstanz in einem Betrachtungsgebiet alle Aspekte rund um die Energie. Welcher Energiebedarf und Wärmebedarf wird an welcher Stelle benötigt? Wie können sich Erzeugung, Verbrauch und Speicherung von Energie/Wärme sinnvoll ergänzen? Wie liegen die Strom und Gasnetze zueinander? Ist Power-to-Gas eine Alternative? Koordinationsinstanz kann in diesen Fällen etwa eine regionale Energiegenossenschaft sein, an der sich Kommunen, Energieerzeuger, Bürger(genossenschaften), mögliche Speicherbetreiber und Netzbetreiber vereinbaren, die Energiewende regional, ganzheitlich, volkswirtschaftlich sinnvoll zu organisieren.

Grenzen

Die Energiewende wäre in den oben beschriebenen Beispielen als freiwilliger Strukturierungsauftrag an diejenigen zu verstehen, die sie letztlich umzusetzen und zu verantworten haben. Praktisch sind die Grenzen dieser Bemühungen aber eben durch die Freiwilligkeit der Beteiligten gesetzt. Und diese ist für eine zeitnahe, technisch funktionierende und volkswirtschaftlich effiziente Umsetzung der Energiewende ohne ordnungspolitische Anpassungen nicht ausreichend.

Dr. Arnt Meyer/Volker Laudien



Angeregte Unterhaltung mit den Experten der Nürnberger N-ERGIE Netz GmbH. 

Für unsere Umwelt Nachhaltige Energie für die Region



Klimaschutz kennt keine Grenzen. Deshalb fördern wir das Engagement unserer Kunden für die Umwelt mit dem CO₂-Minderungsprogramm der N-ERGIE. Außerdem investieren wir in eine zukunftsfähige Energieversorgung und machen uns stark für umweltschonende Mobilität.

Unter www.n-ergie.de erfahren Sie mehr über die N-ERGIE. Telefonisch erreichen Sie uns unter 0800 100 8009 (kostenfrei innerhalb Deutschlands).

N-ERGIE
Spürbar näher.

Dr. Roland Hofer/E.ON Bayern AG:

Smart Grid Technologien als Grundlage der Energiezukunft

Dass die Anforderungen an die Netze, die bislang reine Versorgungsnetze waren, sich durch den Ausbau Erneuerbarer Energien gravierend verändern, darauf machte Dr. Roland Hofer von der E.ON Bayern AG aufmerksam.

Das Netz sei dazu ausgelegt, Strom von zentralen Kraftwerken an Kunden zu verteilen. Allerdings übersteige die dezentrale Erzeugung in vielen Regionen den Bedarf, weshalb sich der Lastfluss in diesen Netzregionen umkehre. Die Einspeisung übersteige häufig die Kapazität der Netze; deshalb träten Probleme mit der Spannungshaltung auf und es komme zur Überlastung von Betriebsmitteln.

Allein im Netz der E.ON Bayern AG sind, so Hofer, Investitionen in neunstelliger Höhe notwendig. In den nächsten fünf Jahren sind voraussichtlich der Bau von 15 Umspannwerken, die Verlegung von 2.000 Kilometer neuer Leitungen, die Errichtung von 2.500 neuen Ortsnetzstationen sowie die Aufrüstung von 5.000 Trafos durchzuführen. Hinzu kommen hohe Aufwandspositionen für die Netzanschlüsse und administrativen Prozesse.

Im Bereich der Netze finde ein Paradigmenwechsel statt, betonte Hofer. Künftig wird eine große Leistung an ungesteuerten dezentralen Erzeugern im Netz vorhanden sein, zudem sind potentiell steuerbare dezentrale Erzeuger zu steuern. Verbraucher müssen eben so – in größerem Umfang – gesteuert werden. Auch sind Speicher erforderlich, um verbleibende Ungleichgewichte auszugleichen. „Und trotzdem ist der Netzausbau in großem Umfang erforderlich“, stellte Hofer klar. Ziele der Steuerung von Systemen seien die lokale Netzentlastung (Verteilnetzbetreiber), der Energieausgleich (Erzeugung, Handel und Vertrieb) sowie die Erzeugung von Regelleistung (Übertragungsnetzbetreiber).

E.ON Bayern forscht in allen Bereichen der innovativen Netztechnologie. Dazu zählen regelbare Ortsnetztrafos, die Bildleistungsregelung zur Spannungstabilisierung, das Einspeisemanagement, dezentrale Energiespeicher, virtuelle Kraftwerke und Power to Gas. „Innovative Technologien können den Bedarf an Netzausbau reduzieren und stabilisieren das Niederspannungsnetz“, erklärte Hofer.

„Der Umbau der Verteilungsnetze zu intelligenten Netzen (Smart Grids) muss konsequent vorangetrieben werden“, forderte Hofer. Zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage müssten steuerbare Erzeuger (z. B. BHKWs) und steuerbare Verbraucher im Smart Grid gezielt eingesetzt werden. Das erfordere das Engagement der Bürger, die Elektromobile, BHKWs etc. in ihrem Bereich einsetzen müssen. Dennoch würden darüber hinaus umfangreiche zusätzliche Speicherkapazitäten benötigt.

„Wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel unseres Energiesystems sind eine realistische Erwartungshaltung, verlässliche politische Rahmenbedingungen und eine breite Bürgerakzeptanz. E.ON Bayern leistet verlässliche Beiträge in allen Bereichen der Energiewende“, bemerkte Hofer. **DK**

Dr. Lars Nebe, Michael Kaminski/ STEAG New Energies:

Windenergienutzung in Bayern

STEAG New Energies GmbH plant, realisiert und betreibt Windenergieprojekte auf allen für Windkraftanlagen geeigneten Flächen wie Halden, Deponien und Freiflächen. Die Projekte entwickelt das Unternehmen gemeinsam mit lokalen Energieversorgern und Flächeninhabern. Bürger und Kommunen können sich an den Windkraftprojekten finanziell beteiligen und profitieren gleichzeitig von Wertschöpfungseffekten, die durch Gewerbesteuererinnahmen und Flächenverpachtung erzielt werden.

Windenergieprojekte sind nach Ausführung von Dr. Lars Nebe und Michael Kaminski derzeit in Deutschland und in Frankreich realisiert, im Bau oder in der Planung. Hierzulande sind seit September 2010 auf der höchsten Halde im Ruhrgebiet, auf Oberscholven in Gelsenkirchen, zwei rund 100 Meter hohe Windenergieanlagen mit einer Leistung von je 2,3 Megawatt am Netz. Die beiden Windräder mit einem Rotordurchmesser von 82 Metern erzeugen pro Jahr den Strombedarf von 4.000 bis 5.000 Haushalten.

Die ELE Scholven Wind GmbH, ein Gemeinschaftsunternehmen der STEAG New Energies Beteiligungsgesellschaft Mingas-Power GmbH und der Emischer Lippe Energie GmbH (ELE), hat rund sechs Millionen Euro in dieses Projekt investiert. Der erzeugte Strom wird in das Stromnetz der ELE eingespeist.

Laut Nebe und Kaminski bieten bewaldete Höhenlagen beste Voraussetzungen für die effektive Windenergieerzeugung (Windhöfliche Standorte). Dies liegt zunächst daran, dass durch den umgebenden Wald eine gedämpfte Sichtbarkeit der Anlagen besteht. In den meisten Fällen ist zudem eine ausreichende Entfernung zu den Siedlungsbereichen gewährleistet. Auch ist von geringeren Schallemissionen und Schattenwurf auszugehen. **DK**

Grundsätzlich ermöglichen erst große Nabenhöhen den Bau von Windenergieanlagen im Wald. Der Energieertrag einer WEA steigt mit der 3. Potenz der Windgeschwindigkeit. Das heißt: Bei doppelter Windgeschwindigkeit erreicht man den achtfachen Ertrag. Windenergieanlagen sind eine rohstoffunabhängige Energiequelle.

Der Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien ist mittlerweile ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Verschiedenste Modelle können den Anforderungen von Bürgern und Kommunen angepasst werden. So können sich die Bürger an einem Windpark beispielsweise über einen Wind-Sparbrief mit einer festen Verzinsung über die gesamte Laufzeit beteiligen. Umgesetzt wird das Ganze mit Hilfe einer regionalen Bank vor Ort.

Das Pachtmodell wiederum ist gekennzeichnet durch die Zahlung einer Mindestpacht an den Verpächter, die Beteiligung des Verpächters an den Stromerlösen, die Einmalzahlung für Flächennutzung bis zum Inbetriebnahmestichtag und die Beteiligung der Bürger.

Fazit: „Wir als STEAG planen, errichten und betreiben. Wir sind ein langfristiger Partner über die gesamte Lebensdauer des Projektes. Wir haben die technische und kaufmännische Kompetenz und bringen zudem Wertschöpfung in die Region.“ **DK**



E.ON Bayern forscht in allen Bereichen der innovativen Netztechnologie, so Dr. Roland Hofer (Bildmitte). **DK**

Gemeinde Wildpoldsried:

Vorbild für Ökologie und erneuerbare Energien

Wildpoldsried innovativ richtungweisend: Unter diesem Motto wird in der kleinen Oberallgäuer Gemeinde mit knapp 2600 Einwohnern seit 1999 unter Einbindung der Bürger ein ökologisches Profil für die Gemeinde erarbeitet, das regional, bayernweit und international ausgezeichnet wurde.

Ziel ist es, bis 2020 den im Dorf benötigten Energiebedarf regenerativ zu erzeugen. 335 Prozent regenerative Stromerzeugung war das Ergebnis der Stromproduktion der Gemeinde im Jahr 2011. Ein großer Anteil davon wurde von den fünf Bürgerwindkraftanlagen mit insgesamt 7500 KW, an denen über 180 Bürger beteiligt sind, erzeugt. Aber auch der Biogasanteil (fünf Anlagen) und der Strom von über 200 Photovoltaikanlagen sind mittlerweile beeindruckend. Ein kleiner Anteil kommt zudem von den drei kleinen privaten Wasserkraftanlagen.

Dorfheizung

Seit 2005 ist die „Wildpoldsrieder Dorfheizung“ in Betrieb und versorgt seit dem alle öffentlichen und kirchlichen Gebäude im Ort. Das Ziel war, alle veralteten Ölheizungen in den eigenen Gebäuden durch eine zentrale Holzheizung zu ersetzen. Begonnen wurde mit einer Heizzentrale mit 400 KW Leistung im Untergeschoss eines günstig in der Mitte des Orts liegenden Gebäudes. Inzwischen wird der Aufbau von Wärmenetzen auf die ganze Gemeinde ausgedehnt, denn es kann dafür sehr vorteilhaft auch die Abwärme der Blockheizkraftwerke von mehreren Biogasanlagen genutzt werden.

Agrund der vielen erfolgreich umgesetzten Projekte kommen jährlich über 100 internationale Besuchergruppen nach Wildpoldsried. Seit Mai dieses Jahres gibt es dazu die Möglichkeit, im Ökologischen Bildungszentrum „Kultiviert“ CO₂-frei zu tagen und zu schlafen – kombiniert mit „Energieexkursionen“. Beheizt wird das Gebäude – soweit überhaupt noch notwendig – natürlich von der CO₂-neutralen Dorfheizung.

Zusammen mit den Bürgern wurden in der Gemeinde zwischenzeitlich über 24 Mio. Euro in Energieprojekte investiert. Dem steht ein Ertrag von über 4 Mio. Euro pro Jahr gegenüber. Hinzu kommen zahlreiche Aufträge für die örtlichen Handwerker.

Projekt IRENE

Für ihr Engagement im Bereich Klimaschutz erhielt Wildpoldsried in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche Auszeichnungen, u. a. den Deutschen Solarpreis, den European Energy Award und die Umweltmedaille des Bayerischen Umweltministeriums. Auch der Weltkonzern Siemens hat die Gemeinde entdeckt und für das Projekt IRENE (Integration regenerativer Energien und Elektromobilität) ausgewählt.

„Unsere Pilotprojekte wurden zwischenzeitlich vielfach kopiert,

Carolyn Frohnauer/Bayern Facility Management GmbH:

Effizientes Energiemanagement

Die BayernFM verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Bewirtschaftung von Gebäuden sowie bei Gebäudeanalysen und Sanierungen. Ein weiterer Vorteil für die Kommunen ist die hohe Kompetenz bei den Themen Energie und FM-Optimierung. Im bundesweiten Vergleich ist die BayernFM Marktführer bei Kommunen und Finanzinstituten. In der Beratung werden die Schwerpunkte des etablierten Partners der S-Finanzgruppe und der Öffentlichen Hand auf Energie, Betreiberverantwortung und FM-Optimierung gelegt.

Carolyn Frohnauer warf einen Blick auf den kommunalen Immobilienbestand und prognostizierte ein hohes Einsparpotential bei den Nutzungskosten wie Instandhaltung, Energie, Wasser und Reinigung. Die verschiedenen kommunalen Energiekonzepte sollten nach Ansicht der Expertin in ein kommunales Energiesparpaket integriert werden, dessen Inhalte detaillierte Maßnahmen, Nutzenpotentiale und Kostenschätzungen vorsehen.

Die Bayern FM erstellt hierfür einen Energieleitplan für Wärme und Strom, optimiert den Bereich Energietechnik für kommunale Gebäude und strebt auf Wunsch den European Energy Award mit dem Ziel an, eine dauerhafte und effiziente Verankerung von Energieeinsparung und Klimaschutz in der Kommune zu erreichen.

Im Baustein „Energieleitplan“ geht es darum, die Energieversorgung an die voraussichtliche Entwicklung des Energiebedarfs und die Ansprüche der Anbieter und Verbraucher vor Ort optimal anzupassen. Dazu wird zunächst der aktuelle Energieverbrauch erfasst und Szenarien für die zukünftige Verbrauchsentwicklung errechnet. Daneben werden die Potenziale

für erneuerbare Energien analysiert. Danach werden wirtschaftlich sinnvolle Projekte ausgewählt und im Rahmen einer ersten Machbarkeitsbetrachtung im Detail analysiert und durchgerechnet.

Im Baustein „Kommunale Liegenschaften“ werden die Gebäude baulich-technisch auf Herz und Nieren überprüft, anschließend detaillierte Sanierungskonzepte erarbeitet und ebenfalls in einer ersten Machbarkeitsbetrachtung durchgerechnet. Mit der Implementierung eea®-Prozess wird sichergestellt, dass die Aufgabe Klimaschutz umfassend und dauerhaft in der Kommune verankert wird.

Das Kommunale Energiesparpaket eignet sich sowohl als umsetzungsorientierter Einstieg in den Klimaschutz als auch als ideale Fortführung – von der Theorie in die Praxis – für jene Kommunen, die bereits ein klassisches Klimaschutzkonzept vorliegen haben und jetzt konsequent in den Umsetzungsprozess starten möchten. Eine Förderung der oben genannten Bausteine ist – mit Ausnahme des eea® grundsätzlich möglich. Kurzum: „Das kommunale Energiesparpaket ist der Motor für die Umsetzung des Klimaschutzes bei Kommunen!“ **DK**

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

In Kooperation mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen ein innovatives und lückenloses Leistungsspektrum an. Hierzu gehört die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten ebenso wie die Begleitung von Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder die Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Dabei sind wir nicht nur kreativ bei der Nutzung innovativer Finanzierungsquellen. Wir haben auch viel Erfahrung mit der Ausschöpfung aller relevanten Fördermöglichkeiten. Haben wir etwas vergessen? Dann sagen Sie es uns. Wir können es sicher auch. vertriebsdirektion-kommunalkunden@bayernlb.de

Finanzgruppe

Bayern LB

BayernLabo:

Die Energiewende fängt bei Immobilien an

Im Rahmen der Energiewende steht häufig die Erschließung erneuerbarer Energiequellen im Vordergrund. Die Energieeinsparung insbesondere durch energetische Gebäudesanierung findet trotz des hohen Einsparpotentials manchmal weniger Beachtung. In Bayern entfallen 40 % des Gesamtenergieverbrauchs und 35 % des CO₂-Verbrauchs auf die Gebäudewirtschaft. Die BayernLabo stellte auf dem GZ-Energieforum in Garching die Unterstützung der Energiewende durch ihre Finanzierungsangebote zur Sanierung kommunaler Gebäude in den Mittelpunkt.

Bereits seit dem Jahr 2000 setzt das Klimaschutzprogramm Bayern das Ziel, CO₂-Einsparpotenziale unter Beachtung der Kosten-Nutzen-Relation bestmöglich auszuschöpfen. Die Verringerung der jährlichen energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner steht dabei ganz oben auf der Liste der Klimaschutzziele.

CO₂-Emissionen

Durch den Ausstieg aus der Kernenergie gewinnt dieses Ziel ein nochmals größeres Gewicht, da jede eingesparte kWh Energie nicht durch Investitionen in erneuerbare Energiequellen substituiert werden muss.

Die BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern bietet den bayrischen Gebietskörperschaften zinsvergünstigte Förderprogramme zur Investitionsfinanzierung und klassische Kommunalkredite mit Zinsfestbindungen bis zu 30 Jahren an. So werden Investitionen finanzierbar und langfristig kalkulierbar.

Energetische Sanierung

BayernLabo unterstützt mit ihrem gesamten Finanzierungsangebot die energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestands.

• **Energiekredit Kommunal Bayern:** Hier ist der Name Programm! Finanziert werden Investitionen in die energetische Gebäudesanierung. Der Förderumfang hängt von der energetischen Sanierungsqualität und der Größe des Gebäudes ab. Mit einem Zinssatz von aktuell 0,0 % p.a. (Stand 13.07.2012) für die erste 10-jährige Zinsbindung, handelt es sich um ein konkurrenzlos günstiges Darlehen.

• **Investkredit Kommunal Bayern:** Ein vielseitig einsetzbares Programm für Investitionen in die kommunale Infrastruktur, wie z. B. Neubau oder Sanierung von Schulen und Kindergärten, aber auch weitere Bereiche wie Katastrophenschutz und Stadt- und Dorfent-

wicklung. Die Zinssätze für die erste 10-jährige Zinsbindung beginnen – je nach Kreditlaufzeit von 10/20 oder 30 Jahren – bei 0,77 % p.a. (Stand 13.07.2012).

Kombinierbare Programme

Die beiden Förderprogramme sind miteinander kombinierbar. Die aktuellen Zinssätze für alle Förderprogramme können unter www.bayernlabo.de abgerufen werden.

Tipp: Neben der Finanzierung eigener Investitionsvorhaben können diese Förderkreditprogramme unter bestimmten Voraussetzungen auch als Investitionsfördermittel an kommunale Dritte weitergeleitet werden. Dies kann zu einer erheblichen Zinseinsparung auch bei der Realisierung durch Dritte führen.

• **Kapitalmarktprodukte:** Neben den speziellen Förderangeboten stellt die BayernLabo auch klassische Kommunalkredite zur Investitionsfinanzierung zur Verfügung. Ein rundes Paket zur wirtschaftlichen und abgestimmten Gesamtfinanzierung neuer Vorhaben im Bereich der Gebäudesanierung.

Beispiel I - Finanzierung eigener Investitionen: Ein Landkreis plant die umfangreiche energetische Sanierung einer Berufsschule auf den Standard KfW-Effizienzhaus 85. Die Gesamtkosten liegen bei 4,6 Mio. Euro. Die Gesamtfinanzierung wird neben einem Eigenmittellanteil und Zuschüssen zu 1,8 Mio. Euro über das Förderkreditprogramm Energiekredit Kommunal Bayern (Förderhöchstbetrag 600 Euro/qm-Nettogrundfläche des Gebäudes) und zu 0,4 Mio. Euro über das Förderprogramm Investkredit Kommunal Bayern bestritten.

Beispiel II - Finanzierung von Investitionsfördermaßnahmen: Der örtliche Sportverein plant Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Vereinsgebäude für insgesamt 400.000 Euro, wobei der Verein hierfür einen direkten BLSV-Zuschuss über 80.000 Euro erhält. Die Ge-

meinde beteiligt sich an der Gesamtfinanzierung mit einem Investitionskostenzuschuss in Höhe von 320.000 Euro. Diesen Zuschuss finanziert die Gemeinde als Kreditnehmer bei der BayernLabo kombiniert



Die BayernLabo-Mannschaft.

Alexander Steinherr/Huber SE:

Heizen und Kühlen mit Abwasser

Abwasser enthält Wärmeenergie, die mit Hilfe von Wärmepumpen entzogen und zurück gewonnen werden kann, sowohl zum Heizen als auch zum Kühlen. Beim Huber ThermWin®-System wird Alexander Steinherr zufolge Abwasser aus dem Kanal entnommen, gesiebt, durch einen überirdisch aufgestellten Wärmetauscher gepumpt und letztendlich zusammen mit dem Siebtag in den Kanal zurückgeführt. Aufgrund der Vorsiebung kann ein kompakter und preiswerter Wärmetauscher eingesetzt werden, in dem eine definierte, turbulente Strömung für einen guten Wärmeübergang sorgt.

Der Abwasserwärmetauscher RoWin mit zahlreichen Anwendungen besteht im Wesentlichen aus einem Edelstahlbehälter in dem sich mehrere Rohrschleifen befinden. Durch den Behälter wird warmes Abwasser, durch die Rohrschleifen kühles, reines Wasser, geleitet. Aufgrund der sehr guten Wärmeleitfähigkeit von Edelstahl und der durch geschickte Konstruktion erreichten verhältnismäßig großen Austauschfläche findet ein überdurchschnittlicher Wärmeübergang statt. Mit dem aufgewärmten Klarwasser kann nun die Wärmepumpe beschickt werden.

Präventivreinigung

Dem drohenden Einfluss von Biofouling wird durch eine Präventivreinigung vorgebeugt, die Ablagerungen, die zu einer

über die Förderprogramme Energiekredit (120.000 Euro) und Investkredit (200.000 Euro).

Serviceangebot der BayernLabo

Die Finanzierungsspezialisten der BayernLabo beraten gerne im Detail zu allen Fragen der beschriebenen Finanzierungsbausteine.

Informationen unter Telefon 089-2171-22004 oder per E-Mail an: kommunen.bayernlabo@bayernlabo.de.

Telefunken Smart Building GmbH:

Gebäude denken mit

Gebäude beinhalten verschiedene Gewerke und Teilsysteme. Heizung, Licht, Brandmelde- und Sicherheitstechnik, elektrische Jalousien und viele weitere - eine einheitliche Steuerung gibt es in der Regel nicht. Bisher übliche Gebäudeautomationslösungen können zwar die unterschiedlichen System-Welten vereinen, sind jedoch meist kabelgebunden und teuer. Zur Ansteuerung benötigen sie zusätzliche Verkabelung. Diese lässt sich in Bestandsbauten nur durch sehr großen Aufwand und hohe Kosten integrieren.

Telefunken in Wangen im Allgäu zeigt mit dem Smart Building System Joonior, dass es auch anders geht. Die Lösung vernetzt Gebäude ohne Kabel. Das System basiert auf neuester bidirektionaler Funktechnologie von EnOcean. Ob Fenstergriff, Bewegungsmelder oder Temperatursensor: Die einzelnen Produkte kommunizieren im Haus per Funk. Die Funktechnologie ist sehr niederenergetisch und gesundheitlich unbedenklich. Deshalb kann sie in allen Gebäudearten verbaut werden. Die kabellosen Komponenten können jederzeit in Bestandsbauten nachgerüstet werden.

System Joonior

Heizung regeln, Hausgeräte einschalten oder Sicherheit überwachen - Joonior kann all dies steuern. Die Bedienung erfolgt über moderne Bediengeräte wie Smartphone, Tablet-PC oder Computer. Der Anwender kann auch von unterwegs auf sein Gebäude zugreifen. Die Software dafür ist ansprechend gestaltet und benutzerfreundlich. Die Produkte verfügen über ein hochwertiges Design und

fügen sich in jede Wohnung harmonisch ein. Sie wurden für eine lange Nutzungsdauer entwickelt und verbinden gekonnt modernste und hochwertige Technik mit einem Lifestyle-Faktor.

Joonior verursacht geringe Folgekosten, weil der Eigenverbrauch des Gesamtsystems sehr niedrig ist. Darüber hinaus schon die batteriearme EnOcean-Funktechnologie die Umwelt: Die zur Informationsübertragung benötigte Energie wird aus der Umgebung gewonnen. Batteriewechsel, oft ein unterschätztes Übel bei Funklösungen, entfallen nahezu komplett. Werden dennoch Batterien verwendet, ist deren Lebensdauer sehr lang.

Joonior kennt keine Grenzen: Das System kann auch Produkte von anderen Herstellern einbinden. Voraussetzung dafür ist, dass diese ebenfalls die Funktechnologie EnOcean verwenden.

Die Entwicklung des Smart Building Systems Joonior hat unter anderem auch bei verschiedenen Fach-Jurys Beachtung gefunden. So konnte Telefunken seit 2011 bereits fünf Auszeichnungen für Joonior entgegen nehmen. **DK**

Montana Erdgas GmbH & Co. KG:

Mit Biogas den CO₂-Fußabdruck reduzieren

Die 1960 gegründete Unternehmensgruppe Montana ist auf den Handel mit Mineralöl, Erdgas sowie auf Heiztechnik und Serviceleistungen rund um die Heizung spezialisiert. Die Montana Erdgas GmbH & Co. KG ist seit der Liberalisierung 2008 am Erdgasmarkt tätig. Die von Montana gelieferten Erdgas mengen (3 TWh) entsprechen dem jährlichen Wärmebedarf einer Großstadt mit etwa 600.000 Einwohnern.

Ab sofort offeriert der Energiedienstleister in Grünwald die Versorgung mit Biogas. Schon seit langem berät Montana seine Kunden, wie sie ihren persönlichen CO₂-Fußabdruck reduzieren können - angefangen bei umweltbewusstem Heizen über moderne

mit Energie entzogen, die mittels einer Wärmepumpe auf ein nutzbares Temperaturniveau von 35 bis 55 °C gebracht wird. Teuer bezahlte Energie aus Dusch- und Kochabwässern kann somit in den Wärmekreislauf des Gebäudes zurückgeführt werden und schont nicht nur den Geldbeutel, sondern auch die Umwelt.

Pilotprojekt-Anlage

Im Mai vergangenen Jahres wurde in Straubing die Pilotprojekt-Anlage zur Abwasserwärmenutzung ThermWin® eingeweiht. Der Abwasserwärmetauscher RoWin entzieht dem Abwasser aus dem Abwasserkanal 210 kW thermische Energie. Energie, die genutzt wird, um 7.150 qm Wohnfläche zu beheizen. Die Anlage überzeugte bereits im ersten Winter. Die Beheizung der 102 Wohnungen in der Wohnanlage ist klimafreundlich, da hier der CO₂-Ausstoß gegenüber herkömmlichen Heizungen um bis zu 80 Prozent geringer ausfällt.

Das Verfahren ThermWin® wird seit 2011 auch im Hochhaus WinTower im schweizerischen Winterthur angewendet, darüber hinaus in der Sporthalle und im Familienzentrum Oderstraße in Berlin sowie für die Thermo Burgerbad im schweizerischen Wallis. **DK**

Heiztechnik und regelmäßige Wartung bis hin zu effizienten Brennstoffen.

Mit dem Tarif Montana Biogas 10 besteht nun eine weitere Möglichkeit - sei es für Handwerks- und Gewerbebetriebe und mittelständische Industrieunternehmen, sei es für die Wohnungswirtschaft oder kommunale Auftraggeber -, ihre CO₂-Emissionen signifikant zu reduzieren. Kunden schließen dabei lediglich eine Zusatzvereinbarung - dies ist für alle Montana-Erdgas Tarife möglich. Dem herkömmlichen Erdgas werden dann 10 Prozent Biogas beigemischt, das in heimischen Anlagen aus biogenen Reststoffen hergestellt wird. Der Arbeitspreis des jeweiligen Montana-Tarifs erhöht sich in der Folge um 0,6 Cent pro kWh (0,50 Cent ohne MwSt.). Preisstand: März 2012.

Im Bereich der nachhaltigen Energieversorgung hat das bayerische Unternehmen Pionierarbeit geleistet: Bereits seit Ende 2009 bietet es in Bayern klimaneutrales Heizöl und Erdgas an - als erster Energielieferant überhaupt. Im Grunde ein konsequenter Schritt: Denn wer mit Heizöl oder Erdgas heizt, nutzt fossile Energieträger, die bei der Verbrennung CO₂ erzeugen. Möglichkeiten zu bieten, diesen CO₂-Ausstoß zu neutralisieren, liegt in der Verantwortung eines nachhaltig denkenden Versorgers. Die Auszeichnung als „bester überregionaler aktiver Gasanbieter und Ökogasanbieter 2012“, die Montana kürzlich bei der Gasanbieterstudie 2012 des Deutschen Instituts für Service-Qualität erhielt, unterstreicht diesen Nachhaltigkeitsansatz des Unternehmens. **DK**

nachhaltiges Immobilienmanagement

- Bewirtschaften
- Bauen
- Beraten
- Benchmarking
- Sicherheit

BayernFM
Bayern Facility Management GmbH

Mit Beratungsleistungen für über 350 Kommunen ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand

www.bayernfm.de

Stadtwerke München:

Partner der Kommunen

Auch in diesem Jahr präsentierten sich die Stadtwerke München (SWM) wieder auf dem Energiefach-Forum im Garching Bürgerhaus. An ihrem Stand informierten die SWM insbesondere über ihr breites Leistungsspektrum als universeller Energiedienstleister für die Kommunen. Denn als das kommunale Unternehmen der Landeshauptstadt München sind die SWM der ideale Partner für die Kommunen, um gemeinsam eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung zu gestalten.

Für viele Kommunen besteht Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der Energiewende wird von ihnen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge nun eine eigenständige Energiepolitik erwartet. Den Kommunen fällt hierbei auch eine Steuerungsfunktion zu, zum Beispiel bei Regional- und Flächennutzungsplänen. Und sie haben die Hoheit über die Ver-

gabung der Konzessionen für die Versorgungsnetze. Die Gemeinden können diesen Gestaltungsspielraum aktiv nutzen und davon auch profitieren. Aber: Das Thema ist sehr komplex. Es geht um langfristige Investitionsentscheidungen, um die technische Sicherheit der Strom- und Gasversorgung und die Versorgungsnetze, die Erreichbarkeit des Energieunternehmens vor Ort, die Energiepreise, die Bürger und Betriebe zu zahlen haben, und auch um den Einsatz erneuerbarer Energien. Um dies alles alleine bewältigen zu können, fehlt den Kommunen oftmals das notwendige Know-How und es mangelt an entsprechenden Fachleuten. Viele Kommunen suchen deshalb einen starken, erfahrenen Energiepartner auf Augenhöhe aus der Energiewirtschaft, am besten aus der kommunalen Familie.

Mit ihrer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien wollen sie so viel Ökostrom in eigenen Anlagen erzeugen, dass sie damit ganz München als erste Millionenstadt der Welt versorgen könnten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Onshore-Windkraft zu.

Nachhaltige Versorgung

Die SWM stehen seit Jahrzehnten für eine nachhaltige und sichere Versorgung Münchens und vieler Gemeinden mit Energie und Trinkwasser. Mit den SWM gewinnt die Kommune einen berechenbaren und seriösen Partner mit regionaler Verwurzelung und kommunalem Hintergrund. Anders als private Konzerne sind die SWM nicht der Gewinnmaximierung verpflichtet, sondern der Nachhaltigkeit. Ihr Ziel ist es, den Nutzen für die Bürger, den Wirtschaftsstandort München und die Region in Summe zu optimieren.

Die SWM sind das einzige Unternehmen in Bayern, das die gesamte Wertschöpfungskette Strom, Erdgas, Wasser und Fernwärme, auch den öffentlichen Personennahverkehr und energienahe Dienstleistungen bis hin zur Telekommunikation abdecken kann. In allen Feldern sind Kompetenzen vorhanden, die den Städten und Gemeinden in der Region zur

Verfügung gestellt werden können.

Über Jahrzehnte hinweg haben sich die SWM bereits als Partner der Kommunen bewiesen. In mehr als 40 Gemeinden sind sie im Rahmen von Erdgas- und Stromkonzessionsverträgen für die sichere Energieversorgung verantwortlich. Mit verschiedenen weiteren Kommunen haben die SWM gemeinsame Gesellschaften zur Wahrung der Daseinsvorsorge im Gemeindegebiet gegründet, wie die Gasversorgung Haar, die Gasversorgung Germering, die Gasversorgung Ismaning und das Regionalwerk Würmtal. Und auch beim Umwelt- und Klimaschutz sind die SWM einer der Vorreiter.

Bayern hat das größte (noch nicht genutzte) Windkraft-Potenzial in ganz Deutschland. Dieses werden die SWM gemeinsam mit interessierten bayerischen Kommunen erschließen. Dazu haben sie eine eigene Gesellschaft gegründet, die SWM Bayerwind. Ziel der SWM ist es, in Kooperation mit bayerischen Kommunen bis zum Jahr 2020 rund eine Milliarde Kilowattstunden Windstrom pro Jahr zu erzeugen. Mit dem flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes für Privatkunden, Selbstständige und kleinere Betriebe gehört München auch bei dieser Technologie zur Spitze der Großstädte in Europa. Auch von diesem umfangreichen Know-How können alle interessierten Kommunen und ihre Bürger profitieren.

Bayern hat das größte (noch nicht genutzte) Windkraft-Potenzial in ganz Deutschland. Dieses werden die SWM gemeinsam mit interessierten bayerischen Kommunen erschließen. Dazu haben sie eine eigene Gesellschaft gegründet, die SWM Bayerwind. Ziel der SWM ist es, in Kooperation mit bayerischen Kommunen bis zum Jahr 2020 rund eine Milliarde Kilowattstunden Windstrom pro Jahr zu erzeugen. Mit dem flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes für Privatkunden, Selbstständige und kleinere Betriebe gehört München auch bei dieser Technologie zur Spitze der Großstädte in Europa. Auch von diesem umfangreichen Know-How können alle interessierten Kommunen und ihre Bürger profitieren.

Ahmet Dogan/Mehring & Saur GmbH:

Wärme und Strom durch KWK

Kindergärten, öffentliche Schwimmbäder, Senioren-Wohnheime, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude: Alle Einrichtungen müssen mit Strom und Wärme versorgt werden. Um ständig steigenden Energie- und Stromkosten zu entgehen, empfiehlt es sich nach Darstellung von Vertriebsleiter Ahmet Dogan, auf das primus Mini-BHKW von Mehring & Saur in Aschheim/Dornach zu setzen.

Das primus Mini-BHKW erzeugt nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung gleichzeitig Strom und Wärme. Die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme wird direkt zum Heizen und der Warmwasserbereitung genutzt.

Herzstück des primus ist ein Gas-Verbrennungsmotor, der einen Generator zur Stromerzeugung antreibt. Die mechanische Energie des Motors wird vom Generator in Strom umgewandelt. Der produzierte Strom geht in das Hausstromnetz, nicht verbrauchter und damit überschüssiger Strom wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die Abwärme des Motors wird einem Plattenwärmetauscher zugeführt und dient zur Warmwasserbereitung. So wird die eingesetzte Energie doppelt genutzt.

Ein Pufferspeicher nimmt das durch den Wärmetauscher erhitzte Wasser auf. Er ist an das Heiz- und Brauchwassersystem angeschlossen und dient dem Heizen und zur Warmwasserbereitung.

Standardmäßig ist das primus mit einem Fernwartungsmodul (GSM oder Internet/Ethernet) ausgestattet - Die Software „primus connect 1.0“ greift hier über die genannten Schnittstellen auf die Anlage zu und kann als Fernwartungstool oder zur Fehleranalyse genutzt werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit über USB-Anschluss am primus die Software als komfortables Inbetriebnahmetool zu nutzen. Die Software ist von ihrem Aufbau und Handling dem Bedienpanel nachempfunden und kann direkt ohne weitere Kenntnisse intuitiv bedient werden.

Die Grundmodule der A-TRON MINI BHKW bestehen aus einem elektronisch geregelten Volkswagen-Industriemotor mit gekoppeltem Asynchrongenerator (wassergekühlt) zur Stromerzeugung im Netzparallelbetrieb und einer bedienerfreundlichen, hochintelligenten ATROMATIC-Steuerung. Diverse Systemkomponenten, wie z. B. Kupplung, Kurbelwellengehäuse-Entlüftung, Gasregelstrecke, Primärkühlwasserkreislauf und hoch entwickelte Sicherheitssysteme sorgen für höchste Betriebs- und Wartungsfreundlichkeit.

Ihren erfolgreichen Einsatz gefunden haben die BHKW bereits am Memmingerberg, im Ludmilla-Wohnpark, der von der Hochschule München und der TU Dresden als Forschungsprojekt

betreut wird sowie in einem Hotel in Friedrichroda.

Nach Dogans Informationen erhält der Anlagenbetreiber seit 2009 den KWK-Zuschlag nicht nur für den in das allgemeine Stromnetz ausgepeisten KWK-Strom, sondern auch für den selbst genutzten Strom. Nach dem Energiesteuergesetz, das am 1. April 2012 in Kraft getreten ist, erhalten kleine BHKW-Anlagen unter 2 MW für den Brennstoffbezug der KWK-Anlage keine Energiesteuererückstattung mehr.

Dogan: „Ein zu spät gestellter Verlängerungs-Antrag der beihilferechtlichen Ausnahmeregelung bei der EU-Kommission bringt unnötige Unruhe in den KWK-Markt. Diese Regelung wurde von der EU-Kommission am 13. Februar 2012 als zulässige staatliche Beihilfe bis zum 31. März 2012 gewährt. Da über den im Oktober 2011 eingereichten Verlängerungsantrag seitens der EU-Kommission noch nicht entschieden wurde, hat nun das Bundesministerium der Finanzen einen - vorläufigen - Bearbeitungs- und Auszahlungstopp verfügt.“

Erfreulich sei, dass Mini-KWK-Anlagen bis 20 kW seit 1. April 2012 wieder einen Investitionszuschuss vom Bundesumweltministerium erhalten. Die Fördersätze werden kumuliert, die maximale Fördersumme liegt bei 3.500 Euro. Voraussetzung ist u. a. eine Primärenergieeinsparung von mindestens 15 % bei Anlagen kleiner 10 kWel sowie von mindestens 20 % bei Anlagen ab 10 kWel. Zudem muss sich der Förderungsempfänger verpflichten, die Anlage mindestens 7 Jahre zu betreiben und jährlich die Betriebsdaten an die BAFA zu übermitteln.

Rundum-Sicherheit für den Kunden bietet exklusiv „die einzigartige primusVOLL-VERSICHERUNG“, die nur das Mehring & Saur-Fachzentrum anbietet. Sicherheit wird gewährleistet durch einen MST-Voll-Wartungsvertrag für MINI-BHKWs und die MST-VOLL-Garantie-Versicherung bis zu 5 Jahren mit maximal 40.000 Betriebsstunden bzw. 10 Jahren mit maximal 80.000 Betriebsstunden oder mit dem MST-Finanz-Contracting-Partner mit bis zu 15 Jahren Voll-Garantie und Voll-Service – positive Nutzerwertung vorausgesetzt auch für komplette Heizanlagen. **DK**



Intensiver Gedankenaustausch bei GGSC.

Dr. Thomas Reif/Kanzlei Gaßner, Groth, Siederer & Coll.:

Finanzierung und Fördermittel

Die Kanzlei GGSC hilft Kommunen und Privatinvestoren (erneuerbare) Energieprojekte zu initiieren und umzusetzen. Versorgungsunternehmen zu gründen und zu betreiben, bestehende Versorgungsunternehmen um weitere Sparten zu erweitern (z. B. regenerative Stromproduktion oder Wärmeversorgung) und Versorgungsstrukturen optimal (neu) zu gestalten. „Wir unterstützen dabei in allen betriebswirtschaftlichen und unternehmensorganisatorischen Fragen und rechtlichen Themen und helfen bei Projektfinanzierung und Fördermitteln“, stellte Dr. Thomas Reif fest.

In acht Jahren erfolgreicher Finanzierung kommunaler umgesetzter oder in der Umsetzung befindlicher Energieprojekte mit Verantwortung bzw. Unterstützung des Teams von GGSC wurde ein Investitionsvolumen von über 300 Mio. Euro erreicht. Die Bankenfinanzierung beläuft sich auf ca. 200 Mio. Euro, während KfW-Tilgungszuschüsse (KfW Premium) mit ca. 50 Mio. Euro zu Buche schlagen. Zahlreiche weitere Projekte seien auf dem Weg zur Umsetzung.

Die grundsätzlich eigenkapital- oder bürgerschaftslastige Finanzierung von kommunalen Energieprojekten hat sich nach Reifs Darstellung nicht grundsätzlich geändert, jedoch existiert mit dem Anstalts-

modell eine eigenkapitalschonende Alternative im Kommunalbereich, die ggf. auch für PPP-Projekte nutzbar ist.

Träger („Gesellschafter“) der Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) sind nur Kreise, Bezirke und Gemeinden. Diese sind berechtigt, allein oder gemeinsam AöR's zu errichten oder bestehende Betriebe umzuwandeln - jedoch nicht in allen Bundesländern und nicht stets mit Gewährträgerhaftung. Die Kommune überträgt die öffentliche Aufgabe an die AöR. Daraus ergeben sich folgende haftungsrechtliche Folgen: Die Kommune verpflichtet sich, zur Aufgabenerfüllung der AöR die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen

und die Kommune haftet für die Verbindlichkeiten der AöR subsidiär und unbegrenzt. Typischer Einsatzzweck ist die staatliche Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Daseinsvorsorge.

Aus Sicht der Kommunen weist das Anstaltsmodell folgende Vorteile auf:

- Kein Genehmigungsverbehalt bei der Kreditaufnahme zur Projektfinanzierung, nur Anzeigepflicht gegenüber der Kommunalaufsicht bei der Anstaltsgründung.
- Reduzierte Eigenkapitalanforderungen
- Hohe Kreditwürdigkeit, günstige Darlehenskonditionen
- Das „Beste“ aus zwei Welten: Flexible Strukturen/Entscheidungsfindung wie im Zivilrecht sowie Dienstherrenfähigkeit/Anschluss- und Benutzungszwang möglich.

Die Tatsache, dass Verbindlichkeiten der AöR nicht solche der Kommune sind, aber Verbindlichkeiten der Kommunalaufsicht in der Schuldenübersicht anzuzeigen sind und entsprechende Auswirkungen auf die Würdigung der Finanzsituation ungeklärt sind, zählt zu den offenen Fragen bzw. Her-

ausforderungen des Modells ebenso wie der Umstand, dass der Maßstab für die angemessene Ausstattung des AöR mit Eigenkapital offen ist. Eine weitere Herausforderung besteht in der Notwendigkeit, die Haftung der Kommune für typische Projektrisiken trotz der Gewährträgerhaftung („persönliche Haftung“) zu begrenzen. Und: Leitet die Finanz-AöR innerhalb des „Kommunalkonzerns“ Finanzmittel weiter, ist das KWG zu prüfen, wobei im rein intrakommunalen Bereich regelmäßig kein Bankgeschäft vorliegt (abstimmen mit BaFin!).

Reif zufolge existiert speziell bei Geothermieprojekten mittlerweile eine „standardisierte“ Projektfinanzierungsoption nach Abschluss der Bohrungen. Außerdem nimmt die Fündigkeitsversicherung dadurch im Bereich der Finanzierung die Funktion bzw. Bedeutung ein, die man von ihr schon 2004 erhofft hatte. Reifs Prognose: „Die Finanzierung der kommunalen Energiewende wird sich mit jedem erfolgreichen Projekt weiter verbessern. Geduld heißt das Zauberwort!“ **DK**



SWM: Ihr Partner für zukunftsfähige Lösungen.

Die SWM sind bereits heute Vorreiter bei den erneuerbaren Energien. Und wir haben uns ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Mit unserer Ausbauoffensive Erneuerbare Energien wollen wir München bis 2025 zur weltweit ersten Millionenstadt machen, deren gesamter Strombedarf mit grünem Strom aus eigenen Anlagen gedeckt werden könnte. Unseren Kunden bieten wir mit M-Ökostrom und M-Ökogas preiswerte und ökologisch wertvolle Angebote. Darüber hinaus verwirklichen die SWM bedeutende Zukunftsaufgaben, wie den Ausbau der umweltschonenden Fernwärme und des modernen Glasfasernetzes. Weitere Informationen über Ihren Partner für Infrastruktur-Lösungen finden Sie unter www.swm.de.

M-Wasser

M-Bäder

M-Strom

M-Fernwärme

M-Erdgas

Studiengang „Master Public Management“:

Von doppeltem Nutzen

In den öffentlichen Verwaltungen wächst der Bedarf an ganzheitlichen Strategien, unternehmerischer Denkweise und moderner Personalführung. Die Beschäftigten in den Rathäusern und Landratsämtern müssen ständig ihr Wissen erweitern. Die Hochschule Deggendorf und die Hofer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern haben darauf mit einem neuen Studiengang reagiert.

Verwaltungsmitarbeiter aus ganz Bayern nahmen im März 2010 ihr Zusatzstudium „Master Public Management“ auf. Dieses vier Semester dauernde Programm wird ab Oktober 2012 bereits zum dritten Mal angeboten.

Zur ersten Studiengruppe, die sich nunmehr über ihren Masterabschluss freuen kann, zählt der Kämmerer der Stadt Haßfurt und Prokurist der Städtische Betriebe Haßfurt GmbH, Wolfgang Hömer. In zwei Jahren hat er sich nebenberuflich dem Studiengang „Public Management“ gewidmet und erhielt jetzt durch Bürgermeister Rudi Eck offiziell die Urkunde überreicht. Damit ist der 49-Jährige ausgewiesener Finanzfachmann.

Erweitertes Blickfeld

Wie Wolfgang Hömer im Interview betont, erweitere das Studium das eigene Blickfeld ganz enorm. Naturgemäß sei er als Kämmerer (und früherer Finanzbeamter) bislang sehr auf das Thema „Finanzen“ mit all seinen Facetten fixiert gewesen. Doch zur Steuerung moderner Kommunen seien künftig die Kenntnisse vieler unterschiedlicher Bereiche sowie der Instrumente zur erfolgreichen Umsetzung der Veränderungsprozesse erforderlich. Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung benötigten mehr denn je das notwendige Rüstzeug für ihre vielfältigen Aufgaben.

Unterstützung der Stadt

Die Stadt Haßfurt habe ihn, so Hömer, bei diesem Studium sehr unterstützt. Dies hänge mit dem schlanken Personalkörper zusammen, mit dem die Stadt arbeite. Ständig müsse deshalb in die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter investiert werden. Lebenslanges Lernen dürfe natürlich nicht beim Sachbearbeiter aufhören. Auch die Amtsleiter müssten sich regelmäßig intensiv weiterbilden, wobei hier zum Fachwissen noch weitere Bereiche wie zum Beispiel die Personalführung, hinzukommen. „Da ich mein erlerntes Wissen nicht für mich behalte, sondern im Hause, soweit möglich und sinnvoll, weitergebe, profitiert auch mein Arbeitgeber.“

Als positiv erachtet Hömer, dass er für nahezu alle seine Studienarbeiten Themen mit lokalem Bezug auswählen konnte. Dies

brachte ihm auch Vorteile, da im täglichen Geschäftsgang die Zeit zur intensiven Auseinandersetzung mit einem Einzelthema oftmals fehlt. So hat er zum Beispiel eine Investitionsrechnung für ein großes städtisches Neubauprojekt durchgeführt, ein bereits umgesetztes Projekt (Bauhofmanagement) rückblickend kritisch untersucht und die europäischen Fördermöglichkeiten für noch umzusetzende Maßnahmen diskutiert.

Fachliteratur und Studienarbeiten

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, „dass das Master-Studium bei weitem kein Zuckerschlecken und nicht so einfach nebenher abzuwickeln ist“. Neben dem Lernen und Lesen von Fachliteratur hätten gerade die Studienarbeiten breiten Raum eingenommen.

Auf die Frage nach dem größten Unterschied zwischen seinem Erststudium (Diplom-Finanzwirtschaft) und dem Weiterbildungsstudium Master Public Management meint Hömer: „Dieser liegt mit Sicherheit darin, dass es sich damals um ein Vollzeitstudium gehandelt hat, während nun der Beruf seine Zeit forderte. Außerdem war mein Erststudium sehr auf Steuerrecht und Buchführung ausgerichtet, während das Master-Studium doch ein wesentlich breiteres Themenspektrum abdeckte.“

16 Fächer

Themen wie europäischer Einfluss auf das Kommunalmanagement, Parteilichkeitsmanagement, Personalmanagement und Kommunikation sowie Projektmanagement hätten ihn von den insgesamt 16 Fächern sehr interessiert, berichtet der Absolvent. Seine Masterarbeit trägt den Titel „Möglichkeiten der finanziellen Bürgerbeteiligung an kommunalen Projekten zur Erzeugung regenerativer Energien am Beispiel einer Windkraftanlage“. Dieses Thema habe er gewählt, „weil es für unseren Landkreis und die Stadt Haßfurt von großer aktueller Bedeutung ist“, erklärt der frischgebackene Master. Jeder Bürger sollte schließlich die Chance bekommen, sich an Windkraftanlagen zu beteiligen.

Dass Wolfgang Hömer das Studium überhaupt in Angriff genommen hat, begründet er zum einen mit der Suche nach einer

neuen Herausforderung. Zum anderen hätten ihm aber auch die rechtlichen Grundlagen der inneren Verwaltung für seine Tätigkeit als Kämmerer gefehlt und drittens habe die Umstellung der Finanzverwaltung der Stadt Haßfurt auf das Doppik-System eine

Dr. Stefan Detig/LKC Rechtsanwälte:

Wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Erfolg gestalten

Die Zusammenarbeit von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern aus der LKC-Gruppe ermöglicht eine umfassende und dauerhafte Beratung. Wie Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig erläuterte, präsentiert sich der Unternehmensbereich Kommunalberatung als erfahrener und kompetenter Partner für öffentliche Einrichtungen und private Investoren.

Schwerpunkt bildet die Beratung kommunaler Gebietskörperschaften in Angelegenheiten des öffentlichen Wirtschafts-, Energie- und Steuerrechts. „Wir unterstützen Kommunen in allen Fragen der Organisation, Investition und Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, u. a. bei Geothermie- und Windkraftprojekten“, so der ehe-



Dr. Stefan Detig.

malige erste Bürgermeister von Pullach und jetzige Gemeinderat und Finanzreferent.

Erfahrungen aus der Praxis zeigen Detig zufolge, dass zunächst der Idee oder dem Antrag aus Bürgerschaft oder Gemeinde-/Stadtrat beispielsweise zum Bau von Windrädern zunächst mit Begeisterung und Euphorie begegnet wird. Nach der Diskussion über die richtige Rechtsform werde ein Blick in die Rücklagen geworden. Das Thema Bürgerbeteiligung gehe einher mit einer hohen Erwartungshaltung und entsprechendem politischen Druck. Ein Gespräch mit möglichen Partnern könne so manche Überraschung über Konditionen der Kooperation mit sich bringen. Nicht selten seien lang-

zusätzliche Ausbildung geradezu erforderlich gemacht.

„Jeder Arbeitgeber kann sich freuen, wenn seine Mitarbeiter sich fortbilden“, meinte Bürgermeister Eck bei der Überreichung der Urkunde über den erfolgreich abgelegten Studiengang. „Ich rechne es Wolfgang Hömer hoch an, dass er sich weiterentwickeln wollte und so unglaublich viel Freizeit geopfert hat. Denn unsere Verwaltung braucht solche Leute für die Zukunft.“ DK

wierige Diskussionen an der Tagesordnung, bei denen wirtschaftlich Denkende zu „Bremsern“ abgestempelt würden. Um derartige Situationen zu umgehen, gibt es kein Patentrezept, machte Detig deutlich. Freilich sei ratsam, zunächst die individuelle örtliche Situation zu beachten und keinesfalls die Projekte anderer Gemeinden zu kopieren. Erfolgreiche örtliche Konzepte sollten genutzt und Ziele definiert werden. „Wirtschaftlicher Erfolg ist gut, kommunalpolitischer Erfolg ist besser“, so Detig. Anzustreben sei eine 100 %ige kommunale Trägerschaft.

Um eine erfolgreiche Kommunal- und Energiewirtschaft betreiben zu können, müssten die Disziplinen Recht, Steuern, Technik und Betriebswirtschaft ineinandergreifen. Auch müsse der Faktor Mensch (Bürger, Mandatsträger, Geschäftsführung) beachtet werden. Daher empfahl Detig, das kommunalpolitische Thema frühzeitig aufzugreifen, eine interne Strategie zu entwerfen, zu agieren, um nicht (auf Bürger oder Investoren) reagieren zu müssen, die Bürger in bzw. unter ein kommunales Konzept einzubinden sowie Betroffene mittels Informationsveranstaltungen oder Ortsterminen zu Beteiligten zu machen. „Ein gutes Bauchgefühl bei Bürgern für den kommunalpolitischen Erfolg erzeugen“, laute die Devise.

Extrem wichtig sei es, einen Business Plan mit den Faktoren Technik, Investitionsrechnung, Finanzierung, Rechtsform, Partner und Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen, fuhr Detig fort. Während bei der Investitionsrechnung zwischen der statischen Methode (Amortisationsrechnung) und der dynamischen Methode (z. B. Kapitalwertmethode) zu unterscheiden sei, müsse beim Thema Finanzierung und gemeindliche Rücklagen darauf geachtet werden, dass das Eigenkapital (auch der Bürger) grundsätzlich teurer ist als Fremdkapital. Es biete sich an, Kommunalbürgerschaften zu bestellen, wobei diese unter Umständen in Brüssel notifizierungspflichtig seien. Und erst, wenn man Gewissheit darüber erlangt habe, dass das Projekt wirtschaftlich sinnvoll ist, sollte man sich um die Organisationsform kümmern, riet Detig.

Auch wies der Rechtsanwalt darauf hin, dass die Business Plan-Partner - Bürger, Energieversorger und dauerhafter Mitgesellschafter oder befristeter Dienstleister/Kapitalgeber - gegebenenfalls nicht über Jahrzehnte hinweg die gleichen Ziele wie die Gemeinde verfolgen. Detig: „Es gibt nicht unbedingt immer Partnerschaften auf Augenhöhe. Auch der kleinste Gesellschafter mit kleinem Anteil kann viel Ärger bereiten und hält einen möglicherweise vom operativen Geschäft ab. Deshalb: Bedenke am Anfang das Ende!“ DK

Christoph Markl-Meider/Ostwind:

Bürgerbeteiligung in (inter)kommunalen Windprojekten

Um die Energieversorgung der Zukunft ganz aus regenerativen Ressourcen zu gewährleisten, gilt es auch deren Potenziale optimal auszuschöpfen. Voraussetzung für ein Investment mit Gewinn und zentraler Erfolgsfaktor für energetisch und wirtschaftlich effiziente Projekte ist deshalb, dass nur geeignete Standorte ausgewählt und nur die besten gesichert werden.

Dem schließen sich eine fundierte Standortentwicklung und eine optimale Konfiguration der Windparks an – ausgehend von eigenen Windmessungen über das gesamte Genehmigungsverfahren bis hin zur Anbindung an das Stromnetz.

Enge Abstimmung

Gute Projekte werden von Beginn an in enger Abstimmung mit allen Beteiligten vor Ort und speziell zugeschnitten auf die jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten realisiert. Die in Regensburg, Straßburg und Prag ansässige Ostwind-Gruppe, ein mittelständisches Familienunternehmen,

beauftragt bevorzugt Firmen aus der Region mit der Bauausführung.

So bringen Windkraft-Projekte vor allem in Form kommunaler und interkommunaler Kooperationen frischen Wind in die regionale Energieversorgung. Sie beleben die lokalen Wirtschaftskreisläufe, schaffen Arbeitsplätze und ermöglichen heimische Wertschöpfung.

Die heimischen Energieträger - initiiert von klassischen Bürgerbeteiligungsgesellschaften, von Energiegenossenschaften, Stadtwerken oder kommunalen und interkommunalen Kooperationen - sind am schnellsten und am kostengünstigsten zu erschließen. Info: www.ostwind.de □

Michael Müller/Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V.:

Stärkere Nutzung vorhandener Querbauwerke

Wasserkraft ermöglicht die Erzeugung elektrischer Energie über Jahrzehnte hin, ohne übermäßige Unterhaltungs- und Wartungsaufwendungen. Wasserkraftanlagen haben seit jeher Dörfer, Städte und Landschaft geprägt. Sie sind identifikationsbildend.

„Vor dem Hintergrund, da man nicht weiß wie sich künftig übergeordnete Stromnetze in ihrer Stabilität entwickeln werden, ist es von Vorteil, dass mittels Kleinanlagen ein Notstromnetz mit Schwarzstart realisiert werden kann“, machte Michael Müller, Leiter eines Ingenieurbüros für Wasserwirtschaft und Tiefbau sowie ehrenamtlich engagiert in der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. und im Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke, deutlich.

Verbesserte Technik

In der Bevölkerung werden Wasserkraftwerke und zugehörige Wasserläufe sehr gut angenommen. Gerade in Siedlungsnähe baden Hunde, spielen Kinder, gehen Leute auch in „künstlichen“ Gewässern baden. „So übernimmt der Wasserkraftbetreiber auch öffentliche Aufgaben im positiven Sinne“, wie Müller bemerkte. Zudem habe sich die Technik in den vergangenen Jahren verbessert. Der Genehmigungsprozess sei zwar schwierig, „doch die Vorteile der heimischen, dezentralen Energieerzeugung überwiegen“. Widerstreitende Interessen ließen sich oft in wechselseitigen Win-Win-Lösungen verbinden.

In Bayern benennt das Landesamt für Umwelt 30.000 Querbauwerke. Noch 1920 existierten dort 12.000 kleine Wasserkraftanlagen, von denen heute nur noch 4.500 übrig sind. Die meisten Querbauwerke entstanden aus inzwischen stillgelegten Mühlen und Sägewerken. Müller: „Beim Gang durch unsere Dörfer und Städte kann man diese allorts finden. Dabei findet man manchmal auch denkmalschützerisch interessante, ästhetische Restgebäude und Reste von Wasserkraftanlagen. Im besiedelten Bereich kann man diese Querbauwerke oft nicht auflassen, weil ansonsten der Wasserhaushalt und die Sicherheit von Hausfundamenten gefährdet wären.“

Nach Ansicht des Ingenieurs ist es falsch, „wenn relativ pauschal kleine Anlagen die Wirtschaftlichkeit abgesprochen wird“. Bei findigem, sparsamem und engagiertem Wirtschaften sei auch die wirtschaftliche Nutzung von Kleinanlagen möglich.

In den letzten Jahrzehnten ha-

ben sich einige neue Techniken entwickelt, die gerade für Kleinanlagen im Niedergefällebereich, also für die Nutzung der überwiegenden existierenden Querbauwerke, gute Möglichkeiten bieten. Müller nannte in diesem Zusammenhang die Renaissance des Wasserrades und die Wasserkraftschnecke. Die Schnecken seien inzwischen standardisiert. Sie ermöglichen relativ unschädlich das Abwandern von Fischen. Ihr großer Vorteil ist, dass sie Baukosten sparen. Die Schnecken werden zumeist mit einem Stahlerinne einbaufertig vorkonfektioniert. Vertiefungen des Auslaufes, wie sie die Saugschläuche von Turbinen benötigen, entfallen, und damit kostenkräftige Tiefbaumaßnahmen.

Aber auch existierende Maschinenbauteile können optimiert werden, wie z. B. eine geheberte Turbine, wo zur Kostenersparnis lediglich das Laufrad gesteuert wird. Auch im elektrischen Bereich wird mit drehzahlvariablen Generatoren, mit Permanentmagnet-Generatoren experimentiert, damit das Getriebe wegfallen kann, und als Nebeneffekt auch dessen Schallemissionen. Neue Elektrotechnik kann in vielen Fällen der bestehenden Anlagen eine 5 bis 20 % höhere Energieausbeute erzeugen.

Üblicherweise fügt sich die Wasserkraftnutzung problemlos in die Umgebung ein. Schwierige Verhältnisse können jedoch bei Altsubstanz und Umnutzung entstehen. Wer Querbauwerke nutzt, muss nach heutigen Maßgaben der Wasserhaushaltsgesetze Umgehungsgerinne und Durchgängigkeit herstellen. Dabei muss nicht unbedingt viel Wasser „verloren gehen“. Größere Fallhöhen können mit beckenförmigen Pässen umgangen werden. Dabei sind laut Müller stets Belange des Hochwasserschutzes mit zu bedenken.

Derzeit ist ein Wasserkraft-Leitfaden in der Entwicklung, der versucht, „die oft eigenwilligen Interpretationen der Behörden im Sinne der Energiegewende pro Wasserkraft“ einzuordnen. Müller erachtet es als wichtig, „dass Antragsteller und Planer aktiv bei allen Beteiligten für ihr Projekt werben, es erklären und versuchen, einen Konsens abzustimmen und Probleme durch Diskussionen aus dem Weg zu schaffen“. DK



HOCHSCHULE
DEGGENDORF
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES



Master Public Management

Sie haben in Ihrer Kommune viel vor.

Von Energiewende bis Bürgerbeteiligung, von Gebührenkalkulation bis Kommunalunternehmen, von Mitarbeitermotivation bis Personalentwicklung.

Das Master-Studium Public Management macht Sie dafür fit. Sie erhalten Input für Ihre aktuellen beruflichen Themen und trainieren konzeptionelles Arbeiten.

Damit bringen Sie sich und Ihre Kommune noch besser voran.

- ✓ Voraussetzung: Erststudium und mind. 2 Jahre Berufserfahrung
- ✓ berufsbegleitend am Wochenende
- ✓ Studienbeginn im Oktober 2012 (dritter Durchgang seit 2010)



Investitionsimpulse für die Energiewende

Zwei neue Förderprogramme der LfA Förderbank Bayern

Ab sofort stehen zwei neue Förderprogramme der LfA Förderbank Bayern zur Verfügung, um die Energiewende weiter voran zu treiben.

„Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist der Umbau unserer Energieversorgung. Allein der Freistaat investiert in den kommenden fünf Jahren über eine Milliarde Euro für Klima- und Energieprojekte. Gefordert sind bei dieser Herkulesaufgabe aber auch Unternehmen und Kommunen. Deshalb haben Staatsregierung und LfA mit dem Investivkredit Energie und dem Infrakredit Energie zwei neue, starke Darlehensprogramme aufgelegt, um gezielt Investitionen im Energiebereich anzuschließen“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister und LfA Verwaltungsratsvorsitzender Martin Zeil.

Förderlücke geschlossen

„Bayern kann als Land der soliden Finanzen den Aufbruch in ein neues Energiezeitalter kraftvoll fördern. Die beiden Programme sind ein Teil dieses Konzepts. Sie schließen eine Förderlücke zu den in Bayern und beim Bund bestehenden Programmen. Dies fügt sich in den Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 nahtlos ein“, sagt Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder. „Mit dem Investivkredit Energie sprechen wir kleine und mittlere Unternehmen an. Damit können zum Beispiel effiziente Maschinen, Anlagen zur Wärme- oder Kälterückgewinnung, stromsparende Beleuchtungen oder auch Strommanagementsysteme finanziert werden“, erläutert Zeil. Der Darlehenshöchstbetrag beläuft sich auf eine Million Euro. Der Finanzierungsanteil des Kredits beträgt bis zu 80 Prozent. Gefördert werden Vorhaben bis maximal 12,5 Millionen Euro.

Zinsgünstige Kredite

LfA Chef Dr. Otto Beierl betont: „Wir fördern die Energiewende in Bayern mit zwei äußerst zinsgünstigen Krediten. Denn für Mittelstand und Kommunen gilt: Wer in Energieeffizienz und umweltfreundliche Energieträger investiert, hat unmittelbare Kostenvorteile. Überdies verbessern die geförderten Investitionen die Wettbewerbsposition von Unternehmen nachhaltig, bringen den Kommunen wichtige Standortvorteile und dienen nicht zuletzt einer sauberen Umwelt.“

Der Infrakredit Energie richtet sich an Kommunen, rechtlich selbstständige kommunale Eigenbetriebe sowie kommunale Zweckverbände. „Mit diesem neuen Förderinstrument wollen wir den Kommunen unter die Arme greifen, um ihre kommunale Infrastruktur auf den energietechnisch aktuellen Stand zu bringen“, unterstreicht Zeil. Finanziert werden Maßnahmen zur Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger.

„Gerade bei der Stadtbeleuchtung besteht ein erhebliches Potenzial zur Energieeinsparung. Ich appelliere an die Kommunen, dieses Förderangebot zu nutzen und ihre Infrastruktur zu modernisieren“, bekräftigt der Wirtschaftsminister. Der Darlehenshöchstbetrag beläuft sich auf vier Millionen Euro. Der Finanzierungsanteil eines Projekts kann dabei bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten betragen. □

Ecolohe AG:

Energie aus Biomasse

Es gibt viele vorstellbare Wege zur nachhaltigen Energiewirtschaft. Ein wichtiger Baustein im zukünftigen Energiemix ist die Biomasse. Dabei kommt es auf nachhaltige und effektive Lösungen an. Zur optimalen Nutzung braucht es Fachwissen, technisches Know-how und Sensibilität im Umgang mit der Natur, denn auch dieser Energieträger hat begrenzte Ressourcen. Die Ecolohe AG mit Sitz in Bad Aibling unterstützt und fördert diese Entwicklung.

Ecolohe projektiert und betreut den Bau oder die Sanierung von Biogasanlagen mit innovativer Fachkompetenz und langjähriger Erfahrung. Das Unternehmen unterstützt bei Finanzierungsvorhaben und dem Betrieb von Biogasanlagen. Außerdem berät es darüber, wie die Abwärme von Biogasanlagen gewinnbringend zur Trocknung von Holzhackschnitzeln verwendet werden können.

Optimaler Nutzungsgrad

Ecolohe vertreibt und betreibt eine schlüsselfertige Heizhauslösung, die auf einem 500 kW Biomassekessel basiert. In Verbindung mit Nahwärmenetzen wird ein optimaler Jahresnutzungsgrad erreicht. Das gewährleistet bei geringsten Emissionen eine energieeffiziente Versorgung der Wärmeverbraucher. Die Heizikone ist so konzipiert, dass sich die Anwendung erneuerbarer Energien architektonisch attraktiv in die Umgebung einfügt.

Ecolohe-flokets® sind die umweltfreundliche Alternative zu fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas, aber auch aus ökonomischer

Sicht zu ungetrockneten Hackchnitzeln, Pellets.

Die Vorteile im Überblick:

- Heizwert vergleichbar Pellets
- Normierte Qualität durch zertifizierte Überwachung
- Hoher Anwendungskomfort
- Erheblich reduzierte Emissionen und Rußbildung
- Unbegrenzte Lagerfähigkeit (Kein Schimmelpilz-Befall)
- Geringer Wirkungsgradverlust im sommerlichen Schwachlastbereich
- Versorgungssicherheit durch regionales Ressourcen- und Lieferantennetzwerk
- Durch die technische Trocknung wird die Abwärme aus Biogas-BHKW gespeichert.

Heimvorteil

Ecolohe-flokets® haben einen entscheidenden Heimvorteil: Getreu dem Motto „Aus der Region, für die Region“ werden Lieferwege über 50 Kilometer vermieden. Ziel des Unternehmens ist es, dem Markt ein neues, zeitgemäßes und dezentral organisiertes Brennmaterial-Konzept anzubieten. **DK**



Sachkundige Informationen bei der LfA Förderbank Bayern. □

Infrastrukturfinanzierung mit der LfA Förderbank Bayern

Die LfA Förderbank Bayern, gegründet 1951, ist die staatliche Spezialbank für eine umfassende Wirtschaftsförderung in Bayern. Ihre Kernkompetenz liegt in der Finanzierung von mittelständischen Unternehmen und Gründern in Bayern. Da für den Wirtschaftsstandort Bayern eine leistungsfähige Infrastruktur unerlässlich ist, unterstützt die LfA auch Kommunen bei ihren Investitionsvorhaben.

Neuer Förderkredit

Mit dem Infrakredit Energie fördert die LfA Kommunen bei der Bewältigung der Energiewende mit einem attraktiven, langfristigen Darlehensangebot. Finanziert werden folgende Investitionen in die kommunale Infrastruktur:

- Allgemeine Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger
- Energieeffiziente Stadtbeleuchtung, sofern ein Dritter Eigentümer bzw. Miteigentümer der Beleuchtungsanlage ist.

Zinsgünstiger Infrakredit Kommunal

Mit dem Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern steht Kommunen eine attraktive, langfristige Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung. Der Infrakredit Kommunal wird zinsgünstig von der KfW refinanziert und zusätzlich von der LfA Förderbank Bayern zinsverbilligt. Gefördert werden folgende Investitionen in die kommunale Infrastruktur Bayerns:

- Verkehrsinfrastruktur (einschließlich Öffentlicher Personennahverkehr)
- Ver- und Entsorgung (inkl. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung)
- Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten, einschließlich Aufwendungen für Grunderwerb (nur nicht umlagefähige Kosten)
- Energieeinsparung und Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger soweit nicht im Infrakredit Energie förderfähig
- Touristische Infrastruktur
- Wissenschaft, Technik, Kulturpflege
- Aufwendungen lokaler Mikrofinanzierer für den Auf- und Ausbau der betrieblichen Infrastruktur in der Kommune.

Speziell: Infrakredit Tiefengeothermie

Mit dem Infrakredit Tiefengeothermie ermöglicht der Freistaat Bayern über die LfA die günstige Finanzierung von Wärmenetzen, in die überwiegend Wärme aus Tiefengeothermieanlagen eingespeist wird. Hierbei ist sowohl die Neuerichtung als auch die Erweiterung bereits bestehender Wärmenetze förderfähig. Gefördert werden gewerbliche Unternehmen, kommunale Gebietskörperschaften, kommunale Eigenbetriebe sowie kommunale Zweckverbände in Bayern.

Neben den Investitionskosten für die Errichtung eines Wärmenetzes werden auch die Kosten für eine Erweiterung (Hauptanbindungsleitung, Hausübergabestation und Hausanschlussleitungen

abzgl. Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenbeiträge) finanziert. Der Zuwendungsempfänger kann zwischen einem Investitionszuschuss oder einem Zinszuschuss zur Verbilligung eines von der LfA auszureichenden Darlehens wählen.

Die Förderung beträgt im Wärmeabsatzbereich

- 0,5 bis 1,5 MWh bis zu 60 EUR
- 1,5 bis 3,0 MWh bis zu 40 EUR je Meter Trassenlänge, wobei sich der Förderhöchstbetrag auf 1,5 Mio. EUR pro Vorhaben beschränkt. □

Joachim Payr/Energiewerkstatt Consulting GmbH:

Die Gemeinde als Windparkbetreiberin

„Jede eingesparte Kilowattstunde an Energie muss nicht erzeugt werden“ – das ist der Leitgedanke der Energiewerkstatt (EWS) Consulting GmbH mit Sitz im oberösterreichischen Munderfing. „Der Umstieg auf Windenergie in Kombination mit Sonne, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie führt in eine sinnvolle Energiezukunft“, konstatierte Geschäftsführer Joachim Payr. Das erklärte Ziel dabei sei es, in 30 Jahren zu 100 Prozent erneuerbare Energie zu erzeugen.

„Wir denken in Generationen“, so Payr. Beim Schwerpunkt Windenergie handle die EWS nach dem Motto „alles aus einer Hand“. So haben die Kunden nur einen Ansprechpartner. EWS betreut Projekte von der Standortsuche bis zur Fertigstellung in ganz Europa und in Übersee.

Ein weiterer Schwerpunkt des EWS-Tätigkeitsfeldes ist der Energiebaukasten® mit Modulen von der EWS Consulting, beginnend bei der Finanzierung über einzelne Erhebungen (Energieverbrauch, Einsparpotenzial) bis hin zur Erstellung des Programms „100 % erneuerbare Energie in 30 Jahren“ und der Umsetzung von Energiesparen und Energiegewinnung.

„Damit kann eine Energiewende in den Gemeinden funktionieren“, erklärte Payr. Das Konzept dazu kommt von den Bürgern der einzelnen Gemeinden selbst, die Anleitung von EWS. Auf Basis der bereits vorhandenen Energieträger wird mit Projekten, Aktivitäten und gezielten Maßnahmen gemeinsam der neue Weg zu erneuerbarer Energie eingeschlagen.

Konkret ist der Energiebaukasten® ein Werkzeug für Gemeinden zur Erstellung eines individu-

ellen Energiekonzepts. Er eignet sich am besten für Gemeinden mit bis zu 3.000 Einwohnern. Ein wesentlicher Bestandteil ist die transparente Kommunikation im Vorfeld eines Energieprojekts sowie der professionelle Umgang mit der Öffentlichkeit. Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft sowie Behörden, Anwohner und die Presse werden bereits ab Projektbeginn informiert und einbezogen. Die einzelnen Aktivitäten reichen von Informationen zum erfolgreichen Projektstart bis zur Eröffnungsfeier der neuen Energieanlage.

Die Gemeinde Munderfing hat als erste Gemeinde Österreichs ein Energiekonzept mit Hilfe des Energiebaukastens® entwickelt und schrittweise umgesetzt. 2005 nahmen die Bürger die Energiewende dort selbst in die Hand. 2008 hat Munderfing die Auszeichnung „Klimaschutzgemeinde“ erhalten. Bereits Ende 2008 hatte die knapp 2.800 Einwohner zählende Gemeinde im Bezirk Braunau alle Energieziele erreicht, die innerhalb von fünf Jahren umgesetzt sein mussten und weitere geplant. So soll unter anderem 2013 der Bau einer Bürgerwindpark erfolgen. **DK**

ENERGIE

Ohne uns fehlt Ihnen was.

LfA FÖRDERBANK BAYERN

Wir fördern die Energiewende – für die Zukunft Bayerns.

Sie investieren in Energieeinsparung oder umweltfreundliche Energieträger? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de

juwi Bio GmbH baut „Energiepark Göllheim“:

Klimaschonendes Vorzeigeprojekt

Erste Einspeiseanlage ohne CO₂-Ausstoß
Saubere Energie für über 1.700 Haushalte

Göllheim/Wörrstadt. Auch Gutes kann noch verbessert werden. Das beweist juwi, der Wörrstädter Projektentwickler für erneuerbare Energien, mit seinem neuen Konzept für die geplante Einspeisebiogasanlage in Göllheim. Statt einem konventionellen grünen Kraftwerk will die juwi Bio GmbH einen kompletten Energiepark bauen. Auf einem gerade Mal 3,85 Hektar großen Gelände werden neben der Biogaserzeugung aus in der Region angebauten Substrat-Pflanzen auch Sonnenstrom und Windkraft genutzt. „Durch den Mix dieser nachhaltigen Energieerzeugungsformen entsteht ein klimaschonendes Vorzeigeprojekt, das in Deutschland bisher einzigartig ist“, freut sich juwi Bio-Geschäftsführer Gerd Kück.

Herzstück bleibt auch beim neuen „Energiepark Göllheim“ eine Biogasanlage. In ihren Fermentern werden in der Umgebung angebaute Mais, Zuckerrüben und Hirse, aber auch Grasschnitt zu Biogas vergoren. Das wiederum wird nicht wie sonst üblich in einem Blockheizkraftwerk in Strom und Wärme umgewandelt, sondern von seinem CO₂-Anteil befreit und als reines Methan in das lokale Erdgasnetz eingespeist.

Bei dieser Reinigung ist Projektmanager Aleksey Atanasov und seinem juwi Bio-Team eine technologische Revolution gelungen: „Wir trennen Methan und CO₂ mit einem Membran-Cryogen-Verfahren“, erklärt Atanasov die neue, aber bereits praxiserprobte Technik. „So erhalten wir beide Gase in höchster Reinheit.“ Und das ist gut für die Umwelt und für's Geschäft.

Technologische Revolution

Das abgetrennte CO₂ – ein klimaschädliches Treibhausgas – wird nicht mehr einfach in die Luft geblasen, sondern kann als Rohstoff für die Herstellung von Trockeneis verwertet werden. Eine Produktionsanlage inklusive Lager ist Teil der neuen Planungen. Doch das allein macht die Göllheimer Anlage noch nicht zum Vorzeigeprojekt. „Wir werden unseren gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen decken“, sagt juwi Bio-Geschäftsführer Gerd Kück. Mit Photovoltaik auf den Gebäudedächern, einem kleinen Blockheizkraftwerk mit ORC-Modul, das auch die 650 Grad heißen Abgase nutzt, sowie einem eigen-

nen Windrad mit drei Megawatt Leistung.

Der Energiepark Göllheim wird auch in Sachen Effizienz Maßstäbe setzen. Dafür sorgt ein ausgeklügeltes elektronisches Schaltsystem, das die je nach Sonnenschein und Windstärke anfallende Energie zur Deckung des Eigenstrombedarfs nutzt oder als EEG-Strom in das Netz einspeist.

Leuchtturmprojekt

Zum „Leuchtturmprojekt“ für das Zusammenwirken verschiedener Formen der erneuerbaren Energien wird der Energiepark Göllheim durch ein revolutionäres Konzept zur Speicherung überschüssiger Energie. Nicht mit teuren Batterien oder aufwendigen Pumpwasserspeichern soll in Göllheim in wenigen Jahren erneuerbare Energie „konserviert“ werden, sondern durch eine geniale „Power-to-Gas“ genannte Methode. Bei ihr wird ganz normales Leitungswasser (H₂O) mit Hilfe von Wind- oder Solarstrom in seine Bestandteile Wasserstoff (H₂) und Sauerstoff (O) zerlegt. Der Sauerstoff wird – quasi als Luftverbesserer – freigesetzt. Der Wasserstoff wird mit dem bei der Aufbereitung des Biogases anfallenden CO₂ zusammengeführt und in synthetisches Methan (CH₄) umgewandelt. Auch bei diesem Prozess wird lediglich Sauerstoff in die Luft abgegeben. Das aus Wind oder Sonnenstrom erzeugte Methan kann in das Erdgasnetz eingespeist werden.

„Diese Art der Methanisierung ist als Speichermethode für Strom aus erneuerbaren Energien be-

reits heute technisch umsetzbar“, sagt juwi Bio-Geschäftsführer Gerd Kück. „Wir rechnen in naher Zukunft mit ihrer Marktreife“.

Strahlkraft

Über seine technologische Strahlkraft hinaus wird der Energiepark in Göllheim auch volkswirtschaftlichen Nutzen für die gesamte Region bringen. Neben mehreren Arbeitsplätzen durch den Energiepark selbst wird das örtliche Handwerk durch den Bau der Anlage gestärkt. 90 Prozent der ab Produktionsbeginn zu zahlenden Gewerbesteuer

werden in der Verbandsgemeinde Göllheim bleiben. Und nicht zuletzt profitiert die Landwirtschaft in der Region, indem durch den Anbau von Energiepflanzen und deren garantierte Abnahme eine wichtige Einnahmequelle für viele Betriebe entsteht. Auf elektrische Leistung umgerechnet wird die Biogasanlage rund 2 Megawatt Leistung bereitstellen. Hinzu kommen noch einmal 3 Megawatt Windstrom, von denen nach Inbetriebnahme der Power-to-Gas-Technik ein Großteil in Methan umgewandelt und somit gespeichert werden kann.

Fertigstellung Ende 2013

Das Investitionsvolumen des gesamten Projekts beläuft sich auf mehr als 15 Millionen Euro. Bei zügiger Genehmigung soll noch in diesem Herbst mit dem Bau der Anlage begonnen werden. „Mitte nächsten Jahres wollen wir das Windrad aufstellen“, sagt Projektmanager Aleksey Atanasov. „Ende 2013 ist der Energiepark fertig.“ □

Neues juwi-Büro in Dürrwangen

Auch durch Bayern weht seit kurzem ein frischer, sauberer Wind: juwi, einer der weltweit führenden Spezialisten für erneuerbare Energien, hat im malerischen Dürrwangen ein neues Regionalbüro eröffnet. Von hier aus werden vor allem Windenergie-Projekte in Bayern und Baden-Württemberg betreut.

Bei der feierlichen Eröffnung des neuen Standortes machte juwi-Vorstand Fred Jung klar, warum es die Rheinhesen nach Mittelfranken zog: „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Energiewende zu den Menschen zu bringen. Da ist es nur konsequent, auch unser Unternehmen dezentral aufzustellen und in den Regionen präsent zu sein.“ Derzeit besteht das juwi-Team im Dürrwanger Schloss aus fünf Mitarbeitern. Ein weiterer Ausbau des Standortes ist geplant. □

Dr. Andreas Bachmeier/wbpr_kommunikation:

Energiezukunft als Kommunikationsaufgabe

„Energiewende ja, aber nicht vor meiner Haustür.“ Wie Unternehmen, Kommunalpolitik und Behörden damit umgehen sollten, wenn rechtskräftige Beschlüsse nicht mehr umgesetzt werden können, darüber informierte Dr. Andreas Bachmeier, wbpr_kommunikation.

„Kommunikation schafft Mehrwert!“, lautete die Botschaft des Geschäftsführers. Basis der Kommunikationsagentur mit Standorten in München, Berlin und Potsdam ist eine auf das Ziel gerichtete Kommunikationsstrategie. „Wir entwickeln Ideen, die dieses Ziel erreichen. Mit den richtigen Botschaften und in den richtigen Kanälen. Unsere Berater haben alle Disziplinen im Blick und machen sich mit Empathie die Kommunikationsaufgaben unserer Kunden zu Eigen. Am Ende steht die Wirkung, mit der unsere Kunden ihr Ziel erreichen.“

Die große Mehrheit schweigt

Tatsache ist: Die große Mehrheit der Bürger will die Energiewende und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Sie schweigt. Der Aufschrei Einzelner dominiert die Diskussion und führt zum Stopp wichtiger Energieprojekte.

Im Gegensatz zum Gesamtprojekt Energiewende stoßen einzelne Energieprojekte auf wenig Zustimmung. Das Problem: Entscheidungen, die auf Gesetzeswegen legal zustande gekommen sind, gelten beim Bürger noch lange nicht als legitim. Anrainer, vor deren Haustür ein solches Projekt umgesetzt werden soll, sehen nur die subjektiv empfundenen Lasten, die sie zu tragen haben: Lärm, Schmutz, Verschandelung der Landschaft und Gefahren für die Umwelt. Der

objektive Gesamtnutzen tritt in den Hintergrund. Organisierter Protest ist nur eine Frage der Zeit, wenn Anwohner bei der Planung und Umsetzung nicht einbezogen werden.

Unterschiedliche Wellenlänge

Der Protest beginnt im Internet. Dort sind Unternehmen weniger geübt, denn sie sind nicht mit der Meinungsbildung quasi über Nacht vertraut. Außerdem sind sie nicht auf Augenhöhe mit den Web-Diskussionen, weil Argumente weniger greifen als Emotionen. Unternehmen und Behörden senden auf einer anderen Wellenlänge als die Bürger. Web-Diskussionen über das Projekt entfachen sich zu meist in der anfänglichen Planungsphase, sobald in der Region offensichtlich ist, dass ein Energieprojekt realisiert werden soll.

Moderation durch Kommunen

Zum Zeitpunkt des organisierter Protestes sollte die Projektkommunikation bereits geplant sein, damit die Beteiligten reaktionsfähig sind. Hier muss die Moderation durch Kommunen frühzeitig ansetzen. Das beschriebene Problem gründet unter anderem darauf, dass der amtlich vorgegebene Prozess von Planfeststellung und Genehmigungsverfahren für die Bürger unverständlich und intransparent ist. So entsteht die Situation, dass Vertreter von beteiligten Unternehmen und Behör-

Christian Stettner/Südwärme AG:

Zukunftsfähige Energieversorgung dank Contracting

Die Südwärme AG ist ein mittelständisch geprägter Energiedienstleister, bestehend aus einem Zusammenschluss von qualifizierten Gebäudetechnikfachbetrieben. Grundidee ist die wirtschaftliche Realisierung der Energielieferung (Contracting) durch den Heizungsfachbetrieb.

Wie Christian Stettner darlegte, plant, baut, finanziert und betreibt der Contractor speziell auf das Objekt zugeschnittene Energieerzeugungsanlagen und versorgt zu einem festgelegten Preis auf der Grundlage von Versorgungsverträgen Immobilien aller Art mit Energie in Form von Wärme, Kälte und Strom.

Vor dem Hintergrund, dass die Wärmeversorgung der kommunalen Liegenschaften mit hohen Kosten verbunden ist, stellt Contracting eine gute Lösungsmöglichkeit dar, sagte Stettner. Vorteile für die Kommunen sind die Reduzierung des Investitionsstaus, die Einbindung externen Kapitals und externen Know-hows sowie Planungssicherheit, d. h. Kostensicherheit und -transparenz durch die komplette Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung. Zudem ist keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung nötig. Durch die Bündelung der Einkaufsmengen kann der Bezug von Brennstoff finanziell günstig gestaltet werden.

Verfahrensschritte

Verfahrensschritte einer Ausschreibung sind die Vorbereitungsphase, die Bekanntmachungphase sowie die Angebots- und Annahmephase. Zunächst wird eine qualifizierte Leistungsbeschreibung erarbeitet. Versorgungsaufgabe und Schnittstellen werden ebenso exakt definiert wie Eignungs- und Wertungskriterien für die eingehenden Angebote.

Mit der Bekanntmachungphase ist die Veröffentlichung mit Aufforderung zur Abgabe von Angeboten verbunden. Eine Besichtigungsmöglichkeit muss diskriminierungsfrei gewährleistet werden. Die Frist zwischen der Veröffentlichung und der Ange-

ben den Eindruck gewinnen, formal alles richtig gemacht zu haben.

Umso größer ist dann die Überraschung, wenn Proteste trotzdem losbrechen. Dann haben die Bürger das Gefühl, unzureichend oder zu spät informiert worden zu sein, fördert das deren Widerstand und Vorbehalte. Damit einher geht der Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die örtlichen Institutionen wie Bürgermeister, Gemeinderat und die beteiligten Unternehmen.

Das Gesicht wahren

Alle Interessengruppen müssen ihr Gesicht wahren – und noch mehr: Sie müssen alle einen Sieg in der öffentlichen Wahrnehmung einfahren können. Dazu ist ihnen das Gefühl zu geben, dass sie in gleichem Maße ihren Anspruch durchgesetzt haben, wie sie anderen Akteuren Zugeständnisse gemacht haben. Dann wird das Projekt von der Mehrheit toleriert und umsetzbar. Effektive Projektkommunikation begleitet die Energieprojekte in allen Phasen. „Sie wird geplant entlang dreier Dimensionen“, stellte Bachmeier fest: „Voraussetzung für den Erfolg ist eine Verbindung aus Grundvertrauen, transparenter Kommunikation und einem klaren Bekenntnis der handelnden Unternehmen zu den Zielen des Projekts und zur Region.“ DK

botsabgabe beträgt 52 Tage. In Phase 3 schließlich werden die eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität geprüft. Die nicht berücksichtigten Anbieter werden 15 Tage vor Zuschlag informiert. Nach Ablauf der Frist kann der Vertrag geschlossen werden.

Als Schlüssel zum Erfolg bezeichnete Stettner einen ausreichenden Zeithorizont, die VOL-Ausschreibung mit klaren Leistungs- und Liefergrenzen, eindeutigen Preisindizes sowie klar definierte Wertungskriterien, ein Ingenieurbüro mit Erfahrung in VOL-Ausschreibung, Wertung und Vergabeverfahren (eventuell rechtlicher Beistand) sowie die Unterstützung durch Ausschreibungsleitfäden.

Realisierte Projekte

Als Beispiele für erfolgreiches Contracting präsentierte Stettner realisierte Projekte im Landkreis Dillingen. Dazu zählen die Nahwärmeversorgung Wertingen (2003), das Albertus Gymnasium Lauingen (2009), das Kreiskrankenhaus Wertingen (2009) und die Nahwärmeversorgung Lauingen West (2011).

Vorteile des umgesetzten Konzepts im Kreis Krankenhaus Wertingen sind Stettner zufolge:

- Keine eigenen Investitionen des Landkreises in die Erneuerung der Energieerzeugungsanlage (Entlastung des Vermögenshaushalts; mehr liquide Mittel für andere öffentliche Aufgaben)
- Sichere Haushaltsplanung durch feststehenden, transparenten Wärmepreis (keine Rücklagenbildung für Instandhaltung, Reparatur oder gar Anlagenerneuerung erforderlich)
- Regionale Wertschöpfung bei der Brennstoffversorgung (Region Wertingen ist waldreich)
- Garantierte Verfügbarkeit von Holzhackschnitzeln zu dauerhaft günstigen Preisen durch langfristige Lieferverträge über B.E.N.
- Einsparung von ca. 650 Tonnen CO₂ im Jahr gegenüber einer neuen Gasheizung (Fahrleistung eines Autos von rund 4.000.000 Kilometer im Jahr).
- Verbrauch von fossilen Energieträgern durch Investition in eine effiziente und komplexe Technik ersetzt
- Verbrauchskosten wurden deutlich reduziert, d.h. Energiepreiserhöhungen machen sich deutlich weniger bemerkbar
- Durch den Energiemix kann flexibel auf Energiepreisschwankungen reagiert werden
- Positive Auswirkung auf den Energiepass
- Gesetzesvorgaben erfüllt (EE-WärmeG)
- BHKW kann als Notstromversorgung eingesetzt werden, dadurch erhöht sich die Versorgungssicherheit.

An über 250 Standorten versorgt die Südwärme AG über 1.000 Gebäude mit Wärme, Kälte, Strom oder Druckluft. Die Wärmeleistung ihrer Energieerzeugungsanlagen liegt im Bereich zwischen 40 kW und 25 MW. Zu den Südwärme-Referenzen zählen unter anderem die Nahwärmeversorgung Hilpoltstein und Gundelfingen, die Biomasseheizwerke Ingelheim und Steingaden sowie die Nahwärmeversorgung des Schulzentrums Weinstadt. DK

Die Energie ist da



Der individuelle Energiemix aus Solar-, Wind- und Bioenergie bietet Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen neue Chancen. Mit langfristigen Partnerschaften, hochwertigen Technologien sowie unserer Kompetenz sorgen wir für Ihre wirtschaftliche Sicherheit. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen zusammen Ihren erneuerbaren Energiemix zu realisieren.

Dabei steht Ihnen unser Regionalbüro als kompetenter Ansprechpartner vor Ort in Bayern zur Verfügung.

juwi Wind GmbH · Regionalbüro Dürrwangen
Hauptstraße 3
91602 Dürrwangen
Tel. +49. (0)9856. 92 121-10



www.juwi.de

juwi

Andrea Bastian und Franz Schonlau/Sparkassen-Finanzgruppe:

Individuelle Finanzierungsinstrumente

„Nachhaltigkeit ist unser Auftrag“, informierte Andrea Bastian, im Sparkassenverband Bayern zuständig für das Kommunalgeschäft. Mit seinen 72 Mitgliedsparkassen ist der SVB der Bayerischen Klima-Allianz beigetreten. Das Bündnis wurde im Jahr 2004 mit dem Ziel ins Leben gerufen, das Bewusstsein für das Thema Klimaschutz zu stärken, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und gemeinsame Aktionen im Sinne eines nachhaltigen Klimaschutzes anzugehen.

Die Sparkasse als Ansprechpartner vor Ort verfügt über ein starkes Netzwerk auch beim Thema Energie. Wenn es um den Ausbau erneuerbarer Energien geht, bietet die Sparkassen-Finanzgruppe fundiertes technisches Projekt-Wissen, ein bewährtes Netzwerk mit Herstellern, Projektentwicklern, Betrei-

berern und Verbänden, eine breite Datenbasis zur Plausibilisierung der (Wirtschaftlichkeits-)Konzepte und Abschätzung der Risiken, vielfach erprobte Antworten auf Finanzierungsfragen, maßgeschneiderte Finanzierungslösungen, eine langjährige Erfahrung in der Begleitung als Finanzierungspartner, Branchen-Kenntnisse im Bezug auf Chancen und

Risiken während der gesamten Projektlaufzeit, vorausschauende und faire Finanzierungsmodalitäten sowie Modelle zur Einbindung von Bürgerkapital. „Wir begleiten Kommunen bei der aktiven Umsetzung der Energiewende bereits ab der Planungsphase“, betonte Bastian. „Wir haben Konzepte entwickelt,

kraft-Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung von über 2.200 MWel, von mehr als 1.000 Photovoltaik-Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung von über 1.100 MWel, mehr als 450 landwirtschaftlichen Biogas-Anlagen mit einer Gesamtleistung über 300 MWel und von Holzheizkraftwerken mit einer installierten Gesamtleistung von über 130 MWth. Zudem sind fünf Wasserkraft-Projekte ebenso in Betrieb wie aktuell zwei Geothermie-Projekte in Bayern mit 9,2 GWh und einer Investitionssumme von insgesamt 82 Mio. Euro.

Finanzierungsbeispiele

Für die Finanzierung der modernsten Windanlage Bayerns in der Gemeinde Höchstädt (Landkreis Wunsiedel) waren die Sparkasse Hochfranken und die Deutsche Kreditbank AG (DKB) zuständig. Eine der größten PV-Anlagen Bayerns wurde am Standort Eichendorf im Landkreis Dingolfing-Landau gebaut. Hier waren die SPK Niederbayern-Mitte, KfW-Bankengruppe, DKB und LfA Förderbank Bayern an der Finanzierung beteiligt. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Im Einlagenbereich schließlich bieten eine Reihe bayerischer Sparkassen Klima-Sparbriefe zur Finanzierung ökologischer und nachhaltiger Projekte in der Region an.

Kommunales Bürgerbeteiligungsmodell

Wie BayernGrund-Repräsentant Franz Schonlau hervorhob, bietet das Kommunale Bürgerbeteiligungsmodell der BayernGrund die Möglichkeit für Kommunen, gemeinsam mit ihren Bürgern und weiteren gesellschaftlichen Gruppen wie beispielsweise einer Bürgerenergiegenossenschaft sowie örtlichen Unternehmen gemeinsam Windenergieanlagen zu betreiben.

Eine tragende Rolle kann den Stadt- und Gemeindegewerken als Beteiligten und technischen Betriebsführern zukommen. Wesentliches Merkmal dieses Modells ist die maßgeblich steuernde Rolle der Kommune und/oder ihrer Gemeinde-/Stadtwerke. Das Modell in der Rechtsform der GmbH & Co. KG bietet u.a. folgende Vorteile:

- Haftungsbeschränkung der Anleger
- Klare Geschäftsführungsstruktur – Geschäftsführer ist voll haftender Komplementär
- Stimmgewichtung entsprechend der Gesellschaftsanteile
- Keine Körperschaftsteuer, Freibetrag und Anrechenbarkeit der Gewerbesteuer

reich und in der Schweiz zu finden.

Fazit: In allen untersuchten Bereichen sind LED-Leuchten verfügbar, die energetisch gleichwertig oder besser als HST oder TC sind. Bei kleinen Flächen mit geringeren Anforderungsprofilen sind die besten LED-Leuchten der HST/TC-Technik deutlich überlegen. Bei große Flächen und hohen Anforderungsprofilen wiederum ist die beste LED-Leuchte der HST-Technik leicht überlegen. Grundsätzlich gilt: Je höher die Anforderungen, desto größer die Streuung innerhalb des LED-Feldes.

Nitschke: „Die LED-Technologie ist bereit, die Natriumdampf- und Kompaktleuchtstofftechnik abzulösen. Der Leuchtyp muss mit Bedacht gewählt werden.“ DK

- Transparenz und Sicherheit durch Verkaufsprospekt.

Die Rolle der Kommune und ihrer Gemeinde-/Stadtwerke kann u. a. in einem Gesellschafterberat hervorgehoben werden. Die erforderliche Prospektstellung schafft Transparenz und Sicherheit, da der Prospekt ein Testat eines Wirtschaftsprüfers erhält und von der BaFin gestattet werden muss. Der Verkaufsprospekt bildet die Grundlage für die professionelle Anlageberatung bei Verkauf der Anteile, die sinnvollerweise bei den örtlichen Sparkassen angesiedelt sein sollte.

Im Vergleich mit anderen Rechtsformen hat sich die GmbH & Co. KG bei der Errichtung von Windenergieanlagen als zweckmäßigste Rechtsform erwiesen. Unabhängig von der Gestaltung der Betreibergesellschaft kommt es auf die Auswahl kompetenter Partner bei der Entwicklung eines Projekts an. Sofern die Kommune über eigene Standorte verfügen kann, muss ein fachkundiges Unternehmen mit der Entwicklung betraut werden. BayernGrund unterstützt die Kommune auch bei der Auswahl dieser Partner.

Verfahrensschritte

Parallel zur Projektentwicklung erfolgt die Vorbereitung des Bürgerbeteiligungsmodells. Maßgeblich für das Modell ist die Berechnung der zu erwartenden Erträge. Voraussetzung ist, dass nach Berücksichtigung ausreichender Sicherheitsabschläge eine angemessene Rendite für die Anleger zu erwarten ist. BayernGrund übernimmt für die Kommune diese Verfahrensschritte und kümmert sich um die Prospektierung und die Gründung der Gesellschaft.

BayernGrund stellt einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen für das Bürgerbeteiligungsmodell zur Verfügung und unterstützt die Kommune auch in der Entwicklungsphase. DK

Hofmann Planung und Entwicklung GmbH:

Zielgerichtete Konzepte

Kommunen können durch ein angepasstes Energiemanagement ihren Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen deutlich verringern. Insbesondere im Bereich der Kläranlage aber auch der Wasserversorgung, der Straßenbeleuchtung und der Beheizung kommunaler Einrichtungen sind in der Regel große Einsparpotenziale zu generieren.

Die drei Teilaufgaben dieses Managements lassen sich untergliedern in:

1. Energiegewinnung durch Substitutionsmaßnahmen
2. Energieeffizienz zur Minimierung des Energieverbrauchs
3. Energieversorgung zur Integration der vorhandenen Energieinfrastruktur.

Die Hofmann Planung und Entwicklung GmbH (HPE), ein unabhängiges Ingenieurunternehmen in Johanniskirchen, erstellt Energieoptimierungsstudien sowie Energieoptimierungsplanungen in den Bereichen Wasserversorgung, Klär-, Abwasser- und Hotelanlagen, öffentliche Beleuchtungssysteme und öffentliche Gebäude.

HPE ist berechtigt, Energieausweise auszustellen; diese werden jedoch nicht nach den Mindestvoraussetzungen erstellt, sondern an den Bedarf des Kunden angepasst, damit der tatsächliche Energiebedarf (verbrauch) soweit als möglich reduziert werden kann.

Auf vielfältigen Wegen kann HPE praktisch aufzeigen, wie intelligent und nachhaltig diverse Energieeinsparpotenziale ausgeschöpft werden können. Der Kunde erfährt, an welchen Stellen beispielsweise im Bereich der gesamten Wasserversorgung Energien eingespart werden können und welche Methoden, Instrumente und Maßnahmen umgesetzt werden müssen, um die Einsparungen praktisch zu erzielen. Lösungen werden erarbeitet für die energetische Verbesserung des Ver-

sorgungssystems, den Zusammenschluss aller Systeme zu einem Fernwirkssystem sowie für die Überprüfung der Leistung vorhandener Pumpen und Fördersysteme. Hierzu verfügt das Ingenieurteam über eigene Mess-Systeme für Energie; Menge; Druck und Füllstand.

Aktuelle Projekte im laufenden Jahr sind unter anderem die Erarbeitung eines Konzepts zur betriebseigenen Wärme- und Stromversorgung für die Brauerei Aldersbach, die Sanierung des Wasserwerks Markt Allersbach sowie die Erstellung eines Strom- und Wärmekonzepts für die Gemeinde Aldersbach. Hier erstellt HPE zunächst eine Energieanalyse. Dabei werden die vorhandenen Energieformen genau ausgewertet, optimiert und diese zu einem intelligenten Energiekonzept verknüpft.

Bisher brachliegende Energiequellen, z. B. die Nutzung der Prozesswärme der Brauerei Aldersbach, Methangasgewinnung aus Kläranlage und Kofermantation, Biogasanlagen sowie Holzvergasung und die Nutzung von Abwasserwärme speisen das „Kraftwerk Aldersbach“. Natürlich werden erneuerbare, alternative, sowie auch herkömmliche Energiequellen in das Kraftwerk einfließen. Diese Energiezentrale wird ihren Platz im leerstehenden, alten Sudhaus der Brauerei Aldersbach finden. Die Energie aus dem eigenen Netz spätestens bis zur Landesausstellung „Bier in Bayern“ 2016 beziehen zu können, ist das angestrebte Ziel. DK



SVB-Kommunalexpertin Andrea Bastian bei ihrem Vortrag. □

bern und Verbänden, eine breite Datenbasis zur Plausibilisierung der (Wirtschaftlichkeits-)Konzepte und Abschätzung der Risiken, vielfach erprobte Antworten auf Finanzierungsfragen, maßgeschneiderte Finanzierungslösungen, eine langjährige Erfahrung in der Begleitung als Finanzierungspartner, Branchen-Kenntnisse im Bezug auf Chancen und

wie Energie eingespart werden kann. Wir zeigen aber auch, wie unsere Kunden an diesem Trend teilhaben können und wir finanzieren Klima-Projekte in den Bereichen energetische Sanierung, Netzausbau und Energieanlagen.“

Seit vielen Jahren sind die Sparkassen aktiv in der Finanzierung von mehr als 1.200 Wind-

Kai Nitschke/Philips GmbH:

Aktueller Stand der LED-Technologie

Angesichts kontinuierlicher Fortschritte bei der Digitalisierung von Beleuchtung kommen ständig neue Produkte und Lösungen auf den Markt. LED-Beleuchtung ist das Hauptthema bei der derzeitigen Umgestaltung der gesamten Beleuchtungsbranche.

Inzwischen gibt es am Markt eine breite Auswahl an LED-Straßenleuchten, wie Kai Nitschke berichtet. Alle Hersteller sprechen von großen Energieeinsparpotenzialen.

Tatsache sei, dass die LED-Technologie völlig neue funktionale Außenbeleuchtungen für Hauptverkehrsstraßen in Städten möglich macht. „Sie ist energieeffizient, regelbar und dimmbar“, so Nitschke. Ihren Durchbruch habe die LED-Technologie in 2012 erfahren: „LED-Leuchten und weißes Licht sind energieeffizienter als moderne Leuchten für Natriumdampflampen SON-T mit gelbem Licht!“

Vielfältige Anwendungen

Die Anwendungen bzw. Anforderungen sind vielfältig, egal ob es sich um Kreisverkehre, Verkehrsstraßen und Wohngebiete oder um Fuß- und Radwege, Plätze und Parkplätze handelt. Die LED-Revolution eröffnet bei Beleuchtungen in Wohngebieten gänzlich neue Möglichkeiten. Energieeinsparungen von bis zu 85 % verglichen mit Quecksilberdampflampen seien erst der Anfang.

Als Beispiel für eine dekorative LED-Leuchte für Wohnstraßen nannte Nitschke die CitySpirit LED – „eine einfache Möglich-

keit, ihre Pilz- bzw. Kandelaberleuchten zukunftsgerichtet umzurüsten“. Die Leuchtenfamilie CitySpirit berücksichtigt alle Anforderungen an moderne Beleuchtung. Sie verbindet eine umweltfreundliche Technologie mit modernem Design und unterstützt das architektonische Erscheinungsbild der Städte und Gemeinden optimal.

Lange Nutzlebensdauer

Die LED-Module sind leicht austauschbar und können mit jeweils noch effizienteren Modulen aktualisiert werden. Eine lange Nutzlebensdauer von bis zu 60.000 Stunden minimiert die Wartungskosten. Durch die Reduktion der Anfangslichtleistung (CLO = constant light output) kann Energie eingespart werden. Die Philips-Systeme sind wahlweise mit warmweißen, neutralweißen oder auf Anfrage auch mit kaltweißen LEDs erhältlich. Wie Nitschke erläuterte, können alte Systeme jederzeit nachgerüstet bzw. ausgetauscht werden.

Referenzprojekte sind deutschlandweit in Stuttgart (Produkt UrbanSky), in Ilvesheim (Produkt CitySoul LED), in Neckarsulm (Produkt SpeedStar), in Hamburg (Produkt CitySpirit LED, Typ 462), in Rheinbach (Produkt Mini Iridium LED) sowie in Öster-

LEW
Lechwerke



ENERGIE. EFFIZIENT. LEW.

„Ich freu' mich über jeden Straßenbeleuchtungs-Auftrag für die Lechwerke, weil ich gern draußen arbeite. Wenn wir so moderne, sparsame LED-Leuchten montieren dürfen, tun wir der Kommune und der Natur was Gutes.“

Werner Klimek, Netzmonteur beim LEW Netzservice

VORWEG GEHEN

www.lew.de

Dr. Undine Maidl/BEW:

Vorgehensweise und Ausgestaltung von Bürgerwindanlagen

„Die Umsetzung des Bayerischen Energiekonzeptes ist ohne Städte und Gemeinden nicht realisierbar. Die Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Augsburgener Lechwerke AG, unterstützt die Kommunen bei der Realisierung von Vorhaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien“, erklärte Dr. Undine Maidl.

Ziel ist es dabei, die Projekte mit möglichst geringem Aufwand und Risikominimierung für die Kommunen, unter Einbeziehung der Bürger, zur Generierung zusätzlicher Wertschöpfung vor Ort, als Beitrag zur Energiewende sowie zur Erreichung der Klimaschutzziele und Stärkung des „grünen“ Images der Kommune zu realisieren.

Breites Spektrum

Die BEW wartet mit einem breiten Angebotsspektrum an Energiedienstleistungen auf. Sämtliche Technologien und Brennstoffe werden abgedeckt. Dazu zählen Hackschnitzel/Pellets/Biogas

(zeitgemäßer Einsatz regenerativer Energieträger, Kooperation mit regionalen Lieferanten), Großwärmepumpen (Hauptenergiequelle Grundwasser, Abwärme, Einsatzbereich bis 85 °C Vorlauftemperatur durch neue Technologie möglich), höhere Vorlauftemperaturen bei konventionellen Anlagen durch Zuschaltung von Spitzenlastkesseln, Gas/Öl (technisch ausgereifte Kesseltechnologie, effizienter Einsatz fossiler Energieträger, Betrieb von KWK-Anlagen) und industrielle Abwärme (Nutzung industrieller Abwärme für kommunale und gewerbliche Wärmeversorgungs-lösungen, technische Konzepte für Abwässerfassung, Planung

und Betrieb von Micronetzen).

Das Portfolio umfasst zudem kommunale Bürgerbeteiligungsmodelle zur dezentralen Energieerzeugung (Komplettangebote für Planung, Errichtung, Betrieb und Finanzierung dezentraler Energieerzeugungsanlagen mit dem Fokus auf regenerativer Energie, vor allem Windenergie) sowie kommunales Energiemanagement. Der Einbau eines elektronischen Energiemanagementsystems mit automatischer Datenerfassung (ECS) ermöglicht ein regelmäßiges Controlling der Betriebsmittelverbräuche und ein schnelles Eingreifen bei möglicher Fehlfunktion der Energieversorgungsanlage.

Win-Win Situation

Eine Win-Win Situation für Industrie und Kommune stellt beispielsweise der Wärme-/Abwärmeverbund Rain am Lech dar. Ausgangsbasis war die Umstellung der Erzeugung von ca. 82.000 MWh Prozessdampf für die Firma Aviko von einer Gasturbinenanlage auf ein innovatives Biomasseheizwerk. Ziel des neuen Energieversorgungs-konzeptes ist eine nachhaltige, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung für den Industriekunden Aviko und die Stadt Rain inklusive der dortigen Großabnehmer.

Bei Windenergieprojekten unterstützt die BEW die Kommunen unter Einbeziehung der Bürger. Zunächst werden die Standortkriterien zur Realisierung von Windenergieprojekten und anschließend der Projektablauf – von der Erstbegutachtung bis zur Realisierung – festgelegt. Zudem gilt es, mögliche Anlagentypen für Schwachwindstandorte zu benennen.

LEW bzw. BEW bieten folgende Beteiligungsmodelle:

- Beteiligung der Kommune im Rahmen einer gemeinsamen Gesellschaft gewünscht
- Beteiligung von weiteren potentiellen Investoren wie Grundstückseigentümern, Stadtwerken als Anteilseigner möglich
- Reine Bürgerbeteiligungsmo-

delle möglich, d. h. 100 % der Finanzierung über Bürger

- Realisierbar sind sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalmodelle oder eine Mischung aus beiden
- Eigenkapitalgeber werden dabei Teilhaber der Projektgesellschaft (z.B. GmbH & Co. KG)
- Fremdkapital kann z. B. über das Instrument eines partiarischen Darlehens beschafft werden. Darunter versteht man ein Beteiligungsdarlehen mit fest vereinbartem Zinssatz (bzw. gewinnabhängige Verzinsung). Die Verzinsung



Dr. Undine Maidl.

ist zum Ende des Geschäftsjahres fällig. Es besteht keine BaFin Pflicht, Voraussetzung ist ein qualifizierter Rangrücktritt.

Fazit: „Es gibt sechs gute Gründe für eine Partnerschaft mit LEW“, so Undine Maidl:

1. LEW ist seit 110 Jahren vor Ort präsent und kennt als langjähriger Partner die Belange der Kommunen
2. LEW besitzt breites Ingenieurwissen und bringt umfangreiche Erfahrungen in erneuerbaren Energien mit (Wasser, Photovoltaik, Wärme, etc.)
3. LEW besitzt alle Kompetenzen für die Planung, den Netzanschluss, die Betriebsführung von Anlagen sowie die Stromvermarktung
4. LEW ist der Partner vor Ort für die Erreichung der Klimaschutzziele
5. Bei der Realisierung von Projekten beauftragt LEW auch das lokale Handwerk und fördert somit die lokale Wertschöpfung
6. LEW unterstützt bei der Kapitalbeschaffung, z. B. Bürgerbeteiligung über verzinsliche Kapitaleinlage und als Komplementär der Projektgesellschaft. DK

Thorsten Fiedel/LRS Lüftungs-Reinigungs-Service:

Lüftungstechnik in Wohngebäuden

Sanierungsmaßnahmen konzentrieren sich oftmals auf die Dämmung des Gebäudes und Erneuerung der Fenster, wodurch die Gebäudehülle luftundurchlässig wird. Die Energie-Einsparverordnung EnEV 2009 schreibt jedoch die Sicherstellung des „zum Zwecke der Gesundheit erforderlichen Mindestluftwechsels“ vor. Deshalb ist eine Lüftungstechnische Maßnahme auch bei der energieeffizienten Sanierung zwingend erforderlich, wie Thorsten Fiedel von der Firma LRS (Lüftungs-Reinigungs-Service) aus Pullach erläuterte.

Wird der Nachweis eines Lüftungskonzepts veräumt, so sind im Schadensfall hohe Kosten und Prozesse um Haftungsfragen vorprogrammiert. Laut einer bundesweiten Untersuchung der Uni Jena, TU Dresden und IEMB Berlin bestehen sichtbare Feuchteschäden in 22 % aller untersuchten Wohnungen. Ursache hierfür ist eine mangelhafte und falsche Lüftung. Bei kontrollierter Wohnraumlüftung gibt es deutlich weniger Feuchteschäden als bei konventioneller Fensterlüftung. Zudem besteht ein erhöhtes Gesundheitsrisiko der Bewohner durch Schimmelsporen.

Lüftungssysteme

Die nach EnEV 2009 notwendige Lüftungstechnik kann durch verschiedene Lüftungssysteme erfüllt werden. Je nach Planung und technischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten kann entweder eine bedarfsgeführte zentrale Abluftanlage, eine be-

darfsgeführte dezentrale Abluftanlage oder aber eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Wärmerückgewinnung (Zu- und Abluftförderung durch zentrales oder dezentrales Lüftungsgerät mit Wärmeaustauscher) verwendet werden.

Bedarfsführung

Unter einer bedarfsgeführten Lüftungsanlage versteht man eine Anlage, die durch den Gebäudenutzer (Bewohner) und/oder signifikante Emissionen (zum Beispiel Feuchtigkeit, CO₂) in der Betriebsweise und der Volumenstrom-Menge geführt wird. Dies kann durch einfache Verfahren der Regelung wie Handschalter, Lichtschaltung oder Zeitschaltuhr angewendet werden. Die Bedarfsführung kann aber auch beispielsweise durch geeignete Sensoren wie Bewegungssensoren, CO₂-Sensoren oder Feuchtigkeitssensoren gesehen.

Eine KWL-Anlage von Helios zur kontrollierten Lüftung mit

Christian Mayr/Lechwerke AG:

LED-Leuchten-Kompetenzzentrum

Wegen ihrer hohen Energieeffizienz und der punktgenauen Abstrahlung steht das Thema LED-Technik in der kommunalen Straßenbeleuchtung ganz oben auf der Agenda von Städten und Gemeinden. Aus diesem Grund haben die Lechwerke (LEW) in Königsbrunn bei Augsburg ein 13.000 Quadratmeter großes LED-Leuchtenkompetenzzentrum eingerichtet.

Auf dem Gelände sind nach Darstellung von Christian Mayr, Leiter des Kompetenzzentrums, mehr als 40 verschiedene Modelle von LED-Leuchten elf namhafter Hersteller angebracht. Der Leuchtenpark bietet für die kommunalen Vertreter die Möglichkeit, verschiedene Designs, Leuchtstärken und Lichtfarben in der Praxis zu betrachten. Die Lechwerke unterstützen sie bei der Auswahl der optimalen Beleuchtungslösung.

Interessierte Kommunen können sich bei ihrem LEW-Kommunalberater oder auch über die Internetseite des LEW-Leuchtenkompetenzzentrums unter www.lew-leuchtenpark.de zu einem LED-Informationsabend anmelden. Im Schulungsraum des Kompetenzzentrums in Königsbrunn erklären LEW-Experten Fachleuten und Entscheidungsträgern der Kommunalverwaltungen oder auch Stadt- und Gemeinderäten die Grundlagen der LED-Technik. Nach der Einführung in die LED-Technik im Gebäudeinneren steht nach Einbruch der Dunkelheit das Freigelände im Zentrum des Interesses: Im Leuchtenpark sind unterschiedlichste LED-Systeme auf Masten von 4,5 bis 7,5 Metern Höhe sowie an Seilsystemen installiert. Über eine Lichtsteueranlage können sie einzeln oder in Gruppen geschaltet und individuell gedimmt werden, um verschiedenste Einsatzszenarien zu simulieren.

Zusätzlich bieten die Lechwerke in Zusammenarbeit mit einzelnen Leuchtenherstellern offene Informationsveranstaltungen an: Vertreter von Kommunen haben dabei die Gelegenheit, sich über die neuesten Entwicklungen und Leuchttrends der Hersteller zu informieren und mit anderen Kommunen Erfahrungen auszutauschen. Am LED-Leuchtenkompetenzzentrum finden darüber

hinaus auch Schulungen für Installateure von LED-Anlagen statt.

Dass der Einsatz der LED-Technik in der Straßenbeleuchtung ganz oben auf der Agenda von Städten und Gemeinden steht, ist Christian Mayr zufolge nicht verwunderlich: „Schließlich benötigen die etwas teureren LED-Leuchten weniger Strom als die bereits sehr effizienten Natriumdampfhochdruck (NAV)-Lampen und erzielen dabei eine viel bessere Ausleuchtung.“ Da das erzeugte LED-Licht „so scharf gebündelt ist wie ein Laser“, lasse sich die Lichtabstrahlung besonders gut steuern. Straßen und Plätze könnten gezielt zu 100 Prozent ausgeleuchtet werden, um die so genannte Lichtverschmutzung der Umgebung zu vermeiden. Zum Vergleich: Die seit den 1980er Jahren eingesetzten NAV-Lampen bringen trotz einer etwas höheren Lichtstärke nur etwa 70 Prozent auf die Straße.

Der Einsatz rechnet sich

„Bei einem Austausch älterer Straßenlaternen durch aktuelle LED-Modelle ist eine Energieeinsparung von 60 bis 70 Prozent erreichbar“, konkretisierte Mayr. Die LED-Leuchten könnten auf bestehende Masten aufgesteckt werden und eignen sich deshalb besonders gut für Sanierungen. Deutschlandweit könnten Kommunen bei einem Umstieg auf LED-Technik in der Straßenbeleuchtung ihren Stromverbrauch um mindestens 2,7 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr senken und so rund 1,6 Mio. Tonnen CO₂ einsparen. Damit sei man in der Lage, einen erheblichen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele zu leisten. Trotz derzeit noch höherer Anschaffungskosten rechne sich aufgrund der hohen Energieeffizienz auch der Einsatz der LED-Technik in der Straßenbeleuchtung von Neubaugebieten.

Die Tatsache, dass die LED-Leuchten über eine sehr viel längere Lebensdauer verfügen und zudem wartungsarm sind, ist nach Mayrs Darstellung ein weiterer Grund für die große Nachfrage der Kommunen. „Die Lebensdauer des LED Moduls ist von der Temperatur abhängig: Je kühler, desto höher die Lebensdauer, desto heller die LED.“

Wie der Projektleiter hervorhob, bieten die Lechwerke einen pauschalierten Leuchtmitteltausch, d. h.: „Aus ökologischen Gründen fahren wir in einer Kommune alle Leuchtmittel auf einmal an, tauschen alle Leuchtmittel aus und geben anschließend unsere Vier-Jahres-Garantie.“ Bei diesem Tausch entstünden jährlich Kosten in Höhe von zehn Euro pro Leuchtmittel. Bei der LED jedoch entfallen dieses Prozedere die ersten zwölf Jahre.

In zahlreichen Kommunen ist der Anteil an Altanlagen sehr hoch. Pro Leuchtstelle muss mit Investitionskosten in Höhe von etwa 1000 Euro gerechnet werden. „Viele Kommunen erwarten eine hohe Investitionswelle“, prognostizierte Mayr. Seine Empfehlung: „Fünf Prozent der Beleuchtungsanlage sollten jährlich erneuert werden, das heißt pro 100 Leuchten sind jährlich ca. 4000 Euro für Erneuerungsmaßnahmen im Haushaltsplan festzulegen.“ Durch die entsprechend eingesparten Energie- und Wartungskosten sei eine schnelle Amortisation meist unter zehn Jahren möglich. DK



Seit 40 Jahren liefert das Kraftwerk Ingolstadt zuverlässig Strom.

E.ON und RMD:

420.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr eingespart

Jahresbilanz der Wasserkraftwerke an der Mittleren Donau

Das Donaukraftwerk Ingolstadt feierte im vergangenen Jahr einen runden Geburtstag: seine 40-jährige Inbetriebnahme. Seit 1971 hat der regenerative Dauerläufer über fünf Milliarden Kilowattstunden umweltfreundlichen Strom für die Züge der Deutschen Bahn erzeugt. Mit einer Jahresproduktion von rund 130 Millionen Kilowattstunden aus dem Ingolstädter Kraftwerk könnte ein ICE mehr als 154 Mal die Erde umrunden.

Das Kraftwerk Ingolstadt ist Teil einer Kraftwerksgruppe der Donau Wasserkraft AG (DWK AG), einem Tochterunternehmen der Rhein-Main-Donau AG in München. Der Betrieb wird von E.ON geführt.

Im vergangenen Jahr 2011 lieferten die Donaukraftwerke Bertoldsheim, Bittenbrunn, Bergheim, Ingolstadt und Vohburg rund 605 Millionen Kilowattstunden Bahnstrom mit einer Frequenz von 16,7 Hertz. Mit dieser Strommenge könnte ein ICE rund 675 Mal die Erde entlang des Äquators umrunden. Im Vergleich zum deutschen Strommix haben die fünf Donaukraftwerke das Klima im vergangenen Jahr um etwa 420.000 Tonnen Kohlendioxid entlastet. „Diese ausgezeichnete Bilanz dokumentiert die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Kraftwerken“, erklärt Thomas Kunz, kaufmännischer Vorstand der Donau Wasserkraft AG.

Umweltbeitrag

Neben der CO₂-Vermeidung leisten die Rechenreinigungsanlagen an den Kraftwerken einen weiteren wichtigen Umweltbeitrag zur Reinhaltung der Donau, denn sie „filtern“ pro Jahr viele Hundert Tonnen Schwemm-

gut, in erster Linie pflanzliches Treibgut, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, aus dem Wasser.

Großrevision

Erst jüngst führte E.ON die Großrevision am Kraftwerk Bertoldsheim durch. Dabei wurden die drei Kaplansturbinen komplett überholt und alle Verschleißteile ersetzt. So wurden unter anderem die hydraulische Steuerung für Leit- und Lauftrieb der Turbinenregler sowie die Maschinenautomatik und Sensorik erneuert sowie der Generator überholt und gereinigt. Zur Erneuerung der Lauftriebflügel kommt ein von E.ON Wasserkraft patentiertes Verfahren zum Einsatz, das den kompletten – und damit langwierigen und kostenintensiven – Ausbau der Turbine überflüssig macht.

Nun steht das Generalsanierungsprogramm im Kraftwerk Bittenbrunn an. Ein ähnliches Sanierungsprogramm wurde am Kraftwerk Ingolstadt im Jahr 2009 und am Kraftwerk Bergheim im Jahr 2010 erfolgreich abgeschlossen. „Wir machen die Kraftwerke fit für die kommenden Jahrzehnte – und leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Umweltschutz“, erklärt Georg Rembold, Technikvorstand der Donau Wasserkraft AG.

Zeil fordert Bund zum Handeln auf

Bayerns Wirtschaftsminister: „Wir müssen das EEG reformieren und Kapazitätsmechanismen für flexible Kraftwerke schaffen“

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Martin Zeil fordert die Bundesregierung auf, die notwendigen Maßnahmen rasch anzupacken, damit die Energiewende gelingt. „Ich begrüße das Bekenntnis des neuen Bundesumweltministers Peter Altmaier zu bezahlbaren Energiepreisen und einer sicheren Versorgung – aber das muss jetzt auch umgesetzt werden“, verlangt Zeil. „Nachdem sich der Bundeswirtschaftsminister und die FDP-Bundestagsfraktion meiner Forderung nach einer Reform der Förderung der Erneuerbaren Energien angeschlossen haben, muss jetzt auch der zuständige Umweltminister erkennen, dass das jetzige System gesetzlicher Einspeisevergütungen auf Dauer keine Zukunft hat.“

Wenn die Umlage gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) demnächst fünf Cent pro Kilowattstunde erreiche, dann werde die Belastbarkeit der Betriebe und Haushalte überschritten und die Akzeptanz der erneuerbaren Energien gefährdet, ist Zeil überzeugt. „Wenn die Bundeskanzlerin, wie sie immer wieder beteuert, diese Preissteigerungen nicht will, dann sollte sie meinen Vorschlag einer ‚flexiblen Stromsteuer‘ aufgreifen. Damit wird ab sofort jeder Anstieg der EEG-Umlage durch eine Senkung der Stromsteuer in gleicher Höhe kompensiert.“ Damit werde zugleich, so Zeil, der Handlungsdruck für die überfällige EEG-Reform erhöht.

„Ich plädiere schon lange für die Weiterentwicklung des EEG hin zu einem Mengensteuerungssystem auf Basis von Grünstromzertifikaten. Ein solches System wäre erstens in der Lage, den weiteren Zubau an Erneuerbaren-Energien-Anlagen kosteneffizienter darzustellen als ein System fester Einspeisevergütungen. Zweitens wird damit die bislang kaum vorhandene Integration erneuerbarer Energien in den Markt vorangetrieben. Und drittens ließe sich ein solches Mengensteuerungsmodell problemlos europaweit harmonisieren“, erläutert der Wirtschaftsminister.

Mengensteuerungssystem

Die Vorteile des heutigen EEG, so Zeil, müssten in einem Mengensteuerungssystem nicht zwingend wegfallen, wie immer wieder behauptet werde. Vielmehr könnte ein Mengensteuerungssystem mit einem System fester Einspeisevergütungen für eine Übergangszeit verknüpft

werden. Kleinerzeuger und Nischentechnologien würden dann die Möglichkeit erhalten, vorab die mit der Stromerzeugung erworbenen Zertifikate gegen eine feste Einspeisevergütung zu tauschen. „Hierdurch werden die Investitionssicherheit und der leichte Marktzugang für Kleinerzeuger und Nischentechnologien weiterhin gewährleistet. Gleichzeitig finden aber die notwendige Marktintegration und die Kostenoptimierung statt“, betont der Wirtschaftsminister.

Einigung im Vermittlungsausschuss

Kurzfristig gelte es, eine schnelle Einigung im Vermittlungsausschuss zur Absenkung der Solarförderung herbeizuführen. „Hier sehe ich den neuen Bundesumweltminister in der

Pflicht, Forderungen nach höheren Vergütungen entschieden entgegenzutreten. Ansonsten werden die Bürger und Unternehmen am Ende des Jahres die Quittung in Form noch höherer Stromrechnungen präsentiert bekommen“, mahnt Zeil.

Neue Regeln für den Strommarkt

Der Bayerische Wirtschaftsminister fordert darüber hinaus neue Regeln für den Strommarkt, damit sich Investitionen in Gaskraftwerke rechnen. Sonst sei nach der Abschaltung weiterer Kernkraftwerke die Versorgung nicht mehr gesichert. „Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland können sich weder großflächige Blackouts noch gezielte Stromabschaltungen wegen Strommangels leisten“, ist Zeil überzeugt. „Die Vorschläge für marktwirtschaftlich ausgestaltete Kapazitätsmechanismen liegen auf dem Tisch. Im Energiewirtschaftsgesetz gibt es sogar schon eine Verordnungsermächtigung an die Bundesregierung zur Einführung solcher Instrumente. Jetzt muss die Verordnung rasch ausgearbeitet und verabschiedet werden“, bekräftigt Zeil.

Internationaler Expertentreff 13. UECT in Ulm

Neueste Technologien für die Elektromobilität

Fachleute aus aller Welt diskutieren über den Stand der Technik für Batterien und Brennstoffzellen

Das globale Interesse an der Elektromobilität und der Energiespeicherung hat zu einem beispiellosen Aufschwung der Elektrochemie geführt. Die technischen und wissenschaftlichen Fortschritte in diesem Bereich waren das Hauptthema der 13. Ulmer Elektrochemischen Tage (Ulm Electrochemical Talks - UECT). Internationale Experten berichteten in über 40 Vorträgen unter anderem über Lithium-Ionen-Batterien, Brennstoffzellen, Elektrolyseure für Wasserstoff, Supercaps und Redox-Flow-Zellen. Die wissenschaftliche Leitung hatte das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW), Veranstalter war das Weiterbildungszentrum Brennstoffzelle Ulm (WBZU), Kooperationspartner waren die Universität Ulm und das Helmholtz-Institut Ulm. Die alle zwei Jahre stattfindende Fachkonferenz ist ein zentraler Treffpunkt für Experten aus 18 Ländern. Die Details zur Konferenz: www.uct.de.

DWK-Kraftwerke Mittlere Donau

Kraftwerk Vohburg ausschließlich Bahnstromerzeugung Ausbauleistung: 105,9 MW Regelerzeugung: 641 GWh Jahreserzeugung 2011: 604,9 GWh (-5,6%) DWK Kraftwerke
Kraftwerk Bertoldsheim (1967) Installierte Leistung 18,9 MW Regelarbeit pro Jahr ca. 124,3 Mio kWh
Kraftwerk Bittenbrunn (1969) Installierte Leistung 20,2 MW Regelarbeit pro Jahr ca. 122,8 Mio kWh
Kraftwerk Bergheim (1970) Installierte Leistung 23,7 MW Regelarbeit pro Jahr ca. 142,1 Mio kWh
Kraftwerk Ingolstadt (1971) Installierte Leistung 19,8 MW Regelarbeit pro Jahr ca. 132,7 Mio kWh
Kraftwerk Vohburg (1992) Installierte Leistung 23,3 MW Regelarbeit pro Jahr ca. 144,1 Mio kWh

Wasserkraftwerke:

E.ON Trendsetter bei Nachhaltigkeit

Externe Fachgutachter bewerten Walchenseekraftwerk

Als erster Wasserkraftbetreiber in Europa hat sich E.ON nach den strengen Kriterien des International Hydropower Sustainability Assessment Protocol bewerten lassen. Das Protokoll unterwirft Wasserkraftwerke einem international anerkannten Prüfkatalog im Bezug auf Nachhaltigkeitsindikatoren. In der Prüfungskategorie „Kraftwerk im Betrieb“ wurde das Walchenseekraftwerk bewertet und erhielt überdurchschnittlich gute Ergebnisse.

„Die Wasserkraft bei E.ON bekennt sich ausdrücklich zur Herausforderung, Energieerzeugung aus Wasserkraft in Deutschland, Europa und weltweit nachhaltig – also mit Rücksicht auf Ressourceneinsatz, Mensch, Natur und Umwelt – zu betreiben. Durch die Anwendung des Protokolls in unserer Organisation können wir vorbildliche Maßnahmen identifizieren, die wir auf andere Kraftwerke und Länder übertragen, sowie Defizite erkennen, die wir beheben wollen. Dadurch entwickeln wir uns beständig weiter in unserem Anspruch, zu den führenden Wasserkraftunternehmen in Europa zu gehören“, erklärt Dr.

Dominik Godde, Director Fleet Management Hydro bei E.ON.

Die Beurteilung des Walchenseekraftwerks durch externe Prüfer bescheinigt dem Kraftwerksbetrieb sehr gute Noten. Im internationalen Vergleich liegt das Kraftwerk damit im Spitzenbereich. Herauszuheben sind die umfassende Arbeitssicherheitsphilosophie von E.ON, die effiziente Wassernutzung und eine sehr gute Instandhaltungsstrategie für das Kraftwerk. Steigerungspotentiale sehen die Gutachter noch im Bereich der Speicherbewirtschaftung sowie durch die Einführung einer Umweltzertifizierung, die E.ON bereits geplant hat.



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Dr. Holger Klos:

BioStadtgas in lokalen Gasnetzen

Eine sichere, nachhaltige und preiswerte Energieversorgung durch die Nutzung von BioStadtgas in lokalen Gasnetzen

Wenn heute Windkraftanlagen gebaut werden, muss in der Regel gleichzeitig das regionale Stromnetz ausgebaut werden. Häufig werden Windräder auch einfach abgeschaltet, um das Stromnetz nicht zu überlasten. Der Grund liegt auf der Hand: Strom kann man nicht so einfach speichern. Eine Alternative könnte darin bestehen, den elektrischen Strom aus Windkraftanlagen zu nutzen, um mit Hilfe von Elektrolyseanlagen Wasserstoff zu erzeugen und diesen ins Erdgasnetz einzuspeisen. Ideal wäre es, wenn man auch andere Gase aus regenerativen Energiequellen, wie Biogas im gereinigten Zustand in ein Gasversorgungsnetz einspeisen könnte.

Bevor Erdgas über weite Strecken per Pipeline nach Deutschland transportiert wurde, wurde Stadtgas mittels Kohlevergasung erzeugt. Dieses in der Nähe vom Verbraucher erzeugte Stadtgas wurde dann in einem lokalen Gasnetz an eine Vielzahl

von Haushalten und Industriekunden verteilt. Stadtgas besteht im Wesentlichen aus einem Gemisch aus Methan, Kohlendioxid und Wasserstoff. Der Wasserstoffanteil im Stadtgas ist dabei relativ hoch. Erdgas aus Russland hat heute einen Brennwert von ca. 11,2 kWh/m³, wohin gegen der Brennwert von Wasserstoff bei 3,3 kWh/m³ liegt. Das erwähnte Stadtgas hat einen Brennwert von ca. 4,9 - 6,3 kWh/m³ (Lit. siehe www.denvo.de/blog/downloads).

Gasmischungen

Industriegebiete und Gewerbegebiete sind meist an Orts-transportnetze oder Verteilnetze angeschlossen, da dort auch ein höherer Gasverbrauch stattfindet. Anstatt solche lokalen Gasversorgungsgebiete weiterhin ausschließlich mit Erdgas zu

versorgen, könnten dort auch Gasmischungen aus Erdgas und Brenngasen aus regenerativen Energiequellen eingesetzt werden. In historischer Analogie zum ehemaligen Stadtgas nennen wir eine solche Gasmischung BioStadtgas®, da das sogenannte BioStadtgas analog dem ehemaligen Stadtgas ebenfalls lokal "erzeugt" und verteilt wird.

Brennwert zwischen ca. 8,3 bis 10,7 kWh/m³

Ob dieses BioStadtgas dann aus einer Mischung von Wasserstoff, Biomethan (auf Erdgasqualität aufbereitetes Biogas)

Mark Biesalski/Uhrig Kanaltechnik GmbH:

Heizen und Kühlen mit Abwasser

Abwasser steckt voller Energie. Im Winter kann daraus Wärme gewonnen werden, im Sommer kann man damit kühlen. Auf Basis des Fachwissens in der Kanaltechnik aus vier Jahrzehnten entwickelt, produziert und vertreibt die Uhrig Kanaltechnik GmbH mit dem „Therm-Liner“ ein international eingesetztes Komplettssystem zur Rückgewinnung von Energie aus dem Abwasser.

Ein am Boden des Abwasserkanals eingebauter Wärmetauscher wird von Abwasser überströmt. Die gewonnene Energie wird zur Heizzentrale weitergeleitet und mittels Wärmepumpentechnik verwertet, wie Mark Biesalski berichtete.

und Erdgas oder aus Gas der Holzvergasung stammt ist dabei nur abzustimmen auf die Anforderungen der Gasnutzer im jeweiligen Gasversorgungsgebiet. Denkbar sind dabei Brenngasmischungen, die einen Brennwert zwischen ca. 8,3 bis 10,7 kWh/m³ haben.

Technische Richtlinien

Die technischen Richtlinien des DVGW - Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches stellen die Grundlage für einen zuverlässigen, technisch einwandfreien und sicheren Betrieb in Gasversorgungsnetzen dar. Für neuere Ansätze wird u.a. im Rahmen von Testprogrammen nachgewiesen, dass ein sicherer Betrieb eines geschlossenen Gasnetzes möglich ist.

Für einen zuverlässigen, technisch einwandfreien und sicheren Betrieb eines geschlossenen

Verteilnetzes/Kundennetzes mit BioStadtgas hat die denvo GmbH aus München (www.denvo.de) ein innovatives und grundlegendes Realisierungskonzept erarbeitet.

Pilotkunden gesucht

Auf Basis dieser Konzeptionierung zeigen Wirtschaftlichkeitsrechnungen, dass BioStadtgas für den Gaskunden interessant ist. Nun werden u.a. in Nordbayern, genauer in der Region Hochfranken, Pilotkunden und weitere Realisierungspartner aus der Technik, der Wirtschaft, der Politik sowie engagierte Bürger gesucht, um die bestehenden Planungen umzusetzen. Ziel ist es, die regionalen wirtschaftlichen Stärken der Region voll auszuschöpfen. In Hochfranken ist dies u.a. die Holzindustrie und die traditionsreiche Materialveredelungsindustrie.

Natürlich gibt es auch noch eine Reihe von technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen für den Betrieb eines Gasnetzes mit BioStadtgas als Energieträger zu klären, aber es ist es Wert, die anstehenden Fragen Punkt für Punkt zu beantworten, die Herausforderungen anzugehen sowie auch neue Lösungen zu erarbeiten.

Lokale Gasversorgungsgebiete mit BioStadtgas als Energieträger ermöglichen eine sichere, zuverlässige, bezahlbare und auf den Stärken der Region aufbauende nachhaltige Energieversorgung. Technische Kompetenz, wirtschaftliche Intelligenz, soziale Akzeptanz und eine starke regionale Verankerung sind notwendig um dezentrale, innovative Energieprojekte umzusetzen. Hierzu sucht denvo weitere Unterstützung in Bayern. 

Anlage in Speyer, bei der die Verbindungsleitung zwischen Kanal und Heizzentrale mittels Horizontalbohrtechnik über ca. 140 Meter verlegt wurde.

Beim Objekt Pumpwerk Ochsenpferch Mannheim wurde seitens der Uhrig Kanaltechnik GmbH das Komplettssystem angeboten. Die im Abwasserkanal (DN2200) installierten Wärmetauschermodule (Therm-Liner Form A) wurden hierbei über eine ca. 40 Meter lange Verbindungsleitung (erdverlegt) mit der Heizzentrale im denkmalgeschützten Pumpwerk verbunden. Eine besondere Herausforderung war hierbei das tägliche Zeitfenster (ca. fünf bis sechs Stunden) in dem die Module im Kanal installiert werden konnten. In dieser Zeit standen die Abwasserpumpen des Pumpwerkes still, so dass der Kanal frei von Abwässern war. Trotz dieses kurzen Zeitraums gelang es, die Module binnen zwei Tage im Kanal zu installieren. **DK**

Dr. Holger Klos. 

Selux auf der Light und Building 2012:

Exterior-Produktneuheit

Leistungsstarke Außenleuchte AVANZA LED

Die erste leistungsstarke LED-Außenleuchtenfamilie Avanza aus der Entwicklungsreihe „Efficient Design“ von Selux verbindet Zukunftssicherheit mit Ästhetik.

Das Wesentliche zeigt sich in der Reduktion. Die LED-Außenleuchtenfamilie Avanza vereint richtungweisende LED-Technologie mit funktional klarer Formensprache. Der kompakte Leuchtenkopf zeichnet sich durch sachliches Design aus und steht für eine neue Ästhetik in der Stadtbeleuchtung.

Cross Beam Technology für effiziente Lichtlenkung

Entwicklungsziel war es, nachhaltig hochwertige Lichtwerkzeuge für anspruchsvolle Beleuchtungsaufgaben im Außenraum zu gestalten. Dabei wurde ein Produkt geschaffen, das drei Kernziele verfolgt: Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Ästhetik. Das Ergebnis ist die minimalistische Straßenleuchte Avanza in zwei Baugrößen – Avanza 450 und Avanza 600 –, basierend auf LED-Technologie. Hierfür wurde ein neuartiges optisches System entwickelt und zum Patent angemeldet. Die Selux Cross Beam Technology (CBT) erzeugt eine homogene Beleuchtung von Verkehrsflächen und -plätzen durch präzise LED-Lichtlenkung. Um den Direktanteil des Lichts für eine effiziente Beleuchtung unterschiedlicher Straßen- und Platzgeometrien gezielt zu nutzen, werden bei dieser Technologie die LED in Wirkrichtung vorgeordnet. Zur Auswahl stehen verschiedene CBT-Reflektoren für asymmetrische Straßen- und Platzbeleuchtungen.

Mehr Funktionalität durch technische Features

Die Basis des zukunftsorientierten Leuchtenkonzeptes bildet die Kombination hochwertiger, optoelektronischer Komponenten mit langlebigen Materialien wie Aluminium-Druckguss und entspiegeltem Sicherheitsglas. Bestückt wird Avanza mit LED-Clustern in den Lichtfarben 3000K / 4500 K. Das maßge-

schneiderte Thermomanagement ist in dem fortschrittlichen Gehäusedesign bereits integriert. Dieses trägt die Schutzart IP66. Ihre Eigenschaften erlauben es, die Avanza-Leuchtenfamilie auch in Regionen mit hohen Umgebungstemperaturen einzusetzen.

Ein optionales Comfort Feature in Form einer Vorsatzoptik sorgt durch die zusätzliche Aufweitung der Leuchtdichte am Lichtaustritt für einen erhöhten visuellen Komfort. Moderne Lichtmanagementsysteme für die bedarfsgerechte Steuerung können ebenfalls integriert werden. Durch die „Dark-Sky-freundliche“ Optik von Avanza strahlt das Licht nur dorthin, wo es gewünscht ist – im Interesse von Mensch und Umwelt. Der werkzeuglose Austausch aller elektrischen Komponenten erlaubt eine hohe Zukunftssicherheit für folgende LED-Generationen. Für Nachhaltigkeit sorgen gleichzeitig langlebige Materialien und zeitloses Design bei allen sichtbaren Teilen.



„Efficient Design“

„Efficient Design“ ist eine Produktphilosophie der Selux Aktiengesellschaft, Berlin. Dabei entstehen durchdachte Lösungen, die konsequent nach drei Gesichtspunkten entwickelt, gefertigt und vermarktet werden: Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Ästhetik – für professionelle Anwendungen im Innen- und Außenraum. Hierbei wird im Besonderen auf Materialität, Systemleistung, Betriebsgerät, Lichtquelle und optisches System sowie Modularität der Gesamteinheit geachtet. 

Mark Biesalski. 

Geschlossener Wärmetauscher

Das hochwertige Produkt Therm-Liner, das neben den Formen A und B nun auch als Form C und damit als geschlossener Wärmetauscher ab DN 500/DN 600 als Einschubverrohrung lieferbar ist, erfüllt alle nötigen Zulassungen für den Einbau im Kanal. Um eine hohe Entzugsleistung aus dem Kanal zu gewährleisten, wurde bei der Entwicklung des Systems eine Querschnittsgeometrie nach Art der „Trockenwetterrinnen“ gewählt. Diese Form verbesserte die Fließhydraulik im Kanal und ermöglicht eine hohe Wärmeübertragungsleistung bei geringen Abwassermengen. Eine Self-Cleaning Oberfläche reduziert zusätzlich die Biofilmbildung am Wärmetauscher.

Schnelles Montagesystem

Ein schnelles Montagesystem, das die einzelnen kompakten Wärmetauscherelemente im Kanal verbindet, wird durch ein Kupplungssystem erreicht. Dieses modulare Konzept ist problemlos montierbar, demontierbar oder erweiterbar.

Der sinnvolle Einsatz von Therm-Liner zur Energiegewinnung wird am Beispiel des Brand- und Katastrophenschutz-Zentrums Dresden deutlich: Aufgrund der Situation, dass der Kanal mit einem sog. Räumwagen mehrmals im Jahr von groben Ablagerungen gereinigt werden muss, wurde hier von der Uhrig

Kanaltechnik GmbH eine Sonderbauform auf Basis des Therm-Liner Form B entwickelt. Der Vorteil: Die zwei links und rechts im Kanal installierten Stränge mussten nur durch jeweils zwei in die Kanalwand eingelassene Steigleitungen angeschlossen werden. Dies führte zu einer zeitlichen Ersparnis bei der Installation und somit zu einer kostenreduzierten Lösung. Zudem konnte der Kanal während des Einbaus in Betrieb bleiben, da die Wasserhaltung durch eine halbseitige „Abspernung“ erfolgte.

In Pinneberg wiederum waren

Dr. Ralph Hinsch/RAG Rohöl-Aufsuchungs AG:

Heimische Erdgas- und Erdölförderung in Bayern

Die RAG Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft ist das traditionsreichste Explorations- und Produktionsunternehmen Österreichs und seit 60 Jahren in Oberösterreich tätig. Kerngeschäft ist die Aufsuchung und Förderung von Erdgas und Erdöl, sowie die Speicherung von Erdgas. Bei den etwa 1.000 in der Unternehmensgeschichte durchgeführten Bohrungen konnten auch wertvolle Erkenntnisse über Thermal-, Heil- und Trinkwasservorkommen gewonnen werden. Die RAG betreibt unter anderem mit dem Erdgasspeicher Haidach (Salzburg/OÖ) den größten Erdgasspeicher Österreichs.

Die nachhaltige Nutzung der heimischen Erdgas- und Erdölressourcen ist laut Geologe Dr. Ralph Hinsch das wichtigste Ziel der RAG. Dazu gehört auch die geothermische Nachnutzung von Bohrungen, bei denen weder Er-

derts wurden in Bayern 50 Erdgas- und Erdöllagerstätten entdeckt. Zur Zeit gibt es drei fördernde Öl- und zwei fördernde Gasfelder. Anfang 2012 haben die RAG und die Bayerngas GmbH das Gasfeld Assing bei Taching am See offiziell in Betrieb genommen. Dabei handelt es sich um die erste reine Gasproduktion in Bayern seit 1996. Nunmehr strömen aus zwei Lagerstätten in 2.300 und 3.000 Meter Tiefe täglich rund 20.000 Kubikmeter umweltschonendes Gas zu bayerischen Kunden.

Für die RAG Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft ist die Produktion ein Beleg für den technischen Fortschritt in der Gasexploration. Derart klassische Lagerstätten, bei denen das Gas aus mikroskopisch kleinen Poren im Sandstein von selbst zur Oberfläche strömt, wurden in Bayern seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ausgefördert. Mit mehreren Bohrungen wurden nun diese Vorkommen gesucht und anschließend genutzt. Dass mit modernen Aufsuchungsmethoden (3D Seismik) sowie effizienten und sicheren Produktionsanlagen jetzt - wenn auch in bescheidenem Maße - an diese Zeit angeknüpft werden kann, stellt für die RAG einen Erfolg dar.

„Das Erdgasvorkommen in Assing hat ein Volumen von ca. 13 Mio. qm. Die Förderung wird voraussichtlich bis zu zwei Jahre dauern. Anschließend wird das Gebiet um die Produktionsstätte vollständig renaturiert. Das gesamte Fördervolumen von Assing reicht aus, um 9.000 Haushalte ein Jahr lang zu versorgen. **DK**

Dr. Ralph Hinsch. 

döl noch Erdgas gefunden werden konnten oder keine wirtschaftliche Produktion mehr zu erwarten ist. Eine davon ist die RAG Bohrung Mühllaiten ML-002 im Gemeindegebiet von Neukirchen a. d. Vöckla in Österreich. Diese wurde 2009 fertig gestellt und war aus Sicht der Erdöl- und Erdgasförderung nicht wirtschaftlich nutzbar. Mit einer Tieftemperatur von 105 °C ist die 2.850 Meter tiefe Boh-

rung aber ideal geeignet für die Gewinnung von „Erdwärme“ - eine der umweltfreundlichsten und nachhaltigsten Energieformen überhaupt, da sie dauerhaft und ohne Schwankungen zur Verfügung steht.

In den letzten fünf Monaten wurde die Bohrung Mühllaiten nun zu einer „Tiefen Erdwärmesonde“ (TEWS) ausgebaut. Gleich dem Prinzip der oberflächennahen Erdwärmesonden bei Einfamilienhäusern wird dabei Erdwärme aus dem Untergrund gewonnen. Aufgrund der wesentlich höheren Gesteinstemperaturen in 2.850 Metern Tiefe ist der Wirkungsgrad der „Tiefen Erdwärmesonde“ aber wesentlich höher. Die Temperatur steigt alle 30 Meter Tiefe um 1°C – zusätzlich zur durchschnittlichen Oberflächentemperatur.

Geschlossenes System

In einem geschlossenen System wird die im Gestein enthaltene Wärme mittels aufbereitetem Wasser an die Oberfläche gefördert. Mit einem Wärmetauscher wird dem erwärmten Wasser die Energie entzogen. Durch die Rückführung des abgekühlten Wassers entsteht so ein erneuerbarer Energiekreislauf. Seit Anfang des 20. Jahrhun-

Jahresbilanz-Pressekonferenz der Thüga-Gruppe:

Erfolgreich in schwierigem Marktumfeld

Wettbewerbsposition gestärkt / Wachstum durch die Energiewende und Marktkonsolidierung / Ergebnis auf stabilem Niveau / Energiewende fehlt ein langfristig verlässliches Energiemarktmodell

„Die Energiewende ist für die kommunale Energiewirtschaft eine große Chance. Dennoch dürfen wir nicht verkennen, dass sich die Unternehmen der Thüga-Gruppe weiterhin in einem wettbewerbsintensiven und energiepolitisch schwierigen Umfeld bewegen, das von Kostendruck durch die Anreizregulierung und zunehmender Komplexität der Geschäftsprozesse geprägt ist“, so Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga Aktiengesellschaft und Vorsitzender der Geschäftsführung der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, während der Jahrespressekonferenz in München.

Durch intensive Zusammenarbeit in der Thüga-Gruppe konnte die Thüga Aktiengesellschaft im Geschäftsjahr 2011 ein operatives Beteiligungsergebnis von 337,4 Millionen Euro vereinnahmen. Damit ist ihre wichtigste Ertrags säule gegenüber dem Vorjahr nahezu gleich geblieben. In 2011 haben die Beteiligungen der Thüga in Summe 113,0 Milliarden kWh Erdgas (- 14,8 Prozent) und 40,1 Milliarden kWh (+5,0 Prozent) Strom und 317,7 Millionen m³ Wasser (-2,0 Prozent) abgesetzt und einen Umsatz von 21,3 Milliarden (2010: 20,1 Milliarden) Euro erwirtschaftet.

Die Gewinnabführung der Thüga Aktiengesellschaft an die Muttergesellschaft, die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding), lag bei gut 418 Millionen Euro. Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 374,7 Millionen Euro der Thüga Holding werden 224,6 Millionen Euro an die kommunalen Anteilseigner Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH, N-ERGIE Aktiengesellschaft und Kom9 GmbH & Co. KG ausgeschüttet. Das be-

deutet im Vorjahresvergleich einen Anstieg um 0,5 Prozent. Nach den hohen Investitionen in 2010 (232 Millionen Euro) hat die Thüga Aktiengesellschaft 2011 lediglich 22 Millionen Euro investiert.

Energiewende bedarf vier starker Säulen

„Mit dem Beschluss zur Energiewende stehen die Unternehmen der Branche nach 1998 erneut vor einer tiefen Zäsur des Energiemarktes“, bewertet Woste die aktuelle Situation. Nach Auffassung der Thüga bedarf es vier starker Säulen, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten: Notwendig sind Investitionen in den Umbau der Erzeugung, die Entwicklung der Energiespeicher, die Modernisierung der Übertragungs- und Verteilnetzinfrasturktur und die Dynamisierung der Energieeffizienzanstrengungen. „Derzeit sind aber eine Vielzahl von Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen unsicher. Wir benötigen jedoch klare und verlässliche Rahmenbedingungen, also ein neues Energie-

marktmodell, um die Investitionen zu verantworten“, fasst Woste die derzeitige Situation zusammen.

Bei der Erzeugung setzt die Thüga-Gruppe auf einen ausgewogenen Energiemix. Den überregionalen Ausbau erneuerbarer Energien bringen mittlerweile 35 Thüga-Partnerunternehmen mit der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG voran. Im Jahr 2011 konnte die Thüga Erneuerbare Energien Gesellschaft bereits drei Windparks mit einer installierten Leistung von 56,4 Megawatt in Betrieb realisieren. Bis 2020 sollen eine Milliarde Euro vornehmlich in Windkraftanlagen investiert werden.

Lokales Engagement

Auch das lokale Engagement wird weiter forciert. Bis Ende 2011 haben die Unternehmen der Thüga-Gruppe vor Ort insgesamt rund 500 Millionen Euro in Bioenergien investiert. „Der Absatzmarkt für Bioenergien ist jedoch nach wie vor schwierig. Ob hier in absehbarer Zeit ein Durchbruch erreicht wird, hängt im Wesentlichen von der Ausgestaltung der künftigen Rahmenbedingungen ab“, so der Vorstandsvorsitzende.

Über das Engagement bei den erneuerbaren Energien hinaus prüft Thüga vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entscheidungen auch Investitionen in konventionelle Erzeugungsan-

Zweite Amtszeit für Ewald Woste als BDEW-Präsident

Zum zweiten Mal in Folge wählte der Vorstand des Bundesverbands der Energie- und Wasserversorgung (BDEW) Ewald Woste in Berlin zum ehrenamtlichen Präsidenten.



Woste ist Vorstandsvorsitzender der Stadtwerkholding Thüga, die bundesweit an 100 Unternehmen der Energie- und Wasserbranche beteiligt ist. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Thüga Holding Konzerns, Wiesbadens Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller, begrüßte die Wahl: „Mit Herrn Woste hat der BDEW einen Präsidenten, der in der Lage ist, die verschiedenen Strömungen des Verbandes in eine Richtung zu bringen“. Der BDEW vereint 1800 Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung. Die Bandbreite der Mitglieder reicht von lokalen und kommunalen über regionale bis hin zu überregionalen Unternehmen. □

lagen wie hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sowie Regelenergiekraftwerke.

Hoffnung auf Gasnetze

Im Bereich der Speichertechnologien für regenerative Energien setzt die Thüga große Hoffnungen auf die bestehenden Gasnetze. Durch die Umwandlung von Sonnen- und Windkraft in Wasserstoff beziehungsweise in synthetisches Methan könnten die Gasnetze – die auch bereits das Bioerdgas aufnehmen – ihre Vorteile als Speicher und Transportmedium ausspielen.

Im Zuge der steigenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der damit verbundene dezentralen Einspeisung wird der Netzausbau für die Unternehmen der Thüga-Gruppe immer

wichtiger. Mehr als 80 Prozent der erneuerbaren Energien werden in die Verteilnetze eingespeist. Diese müssen für diese Aufgabe aufgerüstet werden. Die Unternehmen der Thüga-Gruppe verantworten alleine über 26.000 Kilometer Stromverteilstrecken. Der Investitionsbedarf des Thüga-Netzwerks für die Modernisierung der Verteilnetze wird sich bis 2020 auf geschätzte 1,9 Milliarden Euro belaufen. „Wir brauchen echte Investitionsanreize. Das bestehende Regulierungsregime ermöglicht keine angemessene Verzinsung der notwendigen Investitionen“, betont Woste.

Energieeffizienz und Innovationen sind neben der Speichertechnologie ein Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Jede nicht verbrauchte Kilowattstunde entlastet die Volkswirtschaft und

die Umwelt. Ein riesiges Effizienzpotential liegt unter anderem im Bereich des Wärmemarktes. Zur Hebung dieses Potentials hat Thüga im vergangenen Jahr die Thüga Energieeffizienz GmbH geschaffen und mit 34 Partnern der Thüga-Gruppe eine Innovationsplattform etabliert. Ziel der Energieeffizienzgesellschaft ist, die 100 Partner der Thüga-Gruppe mit Dienstleistungen zu unterstützen.

Dazu zählen eine Vertriebskooperation mit führenden Herstellern von Mini-Blockheizkraftwerken und eine Fördermittelberatung, die dem Endkunden ermöglicht, die optimale Förderung für seine Energieeffizienzmaßnahmen zu erhalten. Im Fokus der Innovationsplattform steht, die Innovationskraft der 34 Partner zu bündeln und gemeinsam zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln. Derzeit arbeitet die Plattform an der Entwicklung und Umsetzung eines virtuellen Thüga-Kraftwerks und entwickelt ein Produktportfolio für Industrie- und Gewerbekunden zur Einführung zertifizierter Energiemanagementsysteme.

Kommunales Geschäftsmodell

„Nach wie vor erleben wir eine hohe Nachfrage nach unserem kommunalen Geschäftsmodell. Energiewende und Marktkonsolidierung stellen nicht nur die kommunalen Unternehmen, sondern auch deren Aufsichtsräte vor eine Vielzahl von Herausforderungen, da sind wir mit unserer Expertise und unserem Lösungsspektrum gefragt“, so Woste. Gegenwärtig ist Thüga an einer Vielzahl von Gesprächen zur Neuordnung von Energieversorgungsstrukturen beteiligt. □

Bayerngas GmbH schließt Geschäftsjahr 2011 positiv ab

Jahresüberschuss von 26,3 Mio. Euro

Die Bayerngas GmbH, München, hat auf ihrer Bilanzpressekonferenz die Zahlen zum Geschäftsjahr 2011 bekanntgegeben. Der Jahresüberschuss des Unternehmens beträgt 26,3 Millionen Euro, der Umsatz 1,83 Milliarden Euro und der Umsatz des Gesamtkonzerns 1,95 Mrd. Euro.

Marc Hall, scheidender Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, bezeichnete dieses Ergebnis als beachtenswerten Erfolg in einem schwierigen Marktumfeld: „Die deutsche Gaswirtschaft ist 2011 durch ein Gewitter gegangen, das punktuell sichtbare Schäden hinterlassen hat. Der Jahresüberschuss der Bayerngas GmbH liegt auf einem langfristigen Niveau und ist in dieser angespannten Wettbewerbssituation sehr zufriedenstellend. Der Erfolg geht vor allem auf unseren neuen historischen Rekordabsatz von 71 Milliarden Kilowattstunden (+1,5 Prozent gegenüber Vorjahr) zurück, der gegen den bundesdeutschen Trend erreicht wurde (Gasverbrauch Deutschland 2011: -13 Prozent).“

Änderung der Vertriebsstrategie

Hall verwies in diesem Zusammenhang auf die vor zwei Jahren angepasste Änderung der Vertriebsstrategie: „Möglich wurde dies, weil wir unsere Vertriebsaktivitäten im Industriekundengeschäft regional auf ganz Deutschland und Österreich sowie das Stadtwerkegeschäft auf alle Bundesländer in Deutschland ausgeweitet haben.“ Mit einer gestiegenen Beliebtheit von Industriekunden (+ 6,7 Mrd. kWh gegenüber dem Vorjahr) in Deutschland und Österreich, dem indirekten

Stadtwerkevertrieb über die novogate GmbH (+ 1,7 Mrd. kWh) und Verkäufen über die Bayerngas Energy Trading GmbH sowie bilateraler OTC-Geschäfte (+6,2 Mrd. kWh) konnten Mengenrückgänge bei den Geschäftskunden sowie den regionalen Weiterverteilern (für beide Kundengruppen zusammen -12,4 Mrd. kWh) überkompensiert werden.

Anpassung der Beschaffungsstrategie

Hinter diesem Vertriebs Erfolg steht auch eine Anpassung der Gasbeschaffungsstrategie. Das Beschaffungsportfolio wurde bei Bayerngas seit 2005 konsequent auf eine marktpreisbasierte Beschaffung umgestellt. In 2011 wurde diese Entwicklung auch für die bisher noch an das Ölpreisniveau gebundenen Altverträge abgeschlossen.

Das Preisniveau auf den Gashandelsmärkten lag 2011 überwiegend unter dem der langfristig ölpreisgebundenen Verträge. Bayerngas hat dieser Entwicklung durch ein verstärktes Engagement auf den Handelsmärkten Rechnung getragen. Der Anteil der durch Bayerngas Energy Trading GmbH beschafften Mengen ist deshalb gestiegen (von rund 17,4 in 2010 auf rund 20,8 Mrd. kWh in 2011).

Bayerngas ist eines der wenigen kommunalen Unternehmen,

die im Explorations- & Produktionsgeschäft (E&P-Geschäft) tätig sind. 2006 gründete das Unternehmen Bayerngas Norge AS in Oslo. Heute hat Bayerngas Norge AS mit den Stadtwerken München, der TIGAS-Erdgas Tirol GmbH und der Swisssgas AG weitere starke Gesellschafter und aus dem Unternehmen ist eine in Norwegen, Dänemark und Großbritannien tätige Gruppe geworden. Im fünften Jahr ihres Bestehens, dem kleinen Jubiläumsjahr, ist Bayerngas Norge AS hervorragend im nordeuropäischen Upstream-Markt positioniert und weist ein Förderolumen von rund 6,3 Mrd. kWh Gasäquivalent aus.

Die zukunftsweisenden Investitionen in die Bayerngas Norge AS sind u.a. dafür verantwortlich, dass der Konzernjahresüberschuss mit 3,1 Mio. Euro unter dem der GmbH liegt.

Betriebsführerschaften

Das Münchner Unternehmen wird weiter in das skandinavische und britische E&P-Geschäft investieren und die gewonnenen Kompetenzen für E&P-Aktivitäten in Deutschland unter dem Dach Bayerngas GmbH nutzen. Ein erstes Projekt zusammen mit der österreichischen Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) wurde im Januar 2012 in Assing/Bayern realisiert. Ziel ist, im Weiteren auch Betriebsführerschaften zu übernehmen. Dabei muss das Engagement nach Aussage des Unternehmens nicht auf Bayern beschränkt bleiben. □



Woher ich meine Energie habe?
Natürlich von ESB.

Ökostrom und Erdgas zum fairen Preis.

Günstig, umweltfreundlich, unkompliziert – Ökostrom aus 100 % Wasserkraft und Erdgas von Energie Südbayern lohnen sich für Sie und für die Natur. Zählen Sie auf unseren TÜV-zertifizierten Kundenservice. Über 160.000 Haushalte profitieren davon. Erfahren Sie mehr unter www.esb.de oder über unsere kostenlose Hotline: 08 00/03 72 372



Energie Südbayern GmbH

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

LEW TelNet Breitband-Tag:

Glasfaser als Schlüssel für moderne Netzinfrastruktur

Bayerisch-Schwaben auf dem Weg zum Breitband-Standort

„Wie geht's weiter mit dem schnellen Internet im ländlichen Raum?“ Das war die zentrale Frage auf dem „Breitband-Tag“, zu dem LEW TelNet, einer der führenden Anbieter für Datenkommunikation im Großraum Bayerisch-Schwaben, kommunale Repräsentanten aus der Region in die SGL arena nach Augsburg eingeladen hatte. LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger und Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied des Mutterunternehmens Lechwerke, hatten ein umfangreiches Programm vorbereitet: Dietrich Schirm, zuständiger Referatsleiter im bayerischen Wirtschaftsministerium, erläuterte die Fördermöglichkeiten des Freistaats, Christian Bracharz von LEW TelNet stellte die Strategie für den weiteren Breitbandausbau des Unternehmens vor, Günzachs Bürgermeisterin Brigitte Schröder sowie Bürgermeister Gerhard Möbner aus Oberottmarshausen diskutierten mit den Fachleuten über die Glasfasertechnologie als Schlüssel für moderne Infrastruktur. Im Vorfeld der Veranstaltung stand Johannes Stepperger der GZ Rede und Antwort. Das Gespräch führte GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Zu Ihrer Veranstaltung sind an die hundert Bürgermeister aus Bayerisch-Schwaben angereist. Mit dem Thema „Breitbandnetze in Kommunen“ haben Sie offensichtlich genau ins Schwarze getroffen.

Stepperger: Zu unserem ersten Breitbandtag für kommunale Vertreter haben wir uns entschlossen, weil wir jetzt zwischen dem ersten Breitband-Förderprogramm des Freistaats, das zum 31. 12. 2011 ausgelaufen ist, und dem neuen Förderprogramm, das derzeit von der EU geprüft wird, stehen. Mit dem neuen Programm soll auch Hochleistungsbreitbandtechnologie gefördert werden. Wir möchten mit der Veranstaltung unter anderem zeigen, welche positive Wirkung schon das alte Förderprogramm hatte und was mit dem neuen Förderprogramm möglich wird. Deshalb sind wir sehr dankbar, dass Dietrich Schirm aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium unseren Gästen die weitere Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Kommunen erläutert und sie über künftige Entwicklungen und Rahmenbedingungen informiert.

GZ: Welche Erfahrungen hat die LEW TelNet mit den Kommunen gemacht, seit sie in den Breitbandausbau eingestiegen ist?

Stepperger: Wir engagieren uns seit dem Jahr 2009 im Bereich Breitbandanbindung von Kommunen. Seitdem konnte LEW TelNet 53 kommunale Projekte akquirieren. Davon sind schon 32 fertig gestellt. Das nun ausgelagerte Förderprogramm war im Regierungsbezirk Schwaben ganz besonders erfolgreich: Von 340 Kommunen haben bereits 250 das bisherige Programm angenommen. Schwaben hat damit die beste Quote in ganz Bayern.

GZ: Wie kommt dieser Erfolg zustande?

Stepperger: Konkurrenz belebt das Geschäft. Hier in Schwaben



Johannes Stepperger.

wurde ursprünglich einmal aufgebaut, um Netzanlagen wie Umspannwerke unseres Mutterunternehmens Lechwerke fernsteuern zu können. Dieses Netz haben wir immer weiter ausgebaut und binden darüber bereits seit vielen Jahren erfolgreich Behörden und Unternehmen ans Internet an. Seit 2009 binden wir nun auch ganze Kommunen mit Höchstgeschwindigkeit ans Internet an. Wir sind mit dem Netz zum Teil ganz nah an den Ortschaften. So können wir relativ kostengünstig mit wenig Entfernung und wenig Strecke viele Kommunen anbinden.

GZ: Was können Sie den Bürgermeistern heute aktuell anbieten? Wie geht's weiter?

Stepperger: Der erste Schritt mit dem alten Förderprogramm war eigentlich nur ein Zwischenschritt. Wir haben in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Glasfaser bis zur Verzweigung in den Straßen herangeführt. Von dort aus gehen derzeit immer noch die herkömmlichen Kupferdrähte der Deutschen Tele-

kom ins Haus. Wir haben mit dem Konzept also nur die Länge des Kupferkabels verkürzt. Damit lassen sich schon jetzt größere Bandbreiten problemlos bewältigen: Bis zu 50 Megabit sind möglich mit dieser Technik. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und bringen die Glasfasertechnik bis zu den einzelnen Gebäuden, den einzelnen Haushalten und den einzelnen Nutzern. Wir ersetzen künftig die letzte Meile Kupferkabel durch Glasfaser. Dann sind Bandbreiten jenseits der 50 Megabit – auch jenseits der 100 Megabit – möglich.

GZ: Was kommt da auf die Kommunen zu?

Stepperger: Wir müssen unterscheiden zwischen dem ersten und dem zweiten Förderprogramm, das voraussichtlich im Herbst dieses Jahres in Kraft tritt. Beim alten erhielten die Kommunen eine Förderung von 70 % der Wirtschaftlichkeitslücke, maximal allerdings 100.000 Euro. Im neuen Förderprogramm können die Gemeinden bis zu 500.000 Euro Zuschuss bekommen. Die Förderung ist aber gestaffelt nach der Finanzkraft der Kommunen. Strukturschwache Gegenden bekommen 80 % Zuschuss; finanzstarke Kommunen erhalten lediglich 40 %. Dazwischen gibt es eine Staffelung. Es handelt sich also immer um eine Kooperation. Die Kommune trägt einen Beitrag für die Infrastruktur, der Netzbetreiber trägt einen Teil und der dritte Teil kommt aus der staatlichen Förderung.

GZ: In Schwaben sind viele kleine Orte und Weiler zu versorgen. Setzen Sie auch nicht-leitungsgestützte Technologien ein?

Stepperger: Bei unseren Breitbandprojekten für Kommunen geben wir der kabelgebundenen Übertragungstechnik den Vorzug und setzen auf die Glasfasertechnologie. Wir sind der Meinung, dass das Glasfaserkabel zukunftsorientierter ist, denn damit können wir höhere und pro Anschluss stabile Bandbreiten gewährleisten. Drei bis sechs Megabit reichen künftig bei Weitem nicht aus. Wir wissen, dass sich alle zwei Jahre der Bedarf an Breitbandkapazität verdoppelt. Allein im Freizeitbereich reden wir von ganz anderen Größenordnungen. Die Kunden laden z. B. Spiele und Filme aus dem Internet herunter. Wirtschaft und Gewerbe benötigen nicht nur hohe Übertragungsraten zum Herunterladen, sondern auch um Daten ins Netz zu senden. Außerdem muss die Bandbreite stabil zur Verfügung stehen.

Bei Funklösungen handelt es sich immer um ein „Shared-Medium“, das heißt: Die Nutzer innerhalb einer Funkzelle teilen sich die Bandbreite. Mit der neuen Funktechnologie LTE sind Bandbreiten bis zu 100 Megabit pro Sekunde möglich. Aber diese 100 Megabit müssen Sie teilen. Wenn also nur zwei Nutzer etwas herunterladen, haben sie schon nur noch 50 Megabit. Je mehr Teilnehmer Daten laden, um so geringer ist die Bandbreite, die dann zur Verfügung steht. Es gibt Branchenauswertungen, die zum Schluss kommen, dass bei 100 Megabit angebotener Funktechnologie im Schnitt vier bis sechs Megabit real zur Verfügung stehen. Ich sehe Funk und Glasfaser deshalb auch nicht als konkurrierende Medien: Funktechnologien machen Sinn für mobile Anwendungen, deren Bandbreitenbedarf ja extrem ansteigt. Diesen Bedarf können Lösungen wie

LTE decken. Für die stabile Versorgung der Haushalte einer Gemeinde oder eines Gewerbegebietes ist jedoch die Glasfaser die optimale Infrastruktur.

GZ: Wie sieht es denn mit Wartungsfreundlichkeit und Betriebskosten aus?

Stepperger: Glasfaserkabel sind praktisch störungsunabhängig. Sie werden ummantelt und in Rohre verlegt. Rosten und erodieren kann da nichts. Der größte Feind der Glasfaser ist die Schaufel eines Baggers.

GZ: Welche Verfahren nutzen Sie bei der Verlegung?

Stepperger: Standard ist die offene Tiefbauweise. Wo möglich, setzen wir innerhalb von Ortschaften auf ein sog. Spülbohrverfahren, das besonders oberflächenschonend ist.

GZ: Kommunen buddeln aus vielerlei Gründen ihre Straßen auf. Wäre es sinnvoll, schon bei der Erschließung ein großes Leerrohr zu verlegen, durch das man später Vieles durchschieben kann?

Stepperger: Das ist prinzipiell nicht schlecht. Wenn das Rohr in der Straße liegt, muss man aber noch zu den Häusern kommen. In Bayerisch-Schwaben liegen sie durchschnittlich dreißig Meter voneinander entfernt. Wir brauchen also alle dreißig Meter eine Stichverbindung zu den einzelnen Grundstücken. Besser wäre es deshalb, wenn sich die Gemeinde schon vor Verlegen des Leerrohres im Voraus die Siedlungsstruktur berücksichtigt und dann mit einem Netzplaner die Überplanung für das gesamte Gebiet durchführt. Eine Dienstleistung, die auch von LEW TelNet angeboten wird. In diesem Überplan sind genau festgehalten, wo zentrale Punkte zu setzen sind. Dann kann über Leerrohre mit Glasfaser jedes Haus angefahren werden. Wer das berücksichtigt, hat im Nachhinein keine Baukosten und keine Schäden an der Straße.

GZ: Haben Sie bereits Erfahrungen mit Glasfaserdirektanschlüssen?

Stepperger: Seit vielen Jahren bereits im Geschäftsbereich der Unternehmenskunden und Behörden. Aktuell realisieren wir nun den Anschluss von Wohn- und Gewerbegebieten im Rahmen von Pilotprojekten in Hurlach, Oberottmarshausen, Igling und Pürgen. Neben der Strom- und Gaserschließung installieren wir gleichzeitig sog. Microduct-Röhrchen, in denen die Glasfaser eingebracht wird.

GZ: Wie sieht das Finanzierungskonzept hier aus?

Stepperger: Die Pilotprojekte liegen zeitlich zwischen den beiden Förderprogrammen. Da wir aber die Zeit nicht ungenutzt verstreichen lassen wollten, haben wir uns entschlossen, diese Pilotprojekte mit finanzieller Beteiligung der Grundstückseigentümer umzusetzen. Im neuen Förderprogramm werden dann künftig auch solche Projekte unterstützt, die Glasfaser bis ins Haus verlegen.

GZ: Können Sie das auch schon für andere Orte anbieten?

Stepperger: Prinzipiell ja. Ob sich so ein Projekt realisieren lässt, hängt letztendlich von den Gegebenheiten vor Ort ab: Wie nah sind wir mit unserer Netzinfrastruktur an dem Ort? In den Gemeinden, in denen wir die Pilotprojekte umsetzen, haben wir bereits FTTC-Projekte (Fiber-To-The-Curb) umgesetzt. Mit der Glasfaser waren wir deshalb bereits im Ort. Um in die Neubaugebiete zu kommen galt es, nur eine ganz kurze Strecke zu überbrücken. Deshalb fallen nur geringe Kosten an. Andere Kommunen können gerne auf uns zukommen. Wir müssen natürlich jedes Projekt prüfen, ob es sich wirtschaftlich rechnet.

GZ: Die leistungsstarke Internet-Anbindung verschafft einer Kommune einen wichtigen Standortvorteil.

Stepperger: Zweifellos. Es ist



Verabschiedung von LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning (2.v.r.) in der SGL Arena: Rund 200 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würdigten gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Lechwerke AG Dr. Bernd Widera (2.v.l.) und Paul Wanings Vorstandskollegen Dr. Markus Litpfer (l.) und Norbert Schürmann (r.) seine Leistungen für Unternehmen und Region.

Foto: LEW/Bleier

Verabschiedung von LEW-Vorstand Waning

Zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würdigten die Leistungen Paul Wanings für Unternehmen und Region

Rund 200 Gäste kamen auf Einladung der Lechwerke (LEW) in die SGL Arena zur Verabschiedung von LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning. In seiner Funktion als technischer Vorstand war Waning seit 2003 insbesondere für die Stromerzeugung in den 35 Wasserkraftwerken, für den Vertrieb, für den technischen Netzbetrieb und den Ausbau des LEW-Stromnetzes in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns verantwortlich.

Paul Wanings Nachfolger als Vorstandsmitglied der LEW ist Norbert Schürmann, der bereits seit Januar die Bereiche Privat- und Geschäftskundenvertrieb sowie Beschaffung verantwortet und nun weitere Zuständigkeiten aus dem Ressort seines Vorgängers übernimmt. Die Laudatio auf den scheidenden Energie-Fachmann hielt der Aufsichtsratsvorsitzende der Lechwerke AG, Dr. Bernd Widera. Grußworte sprachen außerdem der Bezirkstagspräsident von Schwaben, Jürgen Reichert und im Namen der LEW-Belegschaft der Betriebsratsvorsitzende Thomas Siprak sowie LEW-Personalchef Peter Härtl.

Dem Engagement und Weit-

sog absolut entscheidend für die Attraktivität eines Standorts. Allerdings: Im ländlichen Raum wird kaum ein Kunde freiwillig signifikant höhere Preise bezahlen, als etwa am Mittleren Ring in München. Ein Hausanschluss auf dem Land kostet aber ein Vielfaches von dem in der Stadt. Sie sind im ländlichen Raum schnell bei Kosten von 2.500 bis 4.500 Euro pro Hausanschluss. Bei Gebäuden wird durchschnittlich 30 Euro im Monat dauert es lange, bis diese Infrastruktur refinanziert ist. Deswegen können wir unsere Region nur flächendeckend versorgen, wenn es Zuschüsse gibt seitens der Grundstückseigentümer, den Gemeinden oder aus einem Förderprogramm. Ausschließlich privatwirtschaftlich rentiert sich das im ländlichen Raum niemals.

GZ: Als zusätzliche Information bieten Sie Ihren Gästen einen Vortrag über Smart Grid an, das intelligente Stromnetz von morgen.

Stepperger: Wir nutzen diese Plattform, um das Thema den kommunalen Vertretern nahe zu bringen. Ein leistungsfähiges Datennetz spielt auch für die Energiewende eine wichtige Rolle. Um die schwankende Erzeugung aus erneuerbaren Energien möglichst optimal nutzen zu können, braucht man ein entsprechendes Kommunikationsnetz, um zu wissen, wie sich die vielen zehntausend Einspeiseanlagen, aber auch die Energieverbraucher verhalten. Ein Glasfaseranschluss bis ins Haus kann deshalb ein Bestandteil so eines Netzes sein.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.

blick von Paul Waning und seinem Vorstandskollegen Dr. Markus Litpfer sei es zu danken, dass die Lechwerke ebenso wie die Region heute bestens gerüstet sind für die Herausforderungen der Energiewende, betonte Widera: „Sowohl das LEW-Netz als auch die Kunden profitierten von Paul Wanings technischem Know-how und seinen innovativen Ansätzen für mehr Energieeffizienz.“

Unter anderem hatte Waning als LEW-Vorstandsmitglied für das Fußballstadion des FC Augsburg ein ehrgeiziges Energiekonzept entwickelt und umgesetzt, das es zum ersten CO2-neutralen Stadion der Welt macht. Jüngst gab er außerdem den Startschuss für den Aufbau eines der ersten intelligenten Stromnetze in der Region. Ein Beispiel für den Aufbau zukunftsfähiger Netzwerke ist die Bildungsinitiative „Forum Schule“ der Lechwerke, die deutlich die Handschrift Paul Wanings trägt.

Waning stärkte auch gezielt die Partnerschaft von Wirtschaft und regionalen Akteuren in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur und Sport. „Er steht für einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den Entscheidern der Region und den Lechwerken zu Themen der Energiewende, des Klimaschutzes, der nachhaltigen und sicheren Stromversorgung sowie der Elektromobilität“, so Bezirkstagspräsident Reichert.

Die LEW-Gruppe ist als regionaler Energieversorger für rund 500.000 Kunden in Bayern und Teilen Baden-Württembergs tätig. LEW beschäftigt mehr als 1.700 Mitarbeiter, ist mit 35 Wasserkraftwerken einer der führenden Erzeuger von umweltfreundlicher Energie aus Wasserkraft in Bayern und bietet Dienstleistungen in den Bereichen Netz- und Anlagenbau, Energieerzeugung und Telekommunikation an.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
GZ-Dokumentation
„Power für Bayerns Kommunen“
Redaktion: Doris Kirchner
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Constanze von Hassel (verantwortlich),
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bundesverband Wärmepumpe sucht Kommune für Klimaschutz

Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. hat auch 2012 wieder den Wettbewerb „Kommunen für Klimaschutz“ ausgerufen. Gesucht werden Kreise, Städte und Gemeinden, die sich durch den Einsatz umweltfreundlicher Wärmepumpen in ihren Liegenschaften besonders für nachhaltiges Heizen und Kühlen eingesetzt haben.

Mit dem Wettbewerb möchte der BWP die Schlüsselrolle der Kommunen bei der Energiewende hervorheben und einen Anreiz für noch mehr kommunales Engagement in Sachen Klimaschutz bieten. Deutschlandweit gibt es ca. 176.000 kommunale Gebäude, von denen die Hälfte renovierungsbedürftig ist. Eine Modernisierung scheidert häufig an der angespannten Budgetlage. Doch sind klamme Kassen gerade ein Grund, in innovative Technik zu investieren.

Teilnehmen können alle Kommunen, die eine Wärmepumpe in einem oder mehreren Gebäuden, z.B. Schulen, Kitas, Krippen, Rathäusern, Ämtern o.ä., einsetzen. Die Bewerbung ist sowohl mit einem Neubau als auch mit einem Sanierungsobjekt möglich.

Mehr Informationen zur Teilnahme im Internet:
www.waermepumpen.de/kommunenwettbewerb